

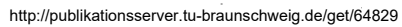
Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1876.

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.



Register.

A. Nach der Zeitfolge.

Januar 20.

Öeffentlich:

	Seite
1. Wahl der Vorsitzenden	1.
2. Mittheilung über eine Eingabe des Particulier Domeyer	2.
3. Revision der städtischen Rechnungen vom Jahre 1874	2
4. Verwilligung zum Ankauf von Turngeräthen für die Schule am Prinzenwinkel	3
5. Beschluß über das Project einer Straßenanlage vom Bahnhofe ins Innere der Stadt	3.
6. Verwilligung eines Darlehens für die Zuckerindustrieschule	17.
7. Beschluß über die Anstellung eines Realschuldirectors	19.

Februar 24.

Öeffentlich:

8. Antrag der Herren Bracke und Genossen auf Neuordnung des städtischen Begräbnißwesens	22.
9. Antrag des Hrn. Lucius auf Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht	22
10. Beschluß über den Ankauf von Ländereien auf der »Hube« zur Anlage von Kirchhöfen für die Andreas- und die Katharinengemeinde	22.
11. Abnahme der Schlußrechnung über den Schulbau im Prinzenwinkel	30
12. Verwilligung von Mehrkosten für den Hagenmarktsbrunnen	35.

März 9.

Öeffentlich:

13. Antrag Herrn Schöttlers auf Erlass einer Fahrordnung	37 u. 52.
14. Motivirung des Antrages der Herren Bracke und Genossen auf Neuordnung des Begräbnißwesens	37.

	Seite
15. Motivirung des Antrages des Herrn Lucius auf Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht	39.
16. Berathung des Reglements, das öffentliche Fuhrwesen betreffend	40.
17. Berathung über einige Abänderungen und Ergänzungen der Bau- und Feuerordnung	49.

März 23.

Öffentlich:

18. Genehmigung des Voranschlags für den Betrieb der Gasanstalt im Jahre 1875/76 und des Wasserwerks im Jahre 1876	54.
19. Beschluß wegen der Uebernahme und den Betrieb der Neustadtmühle	55.
20. Beschluß über die Anlage eines Verbindungsweges zur Schule an der Campestraße	59.
21. Uebernahme der an die Einquartierungskasse geleisteten Vorschüsse auf die Stadtkasse	62.
22. Verwilligung zu Behuf der Einrichtung von Schulbibliotheken	62.
23. Pensionirung einer Lehrerin	63.
24. Genehmigung der Canalisation der Giesmaroderstraße	63.
25. Genehmigung einer Canalisation auf der St. Leonhardstraße	66.
26. Genehmigung der Uebernahme der Gasleitung und der Doppelfenster in der bisherigen Miethwohnung im Stadthause	67.
27. Beschluß über den Antrag des Herrn Lucius auf Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht	67.

April 27.

Öffentlich

28. Beschluß die Abfuhr des Hauskehrichts vor den Thoren betreffend	74.
29. Beschluß über einen Antrag auf höhere Vergütung für die Abfuhr aus der inneren Stadt	76.
30. Genehmigung des Planes für den Bau der neuen Bürgerschule im Pflegehausgarten	79.
31. Verwilligung für eine Canalanlage von den Husarenpferdeställen am Giersberge nach der Kasernenstraße	80.
32. Verwilligung zu den Unterhaltungskosten der Militäretablissemments am Giersberge	80.
33. Verpachtung der Rathsbleihe	81.
34. Wahl zweier Mitglieder des Vorstandes der städtischen Realschule	81.
35. Verwilligung der Kosten für Aufnahme und Kartirung der Umgebungen der Langen Brücke	81.
36. Genehmigung einiger Abtretungen von der Kasernenstraße	82.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

37. Veranlagungen zu den außerordentlichen Beiträgen für die Unterhaltung der Communalwege 82.

Vertraulich:

38. Steuerreclamationen 84.

Mai 17.**Öeffentlich:**

39. Mittheilung über das Ergebniß zweier Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung 85.
 40. Genehmigung neuer Straßenanlagen zwischen der Luise-, Cammann- und Goslar'schen Straße 86.
 41. Beschluß hinsichtlich des Preises und der Leuchtkraft des städtischen Gases 88.
 42. Genehmigung eines Vertrages wegen der vom Wrede'schen Nachlasse zu entrichtenden Abgabe an die Armen- und Wegebaukasse 93.
 43. Beschluß über ein Gesuch hiesiger Einwohner um Aufhebung des Maulkorbzwanges 95.
 44. Genehmigung der erneuerten Schützenordnung 96.

Vertraulich:

45. Steuersachen 96.

Juni 1.**Öeffentlich:**

46. Antrag des Herrn Lucius auf Erlass eines Statuts, die Ausübung der gewerbmäßigen Unzucht betreffend 97.
 47. Beschluß über die Anstellung von Lehrern an der städtischen Realschule 97.
 48. Genehmigung der Baupläne und Kostenanschläge der für die städtische Realschule noch erforderlichen Bauten 98.
 49. Beschluß über die Einrichtung von vier neuen Bürgerschulklassen 100.
 50. Verpachtung des Kellers unter dem Neustadtrathhause 100.
 51. Genehmigung eines Vergleichs wegen einer gegen die Stadt erhobenen Entschädigungsforderung 100.
 52. Genehmigung der Kostenanschläge für die Nebenbauten der Bürgerschule an der Campestraße 101.

Juni 22.**Öeffentlich:****Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.**

53. Wahl eines besoldeten Magistratsmitgliedes 105.

	Seite
54. Anfragen des Herrn Rieß: 1) wegen der Bekanntmachung vom 6. Juni, die Anstellung vier seminaristisch gebildeter Lehrer betreffend, 2) wegen Unterbringung acuter Geisteskranken	106.
55. Interpellation Herrn Steinaus in Betreff der Eigenthums- und Nutzungsrechte am Kleinen Exercierplatze	106.
56. Genehmigung einer Canalanlage auf dem östl. Theile der Nebenstraße	107.
57. Genehmigung eines Tauschvertrages über zwei kleine Parzellen des Schulgrundstückes an der Campestraße	116.
58. Beschluß über eine Subventionirung des Vereins zur Förderung des Kunstgewerbes	116.
59. Beschluß über die Anlage eines der Stadt zur fernern Dotirung des Kreiscommunalfonds überwiesenen Capitals	118.
60. Verwilligung zur Einrichtung von Dienstlocalen für das Bau- und das Standesamt	121.
61. Beschluß über den Verkauf zweier Bauplätze an der Karlstraße	121.

August 3.

Öeffentlich:

62. Mittheilung eines Ministerialrescripts auf den Antrag wegen Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht	124.
63. Begründung und Beantwortung der Anfragen des Herrn Rieß, 1) die Annonce wegen der an der städtischen Realschule anzustellenden Lehrer und 2) die Unterbringung acuter Geisteskranken betreffend	124.
64. Verpachtung zweier Grundflächen an der Karlstraße	126.
65. Beschluß in Betreff der Instandsetzung und Verbreiterung der St. Leonhardstraße	126.
66. Erhöhung des Zuschusses für die Gewerbeschule	130.
67. Genehmigung eines Capitaldarlehens	134.
68. Beschluß über die Verwendung der dem Kreiscommunalfond überwiesenen 450,600 Mk.	135.
69. Beschluß über den Verkauf zweier Bauplätze an der Karlstraße	135.
70. Interpellation Herrn Bewigs wegen eines Zwischenfalles bei Anlage der Straße zwischen dem Bahnhofe und dem Kohlmarkt	136.
71. Interpellation Herrn Mantes, die Vernichtung des Fischstandes in der Oker betreffend	139.
72. Verwilligung einer Reiseunterstützung	140.

September 7.

Öeffentlich:

73. Mittheilung einer Erklärung Herrn Heymanns	141.
74. Genehmigung des Ankaufs der Turnhalle am Petrihofe	142.
75. Verwilligung zum Bau einer Turnhalle bei der Schule auf der Wäbelsstraße	142.

76. Genehmigung verschiedener Abmachungen in Betreff der neuen Straße vom Bahnhofe zum Kohlmarkt	143.
77. Genehmigung einer Canalanlage zwischen der Oker und den Fischhaltern am Bruchthore	143.
78. Mittheilung des Magistrates, die Abänderung und Ergänzung der Bauordnung betreffend	144.
79. Verwilligung zu Behuf von Reparaturen am Gebäude der höhern Töchter Schule	144.
80. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten der Sedanfräier	144.

September 28.

Öffentlich:

81. Anfrage Herrn Mühes wegen der Brücke bei der neuen Schule an der Campestraße	145.
82. Anfrage Herrn Steinaus wegen des Aufhörens der Schlacht- und Mahlsteuer	146.
83. Wahl zur Gewerbesteuer-Einschätzungscommission	146.
84. Beschluß in Betreff einer Revision des Stadterweiterungsplanes	146.
85. Verwilligung zu Behuf neuer Pläne des innern und äußern Stadtgebietes	146.
86. Verwilligung für Wasserleitungen in der Realschule und der Schule an der Campestraße	149.
87. Abnahme der Rechnungen der Gasanstalt für das Jahr 1874/5 und des Wasserwerkes für das Jahr 1875	150.
88. Genehmigung des Voranschlags der Gasanstalt auf das Jahr 1876/7	151.
89. Genehmigung der Auszahlung von Brandentschädigungsgeldern an einen Hypothekschuldner der Stadt	151.
90. Ermächtigung des Magistrats zu einer Proceßführung	152.

October 26.

Öffentlich:

91. Antrag Herrn Kunzens, die Bepflanzung der Promenaden betreffend	157.
92. Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters wegen Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer.	157.
93. Verwilligung zu Behuf der Gasleitungen in der Realschule und der Bürgerschule an der Campestraße	158.
94. Pensionirung einer Lehrerin	158.
95. Pensionirung eines städtischen Beamten	158.
96. Beschluß wegen Erweiterung der St. Leonhardstraße	159.
97. Beschluß wegen der Revision des Stadterweiterungsplanes	164.
98. Genehmigung des neuen »Reglements, das öffentliche Fuhrwesen in Braunschweig betreffend«	166.

	Seite
99. Beschluß über die Anstellung eines Lehrers an der höheren Töchter- schule	176.

November 23.

Öffentlich:

100. Mittheilung einer Zuschrift des Herrn Grafen Görz-Wrisberg	178.
101. Mittheilung über eine der Stadt von Herzogl. Staatsministerium ver- willigte Beihilfe	179.
102. Mittheilung über eine Eingabe der Vorsteher des Wilhelmi- und des Hobethor-Districtsvereins	179.
103. Motivirung des von Herrn Kunze eingebrachten Antrags auf Be- sprengung der Promenaden	180.
104. Antrag Herrn Steinaus auf Hinaussetzung der Stadtverordneten- wahlen	181.
105. Wahl eines Stadtrevisors	181.
106. Beschluß über den Magistratsantrag auf Feststellung des Gehaltes für den neu zu ernennenden Schuldirektor	182.
107. Beschluß wegen Theilung der Elementarklassen der vierten untern Bür- gerschule	188.
108. Beschluß über den Verkauf und Neubau des Armenhauses	188.
109. Beschluß in Betreff der Entschädigung eines hiesigen Einwohners für die seinem Grundstücke aus dem Bau der Turnhalle an der Wilhelm- straße entstehenden Nachtheile	190.
110. Genehmigung des Ankaufs eines feuerfesten Schränkes für das Stan- desamt	191.
111. Genehmigung des Kreiscommunalfondsetats für 1877	191.
112. Genehmigung des Etats der Realschule für das Quartal vom 1. October bis 31. December d. J.	191.
113. Mittheilung über die Revision der Rechnungen des Gas- und Wasser- werkes	192.
114. Beschluß über die Pflasterung der Schützenstraße	192.

Vertraulich:

115. Erledigung von Steuerreclamationen	192.
116. Beschluß über die Classification der Gewerbegehilfen zu Behuf der Steuereinschätzungen	192.
117. Beschluß über einen Antrag Herrn Krampes, die Berichtigung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten bei den Stadtverordnetewahlen betreffend	192.

November 30.

Öffentlich:

118. Beschluß über Veränderung und Vermehrung der Straßenlaternen	193.
---	------

- | | |
|--|------|
| 119. Beschluß über das Statut, die zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches anzuordnenden Controlemäßigkeiten betr. | 194. |
| 120. Beschluß über die Veränderung und Ergänzung der statutarischen Vorschriften, das Halten von Hunden betreffend | 201. |
| 121. Beschluß über die Verbreiterung der St. Leonhardstraße | 211. |

December 14.

Öeffentlich:

- | | |
|---|------|
| 122. Antrag Herrn Krampes auf Einführung der Selbsteinschätzung zu den Communalsteuern | 213. |
| 123. Beschluß wegen Aenderung einiger Bestimmungen in dem Statute über die zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches zu treffenden Controlemäßigkeiten | 214. |
| 124. Genehmigung des neuen Statuts, das Halten von Hunden betreffend . | 215. |
| 125. Beschluß über den Wegfall des zum Besten der Stadtkasse erhobenen Theils der Serviceabgabe | 216. |
| 126. Beschluß wegen des Gehaltes des neu zu ernennenden städtischen Schutzdirectors | 217. |
| 127. Beschluß über den Antrag Herrn Kunkens auf Bepflanzung der Promenaden | 226. |
| 128. Beschluß über ein Gesuch des Hohe- und des Wilhelmthor-Districtvereins wegen Bepflanzung der Straßen, Trockenlegung der Promenadenfußwege, Verbesserung der Umflutgräben und Wahl eines Platzes für das Schlachthaus | 227. |

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten.

- | | |
|-----------------------------|------|
| 129. Steuerfachen | 231. |
|-----------------------------|------|

December 28.

Öeffentlich:

- | | |
|--|------|
| 130. Antrag des Herrn Lucius auf Revision der Einwohnerlisten und Heranziehung der Gewerbetreibenden zum Bürgerrechte | 233. |
| 131. Beschluß über die Anstellung zweier Lehrer bei der Realschule | 234. |
| 132. Beschluß über die Anlage eines Fußweges zur kürzeren Verbindung der westlichen Stadttheile mit der Civilbadeanstalt | 234. |
| 133. Beschluß über die Aufnahme eines Grundstücks der Actien-Brauerei »Streitberg« in die städtische Feldmark | 234. |
| 134. Feststellung des städtischen Haushaltssetats für das Jahr 1877 | 235. |
| 135. Beschluß über die Anstellung eines Mühlenschreibers | 235. |
| 136. Verwilligung von Gehaltszulage für einen Zeichenlehrer | 237. |

	Seite
137. Verwilligung eines Betriebsfonds für die städtische Realschule	240.
138. Beschluß über die Anstellung zweier Magistratschreiber	243.
139. Uebersicht der diesjährigen Geschäftsthätigkeit der Versammlung	247.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrates und der Stadtverordneten.

140. Steuersachen	248.
-----------------------------	------

B. Nach den Gegenständen.

Abfuhr

des Hauskehrichts vor den Thoren 74;
Vergütung für die Abfuhr aus der
inneren Stadt 76

Anfragen der Herren

Mühe wegen der Brücke bei der Schule
an der Campestraße 145;

Nieß wegen einer Bekanntmachung des
Magistrats, die Anstellung semi-
naristisch gebildeter Lehrer an der
Realschule betr. und wegen der
Unterbringung von Geisteskranken
106, 124;

Steinau wegen des Aufhörens der
Schlacht- und Mahlsteuer 146;
auf Hinaussetzung der Stadtverord-
netenwahlen 181

Anstellung

von Lehrern f. Schulen;
eines Revisors 181;
zweier Magistratschreiber 243;
eines Mühlenchreibers 235.

Anträge, selbstständige der Herren

Bracke und Genossen auf Neuordnung
des städtischen Begräbniswesens
22, 37;

Krampe auf Rectification des Ver-
zeichnisses der Stimmberechtigten
bei den Stadtverordnetenwahlen 192;
auf Einführung der Selbststeinschätzung
zu den Communalsteuern 213;

Kunze auf Bepflanzung der Pro-
menaden 157, 180, 226.

Lucius auf Betheiligung der Stadt
an der Lotteriepacht 22, 39, 67, 124;
auf Erlaß eines Statuts, die Aus-
übung der gewerbmäßigen Unzucht
betr. 97;

auf Heranziehung der Gewerbetrei-
benden zum Bürgerrechte 233.

Schöttlers auf Erlaß einer Fahr-
ordnung 37, 52.

Armenhaus, Verkauf und Neubau desselben 188.

Armenkasse f. Vergleich.

Außenwohner f. Abfuhr.

Badeanstalt, Anlegung eines Fußweges
dahin 234.

Bahnhofstraße f. Straßen.

Bauamt, Einrichtung von Dienstlocalen für
dasselbe 121.

Bauordnung f. Statute.

Begräbniswesen f. Anträge.

Beleuchtungsanlagen f. Straßenlaternen,
Stadthaus.

Besprenzung f. Anträge, Eingaben.

Brücken f. Anfragen

Brunnen auf dem Hagenmarkte, Verwilli-
gung von Mehrkosten für dessen Her-
stellung 35.

Bürgerrecht, Heranziehung der Gewerbe-
treibenden 233.

Bürgerfschulen f. Schulen.

Cammannstraße, Campestraße f. Straßen.

Canalisirung

zwischen der Dfer und dem Fischhlter
am Bruchthore 143;
der Giesmaroder-Straße 63;
der Strecke zwischen den Husarenstllen
und der Kasernenstraße 80;
der St Leonhardstraße 66;
des östlichen Theiles der Rebenstrae 107.

Commissionen f. Wahlen.

Communalsteuer, Reclamationen gegen deren
Veranlagung 2, 84, 96, 231, 248.

Communalwege, Veranlagung zu den außer-
ordentlichen Beiträgen für deren Unter-
haltung 82.

Contracte wegen

Ausleihung eines Hypothekcapitals 134;
Austausch einiger Parzellen des Schul-
grundstücks an der Campestraße 116;
Verkaufs zweier Grundstücke an der
Karlststrae 121, 135;
Vermiethung des Kellers unter dem
Neustadt-Rathhause 100;
Verpachtung
zweier Grundflächen an der Karl-
straße 126;
der Rathschleiche 81.

Dienstwohnung f. Schuldirector.

Eingaben

des Particulier Domeyer wegen seiner
Veranlagung zur Communal-
steuer 2;
hiesiger Einwohner wegen Aufhebung
des Maulkorbzwanges 95;
des Hohe- und des Wilhelmthor-District-
vereins in Betreff der Wahl eines
Platzes für das Schlachthaus, der
Besprennung der öffentlichen Wege,
Trockenlegung der Promenaden-
fuwege und Reinhaltung der Um-
futzgrben 179, 227.

Einquartierung f. Quartierleistung

Entschädigung eines Einwohners für die
seinem Grundstück aus dem Bau der
Turnhalle an der Wilhelmstraße ent-
stehenden Nachtheile 190.

Erklärung Herrn Heymanns 141.

Etats

des Stadthaushalts für 1877 235;
des Kreiscommunalfonds für 1877 191;
der Gasanstalt für 1875/76 54;
desgl für 1876/77 151;
des Wasserwerks für 1876 54;
der Realschule für die Zeit vom 1. October
bis 31. December 1876 191.

Exercierplatz, f. Interpellation.

Feldmark städtische, Aufnahme eines Grund-
stcks der Actien-Bierbrauerei »Streit-
berg« 234.

Feuerordnung f. Statute.

Fischhalter am Bruchthore f. Canalisirung.

Fischstand in der Dfer f. Interpellationen.

Fuhrwesen f. Anträge, Statute.

Gaswerk

Schlussrevision der Rechnungen für
1874/75 192;

Voranschlag f. Etats;

Preise und Leuchtkraft des Gases 88;

Beleuchtungsanlagen

im Stadthause 67;

auf den Promenaden und in der
Außenstadt 193.

Geisteskranke f. Anfragen.

Gemeindeschullehrer f. Schulen.

Gemeinschaftliche Sitzungen des Magistrats
und der Stadtverordneten 82, 105,
231; 248.

Gewerbeschule f. Schulen.

Gewerbesteuer f. Wahlen.

Gewerbegehilfen, deren Classification zu Be-
huf der Steuereinschätzungen 192.

Giersberg f. Militretablissement.

Goslarsche Straße f. Straßen.

Hagenmarksbrunnen f. Brunnen.

Hypotheken der Stadt

Ausleiher eines Capitals 134;

Genehmigung der Auszahlung von
Brandentschädigungsgeldern an
einen Hypothekschuldner 151.

Hube f. Kirchhöfe.
Husarenkälle f. Canalisirung.

Interpellation des Magistrates
durch Herrn Bewig
wegen eines Zwischenfalles bei An-
lage der Straße vom Bahnhofe
136;
durch Herrn Munte
wegen der Vernichtung des Fisch-
standes in der Oker 139;
durch Herrn Steinau
wegen des Eigenthums und der
Nutzungsrechte am Al. Exercier-
platz 106.

Karlstraße f. Straßen.

Kartirung
der Umgebungen der Langen-Brücke 81;
des innern und äußern Stadtgebietes 146;
Kasernenstraße f. Straßen.
Keller unter dem Neustadtrathhause f. Contracte.
Kirchhöfe, Ankauf von Ländereien auf der
Hube für die der Andreas- und der
Katharinengemeinde 22.

Kreiscommunalfond:
vorläufige Anlage eines zu dessen fernerer
Dotirung überwiesenen Capitals 118;
Verwendung desselben 135;
Voranschlag für 1877 f. Etat.

Kunstgewerbe, Subvention des Vereins zur
Förderung desselben 116.

Kunst- und Gewerbeausstellung in München
f. Reiseunterstützung

Lange Brücke f. Kartirung.
St. Leonhardstraße f. Straßen.
Lotteriepacht f. Anträge.
Luifenstraße f. Straßen.

Magistrat, Wahl eines besoldeten Stadt-
raths 105.

Mahlsteuer f. Anfragen.

Maulkorbzwang f. Eingaben, Statute.

Militärabstimmung am Giersberge, Unter-
haltungskosten 80.

Neustadtmühle:

Uebernahme derselben und Ordnung ihres
Betriebes 55;

Anstellung eines Mühlenschreibers 235.
Neustadtrathhaus, dessen Keller f. Contracte.

Okergräben:

Fischstand derselben f. Interpellationen.
Reinhaltung derselben f. Eingaben.

Präparandenanstalt:

deren Umgestaltung 182, 217;
Verlegung des Turnunterrichts der Prä-
paranden und Aspiranten in die
Schule im Prinzenwinkel 3.

Pensionirung:

einer Lehrerin 63, 158;
des Revisors 158.

Pflasterung f. Straßen.

Proceffe:

Magistrat c. Herzogliche Landesregierung
wegen Befreiung der Stadt von
der Serviceabgabe 152;

Schmiede c. Magistrat wegen verwei-
gerter Erlaubniß zum Bauen 100.

Promenaden f. Bepflanzung, Eingaben.

Quartierleistung: Uebernahme der an die
Einquartierungskasse geleisteten Vor-
schüsse auf die Stadtkasse 62.

Rathsbliche f. Contracte.

Realschule f. Schulen.

Rebenstraße f. Straßen.

Revisor f. Pensionirung, Wahlen.

Rechnungsablagen

der Stadtkasse für 1874, 2.

der Gasanstalt für 1874/75 150.

des Wasserwerks für 1875 150

über den Schulbau am Prinzenwinkel 30.

Reiseunterstützung für den Stadtrath 140.

Schlachtehaus f. Eingaben.

Schlachtsteuer f. Anfragen.

Schulen:

Beihilfe aus Landesmitteln zu den Kosten
neuer Schulbauten 179;

Bürgerschulen, mittlere und untere:

Anstellung eines Schuldirectors 182, 217.

Pensionirung einer Lehrerin 63, 158;

Gehaltszulage für einen Zeichenlehrer 237;

Einrichtung neuer Classen 100;

Einrichtung von Lehrerbibliotheken 62;

Ankauf der Turnhalle am Petriithore 142;

Schule an der Campestraße:

Brücke dahin s. Anfragen;

Weg bei derselben 59;

Austausch von Parzellen des Schulgrundstücks 116;

Nebenbauten 101;

Wasserleitungsanlagen 149

Schule im Prinzenwinkel:

Schlussrechnung über den Schulbau 30;

Vervollständigung des Turngeräths 3;

Schule an der Wilhelmsstraße: Bau der Turnhalle 142; 190.

Theilung der Elementarklassen in der vierten untern Bürgerschule 188

Höhere Töcherschule:

Reparaturen 144;

Realschule:

Anstellung des Directors 19;

Desgl. von Lehrern 97, 106, 124, 234.

Wahl des Vorstandes 81;

Bauten 98;

Wasserleitungsanlage 149;

Estat für die Zeit vom 1. October bis 31. December 1876 191;

Betriebsfond 240.

Gewerbeschule, Erhöhung des Zuschusses für dieselbe 130.

Zuckerindustrieschule, Verwilligung eines Darlehens 17.

Schützenordnung s. Statute.

Sedanfeier 144.

Selbsteinschätzung s. Anträge.

Serviceabgabe.

Proceß darüber mit Herzoglicher Landesregierung 152;

Verzicht auf den zum Besten der Stadtkasse erhobenen Antheil 216.

Stadtbauamt s. Stadthaus.

Stadterweiterungsplan, Revision desselben und Kartirung des Stadtgebietes 146;

Stadthaus,

Beleuchtungsanlagen 67;

Einrichtung von Dienstlocalen für das Stadtbau- und das Standesamt 121;

Stadtkassenrechnungen:

Abnahme derer vom J. 1874 2.

Boranschläge für 1877 s. Etats.

Stadtverordnetenversammlung:

Ausscheiden des Herrn Grafen Görz-Wrisberg 178;

Geschäftsthätigkeit derselben 247;

Abschied des Vorsitzenden 247.

Standesamt.

Einrichtung von Dienstlocalen 121;

Ankauf eines feuerfesten Schrankes 191.

Statute:

Abänderungen und Ergänzungen der Bau- und Feuerordnung 49, 144;

Fahrordnung s. Anträge;

Neues Reglement, das öffentliche Fuhrwesen betr. 40, 166.

Abänderung und Ergänzung der statistischen Vorschriften, das Halten von Hunden betr. 201, 215;

erneuerte Schützenordnung 96;

Statut, die zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches anzuordnenden Maßregeln betr. 194, 214.

Statut, die Ausübung der gewerbmässigen Unzucht betr. s. Anträge.

Steuereinschätzungen s. Gewerbegehilfen.

Steuerreclamationen 2, 192, 231, 248.

Straßen:

neue Straße vom Bahnhofe:

Anlage derselben 3;

Zwischenfälle dabei 136, 142, 143;

Verbindungsweg zur Schule an der Campestraße 59;

Anlage neuer Verbindungsstraßen zwischen der Cammann-, Goslar'schen und Luifenstraße 86;

Canalisirung der Giesmaroder Str. 63; Karlsstraße:

Verkauf zweier Bauplätze an denselben 121, 135;

Verpachtung zweier Grundflächen daselbst 126;

Kasernenstraße, Abtretungen von denselben 82;

Umgebung der Langen Brücke f. Kartirung;

Pflasterung der Schützenstraße 192.

St Leonhardstraße:

deren Instandsetzung und Verbreiterung 159, 211;

Canalisirung derselben 66;

Canalisirung der Nebenstraße 107;

Straßenlaternen, deren Veränderung und Vermehrung 193.

Streitberg f. Feldmark.

Töchter'schule f. Schulen.

Trichinenschau f. Statute.

Turnwiesen:

Ankauf der Turnhalle am Petrithore 142;

Bau einer Schulturnhalle an der Wilhelmstraße 142, 190;

Turnunterricht der Präparanden und Aspiranten f. Präparandenanstalt.

Umslutgraben f. Eingaben.

Veranlagungen f. Communalwege.

Verein zur Förderung des Kunstgewerbes 116.

Vergleiche

wegen der vom Wredeschen Nachlaß zu entrichtenden Abgabe an die Armen- und Begebaukasse 93;

wegen einer für verweigerte Erlaubniß zum Bauen zu zahlenden Entschädigung 100.

Verkauf, Vermietung, Verpachtung f. Contracte.

Voranschläge f. Etats.

Wahlen:

eines besoldeten Magistratsmitgliedes 105;

zur Stadtverordnetenversammlung 85;

der Vorsitzenden derselben 1;

der Deputation für Einschätzung zur Gewerbesteuer 146

des Vorstandes der Realschule 81;

eines Revisors 181.

Wasserwerk:

Schlußrevision der Rechnungen für 1875 192;

Voranschläge f. Etats.

Wasserleitungsanlagen

in der Schule an der Campestraße 149;

in der Realschule 149.

Wegebaukasse f. Communalwege, Vergleiche.

Zuckerindustrieschule f. Schulen.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 15. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 20. Januar 1876.

Öffentlich:

Wahl der Vorsitzenden.

Mittheilung über eine Eingabe.

Revision der städtischen Rechnungen vom J. 1874.

Bewilligung zum Ankauf von Turngeräth.

Beschluß über das Project einer Straßenanlage vom Bahnhofe ins Innere der Stadt.

Bewilligung eines Darlehens für die Zuckerindustrie-Schule.

Anstellung des Realschuldirectors.

Entschuldigt die Herren Faillard und Graf Görz-Brisberg. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Carstens, Haake, Ramdohr und Rittmeyer; später auch Herr Oberbürgermeister Caspary.

Herr Peters heißt die Anwesenden in dieser ersten Sitzung des neuen Jahres willkommen,

worauf

I. die Versammlung zur Neuwahl der beiden Vorsitzenden schreitet.

Von 22 Stimmen werden im ersten Wahlgange 18 für Herrn Peters, 2 für Herrn Kunzen und je eine für die Herren Lucius und Schwarzenberg abgegeben.

Herr Peters übernimmt den Vorsitz mit dem Ausdruck seines Dankes für das ihm abermals geschenkte Vertrauen, dem er auch ferner durch gewissenhafte Geschäftsführung nach besten Kräften zu entsprechen bemüht sein werde, und mit der Bitte, ihm dabei wie bisher mit Nachsicht entgegenzukommen.

Zum zweiten Vorsitzenden wird hierauf mit 20 von 22 Stimmen — je eine entfällt auf die Herren Kunkun und Schwarzenberg — Herr Lucius erwählt, welcher die Wiederwahl ebenfalls dankend annimmt.

Nachdem sodann
das Protocoll vom 29. December v. J. genehmigt ist,

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß in einer Eingabe vom 6. d. M. der Particulier Domeyer gegen die auf seine wiederholten Steuerreclamationen ergangene Resolution des Magistrates die Entscheidung der Stadtverordneten anruft. Da die Versammlung sich zur Abgabe eines solchen Wahrspruchs nicht competent erachten kann, giebt der Herr Vorsitzende anheim, die vorliegende Zuschrift dem Magistrate zu sachgemäßer Berücksichtigung zu überweisen, womit die Versammlung sich einverstanden zeigt.

Die Berathung des vorliegenden neuen Statuts über das öffentliche Fuhrwesen muß bei Abwesenheit des Referenten, Herrn Grafen Görz-Wrisbergs, von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Reglementarisch wirft Herr Schwarzenberg die Frage auf, ob der Erlaß dieses Statutes überhaupt noch wünschenswerth und erforderlich ist, nachdem dessen wichtigster Bestandtheil, die neue Taxe, auf Grund des Reichsgewerbegesetzes von Herzoglicher Polizeidirection einseitig bereits festgestellt worden, die Mitwirkung der städtischen Behörden also, denen davon nach Maßgabe der älteren Bestimmung in § 46 der rev. St.-D. Mittheilung gemacht ist, sich auf ganz Nebensächliches beschränken würde. Redner wünscht, daß die Statutencommission auch dies Bedenken noch in Erwägung ziehe,

was der Herr Vorsitzende zusagt.

Es folgt der Tagesordnung gemäß

II. Herr v. Seckendorff mit dem Berichte der Statutencommission über die Rechnungen des städtischen Haushalts im Jahre 1874.

Sofern die vorgekommenen Abweichungen von den Voranschlägen nicht durch ausdrückliche Beschlußnahmen der Versammlung veranlaßt sind, finden sie ihre Rechtfertigung in den obwaltenden besonderen Umständen. Auch gegen die Rechnungsführung ist nichts zu erinnern. Der Herr Referent beschränkt sich daher auf eine Recapitulation der einzelnen Abschlüsse, wobei er in den der Versammlung vorliegenden gedruckten Auszügen verschiedene Druckfehler nachweist, und giebt schließlich die Genehmigung der Rechnungsablage anheim,

welche seitens der Versammlung ohne weiteres ausgesprochen wird.

Die Abnahme der Schlußrechnungen über den Schulbau im Prinzenwinkel muß ausgesetzt werden, weil deren erschöpfende Vorberathung in der Finanzcommission noch nicht hat stattfinden können.

Demnach trägt ferner

III. für die Schulcommission Herr Reck vor, daß der Schuldirector Friedrichs und der Turnlehrer Hermann für zweckmäßig halten, den Turnunterricht der Präparanden und Aspiranten, welcher bisher mit einem Miethaufwande von 90 Mark jährlich in der Actien-Turnhalle stattfand, in die Schule im Prinzenwinkel zu verlegen. Der Magistrat billigt dies um so mehr, als ersteres Local demnächst nach allgemeiner Einführung des Turnunterrichts in den hiesigen Schulen für sämtliche Abtheilungen doch nicht ausreichen würde, wonach denn in einem Magistratschreiben vom 26. v. M. beantragt wird, die zur Vervollständigung des Turngeräths der Schule im Prinzenwinkel erforderlichen 230 Mark zu verwilligen. Die Commission schließt sich diesem Antrage an,

dem ohne Einwand auch die Versammlung entspricht.

Sodann

IV. berichtet namens der Statutencommission Herr Heymann über ein Magistratschreiben vom 22. v. M., das Project einer Straßenanlage vom Bahnhofe ins Innere der Stadt betreffend.

Durch Beschluß vom 29. Mai 1873 hatte die Versammlung sich einverstanden erklärt, daß der zur Herstellung einer graden Verbindungslinie vom Bahnhofe bis in die Mitte der Schuhstraße zusammengetretenen Gesellschaft bei Herzoglicher Landesregierung die Expropriationsbefugniß ausgewirkt und seitens der Stadt dieselbe Unterstützung zugesagt werde, welche den Unternehmern der Münzstraße zutheil geworden war. Bevor jedoch die auf mancherlei Schwierigkeiten stoßende Verhandlung zum Abschluß gelangte, ließ in Folge der veränderten Lage des Geldmarktes die Gesellschaft ihren ursprünglichen Plan fallen, worauf vorerst die ganze Angelegenheit ruhte, um erst neuerdings in anderer Weise wieder aufgenommen zu werden.

Im Juni v. J. nämlich gab das Haus Lehmann Oppenheimer u. Sohn beim Magistrate die Erklärung ab, eine Straße vom Bahnhofe nach dem Innern der Stadt nunmehr in der Weise eröffnen zu wollen, daß selbige sich auf dem Johannis-hofe in zwei Arme theile, deren einer auf den Kohlmarkt, der andere behufs künftiger Verlängerung bis zur Münzstraße auf die Lange Brücke hinter Unser lieben Frauen münden soll. Auf ein Expropriationsrecht verzichteten die Unternehmer, dagegen baten sie um die früher schon in Aussicht gestellte Beihilfe der Stadt. Fast gleichzeitig theilte Herzogliche Baudirection dem Magistrate mit, daß der Architect Campe, Eigenthümer des vormalis Elzbacherschen Grundstückes am Bruchthore, um Ueberlassung der angrenzenden Pfergräben eingekommen war, welche er zu canalisiren

beabsichtigte, um im Anschluß an das Oppenheimersche Project eine Verlängerung der über den Johannishof führenden Straße nach der Eisenbahn herzustellen. Der Stadtbaurath fand diese combinirten Anlagen dem Interesse der Stadt durchaus entsprechend, weil damit namentlich die längst als nothwendig anerkannte Verkehrs-entlastung des Ziegenmarktes und des Kohlmarktes zu erreichen stände. Da inzwischen die Firma Oppenheimer auch den Bauhof am Bruchthore, die Rossmühle am Kohlmarkt und verschiedene Privathäuser angekauft hatte, der Ernst ihrer Absichten also keinem Zweifel mehr unterliegen konnte, nahm der Magistrat keinen Anstand, unter Betheiligung Herzoglicher Baudirection und des Stadtbauamts mit den Antragstellern in weitere Unterhandlung zu treten.

Schon bei der ersten Localbesichtigung aber stellten sich die Unzweckmäßigkeiten des vorliegenden Bauplans heraus. Wurde nämlich beabsichtigter Maßen auf dem Elsbacherschen Grundstücke ein vierstöckiges, westlich bis an den jetzigen Okergraben herantretendes Gebäude errichtet, und auf dieser Seite die Straße nach dem Johannishofe geführt, so mußte die Aussicht auf das schöne Hauptgebäude des Bahnhofes völlig verloren gehen und auch in der Nähe dessen imposanter Eindruck durch die unverhältnißmäßige Größe jenes Neubaus erheblich beeinträchtigt werden. Nach vielfältigen Vereinbarungsvorschlägen gelangte man allseits zu der Ueberzeugung, daß das Elsbachersche Grundstück sowie der ganze übrige Raum zwischen dem Bahnhofe und der Wallstraßenbrücke unbebaut zu lassen und die Straße über den Johannishof soviel weiter nach Osten zu legen sei, daß das Bahnhofsgelände von dem an ihrer Gabelung entstehenden freien Plage aus sichtbar bleibe.

Auf dieser Grundlage wurde dann folgende vorläufige Vereinbarung getroffen:

1. Die Stadt übernimmt das von den Unternehmern für 10,000 Rthlr. angekaufte Elsbachersche Grundstück für 4000 Rthlr., gegen unentgeltliche Ueberlassung eines kleinen Areals neben dem Bauhofe, welches der Stadt durch Abbruch des Gebäudes der hintern Südwasserkunst zugefallen ist, und unter der Bedingung, daß bei späterer Bebauung der sogenannten Insel die Aussicht von der neuen Straße auf die Bahnhofshalle nicht verdeckt werden darf.

2. Der Okerkanal zwischen der Bruchthorpromenade und der Brücke am Bruchthore wird canalisirt und zwar je zur Hälfte auf Kosten der Stadt und Herzoglicher Baudirection, wogegen von dem durch die Canalisirung gewonnenen Terrain der östliche Theil zu der für die Stadt erworbenen Insel, der westliche zu dem angrenzenden Straßen- und Promenadenterrain gezogen wird.

3. Die Unternehmer verpflichten sich, das Planum der projectirten drei Straßen in der festgesetzten Breite und Richtung, und zwar binnen zwei Jahren, bis Ende 1878, herzustellen, auf Verlangen auch die rechtzeitige Vollendung dieser Arbeiten durch eine vom Magistrat zu bemessende Caution zu sichern. Das auf dem Situationsplane mit 13 bezeichnete Terrain (an der Ausmündung des östlichen Armes

der neuen Straße auf den Bruch) wird ihnen nicht überlassen, sondern bleibt einstweilen unbaut; doch soll darüber seitens der Stadt anderweitig demnächst nicht disponirt werden, bevor es den Unternehmern vergeblich angeboten ist.

4. Die Canalisirung der neuen Straßen erfolgt unter Leitung eines städtischen Baubeamten je zur Hälfte auf Kosten der Stadt und der Unternehmer nach Maßgabe der von dem leitenden Beamten attestirten Rechnungen.

5. Die Stadt allein übernimmt die Anlage der Gas- und Wasserleitungsröhren sowie die Unterhaltung der nöthigen Straßenbeleuchtung.

6. Ebenso erfolgt auf alleinige Kosten der Stadt die Pflasterung der Bahnen mit Basaltstein, wogegen

7. die Plattenfußwege mit Bordsteinquadern und den nöthigen Einfallschächten unter Leitung eines städtischen Baubeamten auf Kosten der Unternehmer oder der Baustellenkäufer hergestellt werden, für welche indeß der Stadt gegenüber erstere aufzukommen haben.

8. Das gesammte Straßenterrain wird der Stadt unentgeltlich zum Eigenthum überlassen.

9. Irrungen zwischen der Stadt und den Unternehmern sollen ohne alle processualische Weiterungen durch schiedsrichterliche Entscheidung Herzoglicher Bau-direction erledigt werden.

Für dieses Uebereinkommen erbittet der Magistrat nunmehr die Genehmigung der Versammlung. Abgesehen von den erforderlichen Aufwendungen der Gas- und Wasserwerke sowie von den für die Elzbachersche Insel zu zahlenden 4000 Rthlr., welche demnächst aber durch Verkauf von Baustellen auf derselben wieder einkommen werden, sind die der Stadt zufallenden Kosten auf etwa 90,000 Mark veranschlagt, eine Summe, welche an sich zwar bedeutend ist, nach den übereinstimmenden Ansichten des Stadtbauamts und des Stadtbauraths indessen für eine durchweg neue, schöne und späterhin leicht und mit geringen Kosten bis in die Mitte der Stadt fortzuführende Straße wohl darf aufgewandt werden.

Auf eine Eingabe der Grundbesitzer an der Bruchstraße, welche die letztere mittels Canalisirung des anliegenden Okergrabens zu erweitern und als Verbindungsglied zwischen dem Bahnhofe und der Münzstraße zu benutzen beantragen, hat der Magistrat nicht geglaubt eingehen zu können, weil dieser Vorschlag jeder soliden Grundlage entbehrt. Seine Berücksichtigung also aller Wahrscheinlichkeit nach nur dazu führen würde, die Ausführung des vorliegenden völlig ausgestalteten und gesicherten Projectes zu vereiteln oder doch zu verzögern.

Unter Vorbehalt einiger unwesentlichen, rein redactionellen Aenderungen empfiehlt die Commission die Vorschläge des Magistrats zur Genehmigung. Sie verkennt nicht, daß der volle Nutzen dieser Anlagen erst dann eintreten wird, wenn der östliche Straßenarm bis zur Münzstraße verlängert ist. Allein einmal führt dasselbe

diesem Ziele doch einen großen Schritt näher, sodann aber verheißt es auch an sich schon so wesentliche Vortheile, daß die geforderten Aufwendungen keinesfalls unverhältnißmäßig hoch erscheinen können. Wie der Herr Referent, die Mittheilungen des Magistrates ergänzend hinzufügt, sind die auf Kosten der Stadt herzustellenden Gas- und Wasserleitungsanlagen zu 7000 Mark veranschlagt. — Dem so empfohlenen Projecte steht nun das erwähnte Gesuch gegenüber, dahin zu wirken, daß der Bauhof den Unternehmern nur dann überlassen werde, wenn sie sich anheischig machen, eine Verbindung mit der Münzstraße mittels der erweiterten Bruchstraße herzustellen; und allerdings, die gewünschte Linie würde die geradere sein. Andererseits jedoch erheben sich gegen dieses Project Bedenken der allergewichtigsten Art. Sollte die Verbreiterung der Bruchstraße ihren Zweck wirklich erfüllen, so müßte die gesammte östliche Häuserreihe abgebrochen und von Grund auf neu gebaut werden, was natürlich mit ganz unverhältnißmäßigen Kosten verknüpft sein würde. Es wäre ferner dazu ein Stück des Johannishofes erforderlich, welches die Eigenthümer zu Gunsten eines Concurrencyprojectes entweder gar nicht oder wiederum nur für einen sehr hohen Preis abzutreten geneigt sein dürften. Und was vollends den Ausschlag giebt: dieß Project schwebt völlig in der Luft, ein Unternehmer hat sich nicht gemeldet, die Stadt selbst also müßte die Ausführung über sich nehmen, was unter allen Umständen mißlich, in vorliegendem Falle aber geradezu unverantwortlich wäre. Nach dem allen kann die Commission es nur billigen, daß der Magistrat jenem Gesuche nicht willfahrtet, sondern sich lediglich an die klar vorliegenden anderen Anerbietungen gehalten hat.

Das Gutachten der Commission über die Einzelheiten des vorgeschlagenen Abkommens wird vorbehalten, da die Versammlung sich zunächst im allgemeinen über die Zweckmäßigkeit des Projectes schlüssig zu machen wünscht.

Die Discussion eröffnend,

drückt Herr Steinau sein Befremden aus, daß zu den Vorverhandlungen diesmal nicht wie sonst in ähnlichen Fällen auch die Finanzcommission herangezogen ist, deren Beirath seiner Meinung nach bei Anforderung eines Betrages von solcher Höhe kaum zu entbehren sein dürfte. In der Sache selbst hält Redner das von den Anwohnern der Bruchstraße angeregte Project ebenfalls für unausführbar. Die Erwartungen dagegen, welche man den in Aussicht genommenen Anlagen entgegenbringt, vermag er nicht zu theilen. Das Innere der Stadt würde dadurch keinesweges soviel mehr erschlossen werden. Denn ob und wann der östliche Straßenarm seinen Anschluß an die Münzstraße finden wird, läßt sich vorläufig noch gar nicht absehen; der westliche, auf den Kohlmarkt mündende Arm würde allen Verkehr vom Bahnhofe eben wieder der Schubstraße zuführen, welche doch in erster Linie einer Entlastung bedürfte, ganz zu geschweigen, daß an der scharfen Ecke, bei der er dem Plane

nach austauschen soll, Zusammenstöße von Fuhrwerk und andere Unglücksfälle voraussichtlich in großer Zahl vorkommen würden. Endlich aber: wie will man überhaupt den Güterverkehr nöthigen, seinen Weg über die neue Straße zu nehmen? Daß ihm die Promenade vom Gieseler bis zum Bruchthore werde eröffnet werden, ist nirgend gesagt, und einmal auf der Südstraße, werden Lastwagen schwerlich die zwei scharfen Wendungen machen, um auf einem Umwege über die neue Straße den Kohlmarkt zu erreichen, wohin leichter und näher über den Bankplatz und den Ziegenmarkt zu gelangen ist. Beharren die Herren Oppenheimier und Genossen trotzdem bei ihrem Projecte, so ist Redner nicht abgeneigt, dafür zu stimmen, daß die Stadt ihnen dabei durch Uebernahme der Gas- und Wasserleitungsanlagen sowie der halben Canalisirung entgegenkomme. Weiter zu gehen und namentlich auch die Pflasterung zu übernehmen, findet er um so weniger angezeigt, als das Unternehmen offenbar auf eine Speculation mit dem Areal des Johannis Hofes hinausläuft, und noch nachdrücklicher glaubt er sich gegen Verwilligung des enormen Preises von 4000 Rthlr. für die vormalig Elzbachersche Insel aussprechen zu müssen, da deren Bebauung augenscheinlich dem eigenen Interesse der Unternehmer zuwiderlaufen, aller Wahrscheinlichkeit nach also ohnedies unterbleiben würde. Den Gegenstand, wie von verschiedenen Seiten gewünscht wird, behufs weiterer Ueberlegung zu vertagen, sieht Herr Steinau keinen Grund, und die Unternehmer würde es nur schädigen, wenn sie noch länger mit einer Entscheidung hingehalten würden, die nach Beschaffenheit der Sachlage doch nicht wohl nach Wunsch für sie ausfallen kann. Besser wird ihnen jedenfalls gedient sein, wenn sie über das was die Stadt für sie thun kann, sobald als möglich ins Klare kommen. Redner empfiehlt daher, den Magistratsantrag mit den von ihm bezeichneten Einschränkungen ohne weiteren Aufschub zu genehmigen.

Auf den reglementarischen Vorhalt Herrn Steinaus giebt der Herr Vorsitzende die Erklärung ab, daß es sich in diesem Falle seiner Ansicht nach wesentlich um organisatorische Bestimmungen handelt, wonach er denn als Vorsitzender der Statutencommission keinen Anlaß habe finden können, auch die Mitwirkung der Finanzcommission in Anspruch zu nehmen. Der Geldpunct komme schließlich fast bei allen Vorlagen in Betracht; wollte man deswegen aber bei den Vorberathungen immer doppelte Kräfte in Bewegung setzen, so würde die Finanzcommission sich unfehlbar sehr bald überbürdet finden.

Herr Bracke bestreitet die Richtigkeit dieser Betrachtungsweise. Aufgabe der Finanzcommission sei, die Bewegungen des städtischen Haushalts im steten Hinblick auf die allgemeine Finanzlage der Stadt regeln zu helfen, und diese Aufgabe könne sie nicht erfüllen, wenn so bedeutende Verwilligungen wie die hier in Frage stehende ihrer Beurtheilung entzogen werden. Daß dies in vorliegendem Falle geschehen ist, bezeichnet Redner als einen der Gründe, weswegen er sich von den Berathungen

der Statutencommission fern gehalten hat. — Den Werth des Projectes selbst hält er durch die Kritik Herrn Steinaus hinlänglich gekennzeichnet: eine Entlastung der Schubstraße stellt dasselbe nicht in Aussicht, Bedingung der gehofften Vortheile ist der Anschluß an die Münzstraße. Da sich hierfür aber ein Unternehmer sicherlich nicht finden wird, so würde demnächst, um die gegenwärtig angeforderten 90,000 Mk. nicht ganz vergeblich aufgewandt zu haben, die Stadt sich in die Zwangslage versetzt sehen, selbst für die Herstellung der noch fehlenden Zwischenglieder eintreten zu müssen. Sonach würde man denn mit der heutigen Verwilligung zugleich noch weitere Verbindlichkeiten eingehen, deren Umfang zur Stunde Niemand zu übersehen vermag; und diese Erwägung allein würde den Redner abhalten, die Magistratsanträge zu genehmigen. Aber gesetzt auch, eine directe Verbindung vom Bahnhofe bis zum Burgplatz wäre gesichert — immer würde doch der Nutzen dieser Linie ein sehr geringfügiger sein, indem sie den Güterverkehr weder für die östlicheren noch für die westlicheren Stadttheile zu vermitteln geeignet wäre, sondern höchstens den Passanten und leichterem Fuhrwerk gewisse Bequemlichkeiten bieten könnte. Blicke daher nur etwa noch die Aussicht in Anschlag zu bringen, demnächst einige schöne Straßen mehr zu haben. Redner erkennt keinesweges den Nutzen und die Annehmlichkeit derartiger Verbesserungen; allein öffentliche Mittel dafür in solchem Maße zu engagiren wie die Vorlage es erfordert, kann er in Anbetracht der städtischen Finanzlage nicht als gerechtfertigt anerkennen. Um die beschlossenen nothwendigen Bauten auszuführen, werden in diesem Jahre $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark anzuleihen sein; wenn dann auch das Schlachthaus seine Kosten selbst decken mag, so bleiben doch 1,200,000 Mk. mit jährlich 60,000 Mk. aus der Stadtkasse zu verzinsen. Und andrerseits: zahlreiche Steuerreclamationen mußten schon im verflossenen Jahre als begründet anerkannt werden, und ohne Zweifel werden dergleichen Fälle sich in diesem Jahre eher vermehren als vermindern; bei solchen Ausfällen am Ertrage der Communalsteuer aber wird man froh sein müssen, wenn ohne Erhöhung derselben die bestehenden Verpflichtungen abgewickelt werden können. Eine Sachlage, welche den städtischen Behörden gewiß nahe legen muß, jeden Pfennig dreimal zu besehen, ehe er hingegeben wird. Mögen also die Herren Oppenheimer ihr Project auf eigene Kosten zur Ausführung bringen. Daß sie dabei in erster Linie nicht ein öffentliches Interesse, sondern ihr eigenes im Auge haben, liegt auf der Hand und verdankt ihnen Niemand; soll ihnen dennoch, etwa der Bedeutung wegen, die ihre Straße für das Gemeinwohl möglicher Weise noch gewinnen kann, einige Rücksicht angedeihen, so wird dies höchstens in dem von Herrn Steinau angedeuteten Umfange zulässig sein.

Der Herr Vorsitzende sieht sich genöthigt, der Art und Weise entgegenzutreten, wie Herr Bracke seine Obliegenheiten als Mitglied der Statutencommission auffaßt. Die unentschuldigsten Versäumnisse desselben war er geneigt auf sich beruhen zu lassen; was aber Herr Bracke soeben als Motiv vorgewandt hat, kann er

als triftigen Entschuldigungsgrund nicht gelten lassen, und wird er daher nunmehr nach Maßgabe der Geschäftsordnung gegen ihn verfahren.

Herr Bracke ist bereit, die verwirkte Strafe über sich ergehen zu lassen, bestritt aber dem Herrn Vorsitzenden das Recht, sein Verhalten so wie es geschehen ist, zu rügen; wie er seine Pflichten auffasse, sei lediglich seine Sache. Des nähern erklärt Redner sich dahin, daß er natürlich keine große Neigung fühlen könne, an Berathungen theilzunehmen, bei denen er fort und fort schroff entgegengesetzten Meinungen allein gegenüberstehe und nur selten einige Bereitwilligkeit finde, auf seine Ansichten einzugehen.

Der Herr Vorsitzende hält gleichwohl die Behauptung aufrecht, daß kein Mitglied der Versammlung sich seiner Pflichten den klaren Bestimmungen der Geschäftsordnung zuwider entziehen dürfe.

Herr Lucius, ohne damit seinerseits einen Tadel aussprechen zu wollen, weist darauf hin, daß Herr Bracke sachgemäßer gehandelt hätte, wenn er in der Commissionsitzung erschienen wäre, um selbst die Zuziehung der Finanzcommission zu beantragen, und knüpft hieran die Bitte, in Zukunft anders als diesmal verfahren zu wollen.

Auf die Hauptfrage zurückkommend,

führt Herr Flagg eine Reihe wünschenswerther aber thatsächlich unmöglicher Straßenanlagen auf, welche er beantragen würde, wenn solche Anträge irgend Aussicht auf Erfolg hätten. Um so erfreulicher aber scheint ihm, die nunmehr gebotene Möglichkeit, mit verhältnißmäßig geringen Opfern vom Bahnhofe bis ins Herz der Stadt eine Straße zu führen, deren große Vortheile kein Unbefangener werden leugnen können. Als gering glaubt Redner jene Opfer namentlich im Vergleich zu den Aufwendungen bezeichnen zu dürfen, welche Jahr aus Jahr ein die offenbar doch viel weniger gemeinnützigen neuen Straßenanlagen vor den Thoren erfordern. Kann aber das zunächst vorliegende Project allein alle diese Vortheile allerdings noch nicht herbeiführen, so macht es doch einen Anfang damit, und mit dem Anfange muß man eben jedesmal beginnen. Gegenüber den Ausstellungen endlich, die an dem vorliegenden Projecte von dieser und jener Seite ausgesprochen sind, verweist Redner auf den Erfahrungssatz, daß noch nie etwas Neues der Art geschaffen ist, das alle Betheiligten befriedigt, Niemand zu einem Tadel Anlaß gegeben hätte.

Auch Herr Vini hat das Project mit Freuden begrüßt, und zwar nicht allein um der Verkehrserleichterung willen, die es für eine nähere oder entferntere Zukunft verheißt, sondern insbesondere deswegen, weil dadurch, im Gegensatz zu den massenhaften und nicht immer glücklichen Außenbauten der letzten zehn Jahre, endlich einmal die Aussicht auf eine Reihe höchst zweckmäßiger Neuschöpfungen im Innern der Stadt eröffnet wird, wo es noch große Flächen der Bauhätigkeit zu erschließen giebt. Dieser Aussicht gegenüber fällt für ihn ein Aufwand von 90,000 Mk. nicht ins Ge-

wicht. Was Herr Steinau gegen den Ankauf der Elzbacherschen Insel eingewandt hat, scheint Herrn Pini nicht zutreffend. Denn abgesehen davon, daß jeder Hausbau dort die Aussicht auf den Bahnhof verdecken würde und daß nur durch freie Verfügung über diesen Platz eine Passage hergestellt werden kann, wie sie am Eingange der projectirten neuen Hauptstraße unentbehrlich ist, muß dort auch der Zugang zur Bruchstraße frei gehalten werden, deren Verbreiterung resp. Verschiebung schon deswegen nicht ausbleiben wird, weil grade innerhalb der Häusercomplexe des Bruches noch ein geräumiges Terrain einer bessern Verwerthung harret. Unter diesen Umständen aber und in Anbetracht des Preises, welchen die jetzigen Eigenthümer dafür gezahlt haben, kann die Forderung von 4000 Rthlr für die fragliche Fläche nicht übertrieben erscheinen.

Herr Steinau spricht nochmals die Ueberzeugung aus, daß die Elzbachersche Insel, auch wenn die Stadt selbige nicht erwirbt, schon im eigenen Interesse der Unternehmer nicht bebaut werden kann, da hierdurch die Bauplätze auf dem Johannis Hofe an Werth beträchtlich verlieren würden. Den scherzhaften Humor, mit welchem Herr Flaggé an die Sache herantritt, vermag Redner sich nicht anzueignen: für ihn ist es unter allen Umständen eine überaus ernste Frage, ob die Finanzverhältnisse der Stadt für ein an sich immerhin wünschenswerthes Project die Summe von 90,000 Mk. aufzuwenden erlauben. Diese Frage glaubt Redner angesichts der vielen und großen Ausgaben, welche der Stadt bereits obliegen und noch bevorstehen, vermuthen nach bester Ueberzeugung eben verneinen zu müssen, und in gleicher Weise wird er sich bei jedem ähnlichen Anlaß, gegenüber z. B. der mindestens ebenso berechtigten Forderung entscheiden, die Stadttheile vor dem Wenden und dem Petritore mittels einer Brücke über die Lange Tiefe zu verbinden. Allerdings sind für frühere Straßenanlagen dergleichen Zuschüsse verwilligt. Einmal jedoch hat damit keinesfalls doch eine indende Consequenz für alle Zukunft übernommen werden sollen, und sodann dürfte man wohl die Frage aufwerfen, ob manche von jenen Anlagen nicht auch ohne dies würden zu Stande gekommen sein, und wenn nicht, ob das Gemeinwohl davon irgend empfindlich berührt worden wäre. Daß das vorliegende Project auch ohne Mitwirkung seitens der Stadt gesichert ist, glaubt Redner mit ziemlicher Gewißheit voraussagen zu können.

Für trüglich hält Herr Pini zunächst die Zuversicht, daß die Elzbachersche Insel auf alle Fälle unbebaut bleiben werde: die Bauplätze auf deren Ostseite werden die Unternehmer, wenn nicht die Stadt den Platz ankauft, ohne allen Zweifel auf die ursprünglich vorgesehene Weise zu verwerthen suchen. Damit aber würde ein bequemer Zugang nach der Bruchstraße ein für alle Mal verlegt sein.

Grade dieser Erwägung ist auch Herr Reuter geneigt großes Gewicht beizumessen, da bei der raschen Bevölkerungszunahme unserer Stadt — um 11,000 Seelen binnen der letzten vier Jahre — die Erschließung des noch unbebauten Areals im

Innern der Stadt, und so auch desjenigen auf dem Bruche, sich voraussichtlich demnächst als Nothwendigkeit herausstellen wird. In Folge dieses erfreulichen Zuwachses aber treten auch an die Stadt Forderungen heran, deren sie sich unmöglich ganz wird entziehen können; und wenn bei ihren beschränkten Mitteln Manches was in diesem Betracht wünschenswerth wäre, allerdings wird unausgeführt bleiben müssen — für Anderes wird sie nicht umhin können einzutreten, mag das Geld herkommen wo es will. Hier nun handelt es sich um ein Project, dessen Vortheile klar vor Augen liegen und dessen Kosten nicht unerschwinglich sind. Denn die von der neuen Straße erhoffte Verkehrserleichterung liegt keinesweges in so nebelgrauer Ferne, wie die Herren Bracke und Steinau annehmen: sobald erst der Durchbruch vom Bahnhofe bis zur Langen Brücke hergestellt ist, werden auch die Eigenthümer des ehemaligen Alexii-Pflegehauses nicht länger säumen, die Fortführung dieser Linie bis zur Münzstraße in Angriff zu nehmen, und damit wird eine Straße hergestellt sein, welche den Verkehr der halben Stadt von der Schuhstraße ablenkt. Herr Bracke zwar warnt vor den neuen Opfern, welche die Vollendung dieses Projectes uns auferlegen wird — Opfer, deren Umfang sich seiner Ansicht nach noch gar nicht übersehen läßt. Indes, so sehr im Dunkel liegen dieselben doch nicht: schon jetzt läßt sich sagen, daß der Straßentract von der Bruch- bis zur Münzstraße etwa den vierten Theil des gegenwärtig in Betracht kommenden Areals enthalten und sonach an Zuschuß seitens der Stadt etwa 22,500 Mark erfordern wird, eine Summe also, die keinesfalls so große Bedenken herausfordern kann. Bis aber diese Verbindung hergestellt ist, wird ein nicht zu unterschätzender Gewinn schon durch Entlastung des Ziegenmarktes erzielt sein. Eßen wie die, welche an der Ausmündung der neuen Straße auf dem Kohlmarke entstehen wird, giebt es in hiesiger Stadt sehr viele, ohne daß Unglücksfälle der von Herrn Steinau bezeichneten Art dort grade an der Tagesordnung wären, und namentlich werden Zusammenstöße an dieser Stelle um so weniger zu befürchten sein, als es schwerlich oft vorkommen dürfte, daß schwereres Fuhrwerk seinen Weg vom Ziegenmarkt in die neue Straße oder umgekehrt zu nehmen hat. Hinsichtlich des Zuganges vom Güterbahnhof ab besorgt Redner keine ernstliche Schwierigkeit: wie Herzogliche Baudirection auch sonst schon dergleichen Ausnahmen stattgegeben hat, ebenso wird sie bei eintretendem Bedürfniß auch die Promenadenstrecke zwischen Gieseler und Bruchthor für den Lastverkehr freigeben und mit entsprechender Pflasterung versehen. In Anbetracht endlich der Aussicht, daß die sehr bedeutenden Ausgaben für neue Schulanlagen in vierzig Jahren amortisirt sein werden, kann Herr Reuter auch die allgemeine Finanzlage der Stadt nicht für so gar ungünstig halten. Muß allerdings aber heutigen Tages in Folge der raschen Entwicklung Braunschweigs auch seine Steuerkraft höher angespannt werden als vormalis, so wird man hierin doch sicherlich keinen Grund zur Klage finden können, wenn man bedenkt, wie in den vierziger und fünfziger Jahren zwar die

Anforderungen geringer waren, daneben aber auch alle Betriebsamkeit und der Werth alles städtischen Grundeigenthums tief darniederlag.

Auch Herr Schöttler, auf die Gefahr hin, als Mitbesitzer der Münzstraße einer Rede pro domo verdächtig zu werden, fühlt sich zu nachdrücklicher Empfehlung der Vorlage gedrungen. Das Areal des Alexii-Pflegehauses war zum Zwecke eines Durchbruchs in der Richtung auf den Bahnhof schon angekauft, ehe noch das Münzstraßenproject aufstaute. Was die Unternehmer gehindert hat, dies Werk alsbald in Angriff zu nehmen, war die Ungewißheit, ob auch die nöthigen Anschlüsse nach Norden und Süden zur Ausführung kommen würden; als dann die Aussicht durch Herstellung der Münzstraße wenigstens nach einer Seite geklärt war, konnte doch der Verlauf dieser Unternehmung nicht grade zur Nachfolge ermuthigen. Wenn nunmehr aber mit Hilfe der Stadt auch die Verbindung nach der andern Seite gesichert und zugleich die Möglichkeit dargethan wird, eine derartige Anlage binnen zwei Jahren auszuführen, so wird die Herstellung jenes Zwischengliedes sicherlich nicht lange mehr auf sich warten lassen; und eine Nöthigung mehr dazu wird eintreten, sobald nach Vollendung der neuen Bürgerschulen die bisherige nuchbare Verwerthung des Alexii-Pflegehauses aufhört. Die Höhe der angeforderten Beihilfe anlangend, ist Redner überzeugt, daß selbige nicht der Art ist, den Herren Dypenheimer von ihrer Straßenanlage einen größern Gewinn zu sichern als die Unternehmer der Münzstraße davon getragen haben, und das war etwa soviel wie nichts.

Herr Bracke bezweifelt, daß bei dem erwähnten künftigen Project die Stadt so billig abkommen würde wie Herr Reuter rechnet: wird es dabei sich doch nicht bloß um die Herrichtung des Planums, sondern auch um den Ankauf und Abbruch hinderlicher Privathäuser handeln. Ebenso wenig vermag er sich der Meinung Herrn Reuters in Betreff der städtischen Finanzlage anzuschließen. Hat man die Amortisation großer Summen innerhalb eines verhältnißmäßig kurzen Zeitraumes übernommen, so bleibt doch jedenfalls erst noch abzuwarten, ob dieser Verbindlichkeit ohne Erhöhung der Communalsteuer auch genügt werden kann.

Herr Schöttler ist überzeugt, daß die Stadt bei jener Gelegenheit für die etwa niederzulegenden Privathäuser nichts wird beizutragen haben; nöthigenfalls jedoch würde er auch hierzu rathen, da in der That für die Erschließung so werthvoller Verbindungsstraßen immerhin noch größere Opfer gebracht werden dürften als bislang geschehen ist. Denn auch durch einen Steueraufschlag, wenn solcher ja über kurz oder lang nöthig werden sollte, wird man sich hier nicht grade beschwert halten können. Redner hat an seinem Theile zur Communalsteuer einen recht ansehnlichen Beitrag zu leisten und würde eine Verminderung desselben natürlich vorziehen. Gleichwohl muß er bekennen, daß die öffentlichen Lasten hiesiger Stadt in Anbetracht ihres glücklichen Aufschwungs und im Vergleich namentlich mit dem was unter ähnlichen Verhältnissen anderswo, z. B. in rheinländischen Städten wie

München, Gladbach, Rheidt, Düsseldorf, aufgebracht wird, um den Verkehr anzuziehen und die Betriebsamkeit zu heben, keinesweges drückend genannt werden können. Niemand wird auch der geringern Besteuerung halber die Zeiten zurückwünschen, da die Regierung das Grundsteuergesetz für hiesige Stadt nicht in Anwendung zu bringen wagte, weil in Folge allgemeiner Nahrungslosigkeit nur die allerwenigsten Häuser eine genügende Rente abwarfen. Selbstverständlich werden die städtischen Behörden auch fernerhin ihr Mögliches thun, eine Erhöhung der Communalsteuer abzuwenden; unter keinen Umständen aber wird diese Rücksicht sie von Verwilligungen abhalten dürfen, welche die gedeihliche Fortentwicklung der Stadt unabwieslich erheischt.

Herr Oberbürgermeister Caspari legt nochmals die Erwägungen dar, aus denen die Anträge des Magistrates hervorgegangen sind. Als das Project zuerst zur Sprache kam, handelte es sich in erster Linie um die Bebauung der Elsbacher Insel: nur hierüber lag ein Plan vor, den Herzogliche Baudirection ihrerseits genehmigt hatte. Damals nun hat der Magistrat selbst jede Betheiligung der Stadt abgelehnt, weil die Consequenzen noch in keiner Weise zu übersehen waren. Als weiterhin jedoch die baupolizeiliche Genehmigung in Frage stand, sah man sich vor die Wahl gestellt, entweder zuzulassen, daß das Bahnhofsgelände durch die projectirten vier- und fünfstöckigen Häuser erdrückt würde, oder diese gewiß beklagenswerthe Eventualität mit einem Opfer abzuwenden; denn den Eigenthümern die möglichst vortheilhafte Ausnutzung der theuer erworbenen Bauplätze zu verwehren, steht den städtischen Behörden kein Recht zu. Unter diesen Umständen mußte der Magistrat es als dankenswerthes Entgegenkommen schätzen, daß die Eigenthümer im weitem Verlauf der Unterhandlungen auf den Vorschlag eingingen, der Stadt die ganze Insel für 4000 Rthlr zur Verfügung zu stellen — eine Summe, welche die nach dem veränderten Project noch verfügbaren Bauplätze demnächst wahrscheinlich ganz wieder einbringen werden, bei der keinesfalls aber die Stadt eine irgend nennenswerthe Einbuße erleiden kann. — Kommen weiter dann die 90,000 Mark Zuschuß für den Bau der neuen Straße in Betracht, so wird man angesichts der übrigen großen Bedürfnisse unseres Gemeindelebens allerdings die Zweckmäßigkeit einer so bedeutenden Aufwendung reiflich zu prüfen haben. Allein gegen die Zweckmäßigkeit des fraglichen Projectes an sich ist von keiner Seite Widerspruch erhoben; was dagegen eingewandt wird, gründet sich darauf, daß selbiges theils nicht vollständig vorliegt, theils noch dieser und jener Abänderung bedürftig oder fähig erscheint. Letzteres nun würde sich vermuthlich bei jedem andern Projecte wiederholen; ersteres anfangend, kann zugestanden werden, daß es annehmlicher wäre, wenn gleich eine directe Verbindung vom Bahnhof bis zum Hagenmarkte in Aussicht stände. Ein so umfassender Plan aber würde bei der Mannichfaltigkeit der ins Spiel kommenden Privatinteressen vorerst noch langwieriger Vorverhandlungen bedürfen, deren

Schwierigkeiten sich gelegentlich des frühern Project's einer Straßenanlage zwischen Bruchthor und Sach genugsam exemplificirt haben. Dies neue Project ganz hinauszuschieben, bis all jene Schwierigkeiten nach Wunsch gehoben sein werden, hätte um so weniger rechten Sinn, als das zur Zeit Erreichbare nicht nur die gewünschten weiteren Anschlüsse, zunächst bis zur Münzstraße, fast mit Nothwendigkeit nach sich ziehen wird; sondern auch für sich allein schon ganz unleugbare Vortheile verheißt. Denn abgesehen von der erleichterten Verbindung mit dem Bahnhofe — schon den Vortheil wird Niemand gering anschlagen wollen, daß auch im Innern der Stadt einmal eine große und schöne Straße entsteht, welche Leute, die gesund, bequem und in angenehmer Umgebung zu wohnen wünschen, anziehen kann. Und was den Werth dieses und der übrigen Vortheile des Project's vollends erhöht: sie werden erzielt ohne jede Expropriation, kein Obium einer Schädigung fremder Privatinteressen haftet daran. Erwägt man nun, welche Summen ohne Bedenken für die Pflasterung der Straße hinter dem Bahnhofe verwilligt wurden, so wird man die hier in Frage stehende Forderung kaum ablehnen können: selbst wenn das Project ohne jede Subvention gesichert wäre, würde es doch nur billig sein, für diese Straße zu übernehmen, was überall innerhalb und außerhalb der Stadt für neue Straßen geleistet ist; und nur um dieses handelt es sich bei den vorliegenden Anträgen. Wenn man aber gleichsam warnend auf die neuen Verwilligungen verweist, welche zu Behuf der unaussbleiblichen Fortführung des gegenwärtigen Projectes noch nöthig sein werden, so ist zu erwidern, daß diesen neuen Verwilligungen wiederum auch neue Vortheile die Wage halten werden.

Herr Steinau verwahrt sich gegen die Auffassung, als gründe sein Widerspruch sich lediglich auf den Umstand, daß nicht sofort eine grade Linie vom Bahnhof bis zum Wendenthore eröffnet werden kann. Worauf er hingewiesen hat, war das was auch der Herr Referent hervorgehoben: daß das Project so wie es vorliegt noch kein fertiges ist und ungleich empfehlenswerther wäre, wenn es sofort auch eine direkte Verbindung vom Bahnhof zur Münzstraße gewährleistete. Daß die neue Straße gleichwohl wie jede Anlage der Art gewisse Vortheile bietet, wird von keiner Seite bestritten.

Damit wird die Generaldebatte geschlossen, und wendet nunmehr die Discussion sich den einzelnen Artikeln der vorgeschlagenen Uebereinkunft zu.

Der erste derselben, den Ankauf der Eybacherschen Insel betreffend, wird ohne weiteres genehmigt.

Zu den unter 2 folgenden Bestimmungen über die Canalisation des Okerarmes von der Bruchthorpromenade bis zur vormaligen Südmühle und die Vertheilung des dadurch gewonnenen Areals

stellt Herr Vini den Antrag, in den herzurichtenden Canal auch den Obergaben an der Ostseite der Elsbacherschen Insel zu leiten.

Herr Schöttler hält dies ebenfalls für wünschenswerth, fürchtet aber, daß alsdann die Fortsetzung dieses Grabens bis zur Längen Brücke ebenfalls werde verschüttet werden müssen,

welche Nothigung indessen, wie Herr Vini voraussetzt, zu umgehen ist, indem der fragliche Wasserzug mit dem Canale an einem etwas nördlicher belegenen Punkte in Verbindung gesetzt wird.

Die Meinung Herrn Reuters, daß diesem Anliegen bereits in der Vorlage stattgegeben sei,

kann Herr Oberbürgermeister Caspari nicht theilen, wonach ihm denn die von Herrn Vini angeregte Frage immerhin eine nähere Erörterung zu verdienen scheint, welche er indessen den Betheiligten ohne bestimmten Antrag anheimzugeben bittet.

Demgemäß zieht Herr Vini seinen Antrag zurück,

worauf auch der zweite Artikel der Stipulation unverändert zur Annahme gelangt.

Der dritte verpflichtet in seinem ersten Theil die Unternehmer, das Planum der projectirten Straßen »binnen zwei Jahren, bis Ende 1878« herzustellen und die Erfüllung dieser Auflage »auf Verlangen des Magistrates« durch eine von diesem zu bemessende Caution sicher zu stellen.

Seitens der Commission wird beantragt, daß jene Fristbestimmung unzweideutiger mit den Worten »spätestens bis Ende 1878« gegeben werde.

Herr Munte, welcher unter »Herstellung des Planums« die Vorbereitung des betreffenden Areals zu Behuf der Wegebauten versteht, hält dazu einen so langen Zeitraum nicht für erforderlich und empfiehlt demnach, selbigen nur »bis Ende dieses Jahres« auszudehnen.

Herr Krampe wünscht Anordnung getroffen zu sehen, daß die bedungene Caution wirklich und zu einem Betrage von mindestens 50,000 Mthlr. bestellt werde.

Herr Schöttler constatirt, daß der Natur der Sache nach Herr Munte unter »Herstellung des Planums« wesentlich nur die Freilegung der Straßenarme, nicht aber auch deren Einebnung kann verstanden wissen wollen. Da möglicher Weise indeß nach Abschluß des vorliegenden Vertrages noch Monate hingehen werden, bevor mit den eigentlichen Räumungsarbeiten begonnen werden kann, so dürften auch diese schwerlich in so kurzer Zeit abzuthun sein, und erscheint es daher, zumal in Rücksicht auf die von Herrn Krampe vorgeschlagene Verschärfung der Cautionsbedingungen billig, wenn nicht den Wortlaut der Vorlage beizubehalten, so wenigstens doch die Frist »bis Ende 1877« hinauszurücken, was um so unbedenklicher, als die Unternehmer die erforderlichen Veranstellungen ohne Zweifel schon in ihrem eigenen Interesse möglichst beschleunigen werden.

Herr Flagge giebt anheim, als Endtermin den 1. Juli 1878 anzusehen, die Höhe der Caution aber in das Ermessen des Magistrates zu stellen.

Herrn Reuter scheint die in der Vorlage zugestandene Frist von drei Jahren allerdings zu lang. Da andererseits aber die Herstellung des Planums, wie eng man den Ausdruck auch fasse, bis Ende dieses Jahres nicht wohl möglich, schlägt Redner vor, dieselbe »binnen zwei Jahren« auszubedingen. Die Höhe der Caution möchte er gleichfalls dem Magistrate anheimgestellt, deren wirkliche Einzahlung aber auf alle Fälle gesichert und zu dem Ende die Worte »auf Verlangen des Magistrates« gestrichen sehen.

Angeichts der Mehrdeutigkeit des Ausdrucks »Herstellung des Planums« empfiehlt Herr Pini eine nähere Bestimmung desselben mittels des Zusatzes »zu Behuf der Pflasterung.«

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich mit dieser Fassung und ebenso mit den beiden Aenderungsvorschlägen Herrn Reuters einverstanden.

Desgleichen Herr Schöttler, sofern es sich um die Herstellung des Planums auf der Strecke vom Bahnhof bis zum Theilungspuncte der beiden Straßenausläufe handelt. In Erwägung aber, daß der Herstellung des Planums in dem somit angenommenen umfassendern Sinne die Canalisationsarbeiten sowie auch die Gas- und Wasserleitungsanlagen vorhergehen müssen, hält er für gerecht, der Fristbestimmung, einerlei ob diese oder jene gewählt wird, hinzuzufügen: »eventuell ein halbes Jahr, nachdem seitens der Stadt die Canäle hergerichtet und die Gas- und Wasserröhren gelegt sein werden.«

Bei der hierauf eintretenden Abstimmung wird dem Antrage Herrn Flagges gemäß die fragliche Frist bis zum 1. Juli 1878 angesetzt, der von Herrn Schöttler beantragte Zusatz angenommen, eine Feststellung der Cautionssumme abgelehnt, dagegen die Streichung der Worte »auf Verlangen des Magistrates« und mit diesen Aenderungen der erste Theil im dritten Artikel des Stipulationsentwurfes genehmigt.

Ebenso der zweite Theil des dritten Artikels, in welchem ein am Ausgange des östlichen Straßenarmes auf der Bruchstraße belegenes Terrainstück für Verfü- gung der Stadt vorbehalten wird,

nachdem Herr Munte sein Bedenken gegen die hier vorläufig entstehende bauordnungswidrige Unterbrechung der Straßenfront hat schwinden lassen.

Ohne Discussion genehmigt die Versammlung Artikel 4, 5, 6, 7 und 8.

Bei Artikel 9, welcher Differenzen zwischen der Stadt und den Unternehmern zur schiedsrichterlichen Entscheidung Herzoglicher Baudirection verstellt,

räth Herr Pini, da das betreffende Gesetz noch aussteht, den Massivbau inzwischen für die neuen Straßen durch einen zweckentsprechenden Zusatz zu sichern.

Der Herr Vorsitzende schlägt zu dem Ende folgende Bestimmung vor:

Die an den neuen Straßen zu errichtenden Hauptgebäude sind mit massiven Umfangswänden aufzuführen, wofür die Unternehmer haften.

Mit diesem Zusatze wird hierauf auch Artikel 9 angenommen.

Herr Bosse bittet den Magistrat, in Anbetracht des herrschenden Nothstandes der hiesigen Industrie dahin wirken zu wollen, daß die bevorstehenden Neubauten an einheimische Werkmeister verdingen und diesen nicht, wie es in letzter Zeit häufig geschehen, auswärtige Concurrenten vorgezogen werden.

Herr Munte zweifelt, daß die Käufer der Baustellen sich einer derartigen Beschränkung unterwerfen würden, da Thüren und Fenster z. B. in Schweden, woher er selbst seinen Bedarf entnimmt, ungleich billiger hergestellt werden als hier.

Herr Krampe kommt auf die früheren Bedenken wegen des Zugangs zu der neuen Straße über die Promenade zwischen Gieseler und Bruchthor zurück. Redner hatte gehofft, daß selbige in irgend einer Weise bei der Specialdiscussion würden gehoben werden; da dies nicht geschehen ist, fühlt er sich zu der Frage veranlaßt, welche Schritte der Magistrat in Betracht gezogen habe, um die Freiebung besagter Strecke für den Lastverkehr zu sichern.

Herr von Seckendorf ist der Meinung, das eintretende Bedürfnis werde die erwünschten Verfügungen von selbst hereinführen. Besondere Verhandlungen über diesen Punct anzuknüpfen, hält er für unräthlich, da solche zunächst wahrscheinlich nur überflüssige Weiterungen verursachen würden.

Da weder Herr Bosse noch Herr Krampe ihre Anregungen weiter verfolgen, wird nunmehr die ganze Vorlage von der Versammlung genehmigt.

Wie, hierauf

VI. namens der Finanzcommission Herr Steinau vorträgt, ist beim Magistrat das Gesuch eingegangen, zu Behuf einer Zuckerindustrie-Schule, welche hieselbst unter Direction der Chemiker Dr. Frühling und Dr. Schulz eingerichtet werden soll, und für die mit einem Aufwande von 48,000 Mark zweckmäßige Räumlichkeiten bereits beschafft sind, deren innere Einrichtung aber noch die Summe von 31,000 Mark erfordert, ein Capital von 9000 Mark aus den Mitteln der Stadt leihweise vorzusehen, welches die Bittsteller mit 3% zu verzinsen, mit 1% zu amortisiren und durch Verpfändung von 4000 Rthlr in Actien der Chininfabrik Braunschweig sicherzustellen sich bereit erklären. Bei der hohen Gemeinnützigkeit einer solchen Anstalt hält der Magistrat sich zur Empfehlung dieses Gesuches verpflichtet. Indem er die fraglichen 3000 Rthlr durch Verkauf vorhandener Landesschuldverschreibungen zu beschaffen vorschlägt, bittet er seinem mit der Finanzcommission zu vereinbarenden Ermessen anheimzustellen, von welcher Art Obligationen die betreffenden Stücke entnommen werden sollen. Mit den Anerbietungen der Bittsteller im übrigen ein-

verstanden, empfiehlt er die Amortisationsquote um den Betrag der von Jahr zu Jahr ersparten Zinsen zu erhöhen und das Recht sofortiger Veräußerung der verpfändeten Actien auf den Fall vorzubehalten, daß Verzinsung und Amortisation nicht rechtzeitig geleistet, oder daß bei Coursrückgängen der Werth des Faustpfandes auf Verlangen nicht anderweitig zu mindestens 25 % über den Schuldbetrag sichergestellt würde. Daß die geleisteten Abträge jederzeit wieder für das Stammvermögen der Stadt zinsbar belegt werden, giebt er anheim ausdrücklich anzuordnen.

Die Commission schließt sich diesen Vorschlägen in allen Stücken an.

Auch Herr Schöttler befürwortet dieselben auf das wärmste, indem er hervorhebt, daß die projectirte Schule, deren Bedürfniß längst von allen Seiten anerkannt war, nicht allein für die Zuckerfabrikation, sondern auch für manche andere Industriezweige unserer Stadt namhafte Vortheile herbeiführen wird, da der Praktiker seine Bestellungen erfahrungsmäßig mit einer gewissen Vorliebe denjenigen Etablissements zuzuwenden pflegt, mit denen er als Schüler instructiv in Berührung gekommen, wie dies eben der Unterricht in solchen Schulen mit sich bringt.

Herr Krampe findet einigermassen befremdlich, daß Kreise, in denen ein paar Tausend Thaler offenbar doch keine Rolle spielen, dergestalt die Unterstützung der Stadt in Anspruch nehmen. Da ihm überdies die Verzinsung mit 3% unverhältnißmäßig niedrig erscheint, wird Redner für Ablehnung der Vorlage stimmen.

Herr Steinau muß diese Bedenken gewissermaßen als berechtigt anerkennen, hält denselben aber entgegen, daß die Unternehmer der Schule in der That bereits nicht Unerhebliches selbst geleistet haben und danach immerhin schwierig finden mögen, die noch weiterhin erforderlichen Mittel allein aufzubringen, daß jedenfalls aber der unzweifelhaft sehr bedeutende Nutzen der Anstalt die gewünschte Betheiligung der Stadt hinlänglich zu rechtfertigen scheint.

Herr Schöttler fügt dem hinzu, daß die Schule in erster Linie nicht sowohl dem Interesse der »Zuckerprogen« dienen wird, als vielmehr dem Interesse solcher Leute, die bei dieser Arbeit und Brot suchen. Bis jetzt haben die technischen Leiter der hiesigen Zuckerfabriken aus der Fremde berufen werden oder doch ihre Vorbildung draußen erwerben müssen; mittels der projectirten Anstalt soll die Möglichkeit dieses Berufes auch denjenigen Stadt- und Landeskindern eröffnet werden, deren beschränkte Mittel für den Besuch auswärtiger Fachschulen nicht ausreichen; und dieser Absicht wird die Stadt wie jedem andern humanitären Streben immerhin auch durch ein geringes Opfer ihre Theilnahme bethätigen dürfen.

Herr v. Seckendorff möchte kraft dieser Erwägungen allenfalls zu dem Auswege rathen, den Zinsfuß des Darlehens zwar gewünschter Maßen zu erhöhen, der Anstalt dann aber einen entsprechenden Zuschuß aus den Erträgen der Hundesteuer zu überweisen.

Zu fernerer Unterstützung des Antrags führt Herr Oberbürgermeister Caspari

an, daß von Leipzig und von Berlin aus Anstrengungen gemacht waren, die Anstalt dorthin zu ziehen, die Unternehmer aber Braunschweig als kleinerem Orte den Vorzug gegeben haben, obwohl hiernach auf manche der in Aussicht gestellten Unterstützungen nicht mehr gerechnet werden konnte. Daß die Schule hier die besten Erfolge erzielen wird, erscheint in Anbetracht der an der Spitze stehenden Persönlichkeiten unzweifelhaft, und mit gleicher Sicherheit sind auch für weitere Kreise unserer Stadtnamhafte Vortheile davon zu erwarten.

Herr Krampe, welcher den Nutzen und die Zweckmäßigkeit der Unternehmung keinesweges verkannt hat, giebt seinen Widerspruch nunmehr auf.

Die Herren Schwarzenberg und Solmiz empfehlen, die sofortige Rückzahlung des Darlehens auch auf den Fall auszubedingen, daß die Schule etwa aufgehoben würde; ziehen jedoch ihren Antrag ebenfalls zurück, weil diese Eventualität implicite schon in den Propositionen des Magistrates vorgesehen ist, welche seitens der Versammlung hierauf genehmigt werden.

Schließlich

VII. trägt namens der Schulcommission Herr Reck vor:

Da die Vollendung der neuen städtischen Realschule auf Michaelis d. J. in sicherer Aussicht steht, hat der Magistrat sich unverzüglich nach einem tüchtigen Director umsehen zu müssen geglaubt, da dessen Mitwirkung schon bei der Organisation dieser Anstalt und namentlich bei Auswahl der außerdem erforderlichen Lehrer in hohem Grade wünschenswerth erscheinen muß. Falls der Gewählte etwa von Oestern ab hier anwesend sein könnte, würde er bis zur Eröffnung der neuen Schule wahrscheinlich an Herzoglichem Realgymnasium Verwendung finden und inzwischen dann Herzogliche Landesregierung seine Remunerirung ganz oder zum Theil übernehmen, ihm also ohne nennenswerthen Aufwand seitens der Stadt die beste Gelegenheit geboten sein, die hiesigen Verhältnisse und insbesondere die Fähigkeiten der Lehrer kennen zu lernen, welche dort demnächst entbehrlich und für die städtische Schule zu gewinnen sein werden.

Auf Empfehlung des Herrn Directors Ohlendorf in Düsseldorf ist der Magistrat mit Herrn Dr. Krumme, z. B. Director der Realschule 2. Ordnung zu Remscheid, in Unterhandlung getreten, der gegenwärtig im 41. Jahr stehend, sich unter den schwierigsten Verhältnissen mit vorzüglicher Energie emporgearbeitet, auch persönlich hier schon bei der Realschulmänner-Versammlung von 1874 allgemein sehr gefallen und neuerdings einen Ruf zur Mitarbeiterschaft im Preussischen Unterrichtsministerium abgelehnt hat.

In Folge einer Einladung des Magistrates hat Dr. Krumme sich hier in den letzten Tagen des verwichenen Jahres vorgestellt, die ihm entgegengebrachte gute Meinung sowohl beim Schulvorstande als auch bei anderen urtheilsfähigen Personen

in jeder Weise bestärkt und sich zum Uebertritt in den Dienst hiesiger Stadt bereit erklärt, sofern ihm bei freier Wohnung ein Gehalt zunächst von 5400 Mark und eine zweimalige Erhöhung desselben um 300 Mark nach je fünf Jahren zugesichert, seine bisherige Dienstzeit bei künftiger Pensionirung in Anrechnung gebracht und die Umzugskosten nach Vereinbarung ersetzt würden. Ueber den Eintritt in die Civilbedienten-Wittwenkasse hat er seine Erklärung noch vorbehalten, bis er aus dem Verbande der städtischen Wittwenkasse in Remscheid entlassen sein wird; doch zweifelt der Magistrat nicht, daß er sich den hiesigen Gesetzen auch in dieser Hinsicht unterwerfen würde. Wann er sein Amt hier antreten könnte, läßt sich noch nicht bestimmen, da er nach Maßgabe seines gegenwärtigen Dienstvertrages von Remscheid erst Michaelis d. J. austreten dürfte. Es steht indeß zu hoffen, daß er seine Entlassung dort, wenn nicht schon zu Ostern, doch auf Johannis erwirken könnte, und jedenfalls würde er von Ostern ab öfters herüberkommen, um hier mit Rath und That behilflich zu sein.

Unter diesen Umständen giebt Magistrat der Versammlung anheim, sich einverstanden zu erklären,)

daß Dr. Krumme, vorbehaltlich der landesfürstlichen Genehmigung, unter den angegebenen Bedingungen als Director der städtischen Realschule engagirt werde und seinen Dienst antrete, sobald er aus seinem jetzigen Dienstverhältnisse entlassen sein wird.

Die Commission schließt sich diesem Vorschlage unbedingt an, welcher ohne Anstand dann auch seitens der Versammlung genehmigt wird.

Nachdem somit die Geschäfte der Tagesordnung erledigt sind, wird die Sitzung geschlossen.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 43. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 24. Februar 1876.

Öffentlich:

Antrag der Herren Bracke und Genossen auf Neuordnung des städtischen Begräbniswesens.

Antrag Herrn Lucius' auf Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht.

Beschlußfassung über den Ankauf von Ländereien auf der »Hube« zur Anlage von Kirchhöfen für die Andreas- und die Katharinengemeinde.

Abnahme der Schlußrechnung über den Schulbau im Prinzenwinkel.

Verwilligung von Mehrkosten für den Hagenmarktsbrunnen.

Entschuldigt die Herren Jasper, Peters, Schöttler, v. Seckendorff.
Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Ramdohr, Rittmeyer.

An Stelle des durch Krankheit behinderten Herrn Peters übernimmt den Vorsitz Herr Lucius.

Nach Aufforderung des Herrn Vorsitzenden ehrt die Versammlung das Andenken des am 31. v. M. verstorbenen Herrn Faillard, indem sie sich von den Sigen erhebt.

Zum Protocoll vom 18. Januar bemerkt Herr Heymann: § 3 der vorläufigen Vereinbarung mit den Unternehmern der Straßenanlage über den Johannisshof enthielt die Bestimmung, daß über einen seitens der Stadt vorbehaltenen Raum beim Austritt der neuen Straße auf die Bruchstraße »anderweitig demnächst nicht disponirt werden« sollte, »bis« zc. (S. 5). Auf Antrag der Statutencommission wurde dafür gesetzt: »doch soll derselbe demnächst nicht verkauft werden, bis« zc. Diese redactionelle Aenderung ist an gehöriger Stelle, S. 16 des Protocolls, unerwähnt geblieben.

Nachdem diese Ausstellung als begründet anerkannt und ferner auf die S. 19 Z. 10 v. u. vorliegende Namensentstellung »Ohlenborn« statt Ostenborn hingewiesen ist,

wird das Protocoll im übrigen genehmigt.

Der Herr Vorsitzende zeigt den Eingang eines Abdrucks der von den Vorständen verschiedener Lehrervereine des Landes an die Landesversammlung gerichteten Petition an, »diejenigen Anordnungen in Erwägung zu ziehen, welche der Volksschule mehr als die bisherigen Einrichtungen entsprechen. Das Schriftstück, welches ohne Begleitschreiben eingesandt ist und seiner Natur nach lediglich zur Kenntnißnahme der Versammlung bestimmt sein kann, wird ad acta gelegt.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende zwei selbstständige Anträge mit.

Der eine, von Herrn Bracke ausgehend, und unterstützt durch die Herren Bewig, Ding, Heymann, Krampe, Munte und Steinau, lautet:

Die Versammlung wolle den Magistrat auffordern die geeigneten Schritte zu thun damit

- 1 die Verwaltung der Begräbnißplätze den Kirchengemeinden entzogen,
2. die Fortschaffung der Leichen für eine Angelegenheit der politischen Gemeinde erklärt,
3. ein der Verwaltung der städtischen Behörden zu unterstellender einheitlicher Begräbnißplatz für die ganze Stadt geschaffen,
4. eine obligatorische Leichenschau eingeführt, sowie auch
5. die Leichenverbrennung facultativ zugelassen und die dazu nöthige Einrichtung getroffen

werde.

Den zweiten Antrag bringt der Herr Vorsitzende selbst folgendermaßen ein:

In Erwägung, daß es für die communalen Interessen sehr vortheilhaft erscheint, daß bei einer Wiederverpachtung der Landeslotterie die Stadt Braunschweig als Pächterin eintrete, wird anheimgegeben,

eine besondere Commission von fünf Mitgliedern zu ernennen, um diese Sache zu prüfen und demnächst der Versammlung geeignete Vorschläge zu machen.

Die Motivirung beider Anträge wird bis nach Schluß der Tagesordnung vorbehalten,

welche hierauf

I. mit dem Berichte der Statutencommission über die unterm 2. Januar und 18. Februar ergangenen Vorschläge des Magistrats wegen neuer Friedhofsanlagen der Andreas- und der Katharinengemeinde eröffnet wird.

Die vorliegenden Anträge sind das Ergebnis langer Vorverhandlungen, deren Gang der Referent, Herr Graf Görz-Briseberg, kurz in Erinnerung bringt. In der Sitzung vom 2. Mai 1871 durch die Herren Reuter und Flagge angeregt, war nach Beschluß vom 2. August desselben Jahres an den Magistrat das Ersuchen gerichtet worden, geeignete Schritte zu thun, um die Einrichtung eines Centralfriedhofes

mit Leichenschau anzubahnen. Schon vorher hatte aus Anlaß des drohenden Raum- mangels auf dem Katharinenkirchhofe der Magistrat in dieser Absicht Unterhandlungen mit den Deputirten der sieben städtischen Kirchengemeinden angeknüpft, in deren Verlauf dann aber die Ueberzeugung gewonnen, daß eine Verständigung nur auf Grund bestimmter Vorschläge zu erzielen sein werde. Solche wurden auf Antrag des Magistrates in der Sitzung vom 2. Mai 1872 festgestellt; sie gingen u. a. dahin, zunächst auf einen gemeinsamen Friedhof für die Andreas- und die Katharinen- gemeinde Bedacht zu nehmen, und zwar in der Weise, daß diesem sich eventuell auch der der Magnisgemeinde anschließen könnte. Ueber die deshalb fortgeführten Verhandlungen berichtete der Magistrat in einem Schreiben vom 29. October 1873. Man hatte dabei das Augenmerk in erster Linie auf die »Hube«, eine theils der Andreaskirche, theils dem großen Waisenhaus gehörige Ackerfläche an der Grenze der städtischen Feldmark gegen die Feldmark Rühme gerichtet, von dieser dann aber ihrer Entlegenheit halber abgesehen und ein Ackerstück von circa 25 Morgen im »Turniersfelde« ins Auge gefaßt, welches nach dem Gutachten des Gesundheitsrathes ebenso geeignet wäre wie jene. Zwar erschien die von den Eigenthümern, Ziegeleibesitzer Keffels Erben gestellte Forderung, 1000 Rthlr für den Morgen, viel zu hoch gegriffen; da jedoch Herzogliches Staatsministerium die Expropriation zum Zweck der Erwerb- ung und Erweiterung von Begräbnisplätzen für zulässig erklärt hatte, so beabsichtigte und beantragte der Magistrat, dieses Verfahren gegen die Eigenthümer einzuleiten, falls sie jene Forderung nicht mindestens um 500 Rthlr herabstimmen würden. Auch die Versammlung erklärte sich einverstanden; gleichwohl ward von diesem Vorgehen nachträglich Abstand genommen, weil die Keffelschen Erben die Absicht aussprachen, auf ihrer Länderei Sandgruben zu eröffnen, die Abschätzung solcher Nutzungen aber erfahrungsmäßig sehr unsicher ist.

Demnach zu anderweitigen Vorschlägen aufgefordert, gaben die Kirchenvorstände anheim, entweder eine zum Kloster Riddagshausen gehörige Ackerfläche hinter dem Hasanenhölzchen an der Nordseite des großen Exercierplatzes, oder aber ein östlich an die Hamburgerstraße stoßendes Stück der »Hube« in Betracht zu ziehen.

Erstere hat den Vorzug, daß sie nach und nach je nach Bedarf erworben werden könnte. Für jetzt hat Herzogliche Kammer, Direction der Domänen sich zur Abtretung von 20 Morgen zu dem mäßigen Preise von je 450—500 Rthlr bereit erklärt, wo- neben freilich der Oberamtmann Mehrkorn für den Ausfall seiner noch siebenjährigen Pacht mit 1400 Rthlr entschädigt werden müßte. Da auch die Bodenbeschaffenheit dieses Terrains durchaus zweckentsprechend befunden ist, so würde der Wahl desselben nichts entgegenstehen, wenn nicht ein anderes sehr erhebliches Hinderniß vorhanden wäre. Mit der Stadt nämlich steht dies Terrain durch die Verlängerung der Husarenstraße (den sogenannten Colonnenweg) in Verbindung, der tiefliegend und unaussirt wie er ist, bei nassem Wetter völlig ungangbar wird. Die Chaus-

sirungskosten aber sind, abgesehen von dem Kaufpreise für 150 □ Ruthen, welche zur nöthigen Erweiterung des Weges erworben werden müßten, auf 49,800 Mark veranschlagt, und diese Aufwendung müßte um so unverhältnißmäßiger erscheinen, als ihre Gemeinnützigkeit im übrigen sehr zweifelhaft wäre, da dieser Weg nur für Militärzwecke angelegt und von wenigen höchst mangelhaften Häusern besetzt ist, deren Vermehrung man im Interesse der Betheiligten selbst nicht einmal wünschen könnte. Dagegen sind die Ackerstücke auf der Hube, welche allerdings noch etwas weiter hinausliegen als der jüdische Kirchhof, auf der Hamburger Straße unmittelbar zu erreichen, dabei vermöge ihres Sandbodens zu Beerdigungen ebenfalls sehr geeignet, von den bewohnten Gebäuden weit entfernt und zum Preise von höchstens 300 Rthlr für den Morgen zu haben, von allen in Frage kommenden Grundstücken also das billigste.

Andererseits ward von den betheiligten Kirchenvorständen, insbesondere dem der Katharinengemeinde geltend gemacht, daß durch die Entlegenheit der Hube die Begräbnisse dort erheblich vertheuert, den Predigern auch die Leitung der Leichen erschwert, ja wenn mehre Beerdigungen an einem Morgen stattfinden, wie dies in den größeren Gemeinden nicht selten vorkommt, selbst unmöglich werden müßten. Gleichwohl hat sich für die Wahl dieser Länderei der Vorstand zu St. Andreä einstimmig, der von St. Katharinen in großer Mehrheit ausgesprochen; wonach denn der Magistrat, den bei dieser Entschließung maßgebenden Voraussetzungen gemäß, unterm 2. Januar der Versammlung anheimgab, sich einverstanden zu erklären,

1. daß von der Hube zunächst die der Andreaskirche gehörenden 16 Morgen zu dem Preise von 250—300 Rthlr angekauft und der Kaufpreis sowie die Kosten der Einfriedigung und der Todtengräberwohnung aus der Kirchenkasse berichtigt, erforderlichen Falls aber gegen Verzinsung und Amortisation aus der Stadtkasse vorgeschossen, auch
2. der künftige Erwerb von 30 Morgen 86 Ruthen daselbst, welche Eigenthum des Waisenhauses b. M. v. sind, zu dem nämlichen Preise den Kirchengemeinden contractlich gesichert werde, und zwar frühestens auf Michaelis 1880, auf spätere Fristen aber je nach einjähriger Kündigung;
3. daß auf dem dort einzurichtenden Friedhofe ein Leichenhaus sammt einer Halle für die kirchlichen Begräbnißfeierlichkeiten nach einem von der Versammlung zu genehmigenden Plane erbaut werde.

Raum war diese Vorlage abgegangen, so machte sich gegen die empfohlene Wahl unter den Mitgliedern der Katharinengemeinde eine lebhaft Agitation geltend, in Folge deren auch die Majorität des Kirchenvorstandes für die entgegengesetzte Meinung gewonnen wurde. Man hob aufs neue die Entlegenheit der Hube hervor, man behauptete, sie sei allen Winden in dem Maße ausgesetzt, daß der Weg dort hin bei Schneewetter an gewissen Stellen häufig verwehe; man wies auf ihren Wassermangel hin, der die erforderlichen Pflanzungsanlagen sehr erschweren müßte;

und gestützt auf diese Erwägungen sprach sich der Kirchenvorstand in einer neuen Eingabe in erster Linie für das Terrain hinter dem Hasanenhölzchen, eventuell aber für das Turnierfeld aus, dessen Besitzer sich inzwischen zu einer Ermäßigung des Kaufpreises auf 500 Rthlr für den Morgen hatten bereit finden lassen. Der Magistrat hat sich durch diesen Umschwung zu einer Abänderung jener Anträge nicht veranlaßt finden können, jedoch für gut erachtet, den Gegenstand durch einen andern Sachverständigen, den Kammercommissar Schönermark, nochmals prüfen zu lassen. Von dem Terrain beim Hasanenhölzchen absehend, hat dieser nunmehr nur eine Vergleichung zwischen der Hube und dem Turnierfelde angestellt, deren Ergebnisse, wie sie in einem sehr ausführlichen Berichte vorliegen, mit denen eines frühern Gutachtens des Garteninspectors Bouché in allen Stücken übereinstimmen. Danach ist die Bodenbeschaffenheit beider Areale kaum verschieden: beide sind Sandflächen und als solche zu Begräbnißplätzen gleich gut geeignet; auch ihre Lage ist wesentlich die nämliche, sofern eins wie das andere den Windströmungen sehr preisgegeben, hier wie dort also Schutzpflanzungen nöthig sind, denen aber an keiner Stelle besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Als ein Nachtheil des Turnierfeldes kommt jedoch in Betracht, daß sich selbiges von der Hamburger Straße in der Richtung von Westen nach Osten als ein 130' langer und nur 21' breiter Streifen hinzieht, sodaß der nothwendige Mittelweg sowie die erforderlichen Schutzpflanzungen den Platz unverhältnißmäßig verengen und somit auch vertheuern würden. In Ansehung der Zugänglichkeit ergiebt sich ein fernerer Vorzug der Hube aus dem Umstande, daß sie sich über das Straßenniveau weniger als das Turnierfeld erhebt, wonach denn Verwehungen des Zuganges hier keinesfalls mehr zu befürchten sind als bei letztem, wohl aber eine Einfahrt von der Chaussee aus leichter und billiger wird herzustellen sein. Da ferner der Untergrund beider Orten derselbe ist, so dürfte sich auch die Möglichkeit ihrer Bewässerung nicht wesentlich verschieden darstellen. In der größern Entfernung der Hube erkennt der vorliegende Bericht wiederum eher einen Vortheil als einen Nachtheil, wie in diesem Sinne denn, mit Hervorhebung der Thatsache, daß bis zum Turnierfelde hinaus auf der einen Seite der Chaussee Wohnungen bereits entstanden sind, auf der andern solche demnächst entstehen werden, auch der Gesundheitsrath sich ausgesprochen hat. Wenn aber die Leichenzüge durch die Länge der Wege einigermaßen erschwert werden, so läßt sich diese Rücksicht gegen das Turnierfeld nicht viel weniger geltend machen als gegen die Hube, die sich endlich auch im Kostenpunkte als die vortheilhaftere Erwerbung herausstellt: nicht nur des geringern Kaufpreises und der geringern Kosten für Herstellung der Einfahrt wegen, sondern vor allem auch deshalb, weil hier später eine Vergrößerung am leichtesten und wohlfeilsten zu erzielen sein wird, da die Hube selbst der Andreaskirche und dem großen Waisenhause gehört, die benachbarten Aecker aber sich ebenfalls von Westen nach Osten erstrecken, während die an das Turnierfeld stoßenden Grundstücke von

Norden nach Süden streichen, und sonach in dem vorgesehenen Falle mit nicht weniger als achtzehn verschiedenen Eigenthümern zu verhandeln wäre.

Nach sorgfamer Erwägung aller dieser Gründe und Gegengründe kann die Commission wie der Magistrat nur zum Ankauf der Hube rathen. Den Ausschlag hat bei dieser Entscheidung vornehmlich zweierlei gegeben: daß die dortigen Ländereien einmal billiger zu erwerben und herzurichten und sodann auch zur Anlage eines Centralfriedhofes ganz unzweifelhaft besser geeignet sind als die des Turnierfeldes. Indem sonach die Commission die Anträge des Magistrates zur Genehmigung empfiehlt, geht sie im Hinblick auf die letztgedachte Eventualität von der Voraussetzung aus und giebt sie ihrerseits als Bedingung der zustimmenden Beschlußnahme anheim, daß für die übrigen Kirchengemeinden die Berechtigung ausgewirkt werde, sich eintretenden Falls mit ihren neuen Friedhöfen an die der Andreas- und der Katharinengemeinde anzuschließen.

In gleicher Absicht und im Hinblick auf den Fall, daß die Stadt demnächst genöthigt sein könnte, einen Friedhof für Dissidenten anzulegen, ist von Herrn Bracke der Zusatz beantragt,

sowie für die Stadtgemeinde zu Behuf eines demnächst etwa anzulegenden städtischen Friedhofs.

Ueber diese Anträge wird nunmehr zunächst eine allgemeine Discussion eröffnet.

Herr Meyer hat mit Freuden die Vorlage begrüßt, welche eine seit vier Jahren schwebende Angelegenheit zum Abschluß zu bringen und die Einrichtung eines Centralfriedhofes anzubahnen bestimmt ist. Indem er aber namentlich dies letzte Ziel im Auge hat und als Muster einer derartigen Anlage ihm der Centralfriedhof zu Frankfurt vorschwebt, kann er von allen in Betracht kommenden Stellen keine für geeigneter erachten als die beim Fasanenhölzchen, deren Bodenbeschaffenheit, soviel er weiß, auch nach dem Urtheil des Kammercommissars Schönermark zu keinerlei Bedenken Anlaß giebt, während die Nachbarschaft jenes anmuthigen Waldflecks und der Höhe des Rußberges in ästhetischer Hinsicht Bedingungen bietet, wie sie weder auf der Hube noch im Turnierfelde angetroffen werden. Der Haupteinwand gegen diese Stelle wird von der Kostspieligkeit der erforderlichen Wegebauten hergenommen, und die Nothwendigkeit, eine Summe von 50,000 Mark dafür aufzuwenden, könnte in der That bedenklich stimmen, wenn nicht ein Mittel nahe läge, diese Mehrkosten zu einem Theile von der gegenwärtigen Generation abzuwälzen. Als solches empfiehlt Redner nämlich, die Kirchengemeinden zu einer Abgabe von den Erträgen der Begräbnisse anzuhalten. Er rechnet, daß auf jedem Morgen circa 1100 Särge beigesetzt werden, jede Grabstelle durchschnittlich zu 9 Mark verwerthet, der Morgen also zu 9900 Mark ausgebracht wird, wonach denn in Anbetracht der Sachlage sehr wohl ein Viertel bis ein Drittel dieser Einnahme zur Amortisirung der Wegebaukosten

herangezogen werden könnte. Daß die Leidtragenden sich durch den Lärm der militärischen Uebungen auf dem Großen Exercierplatze gestört finden möchten, vermag er als triftigen Einwand nicht gelten zu lassen, da der nämliche Uebelstand, wenn solcher überhaupt zu befürchten wäre, sich in noch viel höherm Maße auf dem bisherigen Kirchhofe der Katharinengemeinde fühlbar machen müßte, da der benachbarte Kleine Exercierplatz an Flächeninhalt kaum ein Sechstel des Großen Exercierplatzes erreicht.

Herr Krampe kann sich für keinen der in Vorschlag gebrachten Plätze erwärmen, da Keiner ihm dazu angethan scheint, die Anlage eines Begräbnißplatzes zu ermöglichen, wie er heutiges Tages allein dem Gemüthsbedürfniß entsprechen kann — eines Begräbnißplatzes, der des Schauerlichen und Unheimlichen älterer Kirchhöfe entledigt, sich im wahren Sinne des Wortes als Friedhof darstellt. Eine andere Stelle dagegen erscheint ihm zu solcher Anlage wie geschaffen: die Buchhorst. Die von der dortigen Bodenbeschaffenheit hergenommenen Bedenken des Gesundheitsrathes vermag er, soweit eine Prüfung an den Eisenbahndurchstichen möglich war, nicht zu theilen; jedenfalls aber würden alle Kirchhofsmiasmen dort durch die Vegetation des Waldes paralysirt werden, auch die aus der weitem Entfernung etwa erwachsenden Schwierigkeiten mittels der Bahn auszugleichen sein. Und mit diesem Beförderungsmittel wäre zugleich eine Einrichtung erleichtert, auf welche Redner ganz besondern Werth legt: das Begräbnißwesen der Stadt könnte centralisirt und in die Hand der städtischen Behörden gelegt werden. Zur Motivirung seiner dahin zielenden Wünsche beginnt Redner die peinlichen Unzuträglichkeiten zu schildern, die der jetzige Gräberhandel der Kirchen mit sich führt,

wird alsbald aber durch den Herrn Vorsitzenden aufmerksam gemacht, daß dies die zur Zeit vorliegende Frage nicht berührt,

und schließt dann, indem er für die seiner Abschweifung bewiesene Nachsicht dankend, nochmals die Wahl der Buchhorst empfiehlt und bei Erwägung dieses Vorschlages die von ihm aufgestellten Gesichtspuncte in Betracht zu ziehen bittet.

Herr Reuter glaubt, daß zur Prüfung neuer Vorschläge keine Zeit mehr ist, da zu St. Katharinen bereits wieder an den Stellen begraben werden muß, wo die Choleraleichen von 1850 beigesetzt sind. Drängt aber schon dieser Nothstand zu unverzüglicher Erledigung der Frage, so glaubt Redner andrerseits auch, daß die Hube allen Anforderungen in der That genügt. Gegen das Fasanenhölzchen scheint ihm abgesehen von allem übrigen namentlich der Umstand zu sprechen, daß allen Anzeichen nach das Grundwasser der Umgebung sich von Osten nach Westen bewegt, von einem östlich belegenen Kirchhofe also die Verwesungsstoffe der Stadt zuführen würde, während die Lage der Hube diese Gefahr völlig ausschließt. In der größern Entfernung der Hube sieht er in gesundheitlicher Hinsicht ebenfalls eher einen Vortheil als einen Nachtheil; keinesfalls aber wäre der Unterschied von circa 120 Ruthen groß genug,

um gegenüber den anderen Vorzügen der Hube den Ausschlag zu Gunsten des Turnierfeldes geben zu können.

Herr Flagge tritt dieser Erwägung mit dem Bemerken bei, daß sein vor drei Jahren gestellter Antrag auf Einrichtung eines Centralfriedhofes hauptsächlich aus dem Wunsche hervorgegangen sei, die bewohnte Umgebung der Stadt von der gesundheitswidrigen Nachbarschaft der Kirchhöfe zu befreien.

Nachdem hierauf die Specialdebatte eröffnet ist,

gibt Herr Oberbürgermeister Caspari die Erklärung ab, daß der Magistrat an sich nichts dagegen habe, wenn die Commission den künftigen Anschluß anderer Friedhöfe an der jetzt zu bestimmenden Stelle wünsche vorgesehen zu wissen, daß vielmehr gerade diese Eventualität auch bei den Vorschlägen des Magistrats maßgebend gewesen sei. Allein so wie im Zusatzantrage der Commission in Form einer Bedingung hingestellt, würde dieses Ansinnen bei den zunächst beteiligten Kirchenvorständen voraussichtlich auf starken Widerstand stoßen und sonach den ganzen mühsam zu Stande gekommenen Plan gefährden. Andererseits stellt sich solche Restriction auch als unnötig dar: will in Zukunft eine andere Kirchengemeinde oder die Stadt für hiesige Dissidenten einen Begräbnißplatz neben denen der Katharinen- und der Andreaskirche anlegen, so wird dies geschehen können, ohne daß man diese erst fragt. Unter diesen Umständen giebt der Herr Oberbürgermeister anheim, daß die Versammlung bei Genehmigung der empfohlenen Wahl dem Magistrate lediglich anheimgebe, Vorkehrung zu treffen, damit vorkommenden Falls in der bezeichneten Weise könne verfahren werden.

In Anbetracht, daß im Vordergrunde des Interesses zunächst das dringende Bedürfnis der Andreaskirche und der Katharinenkirche steht, und daß die anderen schon wegen der Schwierigkeit, sonst geeignete Stellen zu finden, ihre neuen Kirchhöfe demnächst von selbst ebenfalls auf der Hube anlegen werden, erklärt Herr Graf v. Briesberg sich an seinem Theil mit dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden.

Auf die Anfrage Herrn Flagges: ob den Kirchengemeinden das Recht zustehe, Friedhöfe ohne die Zustimmung des Magistrats anzulegen?

kennzeichnet Herr Oberbürgermeister Caspari auf Grund einer Erklärung Herzoglichen Staatsministeriums das Kompetenzverhältniß dahin, daß bei Anlage neuer Friedhöfe die Zustimmung der Stadtgemeinde allerdings vorbehalten ist, die betreffenden Vorschläge der Kirchengemeinden aber nur aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten verworfen werden können. Der von Herrn Krampe angeregten Frage, ob das Begräbnißwesen nicht besser vom Magistrate in die Hand genommen würde, wäre Redner für seine Person schon geneigt näherzutreten, wenn nicht — abgesehen von der Möglichkeit, daß Herzogliches Staatsministerium sich gegen eine derartige

Neuerung ablehnend verhalten könnte — die mehrerwähnten besonderen Verhältnisse obwaltet, welche dringlichst auffordern, zunächst und ohne allen weiteren Verzug neue Begräbnißplätze für zwei Kirchengemeinden zu schaffen. Wenigstens aber ist der Magistrat, wie schon angeführt wurde, von Anfang an bedacht gewesen, für diese nächsterforderliche Anlage einen Platz zu wählen, wo allmählich ein Centrafriedhof sich bilden kann, und in der Hube, deren 114 Morgen für eine längere Reihe von Jahren ausreichen werden und nöthigenfalls ohne große Schwierigkeiten noch weiter ausgedehnt werden können, scheint ein solcher Platz in der That gefunden zu sein. Der Herr Oberbürgermeister schildert, unter wie langwieriger, durch unberechenbares Hin- und Herschwenken der Meinungen in den nächstbetheiligten Kreisen erschwerten Verhandlungen die Wahl zu Stande gekommen, und glaubt demnach die Ueberzeugung aussprechen zu können, daß im Laufe seiner Amtsführung kaum eine andere Angelegenheit so eingehend geprüft und so spruchreif bei der Versammlung zur Vorlage gebracht ist wie eben diese.

Herr Bracke sieht nach diesen Erklärungen ebenfalls keinen Anlaß mehr, den Zusatzantrag der Commission in Form einer Bedingung aufrecht zu erhalten. Ein rein städtisches Begräbnißwesen würde er der jetzigen Weise ebenfalls vorziehen; hauptsächlich aber kommt es ihm darauf an, daß wenigstens die Möglichkeit vorgesehen werde, einen eigenen Begräbnißplatz für Diejenigen zu schaffen, welche keiner Kirche mehr angehören wollen, und diese Möglichkeit findet er durch die ausgesprochenen Intentionen des Magistrats und die daraus hervorgegangenen vorläufigen Maßnahmen hinlänglich gewährleistet.

Weniger kann sich mit dem Verzicht auf den fraglichen Vorbehalt Herr Lucius einverstanden erklären, da er bei dem in den einzelnen Kirchengemeinden vorherrschenden Sondergeiste die Befürchtung hegen muß, daß ein Centrafriedhof, wenn man solchen nicht von vornherein gegen alle Einreden sicherstelle, späterhin auf soviel stärkeres Widerstreben stoßen und sonach auf der bewußten Stelle nur ein Nebeneinander besonderer Kirchhöfe entstehen werde, was keinesfalls doch der bei jenem Antrage der Commission maßgebend gewesenen Idee entspreche.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem entgegen, daß ein derartiger Vorbehalt keinerlei bindende Kraft haben würde. Falls nämlich in Zukunft die eine oder andere Kirchengemeinde ihren Friedhof anderswo anlegen wollte, und gegen die Zweckmäßigkeit des erwählten Platzes sonst nichts einzuwenden wäre, so hätten nach dem was Redner vorhin bereits über das Competenzverhältniß mitgetheilt hat, die städtischen Behörden eben kein Mittel, die Anlage zu hindern. Andererseits hält er die von den Herrn Lucius besorgte Wendung nicht für so wahrscheinlich, vielmehr glaubt er, daß ein Centrafriedhof, sobald nur beabsichtigter Maßen ein Raum dafür geboten werden könne, im natürlichen Lauf der Dinge von selbst entstehen werde,

und stellt für dieses Vorhaben nochmals möglichste Förderung von Seiten des Magistrates in Aussicht.

Den Antrag Herrn Pini's, den künftigen Ankauf des übrigen Theiles der Hube nicht, wie vom Magistrate im zweiten Punkte der Vorlage in Aussicht genommen ist, für »die Kirchengemeinden« sondern für die Stadtgemeinde contractlich sicher zu stellen,

erklärt Herr Oberbürgermeister Caspari für annehmbar,

wonach die Herren Graf Görz-Wrisberg und Schwarzenberg vollends kein Bedenken mehr tragen, den Zusatzantrag der Commission zu Gunsten des von Herrn Oberbürgermeister Caspari empfohlenen Amendements zurückzuziehen.

Ferner regt zum dritten Punkte der Vorlage Herr Pini die Frage an, ob angesichts der Eventualität, daß die Andreas- und die Katharinenngemeinde den Anschluß andrer Friedhöfe ablehnen könnten, nicht wenigstens darauf Bedacht zu nehmen wäre, daß das auf Kosten der Stadt zu erbauende Leichenhaus zu allgemeinem Gebrauch diene.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält diese Vorsicht für überflüssig, da die beiden Gemeinden schlimmsten Falls nur die Errichtung eines allgemeinen Leichenhauses innerhalb ihrer Kirchhöfe verbieten könnten, dann aber die Stadt mit Leichtigkeit ein Stück Land in der Nähe zu diesem Zwecke ankaufen könnte. Ueberhaupt aber kann Redner die mehrfach geäußerte Besorgniß, daß von dieser Seite den Absichten der städtischen Behörden erhebliche Hindernisse erwachsen möchten, schon deswegen nicht theilen, weil nichts leichter über vorhandene Bedenken hinweghilft als eine vollendete Thatsache.

Damit die Discussion geschlossen,

werden die drei Anträge des Magistrats, der zweite mit der von Herrn Pini angeregten Abänderung genehmigt, der seitens der Commission empfohlene Vorbehalt dagegen in dieser Form abgelehnt und statt dessen beschlossen, die gewünschten Maßnahmen dem Magistrate zu thunlichster Berücksichtigung anzuempfehlen.

Ferner trägt

II. namens der Finanzcommission Herr Bewig Folgendes vor.

Wie aus dem Berichte des Stadtbauraths vom 20. December v. J. hervorgeht, sind für den Bau des Schulhauses im Prinzenwinkel 83,180 Rthlr 12 $\frac{1}{2}$ A, für die Nebenbauten und die innere Einrichtung der Schule 13,413 Rthlr 14 $\frac{1}{2}$ A erforderlich gewesen, und damit die Voranschläge um bzw. 15,680 Rthlr 12 $\frac{1}{2}$ A und 713 Rthlr 14 $\frac{1}{2}$ A, insgesammt also um 16,393 Rthlr 26 $\frac{1}{2}$ A überschritten. Fener kleinere Mehrbedarf findet seine Erklärung darin, daß die Einrichtung und Ausstattung eines Dienstzimmers für den Schulinspector, die Reparaturen an dem freigelegten Nachbarhause sowie die Anschaffung eines Schranke's nicht vor-

herzusehen waren, und ebenso das Erforderniß an Turngeräthen erst nachträglich festgestellt werden konnte. Zur Rechtfertigung der beim Hauptbau vorgekommenen Ueberschreitungen führt der Stadtbaurath außer einigen Irrthümern und Unvollständigkeiten des Voranschlags, wie solche niemals ganz zu vermeiden sind, insbesondere den Umstand an, daß während der Ausführung dieses Baues, in den Jahren 1872 und 1873, eine tiefgreifende Umwälzung aller volkswirtschaftlichen Verhältnisse und namentlich bei verminderter Arbeitszeit eine Erhöhung der Arbeitslöhne um 15–30% der früheren Sätze sowie eine erhebliche Preissteigerung für alle natürlichen und künstlichen Baumaterialien eingetreten ist — Schwierigkeiten die sich, wie bekannt, überall in Deutschland fast in gleicher Weise herausgestellt und so denn auch anderswo die in jener Zeit ausgeführten Bauten durchschnittlich 25% kostspieliger gemacht haben als vorher anzunehmen war. Unter diesen Umständen glaubt der Stadtbaurath die Genehmigung der nachgewiesenen Mehrausgaben anheimgeben zu dürfen.

Der Magistrat erkennt die Bedauerlichkeit dieses Ergebnisses nicht, ist andererseits aber überzeugt, daß die angegebenen Gründe, die in dem Revisionsprotocolle für die einzelnen Anschlagsspositionen des nähern erläutert werden, durchaus richtig sind, und die bewährte Thätigkeit, Sorgfalt und Zuverlässigkeit des Stadtbauraths jeden Verdacht ausschließt, als könnte durch sein Verschulden irgend eine Ausgabe herbeigeführt sein, welche sonst zu vermeiden gewesen wäre. Demnach wird beantragt, die Rechnung als gerechtfertigt anzuerkennen und den Magistrat zur Anweisung der Baukosten im Gesamtbetrage von 279,781 Mark 65 Pfennig zu ermächtigen.

Da von dem Maurermeister Spengler außer den accordirten Preisen noch eine Forderung gestellt wird, deren Rechtmäßigkeit der Stadtbaurath bestreitet, bittet ferner der Magistrat um Ermächtigung,

hierüber eventuell einen gerichtlichen Spruch zu veranlassen.

Die Majorität der Commission schließt sich den Erwägungen des Magistrats in allen Stücken an und empfiehlt die vorstehenden Anträge demnach zur Genehmigung. Nicht so der Herr Referent an seinem Theil. Mufste eine Ueberschreitung der angenommenen Kosten um 23 % ihres Betrages von vornherein die Vermuthung nahe legen, daß entweder der Anschlag ungewöhnlich fehlerhaft gewesen, oder aber große Versehen und Mißgriffe bei der Ausführung vorgekommen seien, so hat eine eingehende Prüfung der vorliegenden Schlußrechnung ihm beides bestätigt. Zum Beweise führt Herr Bewig Folgendes an. Ein Mehrbedarf von 2000 Rthlr ist daher erwachsen, daß der als Barnsteinmauerwerk veranschlagte erste Stock des Hauptgebäudes thatsächlich in Quadersteinen aufgeführt ist. Bei anschlagsmäßiger Ausführung des zweiten und dritten Stockwerks sodann sind an Arbeitslöhnen bzw. 580 und 1234 Rthlr mehr verausgabt als angenommen war, und somit der Voranschlag bei ersterem um 70, bei letzterm um 200 % überschritten. Eine Ueberschrei-

tung von 200% hat ferner bei Herstellung der Siebel- und Gefsimauern stattgefunden, welche 608 Rthlr mehr gekostet haben als dafür ausgeworfen war. Insgesamt sind an Löhnen für Maurerarbeit 5000 Rthlr = 49 % über den Anschlag erforderlich gewesen, während die Forderungen der Werkmeister, auf deren Mitwirkung der Stadtbaurath verzichtet hat, um direct geworbene Arbeiter unter eigener Leitung und Aufsicht arbeiten zu lassen, eine Erhöhung des Anschlags um nicht mehr als 18 % erfordert hätten. Ohne ersichtlichen Grund endlich sind bei den Maurerarbeiten 3000 Rthlr verausgabt. Für Zimmerarbeit ergiebt sich eine Mehrausgabe von insgesamt 1175 Rthlr, indem die Ansätze für Material um 15 %, für Löhne um 28 % überschritten sind, der Meter Zimmerwerk, im Anschlage zu 38 Pf. angesetzt und gegenwärtig bei gleicher Lohnhöhe für 30 Pf. herzustellen, in Wirklichkeit auf 50 Pf. zu stehen gekommen ist. Dazu kommt dann noch, daß in Folge der beliebten Organisation der Bauarbeit ein eigener Zimmerplatz angelegt werden mußte, welcher an Miete, für Umzäunung und für Bewachung einen Aufwand von 154 Rthlr erfordert hat. Wenn angesichts dieser Thatfachen der Stadtbaurath die entstandenen Mehrkosten vorwiegend durch die inzwischen eingetretenen Lohnerhöhungen zu erklären sucht, so kann Redner dies nicht gelten lassen. Der Strike der Bauhandwerker brach Ende Februars 1872 aus und erreichte sein Ende im Mai; im März wurde der Anschlag aufgestellt, im Juli mit dem Bau begonnen: jedenfalls also hätte noch bei Zeiten auf die eintretende Erhöhung der Löhnsätze können Rücksicht genommen werden, und eine Täuschung in diesem Puncte wäre vollends unmöglich gewesen, wenn man sich in üblicher Weise mit verantwortlichen Maurer- und Zimmermeistern in Verbindung gesetzt hätte. Nach dem allen hält Redner sich zu dem Ausspruche berechtigt, daß der Stadtbaurath theils durch eigenmächtigen Luxus in der Ausführung, theils durch Umgehung einer sachgemäßen Concurrenz der Werkmeister den Bau erheblich vertheuert hat, und stellt er daher den Antrag,

daß der Magistrat ersucht werde, dem Stadtbaurath eine strenge Rüge zu ertheilen und denselben in die mäßige Geldstrafe von 1 % der Mehrkosten zu nehmen.

Diesen Ausführungen tritt, die Discussion eröffnend,

Herr Vini zunächst mit Berufung auf die aller Orten beobachtete Thatsache entgegen, daß in jener kritischen Zeit kein Baubeamter für die Zulänglichkeit seiner wenige Monat vorher gemachten Anschläge mehr einzustehen im Stande war, und noch weniger Jemand den Mehrbedarf auch nur annähernd abschätzen konnte. Ließ sich demnach allerdings auch in dem vorliegenden Falle eine Ueberschreitung mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, so durfte andererseits eben die gänzliche Ungewißheit über deren Betrag den Stadtbaurath füglich doch abhalten, gleich damals auf eine Erhöhung der ausgeworfenen Bausumme anzutragen. Ob nun bei diesem Bau

mehr als unumgänglich nöthig war aufgewandt worden ist und wieviel, darüber kann, wie Redner es ansieht, ein einzelnes Mitglied der Versammlung nicht wohl zu Gericht sitzen. Er will die Richtigkeit der von Herrn Bewig angestellten Berechnungen nicht in Zweifel ziehen, hält aber die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß neben dem was dieser als Ursache der vorliegenden Ueberschreitung erkannt zu haben glaubt, noch andere ihm entgangene Momente mitgewirkt haben, und daß die eine oder andere seiner Annahmen nicht ganz zutreffend ist. Und wenigstens einen Irrthum dieser Art kann er nachweisen: Herr Bewig behauptet, Zimmerwerk sei noch heute zu dem Preise von 30 Pfennig für den Meter herzustellen; Redner dagegen weiß nicht anders, als daß der laufende Fuß durchweg auf 9—10 Pfennig, der Meter also jedenfalls auf mehr als 30 zu stehen kommt. Wie aber dem auch sei: unter keinen Umständen, hofft er, wird die Versammlung sich herbeilassen, auf den Antrag eines Mannes in so empfindlicher Weise gegen den Stadtbaurath vorzugehen, sondern wenigstens doch den Fall zuvor erst noch einer Commission zur Prüfung überweisen.

Herr Solmiz giebt dem Bedauern Ausdruck, daß ein Beamter wie Stadtbaurath Tappe, dessen Rechtschaffenheit und Tüchtigkeit sich in einer langen Amtsführung stets untadelhaft bewährt hat, in dieser Versammlung Angriffen wie den soeben laut gewordenen ausgesetzt ist. Irrthümern und Fehlgriffen ist derselbe natürlich gleich jedem andern Menschen unterworfen; wenn ihm aber diesmal ein Versuch mißglückt ist, zu welchem die übertriebenen Forderungen der Werkmeister ihn zwangen, so kann daraus ein Vorwurf um so weniger hergenommen werden, als er bei diesem Versuche offenbar ohne alle Rücksicht auf seine eigene Bequemlichkeit eben nur das Interesse der Stadt im Auge gehabt hat.

Auch Herr Bracke würde es für ungerecht halten, wenn man, zumal gegen einen Mann von so strenger Rechtlichkeit und Gewissenhaftigkeit, mit Rügen und Strafen verfahren wollte, ehe eine Verschuldung seinerseits zu voller Evidenz gebracht ist. In jenem nach Vorgang des Hofbauraths Demmler in Schwerin unternommenen Versuche, mittels eigener Arbeiter ohne Dazwischenkunft Dritter billiger zu arbeiten, vermag Redner eine solche nicht zu erkennen. Denn wie die Verhältnisse derzeit lagen, mußte jener Versuch gemacht werden; und daß er gescheitert ist, kann dem Stadtbaurath nicht zur Last gelegt werden. Um den gewünschten Erfolg zu erzielen hätte es eines Stammes tüchtiger Arbeiter und hinreichender Aufsicht bedurft: dem Stadtbaurath Tappe stand weder das eine noch das andre zu Gebot. Gute Arbeiter wollen immer gesucht sein; damals, bei hochgefeuerter Nachfrage und in Folge der zeitweiligen Arbeitseinstellungen, war er auf das denkbar schlechteste Personal angewiesen. Wenn unter diesen Umständen aber eine energische, überall und in jedem Augenblick präsehte Bauleitung doppelt nöthig gewesen wäre, so stand dem

wiederum grade damals die anerkannte Ueberbürdung sowohl des Stadtbauraths selbst als seiner Unterbeamten hindernd im Wege. Sonach findet Herr Braßke das vorliegende Ergebniß durchaus erklärlich und keinerlei Anlaß darin, einen Beschluß zu fassen wie solchen Herr Bewig anregen möchte.

Herr Oberbürgermeister Caspari hat diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen; nur das Eine glaubt er nochmals nachdrücklich hervorheben zu sollen, daß jener Versuch, auf welchen die vorgekommenen Ueberschreitungen zum größten Theile zurückzuführen sind, aus dem Bestreben hervorgegangen ist, die Interessen der Stadt nach Kräften wahrzunehmen. Bei der vorhergegangenen Verhandlung mit einzelnen Werkmeistern waren dem Stadtbaurath Preisforderungen entgegentreten, welche die bis dahin üblichen bedeutend überstiegen; überrascht davon, mußte er natürlicher Maßen auf den Gedanken kommen, die Arbeiten auf eigene Rechnung und Gefahr billiger herstellen zu können; wenn er dabei andere in Betracht kommende Momente überfah, so war dies nicht nur, wie schon Herr Solmiz anerkannt hat, durchaus verzeihlich, sondern gradezu unvermeidlich: Niemand z. B. konnte damals wissen was seitdem die Erfahrung aller Orten herausgestellt hat, daß die Arbeiter nicht bloß höhern Lohn beanspruchten, sondern dafür auch möglichst wenig leisten wollten. Daß die Stadt jetzt den Schaden zu tragen hat, erkennt auch der Magistrat als in hohem Grade bedauerlich an. Deswegen aber eine Rüge über den Stadtbaumeister zu verhängen, würde nichts anderes als eine Ungerechtigkeit sein, und vollends unangemessen wäre die von Herrn Bewig beantragte Geldstrafe, welche für einen Mann wie den Stadtbaurath dermaßen ehrenrührig sein müßte, daß er danach kaum anders könnte als seine Entlassung nehmen. Im eigensten Interesse der städtischen Verwaltung also bittet der Herr Oberbürgermeister um Ablehnung des Bewig'schen Antrags.

Herr Munte kann bei alledem nicht umhin zu beklagen, daß mit solchen Unkosten für die Stadt der Versuch gemacht ist, die hiesigen Handwerksmeister durch directe Vereinbarung mit den Arbeitern zu schädigen, und hält sich mindestens zu der Erwartung berechtigt, daß dergleichen Wagnisse in Zukunft nicht wieder unternommen werden.

Herr Graf Görz-Wrisberg kann in keiner Weise die von Herrn Bewig beliebte Art der Berichterstattung billigen. Herr Bewig hat den Bericht des Stadtbauraths und das Magistratsschreiben wörtlich verlesen und mit den hierin vorgebrachten Erwägungen die Meinung der Commission ohne weiteres identificirt, dann aber seine abweichenden persönlichen Anschauungen sehr ausführlich begründet. Das entsprach der Sachlage nicht. In der Commission waren Gründe und Gegengründe in umfassendster Weise zur Sprache gebracht und die Bedauerlichkeit des Falles hinlänglich betont; nichts destoweniger hatte die Majorität sich zu einem Antrage von der Schärfe desjenigen des Herrn Referenten um so weniger berechtigt gefunden,

als schon vom Magistrate die Erklärung abgegeben war, daß er Anlaß nehmen werde, gegen den Stadtbaurath sein Bedauern wegen der vorgekommenen Ueberschreitungen und die Hoffnung auszusprechen, daß er bemüht sein werde, solche für die Folge zu vermeiden. Von dem allen hat Herr Bewig kein Wort gesagt und so die Motive der Commission wesentlich verdunkelt.

Herr Bewig glaubt vollkommen im Sinne der Finanzcommission berichtet zu haben. Wenn es übrigens den Anschein habe gewinnen können, als sehe er in die Integrität des Stadtbaurathes irgend welches Mißtrauen, so wolle er damit ausdrücklich erklären, daß er denselben so sehr wie Einer für einen durchaus ehrenhaften Mann halte. Wie aber jeder Geschäftsmann für die Folgen seines Thuns und Lassens volle Verantwortlichkeit trage, so werde auch der Stadtbaurath keinen Freibrief beanspruchen können, und nur dies habe er, Redner, mit seinem Antrage zur Geltung bringen wollen, den er nunmehr jedoch zurückziehe.

Der Commissionsantrag wird hierauf fast einstimmig von der Versammlung genehmigt.

Wie schließlich

III. namens der Finanzcommission Herr Kunz berichtet, sind für den Brunnen am Hagenmarkt 53,491 Mark 5 Pf. bereits verausgabt, außerdem aber noch 3500 Mark von dem Professor Howaldt für Kunstgießerarbeiten angefordert und 1680 Mark für einige nachträglich nöthig gewordene andere Arbeiten erforderlich, sodaß die Gesamtkosten sich auf 42,510 Mark 50 Pf. belaufen werden, während dafür nur 31,680 Mk. verwilligt waren. Die Nothwendigkeit jenes kleinern Mehrbedarfs wird durch die Erläuterungen des Stadtbauraths ebensowohl wie die Unmöglichkeit selbigen vorauszu- sehen, genügend dargethan; die Mehrforderung Professor Howaldts findet ihre Rechtfertigung darin, daß der Bildhauer Breymann an den Wasserspeiern und an den Löwen nachträglich noch Veränderungen vorgenommen hat, welche, den Guß erschwert und vertheuert haben, auf die gegossenen Figuren insgesammt aber mehr Arbeit verwandt ist als vorher angenommen war — eine Sorgfalt, welche, hervorgegangen aus dem Bestreben, ein möglichst untadelhaftes Werk zu liefern, augensichtlich von dem besten Erfolge gekrönt ist. Demnach hält der Magistrat sich verpflichtet, die Nachverwilligung der noch fehlenden 5180 Mk. 79 A zu beantragen.

Seitens der Commission befürwortet,

wird diese Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen,

nachdem Herr Overbürgermeister Caspary dargelegt hat, daß es sich in diesem Falle nicht sowohl um eine eigentliche Ueberschreitung, als um einen Mehrbedarf handelt, welcher bei der Natur der Sache und der lobenswerthen Sorgfalt der beiden Künstler nicht zu vermeiden war.

Herr Kramp e weist darauf hin, daß lezhin bei Gelegenheit der Beerdigung des Generallieutenants v. Erichsen der Brunnen bis zum Standbilde Heinrichs des Löwen hinauf mit Gaffern besetzt gewesen ist, und richtet daher an den Magistrat das Ersuchen, Sorge tragen zu wollen, daß künftig gegen solchen, das Kunstwerk schwer gefährdenden Unfug polizeilich eingeschritten werde.

Bei vorgerückter Zeit wird damit die Sitzung geschlossen, indem die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sowie die Motivirung der zu Anfang eingebrachten selbständigen Anträge vorläufig ausgesetzt bleiben.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 65. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. März 1876.

Öffentlich:

Antrag Herrn Schöttlers auf Erlass einer Fahrordnung.

Motivirung des Antrages der Herren Bracke und Genossen auf Neuordnung des Begräbniswesens.

Desgl. des Antrags der Herren Lucius und Genossen auf Bethheiligung der Stadt an der Lotteriepacht.

Berathung des Reglements, das öffentliche Fuhrwesen betreffend.

Desgl. über einige Abänderungen und Ergänzungen der Bau- und Feuerordnung.

Entschuldigt Herr Flagg e. Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake, Randoehr, und Rittmeyer.

An Stelle des durch Krankheit behinderten Herrn Peters übernimmt den Vorsitz Herr Lucius.

Von Herrn Schöttler wird der selbständige Antrag eingebracht,

daß die Versammlung den Magistrat zu ersuchen beschliesse, zuständigen

Orts auf Erlass einer Fahrordnung für hiesige Stadt antragen zu wollen, die Motivirung dieses Antrags aber bis nach Schluß der Tagesordnung vorbehalten,

nach welcher nunmehr

I. Herr Steinau den am 24. v. M. von Herrn Bracke gestellten Antrag begründet:

Die Versammlung wolle den Magistrat auffordern geeignete Schritte zu thun, damit

1. die Verwaltung der Begräbnißplätze den Kirchengemeinden entzogen,
2. die Fortschaffung der Leichen für eine Angelegenheit der politischen Gemeinde erklärt,
3. ein der Verwaltung der städtischen Behörden zu unterstellender einheitlicher Begräbnißplatz für die ganze Stadt geschaffen,
4. eine obligatorische Leichenschau eingeführt, sowie auch
5. die Leichenverbrennung facultativ zugelassen und die dazu nöthige Einrichtung getroffen

werde.

Nach den in voriger Sitzung bei der Berathung über die neuen Friedhofsanlagen für die Andreaß- und die Katharinengemeinde verlaublichen Wünschen und Meinungen hält Herr Steinau sich von vornherein zu der Annahme berechtigt, die Versammlung werde darüber einig sein, daß die Fortschaffung der Leichen weder ein religiöses noch ein kirchliches Geschäft, sondern eine Aufgabe derjenigen Behörden ist, denen die Beseitigung öffentlicher Schädlichkeiten obliegt, in hiesiger Stadt also, wennschon die Polizei hier zum Theil noch Regierungsangelegenheit ist, des Magistrats als Inhabers der communalpolizeilichen Befugnisse. Ein Recht der Kirchengemeinden steht den Absichten der Antragsteller nicht entgegen. Was als solches etwa geltend zu machen wäre, ist der gegenwärtige Befizstand der Friedhöfe; dieser aber soll den Kirchen nicht streitig gemacht, sondern nur neben den bereits vorhandenen ein neuer Friedhof durch die Stadt geschaffen werden, auf dem die Todten der politischen Gemeinde in irgend einer Weise beseitigt werden können. Veranlassung genug zu solcher Einrichtung finden die Antragsteller in den peinlich verletzenden Vorkommnissen, die solange die Kirchen ausschließlich Eigenthümer der Begräbnißplätze, eben vermöge der kirchlichen Gewohnheiten und Anschauungen nicht wohl zu verhüten sind. Redner führt als solche an, daß unter Umständen einzelne Todte außerhalb der Gräberreihe in einem Winkel begraben und dadurch in der Vorstellung mancher Menschen mit einem Scheine von Unehre behaftet werden, daß hin und wider auch den Freunden eines Verstorbenen nicht gestattet wird, selber an dem Grabe ein Wort des Nachrufs zu sprechen. Derartige Dinge werden nicht vorkommen können, wo das Begräbnißwesen eine Angelegenheit der politischen Gemeinde ist. Wenn weiter dann obligatorische Leichenschau beantragt wird, so hängt dies mit dem letzten Antrage auf Einführung facultativer Leichenverbrennung zusammen, sofern bei dieser allerdings Vorkehrung zu treffen ist, damit Verbrechen nicht etwa unentdeckt bleiben. Die Art und Weise der erforderlichen Einrichtungen, die Frage z. B., ob es genügen dürfte, zur Ausstellung der Todtenscheine in allen Fällen oder doch bei entstehendem Verdachte außer dem Arzte der den Verstorbenen behandelt hat, noch einen zweiten bei-

zuziehen, verstellen die Antragsteller in das Ermessen der Commission. Die Leichenverbrennung selbst endlich stellt sich als nothwendig heraus im Hinblick auf die Gefahren, die die von Jahr zu Jahr anwachsenden Todtenfelder größerer Städte für Gesundheit und Leben der Bevölkerung bergen. Vorläufig wünschen die Antragsteller dieses Verfahren nur facultativ ermöglicht zu sehen, um keinerlei Zwang gegen Diejenigen auszuüben, die vermöge der aus dem Kirchendogma entspringenden Vorurtheile den Proceß langsamer Verwesung für ein Gebot der Religion ansehen und demnach vor der Verbrennung zurückschrecken. Herr Steinau empfiehlt demnach die Prüfung dieser Anträge, die auch nach der inzwischen beschlossenen Anlage neuer Kirchhöfe keinesweges für verspätet gelten können, da die gewünschten Einrichtungen sich sehr wohl eben auf dem Terrain durchführen lassen, welches für jenen Zweck angekauft werden soll.

Die Anträge finden genügende Unterstützung und werden der Statutencommission überwiesen.

Ferner

II. begründet Herr Lucius seinen am 24. v. M. eingebrachten Antrag:

In Erwägung, daß es für die communalen Interessen sehr vortheilhaft sein würde, wenn bei einer Wiederverpachtung der Landeslotterie die Stadt Braunschweig als Pächterin eintreten könnte, wird anheimgegeben,

eine besondere Commission von fünf Mitgliedern zu ernennen, um diese Sache zu prüfen und demnächst der Versammlung geeignete Vorschläge zu machen.

Als notorisch nimmt Herr Lucius an, daß die Landeslotterie seit Jahren einem Consortium hiesiger Privatleute verpachtet ist und diesen demnach sehr erhebliche Vortheile eingetragen hat. Wie groß die Einnahmen sind, welche einzelnen dieser Personen aus jenem Pachtgeschäfte zufließen, hat sich namentlich bei deren Veranlagung zu den Communalsteuern ergeben: obwohl dabei zum Theil sehr hoch gegriffen wurde, ist doch keine Reclamation erfolgt — Beweis genug, daß gedachter Gewinn in der That sehr bedeutend sein muß. Da der gegenwärtige Pachtcontract im Jahre 1879 ablaufen wird, so entsteht die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, jene Vortheile auch der Stadt zugänglich zu machen. Da die Stadt nicht reich ist und große von Jahr zu Jahr wachsende Bedürfnisse zu decken hat, so würde ohne Zweifel ein so bedeutendes Lucrum für sie sehr erwünscht sein. Wenn allerdings dann aber zweifelhaft erscheinen kann, ob überhaupt die fernere Beibehaltung der Lotterie rathsam, so wird man unbedenklich doch zugeben müssen, daß es, so lange das Institut einmal besteht, für ein Gemeinwesen ebensowenig wie für Privatleute schimpflich wäre, sich dessen Vortheile nutzbar zu machen; vielmehr wird es immer noch angemessener sein, die-

selben zum öffentlichen Besten zu verwenden als zur Bereicherung Einzelner. Redner hat daher zunächst die Erträge des hiesigen Lotteriewesens zu berechnen versucht, und die vorliegenden Pläne der Landeslotterie ergeben in dieser Hinsicht Folgendes. Jede Lotterie besteht aus 84,000 Loosen; da in jedem Jahre zweimal gespielt wird, so kommen jährlich 168,000 Loose zum Vertrieb, welche 17,278,000 Mark eintragen. Von dieser zur Verloosung gelangenden Summe müssen die Gewinner an die Col-lecteure 3% = 518,340 Mark, an die Direction 12% = 2,073,360 Mark insgesamt also 2,591,700 Mark abgeben. Die Direction hinwider, d. h. das Pächter-consortium, hat nach dem Landtagsabschiede von 1871/72 an den Staat jährlich 210,000 Mark abzuliefern. Die Verwaltungskosten lassen sich mit dem derzeit zugänglichen Material nicht berechnen; nimmt man aber an, daß für die Beamtengehälter, für Insertionen, für Druckkosten u. jährlich 150,000 Mark erforderlich sind, so steht jenen 2,073,360 Mark Einnahme eine Ausgabe von 360,000 Mark gegenüber und ergibt sich sonach ein jährlicher Nettogewinn von 1,793,360 Mark. Unbedingte Gültigkeit kann für diese Berechnung natürlich nicht beansprucht werden; soviel aber wird danach als gewiß zu setzen sein, daß der Gewinn ein sehr bedeutender ist. Angenommen dann auch, der Staat werde bei einer Wiederverpachtung seine Ansprüche erheblich steigern, so dürfte es immerhin doch der Mühe lohnen, den vorliegenden, absichtlich sehr bescheiden formulirten Antrag in Ueberlegung zu ziehen, und zu diesem Zwecke giebt Redner anheim, eine besondere Commission von fünf Mitgliedern zu bestellen;

womit die Versammlung sich einverstanden zeigt.

Die Wahl dieser Commission wäre nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

In Anbetracht jedoch, daß die Sache völlig liquid ist, der Ablauf des bestehenden Pachtcontractes aber nahe bevorsteht und es sonach nöthig erscheint, die Landesregierung eventuell sobald als möglich von der Absicht der städtischen Behörden in Kenntniß zu setzen, stellt Herr Reck den reglementarischen Antrag, daß die Wahl sofort vorgenommen werde.

Die Versammlung stimmt dem bei,

worauf der Herr Vorsitzende, um eine Verständigung über die Personen zu ermöglichen, die Verhandlungen auf kurze Zeit aussetzt,

nach deren Verlauf zu Mitgliedern der fraglichen Commission die Herren Heymann, Lucius, Reck, Schöttler und Steinau ernannt werden.

Zur Berathung steht

III. ein neues »Statut, das öffentliche Fuhrwesen in Braunschweig betreffend.«

Dem Berichte der Statutencommission geht eine formale Discussion voraus, angeregt durch

Herrn Schwarzenberg, der den Widerstreit der bei Behandlung des Gegenstandes in Betracht kommenden gesetzlichen Vorschriften zur Sprache bringt. Wenn nämlich die vorliegenden Bestimmungen nach Maßgabe von § 46 der rev. St.-O. als Statut zu betrachten sind, so müßte seitens der Versammlung auch die darin gegebene Fahrtaxe mit festgestellt werden, deren Wichtigkeit Redner um so höher anspricht, als das hiesige Droschkenwesen zumeist bisher grade an der unverhältnißmäßigen Höhe der Fahrpreise gekrankt hat. Sollen diese Bestimmungen aber auf Grund von §§ 37 und 76 des Reichsgewerbegesetzes durch polizeiliche Verordnung erlassen werden — und von dieser Annahme ist Herzogliche Polizeidirection ausgegangen, indem sie eine neue Fahrtaxe einseitig mit dem Magistrate festgestellt hat — dann liegt für die Versammlung kein Anlaß vor, sich mit dem übrigen Inhalte des Erlasses auch ihrerseits noch eingehender zu beschäftigen. Demnach stellt Herr Schwarzenberg den reglementarischen Antrag,

von einer speciellen Durchberathung des »Statuts« Abstand zu nehmen und nur im Wege einer allgemeinen Discussion diejenigen Ausstellungen zu ermitteln, deren Berücksichtigung etwa zu wünschen wäre.

Herr Reuter möchte ungern zu einem Statute die Hand bieten, dessen Vor- aussetzungen mit den thatsächlichen Verhältnissen in so augenfälligem Widerspruch stehen und sich bald als völlig unhaltbar herausstellen werden. Denn nach Maßgabe der bevorstehenden neuen Landesbauordnung wird demnächst der feste Wohnbezirk hiesiger Stadt zu bestimmen sein, unmöglich aber wird man denselben auf den Raum innerhalb der Umflutgräben einschränken und die 20,000 Einwohner vor den Thoren davon ausschließen können, wie dies die neue Fahrtaxe noch thut, indem sie für Fuhren »außerhalb der Stadt« erhöhte Preise zuläßt. Redner führt aus, wie widersinnig es ist, wenn auf Grund dieser Preisanläge ein Fahrgast, der etwa dicht vor den Thoren wohnt, für eine Fahrt von wenigen hundert Schritten mehr zahlen muß als ein anderer für die viel weitere Fahrt von einem Ende der innern Stadt bis zum entgegengesetzten; er stellt dem das Beispiel Hannovers gegenüber, wo man für den einfachen Satz bis in die entlegensten Vorstädte fährt. Mit solchem Tarif, der in Rücksicht auf die Droschkenhalter gut gemeint sein mag, ist der Entwicklung unseres öffentlichen Fuhrwesens nicht gedient: hohe Preise werden sich vielleicht durchsetzen lassen, wo die Droschken bereits eingewurzelt sind; bei den hier ein- weilen noch vorherrschenden Gewohnheiten aber können sie nur die Wirkung haben von Vernichtung der Droschken abzuschrecken. Von diesen Erwägungen geleitet, die vorlängst, wie es schien, auch der Magistrate theilte, stellt Herr Reuter den Antrag,

daß die Berathung des vorliegenden Statuts zur Zeit ausgesetzt und der Magistrat ersucht werde, nach Feststellung des geschlossenen Wohnbezirks der Stadt eine anderweitige Neuordnung des öffentlichen Fuhrwesens zu veranlassen und der diesseitigen Beschlußfassung dann auch die Fahrtaxe zu unterstellen.

Herr Graf Görz-Brisberg findet sich durch diese Anträge in die eigenthümliche Lage versetzt nicht zu wissen, ob er den Commissionsbericht überhaupt noch abstatten soll oder nicht. In Anbetracht jedoch, daß die Versammlung die Sachlage ohne weiteres schwerlich ganz klar übersehen dürfte, giebt er anheim, vor allem andern doch erst die Commission zu Worte kommen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende glaubt nicht, daß er berechtigt gewesen wäre, Anträge zurückzuweisen, die eine Debatte von vornherein abzuschneiden bezwecken. Da übrigens das fragliche Statut gedruckt vorliegt, hält er allerdings nicht für unwahrscheinlich, daß die Versammlung genügend vorbereitet ist, um sich über die aufgeworfene Vorfrage sofort schlüssig zu machen.

Auch Herrn Oberbürgermeister Caspari ist diese Wendung unerwartet gekommen und scheint es unzulässig, den Gegenstand beantragter Maßen zu erledigen. Denn falls die Versammlung die auf Grund der Städteordnung von ihr geforderte Mitwirkung verweigerte, so wäre bei dem anerkannten Bedürfniß nach solchem Reglement Herzogliche Polizeidirection in der Lage, selbiges entweder einseitig erlassen, oder auf einen Ausspruch seitens der Versammlung bestehen zu müssen, und ohne Zweifel würde sie dabei eventuell die Entscheidung Herzoglichen Staatsministeriums für sich haben. Leichter könnte der Herr Oberbürgermeister sich allenfalls mit einem Antrage befreunden, der etwa dahin ginge, den Magistrat zu veranlassen, daß er die Ansichten der Versammlung zur Kenntniß Herzoglicher Polizeidirection bringe und diese für den gewünschten Aufschub zu gewinnen suche.

Herr Reuter erklärt, daß er in der That nur eine Meinungsäußerung dem Magistrate gegenüber bezwecke, der dann die geeigneten Wege finden werde, dieselben bei Herzoglicher Polizeidirection zur Geltung zu bringen. Kann er demnach auch die von Herrn Oberbürgermeister Caspari gewünschte Modification seines Antrags nicht als unbedingt nothwendig anerkennen, so ist er doch bereit, darauf einzugehen. Die formelle Behandlung des Gegenstandes anlangend, weiß Redner nicht, wie er seinen Antrag, ohne dessen eigentlichen Zweck zu verfehlen, anders als vor Eröffnung der Debatte hätte stellen und begründen sollen; Bedenken und Gegengründe vorzubringen, werde dem Herrn Referenten auf alle Fälle unbenommen sein. Seinerseits freilich sieht er nicht, woher solche entstehen können: ein älteres Statut über das öffentliche Fuhrwesen haben wir, ein neues wurde schon einmal vor zwei Jahren abgelehnt, die neue Taxe aber, auf die es vorläufig hauptsächlich ankam, ist bereits in Kraft getreten; lehnt also die Versammlung das gegenwärtig vorliegende Reglement ab, so bleibt es im übrigen einfach noch eine Weile beim Alten. Was ihn aber gegen dies neueste Reglement vor allem einnimmt ist der Umstand, daß es den Außenwohnern einen neuen und gerechten Grund zu der Klage über Vernachlässigung ihrer Interessen liefern würde.

Herr Steinacker bittet, vor Abstimmung über die beiden reglementarischen Anträge erst den Commissionsbericht zu vernehmen,

womit Herr Schwarzenberg sich, vorausgesetzt, daß der Herr Referent sich auf eine allgemeine Beleuchtung des Gegenstandes beschränke, den Specialbericht aber aussehe, einverstanden erklärt.

Wie demnach unter Bezugnahme auf seinen ausführlicher am 9. December v. J. erstatteten Bericht Herr Graf Görz-Wrisberg darlegt, hat Herzogliche Polizeidirection das vorliegende Reglement zunächst unter dem Namen »Statute« ausgearbeitet, dem Magistrat mitgetheilt und zur Genehmigung der städtischen Behörden gestellt, rücksichtlich der angehängten Taxe aber darauf hingewiesen, daß diese vermöge der Reichsgewerbeordnung seitens der »Gemeindebehörden« zu ergehen habe, als welche hier laut einer frühern Declaration Herzoglichen Staatsministeriums der Magistrat betrachtet wird, und daß demgemäß für diesen Theil des Reglements die Zustimmung der Stadtverordneten nicht erforderlich sei. Diese Auffassung theilend, hat der Magistrat die Taxe, deren Feststellung überdies als dringendes Bedürfnis bezeichnet war, seinerseits geprüft und da er wesentliche Einwendungen nicht zu machen fand, alsbald genehmigt, die übrigen Theile des Reglements dann aber der Versammlung zur Begutachtung zugehen lassen. So lag die Angelegenheit bereits, als sie am 9. December v. J. hier zur Berathung stand. Auf Beschluß der Versammlung wurde sie damals vertagt, weil die Entscheidung unmöglich schien, bevor jedes Mitglied von den einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Reglements Kenntniß genommen hatte, zu welchem Ende dasselbe inzwischen durch den Druck vervielfältigt worden ist. Angesichts dieser Sachlage kann Redner zur Annahme der beiden reglementarischen Anträge nicht rathen. Am wenigsten des Schwarzenbergschen. Aus der Reichsgewerbeordnung, nach welcher die Regelung des öffentlichen Fuhrwesens der Polizei obliegt, könnte Herzogliche Polizeidirection für sich die Befugniß ableiten, in diesem Falle ohne jede Zuziehung der städtischen Behörden vorzugehen; daß dies den städtischen Interessen wenig dienlich sein würde, liegt auf der Hand. Wenn sie nun mit Rücksicht auf die bezüglichen Bestimmungen der Städteordnung sich nicht auf diesen Standpunct gestellt hat, so kann dies den städtischen Behörden schon als Präjudiz nur erwünscht sein, und keinesfalls dürfte daraus ein Anlaß zu entnehmen sein, auf die Durchberatung des Reglements zu verzichten. Herrn Reuters Antrag geht von anderen Motiven aus, und allerdings mag die Meinung, daß der Fahrpreis den thatsächlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung trage, manches für sich haben, wennschon die Commission sich der obwaltenden Sachlage nach auf eine genauere Prüfung dieser Frage natürlich eingelassen hat. Allein zu bedenken ist doch, daß der Tarif von dem übrigen Reglement ganz unabhängig ist, insofern also nichts im Wege steht, auf eine Berathung des letztern einzugehen und die etwa wünschenswerthen Abänderungen zu

beschließen; auch würde, wenn man den von Herrn Reuter empfohlenen Weg beträte, möglicherweise doch zu befürchten sein, daß Herzogliche Polizeidirection sich alsdann zu einseitigem Vorgehen veranlaßt finden könnte. Dies alles erwogen und da es schlimmsten Falls kein Unglück wäre, wenn die Versammlung sich binnen kurzem abermals mit einem neuen Reglement befassen müßte, kann Herr Graf Görk-Brisberg nur wünschen, daß zunächst das gegenwärtig vorliegende Reglement in Berathung gezogen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari macht gegen den Reuterschen Antrag ferner geltend, daß der Magistrat den angeführten Competenzverhältnissen nach überhaupt nicht berechtigt wäre, eine andere Fahrtaxe zur Beschlußnahme der Versammlung zu stellen. Demnach steht diese vor der Alternative, entweder das Reglement als ungeeignet schlechthin abzulehnen und Herzogliche Polizeidirection um dessen vorläufige Zurücknahme zu ersuchen, worauf denn der Tarif, wie er einmal festgestellt und vom Magistrat bereits genehmigt ist, allein in Kraft treten würde, oder aber das Reglement zu prüfen, die gewünschten Abänderungen zu bezeichnen und zugleich der Erwägung Herzoglicher Polizeidirection anheimzugeben, ob nicht auch im Tarife die eine oder andere Remedur eintreten könnte. Letztern Weg einzuschlagen, hält der Herr Oberbürgermeister für durchaus unbedenklich, zumal gegen das Reglement selbst bis jetzt keinerlei Einwand vorgebracht ist, der Widerspruch Herrn Reuters sich lediglich gegen den Tarif richtet. Ob mit Recht, erscheint einigermaßen zweifelhaft. Denn der Tarif ist wie er vorliegt das Ergebnis sehr mühsamer Verhandlungen; Fälle der Art aber, wie sie Herr Reuter hervorkehrt, werden unter allen Umständen vorkommen, mag man den Bereich des einfachen Fahrpreises ausdehnen so weit man will.

Herr Reuter bestreitet sowohl letztere Annahme wie auch die, als finde er an den übrigen Bestimmungen des Reglements nichts auszusetzen: wenn er hiervon einstweilen geschwiegen, so war dies nur die natürliche Consequenz seines eigenen Antrags auf Ablehnung der Specialdebatte. Gegen die von dem Herrn Referenten vertretene Auffassung der Sachlage wendet er ein, daß neben § 37 der Reichsgewerbeordnung auch § 76 derselben in Betracht kommt, welcher die Mitwirkung der »Gemeindebehörden« ausdrücklich vorschreibt und somit ein einseitiges Vorgehen Herzoglicher Polizeidirection ausschließt. Demnach würde es lediglich darauf ankommen, wer hier »Gemeindebehörde« ist. Bei der von dem Herrn Oberbürgermeister angezogenen Declaration handelte es sich um einen Amtsbeleidigungsfall; wenn dieselbe aber als allgemeingültig anzusehen ist, dann würde die Versammlung den Magistrat zu ersuchen haben, künftig bei Ausübung der ihm als Gemeindebehörde zustehenden Befugnisse auch auf die diesseitigen Wünsche Rücksicht zu nehmen. Einer anderweitigen Redaction seines Antrags, durch welche die von dem Herrn Oberbürgermeister erhobenen formellen Bedenken gehoben werden könnten, wird Redner nicht entgegen sein.

Herr Schwarzenberg sieht nicht, wie der Commissionsbericht über die Erwägungen hinweghelfen könnte, aus denen sein Antrag hervorgegangen ist, vielmehr findet er diesen grade vom Standpuncte des Herrn Referenten aus dringend angezeigt,

eine Schlussfolgerung, die Herr Graf Görh-Wrisberg nicht zu verstehen bekennt.

Nachdem die Herren Kunze und Graf Görh-Wrisberg noch hervorgehoben haben, daß das vorliegende Reglement gegenüber den bisherigen Bestimmungen in manchen Stücken einen Fortschritt aufweist, daß der Versammlung unverwehrt ist, auch in Betreff der Fahrtare ihre Wünsche auszusprechen, und daß der Magistrat dann sich ohne Zweifel der Mühe unterziehen würde, darüber mit Herzoglicher Polizeidirection in weitere Verhandlung zu treten,

werden die Anträge der Herren Schwarzenberg und Reuter von der Versammlung abgelehnt.

Bei der nunmehr beginnenden Specialberatung

theilt zunächst der Herr Referent mit, daß Herzogliche Polizeidirection nachträglich richtiger befunden hat, in der Ueberschrift für »Statut« zu setzen »Polizeiliches Reglement.«

Herr Reuter beantragt die Weglassung des Objectivs, welches die Competenzverhältnisse zu verdunkeln geeignet scheint.

Mit dieser Aenderung wird die Ueberschrift von der Versammlung genehmigt.

Bei § 1

erinnert Herr Heymann, daß die hier und an späteren Stellen vorkommende Bezeichnung »Statut« gemäß der neuen Ueberschrift geändert werden muß. Da aber die Vorlage allen Mitgliedern der Versammlung zur Hand ist, so will deren nochmalige Verlesung ihm als überflüssige Weitläufigkeit erscheinen und giebt er daher anheim, über die einzelnen Paragraphen, sofern keine Aenderungsvorschläge eingebracht werden, ohne weiteres abzustimmen,

was auch Herr Schwarzenberg um so dringender empfiehlt, als ein solches Verfahren mit der von ihm beantragten Behandlung des Gegenstandes wesentlich auf eins hinauskommen würde.

Herr Bracke kann dies nicht anerkennen, da Herrn Schwarzenbergs Antrag aus einem Bedenken gegen die Competenz der Versammlung hervorgegangen war. Während er für diesen demnach nicht stimmen konnte, würde er dem Antrage Herrn Heymanns feinstheils unbedenklich stattgeben. Auf seine Anfrage, ob durch das vorliegende Reglement auch die hier ab- und zugehenden Landkutschen betroffen werden,

kann Herr Graf Borch-Brissberg augenblicklich nicht mit voller Sicherheit antworten, doch glaubt er sie verneinen zu dürfen.

§ 1 wird hierauf mit der angeregten redactionellen Aenderung genehmigt, dem andern Vorschlage Herrn Heymanns dagegen keine Folge gegeben.

§ 2 lautet:

Ueber die Ertheilung der Erlaubniß wird dem Betreffenden eine Urkunde ausgestellt, in welcher der Umfang der Erlaubniß und insbesondere die Zahl und die Nummern der angemeldeten und zu stellenden Fuhrwerke angegeben sind.

Die Ertheilung resp. Entziehung der Erlaubniß ist dem Ermessen Herzoglicher Polizeidirection überlassen.

Herr Reuter hat eine Bestimmung, wie sie der zweite Absatz enthält, in keinem der von ihm eingesehenen ähnlichen Reglements angetroffen. Er glaubt, daß der Polizei damit eine viel zu weit gehende Befugniß eingeräumt wäre, und beantragt daher folgende Fassung:

Die Erlaubniß soll Niemand versagt werden, der sich auf die Vorschriften dieses Reglements verpflichtet. Dem Ermessen Herzoglicher Polizeidirection bleibt jedoch überlassen, die ertheilte Erlaubniß auf Grund wiederholter Verstöße gegen das Reglement zurückzuziehen.

Dagegen Herr Overbürgermeister Caspari, indem er zu erwägen bittet, daß die Polizei, die für alle Ordnungswidrigkeiten im Betriebe des öffentlichen Fuhrwesens verantwortlich ist, nothwendig auch freie Hand behalten muß, die damit zu betrauenden Personen auszuwählen;

womit Herr Munte schon im Hinblick auf die Gefahren einverstanden ist, welche bei der Enge der hiesigen Straßen durch Ungeschick der Kutscher herbeigeführt werden.

Herr Steinau glaubt, daß der Polizei in den Strafbestimmungen des Reglements genügende Correctivmittel zu Gebote stehen. Abgesehen aber von der Zweckmäßigkeitsfrage erkennt er in dem fraglichen Satze der Vorlage eine durchaus unzulässige Beschränkung der Gewerbefreiheit.

Herr Overbürgermeister Caspari hält solche Beschränkung bei den besonderen Erfordernissen des öffentlichen Fuhrwesens eben für durchaus nothwendig, wie sie seiner Meinung nach denn auch in § 37 der Reichsgewerbeordnung ausdrücklich vorgeesehen ist. Wohin es führt, wenn gewisse Gewerbe Jedem der sich herandrängt, freigegeben werden, lehrt die Erfahrung an den massenhaften Schankgerechtigkeiten, mit denen Herzogliche Polizeidirection, wie Redner überzeugt ist, viel zu liberal zu Werke geht.

Herr Heymann hingegen sieht als unzweifelhaft an, daß § 37 der Reichsgewerbeordnung die Polizei nicht befugt, einzelnen Leuten diesen oder jenen Gewerbebetrieb zu untersagen. In diesem Sinne hat wenigstens das Obergericht vor einigen Jahren auf eine Klage selbständiger Dienstkleute erkannt, denen von Herzoglicher Polizeidirection unter Berufung auf jene reichsgesetzliche Bestimmung die Concession versagt war. Da demnach auch die von Herrn Reuter beantragte Bestimmung nichtig sein würde, beantragt Redner, § 2 der Vorlage überhaupt zu streichen.

Gegen beide Anträge spricht sich Herr Graf Görz-Brissberg aus, indem er hinsichtlich der von Herrn Reuter empfohlenen Aenderung dem Urtheile des Herrn Overbürgermeisters beitrifft, den Heymannschen Antrag aber schon deshalb für unannehmbar erklärt, weil mit § 2 zahlreiche andere Verfügungen des Reglements aufs engste zusammenhängen, mit jenem also das Ganze fallen müßte. Redner bedauert, daß Herr Heymann sein juristisches Bedenken nicht wenigstens bei den Commissionsberathungen vorgebracht hat,

was Herr Heymann durch den Umstand erklärt, daß er an der entscheidenden Sitzung theilzunehmen behindert war. Falls die Sache wirklich so liegt, wie Herr Graf Görz-Brissberg annimmt, was Redner selbst augenblicklich nicht zu übersehen vermag, würde er für angezeigt halten, die Vorlage nochmals von der Tagesordnung abzusetzen und an die Commission zurück zu verweisen, da man, um einige Mühe zu sparen, unmöglich doch Bestimmungen wird gutheißen wollen, die den Reichsgesetzen offenbar entgegen sind.

Ein dahin gerichteter reglementarischer Antrag Herrn Steinackers findet keine Unterstützung,

auch die Anträge der Herren Reuter und Heymann werden abgelehnt, und demnach § 2 der Vorlage unverändert genehmigt.

Ohne Discussion erklärt sich die Versammlung mit § 3 einverstanden.

§ 4 verfügt Folgendes:

Außer den mit Erlaubniß versehenen Lohnfuhrwerksbesitzern steht es nur den hiesigen Gastwirthen frei, Fuhrwerk zur Beförderung derjenigen Personen, die ihre Gasthäuser zu besuchen beabsichtigen, auf dem Bahnhofe unter Beobachtung der von Herzoglicher Polizeidirection, bzw. dem zuständigen Eisenbahnbeamten wegen des Aufstellungsplatzes sowie der Auf- und Abfahrt zu treffenden Bestimmungen aufzustellen.

Herr Reuter weist auf die hiemit in Verbindung stehende Bestimmung in § 27 hin, laut welcher eine Nachtdroschenstation nur errichtet werden soll, sofern und solange die hiesigen Gasthausbesitzer von der ihnen nach § 4 zustehenden Befugniß sämmtlich keinen Gebrauch machen. Danach würde es in die Hand eines

Einzelnen gegeben, ob hier jemals eine Nachtdroschke soll zu haben sein oder nicht. Angesichts dieser Ungeheuerlichkeit beantragt Herr Reuter, § 4 folgendermaßen zu fassen:

Außer den mit Erlaubniß versehenen Lohnfuhrwerksbesitzern steht Niemandem das Recht zu, Fuhrwerke auf Straßen, öffentlichen Plätzen oder Bahnhöfen zur allgemeinen Benützung aufzustellen.

Herr Schöttler sieht nicht, was mit dieser Bestimmung genügt wäre: die Gastgeber würden dadurch gezwungen werden, ihre Fuhrwerke abzuschaffen, und damit wahrscheinlich sehr einverstanden sein, da selbige mehr kosten als sie einbringen und ohne den bisherigen Mangel an Nachtdroschken überhaupt nicht angeschafft wären. Eben diesem Nothstande aber hätte man nicht abgeholfen. Redner giebt demnach anheim, den Reuterschen Antrag abzulehnen und dafür an geeigneter Stelle die Verfügung zu treffen, daß Nachtdroschken aufgestellt werden sollen.

Herr Graf Görz-Wrisberg theilt diese Bedenken, fügt zugleich aber die Mittheilung hinzu, daß die hiesigen Gastgeber sich gegen Herzogliche Polizeidirection bereit erklärt haben, ihre Hotelfuhren einzustellen, sobald jederzeit die genügende Anzahl Droschken am Bahnhofs bereit gehalten würden. Daß dies wirklich geschehen wird, bezweifelt Redner nicht; sollte dafür etwa durch eine reglementarische Bestimmung noch besondere Sicherheit geschafft werden, so würde dazu seiner Ansicht nach bei § 27 Gelegenheit sein.

Herr Reuter kann sich von der Stichhaltigkeit der gegen seinen Antrag vorgebrachten Einwände nicht überzeugen, beharrt vielmehr bei der Meinung, daß ohne die empfohlene radicale Maßregel ein zulänglicher Nachtdroschkendienst niemals zu Stande kommen werde.

Gleichwohl wird die von Herrn Reuter vorgeschlagene Fassung abgelehnt und § 4 der Vorlage genehmigt.

Die Herren Bracke und Steinau erklären sich an der fernern Berathung und Abstimmung nicht mehr theilnehmen zu können, da sie Polizeidirection, Magistrat und Stadtverordnete nicht für berechtigt halten, statutarische Bestimmungen zu treffen, die mit Reichsgesetzen im Widerspruch stehen,

werden aber von dem Herrn Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß nach Maßgabe der Städteordnung kein Mitglied der Versammlung sich der Stimmabgabe enthalten darf.

Ohne Anstand gelangen hierauf die §§ 5 und 6 zur Annahme, und gleiches Ergebniß scheint die Abstimmung über § 7 zu liefern.

Von mehreren Seiten indeß wird dies in Zweifel gezogen; und da die Auszählung Stimmengleichheit für und wider herausstellt, giebt der Herr Vorsitzende den Ausschlag zu Gunsten der Ablehnung des

Paragraphen, indem er mit Herrn Heymann die Rechtsbeständigkeit des ganzen Reglements erklärt in Frage stellen zu müssen.

In Anbetracht daß nach diesem Vorgange auch die Ablehnung der noch folgenden 35 Paragraphen vorauszusehen ist, diese Art der Behandlung aber weder die Sache fördern noch der Würde der Versammlung entsprechen würde, nehmen die Herren Heymann, Meyer und Schöttler den bei § 2 gestellten Antrag auf nochmalige Verweisung des Reglements an die Commission wieder auf, welcher nunmehr auch von der Versammlung angenommen wird.

Die ferner zur Tagesordnung angelegten Voranschläge der Gasanstalt und des Wasserwerks können nicht zur Verhandlung gebracht werden, da der Referent der Finanzcommission, Herr von Seckendorff, sich inzwischen hat beurlauben müssen.

Es folgt demnach

IV. Herr Graf Görz-Brisberg mit dem Berichte der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 21. v. M., einige Abänderungen und Ergänzungen der Bauordnung betreffend.

Dieselben waren am 22. April v. J. in der aus den Commissionäberathungen hervorgegangenen Fassung unter Vorbehalt einer Schlußredaction angenommen, über die nunmehr, nachdem auch Herzogliches Staatsministerium einige Abänderungen und Zusätze ausbedungen hat, Beschluß zu fassen wäre. Die Commission ist jedoch zu der Ansicht gelangt, daß es sich empfehlen dürfte, für jetzt in die weitere Berathung dieses Statutes nicht einzutreten, da seit jenem Vorbeschlusse die Sachlage sich wesentlich geändert hat. Musste sich damals das fragliche Statut als dringende Nothwendigkeit darstellen, so hat man sich inzwischen gleichwohl abermals ein Jahr ohne dasselbe behelfen müssen, und ist nunmehr der Landesversammlung der Entwurf einer Landesbauordnung vorgelegt, welcher höchst wahrscheinlich noch während der gegenwärtigen Session zum Abschluß gelangen wird. Nach Erlaß dieses Landesgesetzes aber werden die städtischen Behörden nicht umhin können, abermals an die Ausarbeitung einer neuen Bauordnung für hiesige Stadt zu gehen — eine Arbeit, mit der sich dann auch die bei der heutigen Vorlage in Betracht kommenden Fragen um soviel leichter und sicherer erledigen werden, als jenes Gesetz die bisher obwaltenden Zweifel an der Competenz der städtischen Behörden förderfamst beseitigt.

Herr Reuter als Mitglied des Stadtbauamts kann diesem Antrage nicht beistimmen. Gegenüber den zahlreichen Mißbauten, zu deren Abwehr die gegenwärtige Bauordnung keine Handhabe bietet, werden die ausstehenden Bestimmungen mit jedem Tage schmerzlicher vermißt. Bis aber die Landesbauordnung und weiter dann auf Grund derselben ein neues Statut für hiesige Stadt zu Stande kommt, wird voraussichtlich noch geraume Zeit verstreichen, und inzwischen, zumal da zur

Ausführung genehmigter Bauten bekanntlich ein volles Jahr Frist gegeben ist, noch Manches zugelassen werden müssen, was im öffentlichen Interesse besser verhindert würde. Redner möchte daher das Erforderliche für diese Zwischenzeit durch ein vorläufiges Statut festgestellt sehen; daß dessen Rechtsbestand jetzt, da die Befugniß der städtischen Behörden zu derartigen Vorschriften der landesgesetzlichen Legitimation gewiß ist, noch angefochten werden könnte, hält er für wenig wahrscheinlich.

Herr Schöttler, das Gewicht dieser Gründe anerkennend bedauert ebenfalls, daß der Erlaß des fraglichen Zusatzstatutes sich so lange verzögert hat und auch jetzt noch hinausgerückt werden muß, da die Versammlung augenblicklich allerdings kaum in der Lage sein dürfte, sich ohne nochmalige Information zu entscheiden. Eben der Umstand aber, daß das Statut hiernach schwerlich viel früher als die neue Landesbauordnung publicirt werden könnte, scheint geeignet, mit dem beantragten Aufschube einigermaßen zu versöhnen, und einen Vortheil sieht Redner darin, daß so die schon verwirrende Mannichfaltigkeit der bestehenden baupolizeilichen Bestimmungen nicht abermals durch eine Reihe neuer Anordnungen vermehrt wird, die nach kurzem doch wieder aufgehoben werden müßten.

Herr Pini kann sich dieser Betrachtungsweise nicht anschließen. Das Bedürfniß des Bauamts, dem Publicum gegenüber auf festerem Boden zu stehen als bisher, ist unbestreitbar ein sehr dringendes; ob dafür durch ein neues Statut auf Grund der Landesbauordnung noch in diesem Jahre Rath werden wird, in hohem Grade zweifelhaft. Gegenwärtig nun liegt ein Statut vor, das bis auf einige redactionelle Aenderungen und einige Zusätze von geringem Belang durch die Versammlung bereits genehmigt ist, mit Leichtigkeit also vollends fertig gestellt und bald in Kraft treten könnte, und nicht nur, wie Herr Schöttler voraussetzt, für eine kurze Zwischenzeit, da ja durch eine in dem neuen Landesbaugesetze enthaltene Bestimmung den diesem nicht widersprechenden älteren Statuten der Fortbestand ihrer Gültigkeit ausdrücklich gesichert ist. Unter diesen Umständen kann Redner nur zur sofortigen Berathung und Annahme des vorliegenden Statuts rathen.

Den Commissionsantrag unterstützt Herr Braße, indem er einerseits die immerhin doch noch vorhandenen Competenzbedenken durch das in Aussicht stehende Landesgesetz völlig erledigt zu sehen wünscht, andrerseits aber auch im Hinblick auf die fertig daliegenden Verarbeiten die Befürchtung nicht theilen mag, daß wiederum ein volles Jahr darüber hingehen werde, bevor das neue Statut erlassen werden kann.

Der Herr Vorsitzende rechtfertigt die bisherige Verzögerung, indem er anführt, daß der Herr Oberbürgermeister Caspari selbst gegen die Statutencommission den Wunsch ausgesprochen hat, ihre Berathungen über den Gegenstand zu vertagen, bis durch ein Landesgesetz der sichere Rechtsboden gewonnen sei.

Daß der Erlaß eines neuen Statuts sich so lange hinausziehen werde wie Herr

Pini annimmt, befürchtet Herr Schöttler nicht. Die Landesbauordnung kann seiner Meinung nach etwa in vierzehn Tagen bekannt sein, die Bearbeitung des hiesigen Localstatuts also nach drei Wochen beginnen. Immerhin wird das keine so ganz leichte Arbeit sein; da aber doch nichts von Grund aus Neues geschaffen werden soll, in der Hauptsache vielmehr das Material fertig vorliegt, so werden die Schwierigkeiten keinesfalls der Art sein, daß ihre Lösung den ganzen Rest des Jahres erfordern könnte. Will man inzwischen bei eintretenden Neubauten die Vorschrift rücksichtlich des Massivbaues schon zur Geltung bringen, so dürften dazu auch anderweitig Mittel und Wege schon zu finden sein.

Den Bedenken Herrn Braßes setzt Herr Reuter die Ueberzeugung entgegen, daß das Staatsministerium, nachdem die von ihm genehmigten städtischen Statute seitens der Gerichte mehrfach angefochten sind, dem vorliegenden Statute schwerlich würde seine Zustimmung erteilt haben, wenn dergleichen noch zu befürchten stände, zumal bei seinen Entscheidungen jetzt eine juristische Autorität wie der frühere Präsident des Obergerichts mitzustimmen hat. An die von Herrn Schöttler vorausgesetzte Möglichkeit, den Erlass eines neuen Statuts angegebener Maßen zu beschleunigen, glaubt Redner nicht. Denn keinesweges wird es etwa mit einer neuen Redaction der vorhandenen Bestimmungen gethan sein, da die Landesbauordnung Vor- aussetzungen ganz neuer Art aufstellt, denen so kurzer Hand nicht kann Genüge geleistet werden. Beispiels halber dürfte der vorgeschriebene Ortsbauplan hier, wo es an einem Nivellement und einer genauen Vermessung der Stadt noch gänzlich fehlt, kaum innerhalb des Zeitraumes von zwei Jahren zu beschaffen sein. Bietet sich nun gegenüber all diesen Schwierigkeiten der Ausweg, den obwaltenden Bedürfnissen vorläufig durch ein bis auf einige unwesentliche Abänderungen bereits annehmbar befundenes Statut Genüge zu leisten, so kann, wie Redner es ansieht, der Entschluß nicht so schwer fallen, sich dafür zu entscheiden, und empfiehlt er daher nochmals, wenn nicht schon in der heutigen, so doch in einer baldigst anzuberaumenden folgenden Sitzung in diesem Sinne zu beschließen.

Herr Braß hebt gegenüber jener Muthmaßung Herrn Reuters nochmals hervor, daß über die beim Obergerichte zur Zeit maßgebenden Ansichten eine Gewißheit keinesfalls vorliegt.

Herr Graf Görz-Brisberg muß den Einwendungen der Mitglieder des Stadtbauamts eine gewisse Berechtigung allerdings zugestehen und vermag namentlich die Meinung nicht zu theilen, als werde das neue Statut binnen weniger Monate in Kraft treten können. Gleichwohl jedoch empfiehlt er unter nochmaliger Darlegung der ausschlaggebenden Erwägungen den Commissionsantrag zur Genehmigung,

welche hierauf auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Schließlich

erhält zur Motivirung seines vorhin eingebrachten selbständigen Antrags Herr Schöttler das Wort.

Der Nutzen und die Nothwendigkeit einer Fahrordnung scheint ihm des Beweises im einzelnen kaum zu bedürfen, nachdem solche bereits vieler Orten, leztthin z. B. auch in Berlin, wo sie nach dem Muster Wiens eingeführt ist, sich hinlänglich bewährt hat. Er ist nicht der Meinung, daß man die dortigen Vorschriften auch hier ohne weiteres copiren kann; neben manchen aber, die für die hiesigen Verhältnisse nicht passen würden, empfehlen andere sich unstreitig dringend zur Nachahmung. Als solche bezeichnet Redner beisehalber die Bestimmungen, daß unter allen Umständen rechts und an gewissen Stellen nur im Schritt zu fahren ist, wie die verschiedenen Fuhrwerke eingerichtet werden müssen, daß alle Wagen bis zum Hundefuhrwerk abwärts die deutliche Bezeichnung des Eigenthümers zu tragen haben u. a. m. Redner hegt die Hoffnung, daß Herzogliche Polizeidirection, sobald sie dem Gegenstande einmal näher tritt, sich alsbald auch von dessen Wichtigkeit überzeugen, die Versammlung aber von vornherein kein Bedenken tragen werde, seinen absichtlich in sehr bescheidener Form gehaltenen Antrag in Berathung zu ziehen.

Derselbe findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission überwiesen,

worauf

der Herr Vorsitzende die Verhandlungen schließt.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 83. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. März 1876.

Öffentlich:

Genehmigung des Voranschlages für den Betrieb der Gasanstalt im Jahre 1874/5 und des Wasserwerks im Jahre 1876.

Beschlußfassung wegen der Uebernahme und den Betrieb der Neustadtmühle.

Desgl. über die Anlage eines Verbindungsweges zur Schule an der Campestraße.

Uebernahme der an die Einquartierungskasse geleisteten Vorschüsse auf die Stadtkasse.

Bewilligung zu Behuf der Einrichtung von Schulbibliotheken.

Pensionirung einer Lehrerin.

Genehmigung der Canalisation der Gliesmaroderstraße.

Desgl. einer Canalisation auf der St. Leonhardsstraße.

Desgl. der Uebernahme der Gasleitung und der Doppelfenster in der bisherigen Miethwohnung im Stadthause.

Beschlußfassung über den Antrag des Herrn Lucius auf Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht.

Entschuldigt Herr M ü h e. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Casp a r i und die Herren Stadträthe H a a k e , R a m d o h r und R i t t m e y e r.

Nach Feststellung der Tagesordnung ist seitens der in der Sitzung am 9. d. M. bestellten Specialcommission an den Herrn Vorsitzenden das Ersuchen gerichtet, zur Berathung und Beschlußfassung über den von Herrn Lucius eingebrachten Antrag auf Betheiligung an der Lotteriepacht unverzüglich eine Versammlung der Stadtverordneten zu berufen. Demgemäß giebt der Herr Vorsitzende anheim, nach den übrigen Vorlagen heute auch diesen Gegenstand noch zu erledigen,

womit die Versammlung sich einverstanden bezeigt.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff über den mit einem Magistratschreiben vom 19. Januar eingegangenen Voranschlag für den Betrieb der Gasanstalt während des Jahres 1874/5.

175/76
Derselbenimmt bei einer Production von 1,800,000 Cbm. einen Reingewinn von 87,094,75 Mark in Aussicht und wird wie vom Magistrate so auch seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen.

Auf eine Anfrage Herrn Dings nach den Ursachen der in letzter Zeit bemerklich gewordenen Vertheuerung des Gases

klärt Herr Reuter den Sachverhalt dahin auf, daß eine Preiserhöhung nicht eingetreten, wohl aber in Folge des schlechteren Materials, auf das sich die Gasfabrication nach Abbau der Schottischen Candlekohle angewiesen sieht, die Leuchtkraft des Gases eine geringere geworden ist. Wird dadurch allerdings der Consum thatsächlich vertheuert, so ist andrerseits bei den geringeren Kosten des verwandten Materials eine entsprechende Ermäßigung der Gaspreise möglich, und hat die Direction dieserhalb einen Antrag bei der Verwaltungsdeputation schon vorbereitet.

Herr Schöttler fühlt sich verpflichtet, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung auch bei dieser Gelegenheit wieder auf die Thatsache hinzuweisen, daß das Gas hier immer noch ungleich besser und demnach erheblich billiger ist als anderswo. Zum Beweise theilt er mit, daß das Gas in Magdeburg nach den in der Magdeburger Zeitung veröffentlichten photometrischen Ergebnissen während der Tage vom 16. bis zum 19. d. M. eine Lichtstärke von 11,5—12,5 Wachskerzen gehabt hat, während die Lichtstärke des hiesigen Gases nie unter 18 herabgegangen ist — ein Unterschied, der durch die etwas niedrigeren Preisansätze dort keinesweges ausgeglichen wird.

Herr Reuter fügt hinzu, daß bei derartigen Vergleichen auch das Verbrauchsquantum zu berücksichtigen ist, wonach denn das gegenseitige Verhältniß sich für das hiesige Gas auch in dem vorgebrachten Falle muthmaßlich noch viel günstiger stellen dürfte. Genaue Zusammenstellungen in diesem Betracht werden der Versammlung demnächst vorgelegt werden; einstweilen führt Herr Reuter an, daß zur Erzielung einer Lichtstärke von 17 Kerzen in Berlin auf die Stunde 195 Liter Gas erforderlich sind, hier dagegen in derselben Zeit mit 112 Liter eine Lichtstärke von 20 Kerzen erreicht wird.

Der Voranschlag wird genehmigt.

Ferner

II. ist der Versammlung mit einem Schreiben vom 19. Januar der Voranschlag des Wasserwerks auf das Jahr 1876 zugegangen, welcher mit einem muthmaßlichen Reingewinn von 35,460 Mark abschließt. Auf den Bericht des Herrn v. Seckendorff als Referenten der Finanzcommission

erklärt die Versammlung sich ohne weiteres auch mit diesem Voranschlage einverstanden.

Es folgt

III. Herr Kunzen mit dem Berichte der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 12. Januar, die Uebernahme und den fernern Betrieb der Neustadtmühle betreffend.

Nachdem die Stadt diesen Besitz am 2. Januar angetreten hat, ist nunmehr auch der Barwerth des Inventars mit 5256 Mark 99 A an die Staatskasse zu vergüten und werden außerdem für die Mühle selbst und das umgehende Zeug alsbald gewisse Aufwendungen zu machen sein. Da Ueberschüsse aus den laufenden Einnahmen der Stadtkasse nicht vorhanden sind, auch die Kaufgelber schon durch Verkauf von 60,000 Rthlr Oberschlesische Eisenbahnactien des Kreiscommunalfonds beschafft werden sollen, und dieser davon für 85,000 Rthlr besitzt, so giebt der Magistrat anheim,

die Mittel zur Deckung der bezeichneten Ausgaben sowie der Contract- und Verlassungskosten, vorbehältlich specieller Genehmigung der erforderlichen Bauten, unter denselben Bedingungen wie die Kaufgelber aus dem Kreiscommunalfond anzuleihen.

Den Betrieb der Mühle beabsichtigt der Magistrat bis auf weiteres in der bisherigen Weise fortzusetzen. Zu dem Ende ist zunächst die Einsetzung einer Ueberaufsichtsbehörde erforderlich, wie solche zuletzt in den Personen des Kreisbaumeisters Gräfen und des Obersteuerinspectors Röttger bestanden hat. Letzterer, dem der Ruf eines sehr zuverlässigen Mannes und allgemeines Vertrauen beim Publicum zur Seite steht, hat sich auf den Wunsch des Magistrates bereit erklärt, diese Function beizubehalten, wozu auch die ministerielle Erlaubniß bereits ausgewirkt ist; ersterer dagegen wünscht Kränklichkeit halber davon entbunden zu werden, und an seine Stelle möchte der Magistrat den Ingenieur Mitgau eintreten sehen, der sich seinerseits dazu ebenfalls hat willig finden lassen. Demnach wird die Versammlung ersucht, sich mit diesen Dispositionen einverstanden zu erklären und zugleich zu genehmigen, daß jedem der beiden Beauftragten für die Dauer dieses Amtes eine jährliche Remuneration von 300 Mark aus der Mühlenkasse gezahlt werde.

Die Mahllöhne wurden bisher neben der Mahlaccise nach Maßgabe des in der Mühle festgestellten Gewichts auf Herzoglichem Hauptsteueramte erhoben, und zwar für je 100 Pfund

Weizenmehl	mit 85 Pfennig
Roggen- und Gerstenmehl	» 75 »
aller Art Viehschrot	» 45 »

Branntweinschrot	mit 30 Pfennig
Braumalzschrot	» 25 »
Weizenbackschrot	» 60 »
Roggenbackschrot	» 53 »

Herzogliche Zoll- und Steuerdirection ist geneigt, so lange die Mahlaccise fortbesteht auch die Mahllöhne gegen 1% Remise wie bisher vereinnahmen und die Erträge monatlich oder vierteljährlich mit den erforderlichen Nachweisungsbelegen an die Stadtkasse abliefern zu lassen, wonach der Magistrat denn

dieses Erbieten anzunehmen

und zugleich zu beschließen empfiehlt,

daß die vorhin aufgeführten Sätze bis auf weiteres beibehalten werden.

Ferner giebt der Magistrat anheim,

die Rechnungs- und Kassenführung des Mühlenbetriebes der Stadtkasse mit der Bestimmung zu übertragen, daß darüber eine besondere Rechnung geführt werde, damit die Rentabilität des Etablissements jederzeit klar übersehen werden kann.

Eine besondere Einnahme fließt aus dem Mühlen Schlamm, welcher bisher von Zeit zu Zeit durch den Steuerinspector Röttger und den Mühlenmeister Räche in öffentlicher Auktion zum Verkauf gebracht ist. Der Magistrat beantragt,

daß dieses Verfahren auch ferner beibehalten und der Ertrag nunmehr an die Stadtkasse zur Vereinnahmung überwiesen werde.

Den technischen Betrieb hat bisher der Mühlenmeister Räche geführt, dem dafür neben einer jährlichen Remuneration von 2100 Mark freie Wohnung, freies Brenn- und Erleuchtungsmaterial und die unentgeltliche Benutzung der beiden Mühlengärten zugewilligt war. Sofern ihm für den Fall seiner Entlassung außer diesen Bezügen eine unter Anrechnung seiner Dienstzeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen festzusetzende Pension zugesichert werde, ist Herr Räche erbötig, in seiner Stellung zu verbleiben. Da demselben sowohl von seinen Vorgesetzten als auch von den Mahlkunden die besten Zeugnisse gegeben werden, so empfiehlt der Magistrat,

seine Anstellung bedingter Maßen jedoch mit dem Vorbehalte zu genehmigen, daß die Pensionsberechtigung nur eintrete, wenn er wegen Krankheit oder Altersschwäche aus seiner Stellung scheiden muß, nicht aber falls er nach eigenem Ermessen abtreten oder wegen Dienstwidrigkeiten entlassen werden sollte.

Neben dem Mühlenmeister sind augenblicklich noch 17 Gehilfen angestellt, welche wöchentlich insgesammt 301 Mark Lohn beziehen und sämtlich auf Kündigung dienen. Da diese Zahl je nach der größern oder geringern Ausdehnung des Betriebes wechselt und die betreffenden Dispositionen immer schnell müssen getroffen werden, so bittet der Magistrat,

daß die Anstellung der gegenwärtigen Hilfsarbeiter nebst deren Löhnen für jetzt genehmigt und letztere auf die Mühlenklasse angewiesen, auch dem mit der Beaufsichtigung der Mühle zu betrauenden Mitgliede des Magistrats die Befugniß ertheilt werde, in Gemeinschaft mit dem Ingenieur Mitgau, dem Oberfeuerinspector Röttger und dem Mühlenmeister Rädke die Zahl der anzunehmenden Gehilfen zu bestimmen und deren Löhne festzustellen, vorbehältlich der Entscheidung des Magistrats, wenn darüber unter den gedachten Personen Differenzen eintreten sollten.

Schließlich theilt der Magistrat mit, daß bei der Landes-Brandversicherungsanstalt die Neustadtmühle mit 25,925 Rthlr, das vormalß Simonsche Nebenhaus mit 2775 Rthlr versichert ist, und von 25,500 Rthlr ersterer Summe neben den einfachen Beträgen eine dreifache Extraprämie entrichtet werden muß, die Versicherung des umgehenden Zeuges aber zu 35,750 Rthlr je zur Hälfte von der Elberfelder und der Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft übernommen ist. Da letzterer Vertrag am 18. Februar abläuft, bittet der Magistrat um die Ermächtigung, denselben vorläufig auf ein Jahr zu prolongiren, zugleich aber Erkundigungen einzuziehen, ob nicht das Gebäude selbst billiger als bisher zu versichern ist, und eventuell eine neue Versicherung deswegen abzuschließen.

Bei Discussion des ersten Antrags

äußert Herr Pini Bedenken gegen die Zulässigkeit von Verwendungen aus dem Capitalvermögen der Stadt zu baulichen Anlagen.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zu, daß spätere Bauten aus den Betriebserträgen zu bestreiten sein werden, hält es andrerseits aber für durchaus correct, die zur Instandsetzung eines Etablissements erforderlichen Aufwendungen zum Kaufpreise zu schlagen, was in diesem Falle übrigens gar nicht zu umgehen wäre, da die laufenden Einnahmen der Stadtkasse die nöthigen Mittel nicht gewähren und die Mühle selbst solche vorläufig ebenfalls nicht hat.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit den bezüglichlichen Vorschlägen des Magistrats einverstanden.

Ohne Discussion wird die Bestellung der Oberaufsichtsbehörde vorgeschlagener Maßen genehmigt.

Zur Beurtheilung der Mahllöhne

führt Herr Schöttler an, was ihm über die Rentabilität des Mühlengeschäfts aus eigener Erfahrung bekannt geworden ist. In den Magdeburger Dampfmühlen kostete schon vor dreißig Jahren 2000 Pfund Weizen auszumahlen 5 Rthlr. Obgleich nun ein nicht unerheblicher Nebengewinn aus der Usance erwuchs, für 20 Centner Getreide

nur 19 Centner Mehl und Kleie zurückzuliefern, indem man einen Centner am Mehl auf das sogen. Versäuben abrechnete, während dadurch in gut geleiteten Mühlen nur zwischen 40 und 50 Pfund verloren gehen, so war das eigentliche Mühlengeschäft bei jenem Preise doch so schlecht, daß die Dampfmühlen schließlich prinzipiell nur noch Handelsmüllerei betrieben und höchstens gelegentlich aus Gefälligkeit für einzelne ihrer Abnehmer um Lohn mahlen. Gegenwärtig kann mittels Dampf allein das angegebene Quantum mit irgend welchem Nutzen nirgend billiger als für 8 Rthlr hergestellt werden. Die Mahllöhne der Neustadtmühle nun ergeben für 2000 Pfund Weizen 5 Rthlr 20 gr, für 2000 Pfund Roggen, obwohl dieser schwerer auszumahlen ist als Weizen, 5 Rthlr; verhältnismäßig besser sind die Preise für Schrot, 3 Rthlr für 2000 Pfund. Ob damit auszukommen wäre, wenn auch fernerhin vorzugsweise die Wasserkraft angewandt würde, kann Redner im Voraus nicht übersehen. Da aber die Mühle erworben ist, um über die Wasserkraft zu anderen Zwecken frei verfügen zu können, so wird man in Zukunft wahrscheinlich öfter als bisher mit Dampf allein arbeiten müssen und dann seiner Meinung nach unmöglich noch zu den heutigen Preisen mahlen können, zumal bei der Beschaffenheit der vorhandenen Maschinen, welche die denkbar schlechteste ist. Falls sich daher voraussehen ließe, daß die Stadt das Geschäft längere Zeit auf eigene Rechnung betreiben müßte, würde er dringend rathen, baldigst auf Ergänzung der Maschinen Bedacht zu nehmen; vorläufig jedoch ist er einverstanden, daß der beabsichtigte Versuch gemacht werde, dessen Ausfall die fragliche Möglichkeit bald ins Klare setzen wird.

Die Fortführung des Betriebes wird demnach beantragter Maßen genehmigt.

Desgleichen ohne Discussion die Vorschläge des Magistrats in Betreff der Rechnungs- und Kassenführung sowie der Verwerthung des Mühlenschlamms.

Die Organisation der Betriebsleitung anlangend,

hegt Herr Schwarzenberg Bedenken gegen die dem Mühlenmeister zuzusichernde Pensionsberechtigung, welche er wenigstens erst nach einer dreijährigen Dienstzeit möchte ausgesprochen sehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari indeß giebt anheim, von diesem Vorbehalt abzusehen, da der Mühlenmeister Räche sein Amt schon 15 Jahr zu vollster Zufriedenheit sowohl des Publicums als auch der vorgesetzten Behörde verwaltet, eine genügende Probezeit also bestanden hat, bei seinem dermaligen Lebensalter aber eine sichere Aussicht auf die Zukunft allerdings wünschen muß. Wollte man selbige jezt noch in Frage stellen, so würde er wahrscheinlich vorziehen, sich nach einer andern Stellung umzusehen, was dem Interesse der Stadt grade in dieser Uebergangszeit keinesfalls zuträglich wäre, während andererseits den Eventualitäten, welche Herr

Schwarzenberg im Auge hat, durch die im Magistratsantrage selbst enthaltenen Eaufeln hinlänglich vorgesehen ist.

Der Herr Steinau schließt sich diesen Erwägungen an, denen Herr Schöttler noch hinzufügt, daß nach seiner Erfahrung zuverlässige Beamte dieser Art äußerst schwer und immer nur gegen ungleich höhere Besoldung zu finden sind.

Nachdem hierauf Herr Schwarzenberg seinen Widerspruch hat fallen lassen, erklärt die Versammlung sich mit dem Magistratsantrage in allen Stücken einverstanden.

Ohne weiteres werden dann die Vorschläge wegen Anstellung der Hilfsarbeiter genehmigt.

Hinsichtlich der Versicherung gegen Feuergefähr

theilt der Herr Oberbürgermeister Caspari mit, daß die am 18. Februar abgelaufenen Verträge wegen des umgehenden Zeugens inzwischen bereits auf ein Jahr haben verlängert werden müssen. Wie sich bei dieser Gelegenheit herausgestellt hat, ist es zweifelhaft, ob die Elberfelder Gesellschaft davon demnächst nicht ganz zurücktreten wird, und würden die Gebäude weder bei dieser noch bei der Magdeburger billiger zu versichern sein, als bei der Landesanstalt. Unter diesen Umständen modificirt der Magistrat seinen ursprünglichen Antrag dahin,

daß mit Prolongation der gegenwärtigen Versicherungen bis auf weiteres auch über das nächste Jahr hinaus fortgefahren und falls die Elberfelder Gesellschaft solche zu ihrer Hälfte demnächst ablehnen sollte, das umgehende Zeug in Zukunft bei der Magdeburger Gesellschaft allein versichert werde;

womit die Versammlung sich einverstanden erklärt,

nachdem Herr Schöttler diesen Beschluß dringend bekräftigt und zugleich anheimgegeben hat, die Versicherungssumme auf Grund eines neuen genauern Taxats künftig angemessen zu erhöhen.

Ferner

IV. trägt namens der Finanzcommission Herr Kunze vor, daß laut eines Magistratschreibens vom 24. Januar der nothwendige Verbindungsweg zwischen der Stadt und der neuen Schule an der Campestraße zum Theil über das angrenzende Grundstück der Erben weiland Dr. Schmidts gelegt werden muß, und die deshalb eingeleiteten Verhandlungen zu einem vorläufigen Abkommen geführt haben, welches die Schmidtschen Erben verpflichtet, der Stadt eine Fläche von 15,76 Ar sowie ihren Halbscheid an der Brücke vor dem Kochschen Grundstück abzutreten, die vor den

Schulweg verlegt werden soll, wogegen die Stadt ihnen zwei Parzellen des Schulgrundstückes von bzw. 29,80 und 1,62 Ar zu überlassen und den Rendanten Koch für die andere Hälfte der Brücke mit 450 Mark abzufinden, auch von dessen Grundstück ab einen Weg nach dem neuen Fährübergange anzulegen hat. Diese Vergütungen erschienen dem Magistrate anfangs zu hoch. Inzwischen aber ist das Schmid'sche Areal in den Besitz des Bauunternehmers Till übergegangen, der weitere Zugeständnisse zunächst unbedingt ablehnte, schließlich jedoch sich hat bereit finden lassen, für die seitens der Stadt gegen die Rendanten Koch übernommenen Verpflichtungen einzutreten. Da zugleich der Magistrat selbst sich durch den Augenschein überzeugt hat, daß das von der Stadt abzutretende Terrain zum größten Theil aus einem tiefen Graben besteht und demnach von viel geringerem Werth ist als das dafür einzutauschende, im Wege einer Expropriation also, falls solche hier überhaupt zulässig, günstigere Bedingungen schwerlich zu erreichen wären, wird die Versammlung nunmehr ersucht, den beregter Maßen modificirten Vertrag auch ihrerseits zu genehmigen.

Die Majorität der Commission ist damit einverstanden; nicht so aber der Herr Referent für seine Person, indem er erwägt, daß weder der nächstliegende Zweck noch auch der Verkehr von der Campestraße zur Stadt einen Weg in der projectirten Breite von 60' erheischt, der neue Bahnhof bei St. Leonhard aber, auf den das Absehen bei dieser Anlage vornehmlich gerichtet ist, noch in weiter Ferne liegt, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch nicht einmal gewiß ist, ob Herzogliche Landesregierung gestatten wird, die neue Straße mit der innern Stadt durch eine feste Brücke in Verbindung zu setzen.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zu, daß vorläufig ein Fußweg für die Schulkinder genügen würde, wie denn auch der Magistrat keinesweges etwa die Absicht hat, diese Straße sofort in der vollen projectirten Breite herzustellen. Eine Kurzsichtigkeit aber wäre es, wenn man nur dieses augenblickliche Bedürfnis ins Auge fassen und für alle Zeit auf ein Straßenproject verzichten wollte, welches lange bevor an die Schule gedacht wurde und allerdings im Hinblick auf den künftigen Bahnhof bei St. Leonhard in den Stadterweiterungsplan aufgenommen war. Und darauf würde es in der That hinauskommen, wenn die Stadt sich das nöthige Terrain nicht jetzt sicherte, wo dasselbe noch ohne große Opfer zu erwerben ist, während es andernfalls bald bis dicht an den engen Fußweg mit Häusern besetzt sein würde. Die deshalb eingegangenen Bedingungen können zu Bedenken keinen Anlaß geben, da die abzutretenden Stücke wie sie daliegen so gut wie werthlos sind, ihre Verfüllung aber der Stadt viel theurer zu stehen käme als einem Privatunternehmer. In die Anlage einer festen Brücke endlich würde jetzt allerdings Herzogliche Landesregierung nicht willigen; ebenso zweifellos aber erscheint, daß solche nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtesteuer auf keine ernstliche Schwierigkeit mehr stoßen wird. Nach dem allen kann der Herr Oberbürgermeister nur zur Annahme der gebotenen

Propositionen rathen, vorbehältlich vielleicht der Art und Weise, wie der fragliche Weg demnächst hergerichtet werden soll.

In gleichem Sinne sprechen sich die Herren v. Seckendorff, Reuter und Pini aus,

letzterer indem er betont, daß das Straßenproject an sich bereits durch frühere Beschlüsse der Versammlung festgestellt ist, jetzt also schwerlich noch in Frage gestellt werden kann. Die Bedingung indeß möchte Herr Pini in den Contract noch aufgenommen wissen, daß an der neuen Straße nur massiv gebaut werde,

ein Antrag, mit dem Herr Reuter sich einverstanden erklärt, falls nicht etwa — was er vorziehen würde und der Statutencommission nochmals dringlichst zur Erwägung anempfiehlt — das lezhin zurückgelegte Baustatut doch noch baldigst zu Stande gebracht werden könnte,

wogegen der Herr Vorsitzende geltend macht, daß zu solcher Erwägung nach der in voriger Sitzung einmal getroffenen Entscheidung die Commission sich weder veranlaßt finden noch für berechtigt halten kann.

Eben dem Plane, einen Zugang nach dem künftigen Bahnhofe bei St. Leonhard mittels der hier in Frage stehenden Straße zu schaffen, glaubt Herr Kunze nachdrücklichst widerrathen zu sollen: welche Lasten der Stadt deren Unterhaltung aufbürden würde, habe man an der Straße hinter dem Bahnhofe zur Genüge bereits erfahren. Sollte also jener Bahnhof im Laufe der Zeit wirklich noch entstehen, worauf jetzt freilich wenig Aussicht vorliegt, so würde der Verkehr dahin vorthellhafter jedenfalls über die Wolfenbüttler Straße geleitet werden können. Wenn aber Redner demnach nur für einen Fußweg stimmen kann, so ist seine Meinung doch nicht, daß dieser in denkbar geringster Breite hergestellt werden solle. Zwischen 16 und 60' liegt ein weiter Spielraum, und gesetzt, man schränkte sich bei der projectirten Anlage auch nur um 10' ein, so würde schon damit die Möglichkeit erreicht werden, den erforderlichen Austausch unter sehr viel günstigeren Bedingungen zu vollziehen.

Dem gegenüber giebt Herr Schöttler zu bedenken, daß die Versammlung sich durch Ablehnung des vorliegenden Antrags mit ihren eigenen Ansichten in offenbaren Widerspruch setzen würde, da bei ähnlicher Gelegenheit an diesem Orte wiederholt die Klage laut geworden, daß man nicht rechtzeitige Maßnahmen getroffen, um neu entstehenden Straßen die wünschenswerthe Breite zu geben. Daß auf solche Vorkehrung gerade in diesem Falle aus finanziellen Rücksichten verzichtet werden müßte, vermag Redner nicht anzuerkennen, sofern für das abzugebende Terrain doch nicht wohl ein etwa muthmaßlicher Zukunftswerth sondern der gegenwärtige in Anschlag zu bringen ist, zu den Kosten der projectirten Fahrbahn aber die künftigen Anlieger ohne allen Zweifel entsprechende Beiträge zu leisten bereit sein werden.

Unter Hinzunahme der durch Herrn Pini angeregten Forderung wird der Magistratsantrag hierauf genehmigt.

Es folgt

V. durch Herrn v. Seckendorff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den Rechnungsabluß der Einquartierungskasse vom Jahre 1874.

Bei 7765 Rthlr 2 $\frac{1}{2}$ 4 $\frac{1}{2}$ Einnahme und 12774 Rthlr 3 $\frac{1}{2}$ 5 $\frac{1}{2}$ Ausgabe hat derselben aus der Stadtkasse ein Vorschuß von 5009 Rthlr 1 $\frac{1}{2}$ 1 $\frac{1}{2}$ geleistet werden müssen. Wie nachträglich

Herr Overbürgermeister Caspari mittheilt, ist hiervon noch die Summe von 1303 Rthlr 17 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$ abzusehen, welche der Stadt nach einem spätern Beschlusse Herzoglicher Landesregierung als Vergütung überwiesen worden.

Unter Bezugnahme auf § 20 des Einquartierungsstatuts und die Praxis der Vorjahre giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 10. Februar anheim, diesen Vorschuß auch diesmal als definitiv geleisteten Zuschuß anzusehen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Weiter

VI. trägt namens der Schulcommission Herr Steinacker vor, daß laut eines Magistratschreibens vom 21. Februar die Inspectoren der drei mittleren und der drei unteren Bürgerschulen beim Schulvorstande um Bewilligung von jährlich 40 Mark für jede Schule zur Begründung von Lehrerbibliotheken nachgesucht haben. Zur gutachtlichen Aeußerung namentlich auch darüber aufgefordert, ob es angemessen oder nothwendig, in jeder Schule eine besondere Bibliothek der Art anzulegen, hat der Schuldirector Friedrichs diese Frage bejaht und den ursprünglichen Antrag auch auf die im Entstehen begriffenen vierte mittlere und vierte untere Bürgerschule ausgedehnt, jedoch mit dem Vorbehalte, daß die Inspectoren sich wegen der betreffenden Anschaffungen mit ihm ins Einvernehmen zu setzen haben und nur auf die von ihm attestirten Rechnungen Zahlung geleistet werden dürfe. Nachdem der Schulvorstand diesem Gutachten beigetreten ist, beantragt der Magistrat, die erforderlichen 320 Mark jährlich unter der angegebenen Bedingung aus der Gemeindeschulkasse zu bewilligen.

Die Commission befürwortet diesen Antrag. In Erwägung aber, daß es wünschenswerth erscheinen muß, die fraglichen Bibliotheken möglichst bald auf einen dem obwaltenden Bedürfniß einigermaßen entsprechenden Bestand zu bringen, giebt sie ferner anheim, daß die erstjährige Bewilligung auf 100 Mark für jede Schule erhöht werde.

Herr Overbürgermeister Caspari kann dem nicht beipflichten, da die angegebene Absicht doch auch mit diesem höhern Betrag nicht zu erreichen wäre, und bei den

sonstigen großen Bedürfnissen des Schulwesens sich nicht empfehlen könne, in diesem Stücke freigebiger zu sein, als Lehrer, Inspectoren und Schuldirector selbst für erforderlich halten.

Auch Herr Steinau, so wenig er sonst bei Beschaffung von Bildungsmitteln namentlich für die Volksschule zu kargen geneigt ist, muß sich gleichwohl mit aller Entschiedenheit gegen den Commissionsantrag erklären. Wenn vorgeschlagener Maßen acht Bibliotheken gegründet werden, so geschieht dies lediglich in Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Lehrer; dem eigentlichen Zwecke würde unsfreitig besser mit einer Centralbibliothek gedient sein, für die er eventuell denn auch mehr würde verwilligen können. Was seitens der Lehrer dagegen angeführt wird, scheint ihm nicht der Art, daß es eine Verzettlung der vorhandenen Mittel, wie solche bei der vorgeschlagenen Einrichtung unvermeidlich ist, triftig rechtfertigte. Denn in den Schulen selbst werden die Lehrer der Lectüre und dem Studium doch schwerlich obliegen, und nur in den seltensten Fällen dürfte es damit solche Eile haben, daß das erforderliche Buch nicht aus einer gemeinschaftlichen Bibliothek herbeige Holt werden könnte. Solche Bücher aber, die von Mehren etwa zu gleicher Zeit gebraucht würden, ließen sich allenfalls auch für die Central-Bibliothek in mehreren Exemplaren anschaffen, während andrerseits die Anschaffung eines und desselben Werks für jede der acht Bibliotheken die Interessenten keineswegs unter allen Umständen der Nöthigung überheben wird, sich wegen des abwechselnden Gebrauches zu verständigen.

Herr Steinacker wendet ein, daß nach dieser Betrachtungsweise für die einzelnen Schulen überhaupt keine besondere Bibliotheken gegründet werden dürften, hält dieselbe aber auch in dem vorliegenden Falle für unzutreffend, weil es sich hauptsächlich um Werke pädagogischen und methodischen Inhalts handelt, die eben in den Schulen selbst zu augenblicklicher Benutzung bereit zu halten sind.

Die Versammlung indessen lehnt den Commissionsantrag ab und beschließt im Sinne des Magistrates.

Nachdem ferner

VII. auf den von Herrn v. Seckendorff erstatteten Bericht der Finanzcommission in Gemäßheit eines Magistratsantrags vom 18. Februar die nachgesuchte Pensionirung der Lehrerin Frä. Luise Dauber genehmigt ist,

trägt

VIII. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff Folgendes vor.

An der Nordseite der Gliesmaroderstraße soll auf Staatskosten demnächst vom Gausplatze bis an die nach der Zimmerstraße führende Zweite ein erhöhter Fußweg mit Bordsteineinfassung, wie solcher auf der andern Seite bereits vorhanden ist, hergestellt und der Sommerweg chauffeemäßig ausgebaut werden. Da hierzu der

zur Entwässerung der angrenzenden Grundstücke dienende Chaussée-graben verfüllt werden muß, so wird dieser Anlage eine Canalisirung der gedachten Strecke vorherzugehen haben, um die auch von den Anliegern schon vielfach und leithin mit dem Erbieten nachgesucht ist, die Hälfte der zu 6300 Rthlr veranschlagten Kosten in Gemäßheit der Bestimmungen in § 11 des Stadterweiterungsstatutes ihrerseits aufzubringen. In Erwägung, daß das Bedürfnis ein sehr dringendes ist, die Straße auch durch die fragliche Anlage an Schönheit und Bequemlichkeit erheblich gewinnen wird, giebt in einem Schreiben vom 1. d. M. der Magistrat anheim, die hiernach noch erforderlichen 3150 Mark aus der Stadtkasse zu verwilligen.

Nach früheren Beschlüssen der Versammlung sollten partielle Canalisirungen ferner nicht mehr genehmigt werden. Da indeß den vorausgegangenen Ermittlungen nach der hier in Frage stehende Canal sich dem künftigen umfassenden Systeme ohne Schwierigkeit einfügen wird, so hat die Commission ihre anfänglichen Bedenken gegen die Anlage selbst fallen lassen. Nicht so unbedingt aber kann sie die Verwilligung des angeforderten Kostenbetrages empfehlen, bei dessen Feststellung ein Platten-canal in Aussicht genommen ist. Da nämlich nach einem Anschlage der Direction der Gas- und Wasserwerke bei Verwendung von Thonröhren insgesammt nur 5400 Mark erforderlich wären, so erscheint zweckmäßig, diese Art der Ausführung in Ueberlegung zu ziehen und falls sich selbige wirklich als billiger herausstellen sollte, sich hierfür zu entscheiden; um was die Commission daher den Magistrat zu ersuchen anheimgiebt.

Herr Overbürgermeister Caspari hat gegen eine vorgängige Prüfung dieser Frage nichts einzuwenden, möchte aber die Wahl nicht von dem Ausfall dieser Prüfung allein abhängig gemacht, dabei vielmehr auch die größere oder geringere Haltbarkeit der Thonröhren in Betracht gezogen sehen, worauf voraussichtlich auch Herzogliche Baudirection bestehen wird, da häufige Reparaturen an dem Canal die Unterhaltung der Straße natürlich vertheuern müßten.

Wie Herr v. Seckendorff nachträglich anführt, sind bei dem vorliegenden Anschlage Röhren ins Auge gefaßt, die erfahrungsmäßig allen Anforderungen genügen und für dauerhafter gelten dürfen als die bisher üblichen Platten, deren Verwendung nach Ansicht der Commission längst hätte sollen aufgegeben werden.

Herr Pini ist der Meinung, Herzogliche Baudirection werde unter allen Umständen gefragt werden müssen. Einen definitiven Bruch mit den Plattencanälen sieht er um so weniger angezeigt, als Thonröhren erwiesener Maßen bei aufgefültem Untergrunde oft schon in den ersten Jahren brechen, Canäle aus diesem Material also im Laufe der Zeit ungleich theurer zu stehen kommen als Plattencanäle.

Herr Reuter. Die Frage sei längst im entgegengesetzten Sinne entschieden: nirgend, auch da nicht, wo Platten ebenso bequem und billig zu beziehen wie hier, werden solche bei neueren Canalisirungen noch angewandt, und zwar weil sie nicht nur weniger haltbar, sondern zur Durchführung geringer Abflußmassen auch weniger

geeignet sind als Thonröhren. Abgesehen hiervon aber würde Redner es auf alle Fälle für richtiger halten, wenn die hiesigen Canalisirungsanlagen wenigstens in denjenigen Straßen, über welche die Stadt allein zu verfügen hat, ein für alle Mal der Direction der Gas- und Wasserwerke überwiesen würden, da deren Arbeiter die Lage der Gas- und Wasserröhren genau kennen und somit besser als jedes andere Personal im Stande sind, Beschädigungen an diesen, wie sie jetzt bei derartigen Anlagen nur zu oft vorkommen, zu vermeiden. Herr Reuter führt an, daß er dieser Tage die Canalisirungsarbeiten in der Straße hinter dem Bahnhofe auf seine Verantwortung hat sistiren müssen, weil der Canal an einer Stelle so gelegt war, daß ein Gasrohr mitten hindurchging.

Herr v. Seckendorff hat, seitdem er im vorigen Jahre in ähnlicher Angelegenheit das Referat gehabt, auf seinen Reisen vielfach Erkundigungen über den Gegenstand eingezo-gen, überall aber bestätigt gefunden, was soeben Herr Reuter in Betreff der Plattencanäle mitgetheilt hat, die als un-zweckmäßig von Sachverständigen schon in den vierziger Jahren namentlich auch deswegen erkannt sind, weil sich vermöge ihrer Form unausbleiblich sehr bald Schlickablagerungen in ihnen ansetzen. In Anbetracht dieser offenkundigen Thatsachen kann Redner nur auf das lebhafteste beklagen, daß der Magistrat der Anwendung von Thonröhren eine so augenscheinliche Abneigung entgegenbringt.

Herrn Schöttler ist diese Abneigung um so unbegreiflicher, als der lezterwähnte Uebelstand bei Plattencanälen hier ebenfalls bereits anerkannt zu sein scheint, wie er wenigstens aus einem allerdings beinahe spaßhaft anzusehenden Abhilfsversuche schließen muß, den er mit eigenen Augen bei den derzeitigen Canalisationsarbeiten auf der Straße hinter dem Bahnhofe beobachtet hat — einem Versuche, der darin besteht, daß man in der Meinung, damit die Durchleitungsfähigkeit des Canals zu erhöhen, in dessen Grundplatten eine flache Rinne einmeißelt. Dergleichen ist bei den Thonröhren natürlich überflüssig. Daß diese aber an Haltbarkeit es mit den Platten auch bei ungünstigem Untergrunde sehr wohl aufnehmen können, beweisen u. a. mehre dem Redner bekannte Fälle, wo Thonröhrencanäle durch Eisenbahndämme geleitet waren. Möglich allerdings, daß hie und da einmal Fälle eintreten können, welche für die Ansicht Herrn Pinis zu sprechen scheinen; keinesfalls aber ist doch die Reparatur der Brüche an Thonröhren schwieriger oder kostspieliger als die, welche gelegentlich auch ein Plattenkanal erfordert. Redner verkennt nicht, daß die sachgemäße Entscheidung hier durch die gebotene Rücksicht auf Herzogliche Bau-direction einigermassen erschwert sein mag, hält aber durchaus für nöthig, daß der Magistrat deren Widerstreben gegen eine so augenfällige und allgemein anerkannte Verbesserung zu brechen versuche.

Herr Pini wünscht nur eine principielle Verwerfung der Plattencanäle zu hintertreiben, will keinesweges aber in Abrede stellen, daß unter Umständen auch Thon-

röhrencanäle dieselben Dienste leisten. Bedenklich scheinen diese jedenfalls bei aufgeschüttetem Boden, und auch sonst wird man so unbedingt nicht behaupten können, daß sie haltbarer seien als erstere: in Holzminnen z. B. sind Plattencanäle von 12' Weite gelegt, über welche die Eisenbahn hingeht, ohne daß dieselben bisher merklich dadurch gelitten hätten. Wenn aber die Gestalt der Röhrencanäle allerdings für die zweckmäßigere gelten muß, so ist zu bemerken, daß auch Plattencanäle mit runder Sohle versehen werden können.

Herr Schöttler ist überzeugt, daß Plattencanäle von dieser Art und von genügender Haltbarkeit immer doch ganz unverhältnißmäßig kostspielig sind, Thonröhrencanäle bei gleicher Güte in den überwiegend meisten Fällen 23—30 % billiger werden zu stehen kommen, was bei der bekannten Finanzlage der Stadt sicherlich nicht zu unterschätzen wäre. Eins freilich haben erstere voraus: vermöge ihrer größeren Durchlässigkeit dienen sie trefflich als Drainage zur Abführung des Grundwassers; eben diese Eigenschaft aber bringt es dann auch mit sich, daß sie das durch schädliche Stoffe verunreinigte Grundwasser gelegentlich in tiefer liegende Keller durchsickern lassen.

Herr Reuter weist ferner darauf hin, daß die Bettung von Plattencanälen viel weitere Gräben erfordert, daß sie auf beiden Seiten frischverfülltes Erdreich haben und daß hierdurch leicht eine seitliche Schiebung verursacht wird, welche den Canal oft schon ehe er nur in Gebrauch genommen wird zum Bruch bringt. Allerdings sichert man sich hiergegen durch Verwendung sehr starker, oft bis zu 1' dicker Platten und durch starke Vermauerung der Fugen; daß aber dadurch eben die Kosten ganz erheblich gesteigert werden, liegt auf der Hand. Uebrigens hält Redner sich zu der Annahme befugt, daß seine Meinungen in dieser Sache auch von mehreren Mitgliedern Herzoglicher Baudirection getheilt werden.

Nachdem Herr Bracke sich nochmals dafür ausgesprochen, daß Thonröhrencanäle wenigstens überall da vorgezogen werden möchten, wo die Stadt allein darüber entscheiden kann,

Herr Munte auch anheimgegeben hat, daß Herr Reuter dies vorkommenden Falls direct in Anregung bringe,

wird der Commissionsantrag von der Versammlung genehmigt.

IX. Laut eines Magistratschreibens vom 12. d. M. beabsichtigt der Kaufmann F. Meyer von seinen beiden Häusern an der St. Leonhardsstraße auf eigene Kosten einen Röhrencanal zur Abführung des Regen- und Schmutzwassers nach dem Canale unter der Bertramstraße zu leiten. Bei dieser Gelegenheit ist zur Sprache gekommen, daß es sich empfehlen möchte, hier sofort einen Plattencanal von solcher Profilweite herzurichten, wie er bei demnächstiger Regulirung der St. Leonhardsstraße erforderlich sein wird, um alsdann zugleich die Abwässer der übrigen an dieser

Straße belegenen Grundstücke aufnehmen und abführen zu können. Ein solcher Canal, im Lichten 0,356 □ Meter weit, ist zu 2100 Mark veranschlagt. Der Kaufmann Meyer hat sich bereit erklärt, die 502 Mark 74 Pf., welche der projectirte Röhrencanal ihm kosten würde, an die städtische Wegebaukasse mit dem Vorbehalt einzuzahlen, daß ihm, falls demnächst die übrigen Anlieger an dem Platten canale participiren und zu den Kosten herangezogen werden sollten, das nach Verhältniß der Frontlage seines Grundstücks zuviel gezahlte zurückerstattet werde. Da nun ein Canal auf dieser Strecke über kurz oder lang doch wird hergestellt werden müssen, so giebt der Magistrat anheim, die Anlage sofort zu genehmigen und die dazu nach Abzug des Meyerschen Beitrags noch erforderlichen 1597 Mark 26 Pf. zu verwilligen.

Die Versammlung entspricht diesem Antrage nach Maßgabe des Beschlusses bei Genehmigung der Canalisation an der Gliesmaroderstraße.

X. Nach Feststellung der Tagesordnung ist der als dringlich bezeichnete Magistratsantrag eingegangen, die von dem Kammerdirector v. Böhnenssen für die am 1. April von ihm zu räumende Wohnung im Stadthause beschafften Doppelfenster und Gasleitungsrequisiten zu den Herstellungspreisen zu übernehmen.

Auf den Bericht Herrn Taspers als Referenten der Finanzcommission erklärt die Versammlung sich damit ohne weiteres einverstanden,

worauf schließlich

XI. Herr Steinau den Bericht der in voriger Sitzung bestellten Specialcommission über den Antrag des Herrn Lucius auf Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht abstattet.

Die Commission hat die von dem Herrn Antragsteller vorgenommene Berechnung nachgeprüft und sich überzeugt, daß selbige, wenn auch nicht unbedingt, so doch annähernd richtig ist. Danach werden alljährlich zweimal 84,500 Loose ausgegeben und meistens auch völlig abgesetzt, jedesmal also nach Abrechnung der den Collecteuren als Umsatzprämie gewährten 3%, 8,696,000 Mark bei der Direction vereinnahmt, wovon den Pächtern 12% = 1,043,520 Mark zufallen. Hiervon sind an die Landesregierung 3% mit 260,880 Mark, an die Hansestädte für die Concession des Vertriebes in ihren Gebieten 30,000 abzugeben; an sonstigen Unkosten dürften circa 45,000 Mark in Rechnung zu bringen sein, wonach denn den Pächtern von jeder Lotterie 707,640, im Jahre also das doppelte, 1,415,280 Mark, Nettogewinn erwächst. Materiell stellt sich mithin der vorliegende Antrag als wohl begründet dar. In andrer Rücksicht nun wird dreierlei gegen denselben eingewandt. Man macht geltend, daß eine Betheiligung an diesem Pachtgeschäfte für die Stadt wegen der sittlichen Anrüchigkeit des Lotteriewesens nicht passend sein würde; man erklärt das Risiko für zu groß,

da sich möglicher Weise doch auch in weiteren Kreisen einmal die Einsicht von der Verwerflichkeit und Zweckwidrigkeit des Glückspiels Bahn brechen könnte, dann natürlich aber die bisherigen Erträge bedeutend zurückgehen würden; man fürchtet andrerseits endlich mit solchem Zuwachs außerordentlicher Einnahmen die Gefahr einer verschwenderischen Finanzwirthschaft hereingeführt zu sehen. Die Commission vermag diesen Bedenken das vermeintliche Gewicht nicht zuzugestehen. Sie kann und will zwar die Glücksspiele überhaupt und hiesige Landeslotterie im besondern an sich nicht als moralisch unbedenklich hinstellen, sie giebt auch zu, daß beim Vertriebe der Loose diese und jene fragwürdige Manipulation vorkommt, ja unvermeidlich ist. Allein einmal verfährt doch die Verwaltung selbst in keiner Weise unredlich: die Chancen, welche sie bietet, liegen klar vor Augen, kein Loosabnehmer kann behaupten, von ihr hintergangen zu sein. Sodann aber: jene moralischen Bedenken würden durchschlagen, wenn man vor der Frage stände, ob die Lotterie solle aufgehoben werden oder nicht; darum jedoch handelt es sich nicht: wie hier auch die Entscheidung falle, das Institut wird einstweilen seinen Fortgang nehmen wie bisher. Vorausgesetzt, daß nicht etwa die Regierung selbst das Geschäft an sich zieht, liegt demnach die Frage so, ob dessen reicher Gewinn wie bisher wenigen Unternehmern oder einem größern Kreise von Landeseinwohnern zu gut kommen solle, und diese Frage beantwortet sich selbst. Noch weniger Grund zur Sorge findet die Commission in dem vermeintlichen Risiko. Daß eine Abnahme der Spielwuth sobald nicht zu erwarten steht, beweisen vor allem die Betriebsergebnisse der Landeslotterie selbst, deren Absatz seit 1867, und zwar zumeist in Folge der Aufhebung verschiedener auswärtiger Lotterien, von 30,000 auf 84,000 Loose gestiegen ist: gewiß ein sprechendes Resultat, zumal wenn man die große Zahl der an den Börsen gehandelten Spielpapiere hinzunimmt. Mit einer verschwenderischen Finanzwirthschaft endlich würde es bei der bekannten Lage des Stadthaushalts gute Wege haben: nur die laufenden Ausgaben können gegenwärtig aus den regelmäßigen Einnahmen gedeckt, für die unabweislichen anderen müssen Anleihen gemacht, an viele ebenfalls höchst nothwendige kann gar nicht gedacht werden. Zu nützlicher Verwendung großer Mehreinnahmen würde also langehin noch vollauf Gelegenheit sein, ganz abgesehen davon, daß Schulden zu tilgen sind. Nach dem allen ist die Commission überzeugt, daß im Laufe der Zeit auch die jetzigen Widersacher des Project's sich mit demselben ausöhnen werden, und kann sie den Antrag des Herrn Lucius nur auf das dringlichste befürworten. Da aber der Ablauf des bestehenden Pachtcontract's nahe bevorsteht, und anzunehmen ist, daß die bisherigen Pächter dessen Verlängerung bei Zeiten betreiben werden, glaubt sie ihrerseits anheimgeben zu müssen, den Magistrat zu ersuchen, Derselbe wolle bei Herzoglichem Staatsministerium unverzüglich beantragen, daß bei einer demnächstigen Wiederverpachtung der Landeslotterie die Stadt Braunschweig in erster Stelle als Pächterin zugelassen werde.

Herr Bracke sieht sich mit Bedauern in die Lage versetzt, Herrn Steinau in diese Erwägungen nicht folgen zu können. Daß die Lotterie ein entschieden unsittliches Institut ist, daß sie mit entfernten Gewinnaussichten den Leuten Geld aus der Tasche lockt, welches nützlicher verwendet werden könnte, daß sie die Eier nach mühelosem Erwerbe schürt und so das Volk corrumpirt, alles dies wird Niemand bestreiten können. Herr Steinau selbst hat die immer weiter um sich greifende Spielwuth constatirt: er wird nicht verkennen, daß diese traurige Erscheinung der beste Beweis für die verderblichen Wirkungen der Lotterie ist. Mögen also die derzeitigen Pächter sich mit ihrem Gewissen abfinden, wenn sie eine sittlich verwerfliche Einrichtung zu ihrem Privatsvortheil ausnugen — die Stadt Braunschweig darf sich damit nicht bemengen. Man sagt, die Lotterie wird gleichwohl fortbestehen, die Stadt kann deren Aufhebung nicht herbeiführen. Ganz richtig; ebenso gewiß aber auch, daß dieser Fortbestand eine mächtige Stütze mehr gewönne, wenn damit ein so starkes Interesse der Stadt verknüpft würde. Denn was die Lotterie dem Staate einträgt, ist nicht so bedeutend, daß darauf nicht unter Umständen verzichtet werden könnte, bei den Entschlüssen der Landesregierung wird es also so erheblich nie ins Gewicht fallen; zieht aber die Stadt aus der Lotterie einmal Einkünfte, Einkünfte zumal die im Verhältniß zu ihren Mitteln viel bedeutender sind, hat sie darauf erst ihren ganzen Haushalt eingerichtet, dann wird man der Aufhebung des Instituts hier mit allen Kräften entgegenwirken, das Unwesen bekommt ein ganz anderes Ansehen, der fernere Kampf dagegen wird lahm gelegt. Es hat dem Redner wehgethan, zu sehen, wie diese Voraussage sich grade an Herrn Steinau schon bestätigt. Derselbe Mann, der sonst jedes Unrecht mit der ganzen Entschiedenheit seiner Ueberzeugungen bekämpft, geht in diesem Falle, wo es sich um jene Vortheile für die Stadt handelt, mit duldsamer Leichtigkeit über alles hinweg was selbige für ein richtiges Empfinden unannehmbar machen muß. Und wenn die Rechnung auf jene Vortheile nur wirklich so ganz sicher wäre. Allein ein großes Absatzgebiet für hiesige Lotterie sind bekanntlich die preussischen und die sächsischen Länder, und dort ist der Vertrieb ihrer Loose gesetzlich verboten. Die heutigen Pächter setzen sich hierüber hinweg, sie dulden es nicht nur, daß ihre Loose dort ausgedoten und verkauft werden, sie halten die dortigen Collecteure, wenn sie dabei in die gesetzlichen Strafen verfallen, auch schadlos. Das könnte die Stadt Braunschweig, sofern sie auch nur den allernothdürftigsten Anstand beobachten wollte, nicht; ihr Gewinn würde also verhältnißmäßig zusammenschrumpfen, über kurz oder lang vielleicht gänzlich aufhören. Endlich aber, gesetzt auch, alles ginge nach Wunsch, dann würde eben die wirthschaftliche Gefahr eintreten, mit der es die Commission nach Ueberzeugung des Redners ebenfalls doch gar zu leicht nimmt. Reichthümer, die einem plötzlich in den Schooß fallen, erweisen sich meist als Danaergeschenk; wie dies eintreffen werde, wenn die Stadt ihre Mittel gehoffter Maßen vergrößert sähe, läßt sich ohne Prophetengabe voraussagen. Eine Menge neuer Ein-

ichtungen, nützliche und unnütze, würden ins Leben gerufen werden, das Budget würde zu einem Umfang anschwellen, der zu den natürlichen Gegebenheiten in keinem Verhältniß stände. Wie aber, wenn dann eines Tages, vielleicht ganz unerwartet, die Lotterie doch aufgehoben wird? Sich ebenso plötzlich auch der eingegangenen Verpflichtungen zu entledigen, wird unmöglich sein, wohl oder übel wird man auf dem bisherigen Fuße fortwirthschaften müssen, und dazu dann nichts bleiben übrig als die Communalsteuer zu einer wahrscheinlich Entsetzen erregenden Höhe hinaufzuschrauben — eine Aussicht, die allein hinreichen dürfte, von dem beantragten Versuche abzuschrecken.

Ein formales Bedenken regt der Herr Vorsikende an, indem er die Frage aufwirft, ob die Commission bei ihren Erwägungen in Betracht gezogen habe, wiefern der Antrag gegenüber den Bestimmungen in §§ 143 und 187 der rev. St.-O. bestehen kann.

Auch Herr Jasper kann dem Gutachten der Commission nicht zustimmen, da einmal der Gewinn, wie er nach guter Information versichern zu können glaubt, keineswegs die angegebene Höhe erreicht, sich vielmehr kaum auf die Hälfte beläuft, sodann aber die gegenwärtigen Pächter einer Concurrenz der Stadt voraussichtlich mit äußerst gesteigerten Preisgeboten begegnen dürften, bei denen immerhin noch für Privatunternehmer, nicht aber für die Stadt ein Vortheil in Aussicht stände, und endlich auch der den Collecteuren zu gewährende Credit im Betrage vom 6—700,000 Rthlr sowie die ebenfalls sehr bedeutende Caution, welche der Landesregierung zu bestellen ist, Bedingungen sind, auf die die Stadt sich schwerlich einlassen könnte.

Gegen die Ausführungen Herrn Brackes wendet sich Herr Lucius, indem er zunächst die Unfittlichkeit der Lotterie in Abrede stellt, die er vielmehr als ein harmloses Vergnügen und als ein Mittel anzusehen geneigt ist, schlimmeren Formen des Glücksspiels vorzubeugen, wie sie in Spielhöllen und bei dem Zahlenlotto zur Erscheinung kommen und nach Aufhebung der Lotterien unfehlbar maßlos um sich greifen würden. Wie Herr Bracke die Sache ansieht, würde man der Landesregierung und den sehr ehrenwerthen Mitbürgern, in deren Händen sich gegenwärtig die Lotterie befindet, den Vorwurf zu machen haben, daß sie sich mit einem unredlichen Erwerbe befassen; das aber hieße augenscheinlich doch zu weit gehen. Seinerseits trägt Redner kein Bedenken, im Gegentheile zu folgern, daß was jene Männer und die Landesregierung thun, auch für die Stadt nicht unangemessen sein kann. Wenn man daneben gewisse Gepflogenheiten des Betriebes hervorkehrt, von denen dessen Einträglichkeit abhängen soll, die aber, wie behauptet wird, von der Stadt anständiger Weise nicht ausgeübt werden könnten, so erledigen sich diese Bedenken durch die Erwägung, daß man die gegenwärtige Maschinerie einfach beibehalten, deren Handhabung aber die Stadt ebensowenig berühren würde wie jetzt die anderen Pächter. Die Befürchtung, daß die städtische Finanzwirthschaft unter dem Einflusse der gehofften Einnahmen verwildern könnte, scheint dem Redner unbegründet, weil letztere zu ganz

bestimmten Zwecken verwandt werden würden, welche bis jetzt hintangesetzt bleiben mußten. Die ferner von Herrn Jasper vorausgesehene Concurrenz der bisherigen Pächter kann vollends kein Grund sein, auf den beantragten Versuch zu verzichten, der dann wenigstens den guten Erfolg hätte, daß die Lotterie dem Lande so viel mehr als bis jetzt einbrächte. Die formalen Bedenken des Herrn Vorsitzenden endlich hält Herr Lucius für verfrüht, da zunächst ja nur Verhandlungen mit der Regierung angeknüpft werden sollen, in deren Verfolg auch diese Seite der Angelegenheit zur Erörterung gelangen wird.

Herr Schöttler, obwohl prinzipiell der Ansicht, daß es besser wäre, wenn überhaupt keine Glücksspiele geduldet würden, hat sich dem Antrage der übrigen Commissionsmitglieder doch angeschlossen. Eine Lotterie wie sie hier zu Lande besteht, hält er für die mildeste Form dieses Uebels. Ob ihre Aufhebung die Sittlichkeit erheblich fördern würde, läßt er dahin gestellt sein; so lange in Preußen eine Lotterie besteht, wird es seiner Ueberzeugung nach nützlich sein, solche auch hier beizubehalten. Wünschenswerth freilich wäre, daß der Staat allein sie auf eigene Rechnung betriebe; da dies aber bisher nicht der Fall ist, so hat die Aussicht, unsere Stadt an dem Gewinne des Instituts theilhaftig zu sehen, auch für den Redner immerhin etwas Lockendes, da solche außerordentliche Einnahmen eine Menge sehr wünschenswerther Einrichtungen ermöglichen würden, zu denen die sonstigen Mittel der Stadt nicht ausreichen. Daß dadurch der Stadthaushalt in verhängnißvolle Bahnen geleitet werden könnte, diese Befürchtung theilt er ebenfalls nicht. Auf einen wirklichen Erfolg des Antrags macht er sich allerdings wenig Hoffnung. Denn eine abermalige Verpachtung der Lotterie scheint ihm unmöglich, weil sie nicht zu verantworten wäre und der nach seiner Ueberzeugung in unserm Staatsministerium herrschende Geist die Gewähr giebt, daß selbiges das Gesamtinteresse des Landes dem Vortheil einiger Privatleute nicht unterordnen wird. Gleichwohl hat er es für nützlich gehalten, daß die Frage gerade an dieser Stelle einmal zur Verhandlung gebracht werde, um den vielen Gerüchten gegenüber, die in Betreff der Lotterieverträge umlaufen, eine authentische Auskunft zu erlangen. Und wesentlich aus diesem Grunde hat er sich dem Commissionsantrage angeschlossen, während seine persönliche Meinung dahin geht, daß die Lotterie, wenn sie fortbestehen soll, nur vom Staate selbst darf betrieben werden.

Herr Steinau ist einverstanden, daß es am besten wäre, die Lotterie ganz aufzulösen, und dieser Wendung, falls sie einmal eintreten sollte, würde seiner Ueberzeugung nach keiner der hier Anwesenden widerstreben, einerlei, ob inzwischen die Stadt an dem Gewinne theilgenommen hätte oder nicht. Solange aber die Lotterie einmal besteht, wird man wünschen dürfen, der Stadt diesen Gewinn zuzuwenden. Der von Herrn Jasper angegebene Nettoertrag scheint ihm viel zu niedrig geschätzt. Falls aber die Intervention der Stadt auch nur die Wirkung hätte, die Pachtsumme

entsprechend zu steigern, so würde doch schon dies ein Erfolg sein, der der Mühe wohl lohnte.

nämlich An diesem Erfolge zweifelt Herr Jasper nicht, und unter allen Umständen hält er ihn für wünschenswerther als den welchen der Antrag in erster Linie ins Auge faßt, und zwar, von allen übrigen abgesehen, schon deswegen, weil die Aufhebung der Lotterie jedenfalls nur noch eine Frage der Zeit ist. Tritt ~~aber~~ dieser Fall ein, so wird es voraussichtlich große Schwierigkeit haben, die bei den Collecteuren ausstehenden Capitalien zurückzuziehen, da diese Herren zum Theil unvernünftig sind und ihre eigenen Interessen sie dann nicht mehr nöthigen werden, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Am allerwenigsten aber würde dabei eben die Stadt ohne erhebliche Verluste ausgehen.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der Commissionsantrag mit zwölf gegen acht Stimmen angenommen,

und die Sitzung alsdann geschlossen.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 95. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. April 1876.

Öffentlich:

Beschluß, die Abfuhr des Hauskehrichts vor den Thoren betr.

Desgl. über einen Antrag auf höhere Vergütung für die Abfuhr aus der innern Stadt.

Genehmigung des Planes für den Bau der neuen Bürgerschule im Pflegehausgarten.

Verwilligung für eine Canalanlage von den Husarenpferdeställen am Giersberge nach der
Kasernenstraße.

Desgl. zu den Unterhaltungskosten der Militäretablissemments am Giersberge.

Verpachtung der Rathsäbleiche.

Verwilligung der Kosten für Aufnahme und Kartirung der Umgebungen der Langen Brücke.

Wahl zweier Mitglieder des Vorstandes der städtischen Realschule.

Genehmigung einiger Abtretungen von der Kasernenstraße.

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der
Stadtverordneten:

Veranlagungen zu außerordentlichen Beiträgen für die Unterhaltung der Communalwege.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Die derzeitigen Mitglieder der Versammlung sind vollzählig anwesend. Am
Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Bammel, Götte, Haake, Rittmeyer.

Zur Vertheilung kommt der von dem Director Dr. Sommer in entsprechender
Anzahl eingesandte »Sechste Bericht über die städtische höhere Mädchenschule und
Lehrerinnen-Bildungsanstalt zu Braunschweig«.

Die Protocolle vom 9. und 23. März werden genehmigt, nachdem constatirt ist, daß der am 9. März an erster Stelle zur Motivirung gelangte Antrag auf Neuordnung des städtischen Begräbnißwesens nicht von Herrn Bracke allein, sondern mit ihm von den Herren Ding und Steinau eingebracht war.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Statutencommission Herr Heymann:

Nachdem in den Stadttheilen vor den Thoren ein Nachwachdienst schon vor längerer Zeit eingeführt ist, scheint es wünschenswerth und nach Maßgabe der Bestimmungen in § 16 des Stadterweiterungsstatutes gerechtfertigt, nunmehr auch den immer lauter werdenden Wünschen der dortigen Einwohner in Betreff des Abfuhrwesens gerecht zu werden. Da die wenigen gepflasterten Außenstraßen herrschaftlich sind und auf Kosten Herzoglicher Baudirection gereinigt werden, die Aufschlammung der chaussirten Communalwege aber je nach Bedarf durch die städtischen Wegewärter besorgt wird, so ist eine regelmäßige Abfuhr des Straßenkehrichts hier nicht erforderlich, wie denn auf diese auch von den Interessenten viel weniger Gewicht gelegt wird als auf die Beseitigung des Hauskehrichts. Diese aber hält Herzogliche Polizeidirection für nothwendig und ausführbar

im Wilhelmithors districte für die Bahnhofstraße, die Frankfurter Straße bis zur Wredeschen Darre, die Luisenstraße und die Goslarsche Straße bis zum Hohenthore;

im Hohenthors districte für die Goslarsche Straße vom Hohenthore bis zur Hildesheimer Straße, sowie für die Kreuz-, Pflegehaus-, Höfen-, Kloster- und Hildesheimer Straße;

im Petrihors districte für die Celler Straße bis zum weißen Kofse, für die Maschstraße und hinter der Masch;

im Wendenthors districte für die Hamburger Straße bis zum Hause N 17, für die Nebenstraße, für die Neue Promenade, den Kl. Exercierplatz, den Büldenweg bis zum Bülden, den Gaußplatz, die Gliesmaroder und die Karlsstraße;

im Steinhors districte für die Helmstedter Straße bis zum Riddagshäuser Wege, die Park- und die Kasernenstraße, die Kastanienallee, die Kurze, Leonhard's-, Bertram- und Kl. Bertramstraße;

im Augusthors districte für die Wolfenbüttler Straße bis zur »Stadt Baltimore,« die Campe- und die Leisewitzstraße, die Salzbadlumer Straße bis zum Bahnübergange, die Bieweg-, Autor-, Friedrich- und Elmstraße.

Die Abfuhr von diesen Straßen würde sich der aus den entsprechenden Districten der innern Stadt anschließen, mithin ebenso oft und an den nämlichen Tagen stattfinden wie hier. Den Bewohnern der noch zu schwach bebauten oder zu weit ent-

legen und demnach bei jenen Vorschlägen unberücksichtigt gebliebenen Straßen sollen bequeme Plätze angewiesen werden, an denen zu bestimmten Zeiten ihr Hauskehricht abgelagert werden kann, um dann von den vorbeifahrenden Kehrichtwagen abgeführt zu werden. Der Fuhrherr G. Brauwers, welcher die Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts im Innern der Stadt besorgt, fordert für die beregter Maßen erwachsenden Mehrleistungen eine Entschädigung von 3600 Mark jährlich. — Der Magistrat hat in Erwägung gezogen, ob die Abfuhr nicht auf eine kleinere Anzahl von Straßen beschränkt und dadurch ein Namhaftes an den Kosten erspart werden könnte. Da aber letzteres nach den Erklärungen des Unternehmers unter keinen Umständen zu erwarten steht, jede Auswahl unter den in Vorschlag gebrachten Straßen aber unfehlbar Klagen über ungerechte Bevorzugung und Zurücksetzung hervorrufen würde, so giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 24. v. M. anheim,

die Abfuhr des Hauskehrichts aus den vorbezeichneten Straßen vom 1. Mai d. J. ab zu genehmigen und die Kosten mit 3600 Mk. jährlich aus der Stadtkasse zu verwilligen.

Gegenüber der Frage, ob dieserhalb auf Grundlage der gestellten Forderung ohne weiteres mit dem Fuhrherrn Brauwers abzuschließen oder die fragliche Abfuhr an den Mindestfordernden zu verdingen, spricht der Magistrat sich entschieden für die erste Alternative aus, weil einerseits die Licitation schwerlich günstigere Bedingungen ergeben würde, andererseits aber auch von Gewicht ist, für dieses große Pünktlichkeit und Sorgfalt erheischende und dabei schwer zu controlirende Geschäft einen Unternehmer zu gewinnen, der sich so wie der Fuhrherr Brauwers schon durch eine Reihe von Jahren als durchaus zuverlässig und vertragstreu bewährt hat.

Die Commission kann sich den Erwägungen des Magistrates unbedingt anschließen und empfiehlt daher die vorliegenden Anträge zur Genehmigung, indem sie weiter nur noch anheimgiebt, unter die mit Abfuhr zu bedenkenden Straßen des Steintordistricts auch die Husarenstraße aufzunehmen.

Herr Schöttler anerkennt als durchaus billig und angemessen, daß den Außenwohnern nach Möglichkeit dieselben Vortheile communaler Wohlfahrtseinrichtungen zugewandt werden, deren sich die Bewohner der innern Stadt erfreuen; er ist daher weit entfernt, in diesem Falle Einwendungen erheben zu wollen. Wenn aber der Magistrat die Leistungen des derzeitigen Unternehmers für unbedingt mustergiltig erklärt, so glaubt Redner darauf hinweisen zu sollen, daß Herr Brauwers seinen Verpflichtungen wenigstens in einer Beziehung — ob von jeher oder seit wann erst, muß dahin gestellt bleiben — nicht genügend nachkommt. Redner hat verschiedentlich mit eigenen Augen beobachtet, daß die zur Abfuhr gestellten Fuhrwerke so wenig wie das Begleitpersonal billigen Anforderungen entsprechen, indem namentlich die Wagen undicht und ohne Rückwand sind, die aufgeladenen Schmutzmassen also zum Theil wieder herabfallen oder herabfließen und dann einfach liegen bleiben. Auch

sonst scheinen die hiesigen Kehrichtwagen mancher Verbesserung fähig. Anderswo, in Kassel z. B., sind dergleichen Wagen verdeckt, die Abfuhrstoffe werden durch eine verhältnißmäßig enge und rasch wieder zu schließende Oeffnung hineingestürzt, und so fallen dort all die Uebelstände weg, unter denen hier die Sauberkeit der Straßen und, wie bekannt, sehr häufig und widerwärtig auch der Einzelne zu leiden hat, dem ein in Wirksamkeit befindlicher Kehrichtwagen begegnet. Redner möchte daher die Frage anregen, ob dem Unternehmer nicht auferlegt werden könnte, eventuell mit einer entsprechenden Zubuße aus städtischen Mitteln Wagen der bezeichneten Art anzuschaffen.

Eine Erörterung dieser Frage tritt vorläufig nicht ein, vielmehr beschließt die Versammlung zunächst ohne weiteres im Sinne der Commissionsanträge.

Wie ferner dann

II. namens der Statutencommission Herr Heymann berichtet, ist von Seiten des Fuhrherrn Brauers unter Berufung auf die inzwischen eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne sowie der Pferde- und Futterpreise und mit Einführung der Thatsache, daß er für die Abfuhrstoffe neuerdings nicht mehr den bisherigen nutzbaren Absatz findet, das Ansuchen gestellt, die contractmäßig bis 1881 auf 2700 Mark jährlich festgesetzte Vergütung für die Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts der innern Stadt je um 900 Mark zu erhöhen. Der Magistrat befürwortet dieses Gesuch; die Commission hingegen kann sich nicht bewegen finden, eine Abänderung des bestehenden Contractes zum Nachtheil der Stadt zu empfehlen, zumal nachdem dem Unternehmer soeben für die Abfuhr des Hauskehrichts der Außenstadt eine Verdingsumme zugestanden ist, welche hoch genug erscheint, um den Schaden decken zu helfen, der ihm bei der Abfuhr aus der innern Stadt vielleicht erwachsen möchte. Um aber den angerufenen Billigkeitsrückichten nach Möglichkeit gerecht zu werden, schlägt die Commission vor, daß dem Fuhrherrn Brauers, falls er mit diesen Vergütungen nicht glaubt auskommen zu können, freigestellt werde, beide Contracte, jedoch den einen nicht ohne den andern, nach halbjähriger Kündigung am 1. Mai 1877 zu lösen.

Herr Flaggé ist überzeugt, daß der Unternehmer bei Abschluß des ältern Contractes auf eine Verwerthung des Kehrichts von vornherein nicht gerechnet, inzwischen aber viel Geld daraus gelöst hat, und dies in der einen oder andern Weise auch fernerhin wird zu machen wissen, da er hierbei doch schwerlich auf einen einzigen Abnehmer angewiesen ist. Unter diesen Umständen sieht auch Redner nicht ein, weswegen seitens der Stadt nicht auf Innehaltung jenes Contractes zu bestehen sein dürfte; will man aber dem Vorschlage der Commission gemäß dennoch darauf verzichten, dann scheint ihm keinesfalls rathsam, jetzt erst noch mit Brauers einen neuen Contract wegen der Abfuhr vor den Thoren einzugehen, zweckmäßiger viel-

mehr, diese vor der Hand noch auszusetzen und im Wege der Licitation den Versuch zu machen, ob sich nicht ein anderer Unternehmer findet, der unter billigeren Bedingungen die gesammte Abfuhr zu leisten bereit ist — ein Erfolg, an welchem Herr Flagge im mindesten nicht zweifelt.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält diesen Ausweg für unthunlich, weil ein noch längerer Verzicht den berechtigten Wünschen der Außenwohner nicht wohl zuzumuthen ist. Den vorhin von Herrn Schöttler bezeichneten Mängeln der hiesigen Abfuhr wird der Magistrat nach Kräften abzuhelpen suchen; ob es hier freilich möglich sein wird, Vorkehrungen zu treffen wie in Kassel, ist einigermaßen zweifelhaft. Der Herr Oberbürgermeister vermuthet nämlich, daß dort der Magistrat selber die Abfuhr besorgt; hier, wo sie bisher immer nur auf je sechs Jahre verdingen ist, dürfte der Unternehmer sich schwerlich bereit finden lassen, sich ohne erhebliche Mehrforderungen mit Geschirr der bezeichneten Art zu versehen.

Herr Schöttler übersieht nicht, wiefern etwa bei einheitlicher Organisation der Abfuhr innerhalb und außerhalb der Thore der Unternehmer demnächst besser gestellt sein wird; an sich erscheint ihm ein Tagesverdienst von 21 Mark, wie er sich bei 300 Abfuhrtagen mit je einem Fuhrwerk und der Gesamtvergütung von 6300 Mk. ergibt, kein so hoher, daß er die beantragte Zulage für unbillig halten müßte, die er demnach befürwortet.

Herr Steinau hält dem entgegen, daß die Abfuhrstoffe keinesweges doch als gänzlich werthlos anzusehen sind, der Unternehmer also, je mehr er abzufahren hat, desto mehr auch daran verdient. Gegen seine Behauptung indeß, daß andere Städte aus diesem Geschäfte eine Einnahmequelle zu machen wissen,

glaubt Herr Oberbürgermeister Caspari gegründete Zweifel erheben zu müssen: so oft dergleichen wie eine allbekannte Thatsache vorgebracht wird, nie kann man doch eine bestimmte Stadt namhaft machen, bei der es sich wirklich so verhält. Wenn es solche giebt, so sind das jedenfalls kleinere Städte, welche täglich noch ihr Vieh austreiben, in deren Straßen also verhältnißmäßig viel Dünger sich ablagert; bei den hier und an ähnlichen Orten entwickelten Lebensformen aber wird der Werth des Straßenunraths in demselben Maße geringer werden wie die Bevölkerung anwächst. Begreiflich denn auch, daß der Pächter der Domanialländereien beim Kreuzkloster, an welchen der Fuhrherr Braumers die hiesigen Abfuhrstoffe bis vor kurzem absetzte, den bezüglichen Vertrag gelöst hat, weil die in jenem enthaltenen Düngmittel sich mehr und mehr mit werthlosen und für den Acker selbst schädlichen Stoffen vermischt zeigen. Der Fuhrherr Braumers hat sich immer als billig denkenden Mann bewährt: könnte er unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit der stipulirten Vergütung auf seine Kosten kommen, so würde er den vorliegenden Antrag wahrscheinlich gar nicht gestellt haben, wobei übrigens noch zu bemerken ist, daß er contractmäßig nicht, wie Herr Schöttler annimmt, einen sondern vier Wagen zu stellen

hat. Unter diesen Umständen glaubt der Magistrat allerdings die erbetene Zulage befürworten zu müssen und möchte der Herr Overbürgermeister sie zunächst wenigstens für das nächste Jahr bewilligt sehen. Inzwischen wird der Magistrat sich umthun, ob eine billigere Einrichtung zu treffen ist. Redner bezweifelt dies indes und fürchtet, daß nach Lösung der bestehenden Contracte die Stadt, welche auf eigene Rechnung und Gefahr die Abfuhr nicht wohl übernehmen kann, noch übler daran sein würde als bei der jetzt gestellten Forderung.

Herr Schöttler ist sehr überrascht von dem was Herr Overbürgermeister über den Umfang der dem Unternehmer obliegenden Leistungen mitgetheilt hat. 6300 Mk für 1200 Fuhren ergeben für das Gespann einen Tagesverdienst von 5,25 Mk; jeder Fuhrwerksbesitzer aber weiß, daß damit nicht einmal die Unterhaltungskosten gedeckt sind. Nimmt man dafür als denkbar niedrigsten Satz etwa 13 Mk an, so müßten aus jeder Fuhre des abzubringenden Materials 7,75 Mk gelöst werden. Nun finden sich leicht zu verwertende Stoffe wie Knochen u. dgl. in dem Straßen- und Hauskehricht hier kaum noch vor; seine Hauptbestandtheile sind Stein- und Braunkohlensche, Sand &c. — alles Stoffe, die als Düngemittel nicht taugen und höchstens bei der Gärtnerei zu benutzen, keinesfalls aber so hoch auszubringen sind wie es nach dem aufgestellten Exempel geschehen müßte. Wie Herr Brauwers trotz dem zu seiner Rechnung kommen will, ist dem Redner ein Räthsel; soviel aber scheint festzustehen, daß der Magistrat durchaus Recht hat, wenn er sich für die beantragte Zulage ausspricht.

Gegenüber den Zweifeln des Herrn Overbürgermeisters hält Herr Lucius als Thatsache aufrecht, daß in Paris und in großen englischen Städten bedeutende Summen für den Straßenkehricht eingenommen werden; daß derselbe hier ganz werthlos sein sollte, hält er demnach nicht für glaublich. Die Schwierigkeiten in der von Herrn Schöttler angestellten Rechnung lösen sich sehr einfach mittels der Erwägung, daß die mit der Abfuhr beschäftigten Gespanne eben nicht den ganzen Tag, sondern immer nur wenige Stunden in Anspruch genommen werden. Nimmt man hinzu, daß für die Abfuhr vor den Thoren soeben 3600 Mark verwilligt sind, ein Preis der gegenüber den 2700 Mark für die viel bedeutendere Leistung innerhalb der Stadt unverhältnißmäßig hoch erscheinen müßte, wenn darin nicht zugleich eine Entschädigung für die dem Unternehmer aus dem ältern Contracte erwachsenden Verluste einbegriffen sein sollte, so wird die Gesamtvergütung von 6300 Mark nunmehr für ausreichend gelten dürfen.

Herr Overbürgermeister Caspari hat nicht die Meinung aussprechen wollen, als sei aus dem Abfuhrmaterial gar nichts zu lösen: wäre das der Fall, so würde Herr Brauwers die bestehenden Contracte überhaupt nicht haben eingehen können. Große Vortheile aber zieht dieser gewiß nicht daraus. Welche Bewandniß es damit zu Paris oder in englischen Städten hat, vermag Redner nicht zu beurtheilen; muth-

maßlich aber wird dort, falls die von Herrn Lucius behauptete Thatsache begründet ist, mit der Straßenreinigung die Abfuhr des Düngers aus den Häusern verbunden sein.

Den Unterschied der in den beiden Contracten stipulirten Verdingssummen erklärt Herr Reuter sich aus dem Umstande, daß vor den Thoren nur der allerdings werthlose Hauskehricht abzufahren ist, in der Stadt aber der Straßenkehricht hinzukommt, der als Düngemittel unzweifelhaft zu verwerthen ist und wahrscheinlich auch von Herrn Brauwers selbst, der bekanntlich große Ländereien cultivirt, nutzbar gemacht wird. Daß zur Abfuhr Tag aus Tag ein vier Gespann erforderlich sein sollten, hält Redner für unwahrscheinlich: nur in selteneren Ausnahmefällen dürfte diese Annahme zutreffen. Unrätlich scheint ihm, die erbetene Zulage so wie der Herr Oberbürgermeister vorschlägt, erst zu verwilligen und es nach einem Jahre auf eine Kündigung ankommen zu lassen, da man dann sich genau in derselben Lage finden würde wie heute; besser daher, man fügt sich der Forderung gleich, indem man dem Unternehmer eröffnet, daß er auf eine weitere Erhöhung der Verdingssumme unter keinen Umständen wieder rechnen dürfe.

Nachdem

Herr Schwarzenberg sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen, und Herr Graf Görz-Wrisberg den von der Commission empfohlenen Ausweg nochmals als den den Verhältnissen angemessensten dargelegt hat, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und angenommen, worauf die Versammlung den Magistratsantrag sowie auch die von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari vorgeschlagene Modification desselben ablehnt, um sich für das Commissionsvotum zu entscheiden.

III. Mit einem Magistratschreiben vom 2. d. M. sind der Versammlung die Pläne und Kostenanschläge für den am 8. Juli v. J. beschlossenen Bau eines Schulhauses im Pflegehausgarten zugegangen. Das Hauptgebäude wird im Rohbau noch während dieses Jahres fertig gestellt werden, der innere Ausbau und der Bau der Nebengebäude im nächsten Jahre zur Ausführung kommen. Die Hauptfacade soll wie bei der Schule an der Campestraße ohne überflüssige Decoration in Backstein aufgeführt werden; die Anlage einer Röhrenheizung ist in Aussicht genommen, und auch für die übrigen Aufstellungen haben sowohl das genehmigte Programm als auch die sonstigen Vorschriften der städtischen Behörden zur Richtschnur gedient. Der Magistrat giebt demnach anheim, den Bauplan zu genehmigen und die zu 185196 Mark 76 Pfg. veranschlagten Kosten aus der Stadtcasse zur Verfügung zu stellen — ein Antrag, welcher seitens der Finanz- und der Schulcommission, für die Herr von Seckendorff berichtet, zur Genehmigung empfohlen wird.

Herr Munte hält eine derartige Beschleunigung des Baues für möglich, daß

die Schule bereits am 1. October 1877 könnte in Benutzung genommen werden, und möchte daher den Magistrat ersuchen, Sorge zu tragen, damit solche Beschleunigung wirklich durchgesetzt werde.

Wie Herr von Seckendorff mittheilt, ist dies Ziel auch von dem Stadtbaurath Tappe bereits in Aussicht genommen.

Angeichts des mit jedem Semester wachsenden Raummangels der Bürgerschulen wünscht Herr Mühle die Schule, wenn irgend möglich, schon auf den 1. April nächsten Jahres fertig gestellt zu sehen,

was nach Ansicht Herrn Schöttlers in der That, wenn auch mit erheblichen Mehrkosten, zu erreichen stände, wenn man die Heizanlagen rasch genug förderte, um mit deren Hilfe die Räume während des nächsten Winters auszutrocknen.

Herr Flaggé verspricht sich von diesem Verfahren die gewünschte Wirkung nicht; die Kinder aber in mangelhaft trockene Klassen zu bringen, würde er für unverantwortlich halten.

Herr Overbürgermeister Caspari ertheilt die Zusicherung, daß mit dem Bau so rasch als es irgend möglich sein wird, ohne demnächst die Gesundheit der Kinder zu gefährden, verfahren werden soll, zweifelt jedoch, ob unter dieser Bedingung die Schule früher als am 1. October 1877 werde eröffnet werden können.

Herr von Seckendorff weist darauf hin, daß dies ohne Zweifel schon am 1. April hätte geschehen können, wenn für diesen Bau ein anderer Architect zu Hilfe genommen wäre, da aus den Acten deutlich hervorgehe, daß die Vorarbeiten in Folge großer Ueberbürdung der beiden leitenden Beamten häufige Verzögerungen erlitten haben.

Die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß.

Wie hierauf

IV. namens der Finanzcommission Herr von Seckendorff vorträgt, sind laut eines Magistratschreibens vom 25. März c. bei Instandsetzung der Kasernenstraße, um die größeren Kosten späterer Ausführung zu vermeiden, die Kanäle, welche das Himmelwasser von den Militäretablissemments am Giersberge sowie das Wasser von den Tränkanstalten der dortigen Pferdeeställe zu zwei Senkgruben abführten, in den Straßenkanal geleitet und dadurch eine Mehrausgabe von 563 Mark 41 Pfg. verursacht worden, die der Magistrat nachträglich zu verwilligen bittet.

Desgleichen ist, wie

V. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff berichtet, die gewöhnliche Unterhaltung der Militäretablissemments am Giersberge im vorigen Jahre durch gründliche Wiederherstellung der Thorwege an beiden Pferdeeställen um 422 Mark

24 Pfg. theurer geworden. Auch für diesen Betrag nimmt der Magistrat in einem Schreiben vom 25. März c. Indemnität in Anspruch.

Beide Nachverwilligungen werden seitens der Commission befürwortet und von der Versammlung ohne Discussion ausgesprochen.

Hierauf

VI. trägt auf Grund eines Magistratschreibens vom 1. d. M. Herr Kunzen als Referent der Finanzcommission vor, daß bei dem zur anderweitigen Verpachtung der Rathsbleiche angelegten Termine Niemand außer dem bisherigen Pächter, Bleicher Büttner, erschienen ist, der sich bereit erklärt hat, den bisherigen Contract unter den übrigen Bedingungen auf sechs Jahre von Ostern ab zu erneuern, falls der Pachtpreis von 390 auf 300 Mark herabgesetzt werde. In Erwägung, daß inzwischen die früheren Wohn- und Wirthschaftsgebäude wegen gänzlicher Baufälligkeit abgebrochen sind, und der Pächter sich auch der in § 6 des Contracts eingefügten neuen Bedingung unterwerfen will, wonach das Pachtverhältniß ohne jede Entschädigung erlischt, sobald die städtischen Behörden das Grundstück zu verkaufen oder für städtische Zwecke zu verwenden beschließen, halten Magistrat und Commission jene Preismäßigung für durchaus gerechtfertigt, und wird demnach anheimgegeben, die Verpachtung vorgeschlagener Maßen zu genehmigen,

was seitens der Versammlung ohne weiteres geschieht.

VII. In einem Schreiben vom 1. d. M. theilt der Magistrat mit, daß von dem zum Director der städtischen Realschule erwählten Dr. Krumme Vorschläge in Betreff der Anstellung der erforderlichen Lehrer, deren Besoldung u. s. w. eingegangen sind. Nach dem Statute vom 28. Juni 1873 müssen selbige zunächst dem für diese Schule einzusetzenden Vorstände zur Begutachtung vorgelegt werden, zu welchem die Versammlung zwei Mitglieder abzuordnen hat, um deren schleunigste Wahl daher der Magistrat bittet.

Dieselbe wird von dem Herrn Vorsitzenden nunmehr eingeleitet und fällt bei der ersten Abstimmung auf Herrn Schwarzenberg und mit gleichviel Stimmen auf die Herren Reck und v. Seckendorff, worauf die Stichwahl für ersteren entscheidet.

Ferner

VIII. berichtet namens der Finanzcommission Herr Kunzen, daß sich in Folge der Verhandlungen über die Straßenanlage vom Bahnhofe nach der Straße hinter H. & Frauen die Nothwendigkeit eines Situationsplanes der Umgebungen der Langen Brücke herausgestellt hat, indem ohne solchen über die Verbindung der neuen Straße mit der Münzstraße angemessene Beschlüsse nicht gefaßt werden können. Da Stadt-

baurath Tappe damals erkrankt und Stadtbaumeister Winter mit anderen Geschäften überhäuft war, hat die Vermessung und Kartirung dem Geometer v. Holwede übertragen werden müssen, der selbige nunmehr vollendet und dafür 104 Mark liquidirt hat, welche der Magistrat in einem Schreiben vom 11. d. M. aus der Stadtkasse zu verwilligen beantragt.

Seitens der Versammlung wird diesem Ansuchen entsprochen;

worauf

IX. Herr Heymann über ein nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenes und in keiner Commission vorberathenes, aber als dringlich bezeichnetes Magistratschreiben vom 20. d. Mts. Bericht erstattet.

Es wird darin vorgetragen, daß bei Geradelegung der Fluchtlinie auf der Westseite des südlichen Endes der Kasernenstraße ein kleiner Abschnitt des Straßenterrains vor den Grundstücken des Tischlermeisters Basse, des Maurermeisters Claus und des Eisenbahnsecrétaires Brandes diesen zugelegt werden könnte, für die Straße dann aber eine etwa gleich große Parcellen von den südlich angrenzenden Grundstücken des Majors Brauns und der Wittve des Finanzrevisors Gittermann zu erwerben wäre. Um käufliche Ueberlassung jenes entbehrlichen Straßenareals hatten die erstgenannten drei Anlieger schon im Sommer vorigen Jahres nachgesucht; dagegen ist der hierdurch hervorgerufene Versuch des Magistrats, die Abtretung des Brauns-Gittermannschen Terrains an die Stadt zu bewirken, erfolglos gewesen. Gleichwohl hat der Magistrat im Einverständniß mit dem Stadtbaurath Tappe kein Bedenken getragen, den bezeichneten Antragstellern, vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung, das fragliche, circa 120 □Meter fassende Areal zu dem Preise von 7 Mark für den □Meter zur Verfügung zu stellen — für einen Preis also, der sich für den Morgen auf 6000 Rthlr stellt und nach dem in jener Gegend üblichen Satz bemessen ist. Da die drei Interessenten sich bereit erklärten, diesen Preis zu zahlen, sich auch den übrigen Bedingungen wegen Feststellung der Fluchtlinie, Herrichtung eines Fußweges und Anlage eines Canals zu fügen, so empfiehlt der Magistrat diesen Vertrag nunmehr zur Genehmigung,

die seitens der Versammlung ohne weiteres ausgesprochen wird.

Schließlich treten Magistrat und Stadtverordnete zu einer
gemeinschaftlichen Sitzung

zusammen, um

IX. über die Veranlagung hiesiger Gewerbetreibender zu außerordentlichen Beiträgen behufs der Wegebaukosten sowie über eine Anzahl Steuerreclamationen Beschluß zu fassen.

Den Vorsitz übernimmt Herr Oberbürgermeister Caspari.

Nachdem ein Antrag Herrn Schöttlers, die Deffentlichkeit auch bei Verhandlung des ersten Gegenstandes auszuschließen, von der Versammlung abgelehnt ist, berichtet Herr Stadtrath Rittmeyer über die Verhandlungen der am 29. December v. J. mit der vorerwähnt Einschätzungen beauftragten Commission.

Zunächst vor die Frage gestellt, ob es richtiger, die aus der zunehmenden Frequenz schwerbeladener Wagen und dem Steigen der Material- und Lohnpreise erwachsenden Mehrkosten für Unterhaltung der communalen Fahrbahnen aus öffentlichen Mitteln zu decken, oder sich deswegen auf Grund von § 9 des Begebaustatuts vom 20. November 1859 an die Interessenten zu halten, hat die Commission sich für letztere Alternative entschieden. Handelte es sich weiter dann aber um die Frage, welche Personen und nach welchen Maßen die einzelnen heranzuziehen sind, so ergaben sich mancherlei Schwierigkeiten, welche nicht immer mit der wünschenswerthen Sicherheit zu lösen waren. So war in ersterem Betracht von vornherein zweifelhaft, ob gewisse Geschäftsleute, z. B. Dachdecker, Zimmer- und Maurermeister, nach der Fassung des Statuts unter die Inhaber gewerblicher Etablissements gerechnet werden dürften. Hinsichtlich der genannten drei Kategorien hat die Commission sich über diesen Zweifel hinweggesetzt, weil dieselben theils Lagerräume — Zimmerplätze u. — halten, theils auch an der Abnutzung der Communalwege unteugbar sehr stark theiligt sind. Letztere Erwägung ist auch hinsichtlich derjenigen Buchdruckereien entscheidend gewesen, die mit Dampfmaschinen arbeiten und sonach regelmäßig schwere Kohlenladungen unterwegs haben. Dagegen mußten die Kaufleute, sowie die im Innern der Stadt belegenen Holz-, Stein- und Kohlenhandlungen verschont bleiben, weil sie ganz unzweifelhaft nicht unter den Begriff »gewerbliche Etablissements« fallen, zugleich aber auch vorwiegend nur gepflasterte Straßen innerhalb der Stadt benutzen. Noch schwieriger zeigte sich dann die zweite Aufgabe der Commission, die einzufordern den Beiträge mit annähernder Richtigkeit gegen einander abzumessen. Ein sicherer Maßstab lag nur für die Bierbrauereien vor: diese sind je nach dem Quantum des versteuerten Malzes eingeschätzt und zwar diejenigen, welche an Communalwegen belegen sind, mit je 2, die übrigen mit je 1 Pfennig vom Centner. Bei allen übrigen Etablissements war man auf ungefähre Schätzungen nach dem Augenschein angewiesen. Die Commission ist sich unter diesen Umständen bewußt, für ihre Aufstellungen, wie diese der Versammlung in einem autographisch vervielfältigten Kataster vorliegen, unbedingte Gültigkeit nicht beanspruchen zu können, vielmehr vielfacher Vervollständigung und Berichtigung desselben durch eingehende Reclamationen und anderweitige Information gewärtig sein zu müssen. Da genauere Annahmen indeß zur Zeit nicht zu ermitteln sind, so giebt sie anheim, diese vorläufigen Ergebnisse als Norm für die Veranlagungen des vorigen und des laufenden Jahres anzuerkennen, sofern deren Unrichtigkeit nicht von den Interessenten besonders nachgewiesen wird.

Vorausgesetzt, daß die Heranziehung Gewerbetreibender zu dieser Beisteuer gesetzlich

zulässig ist, würde Herr Steinau für sachgemäßer halten, Niemand damit zu verschonen, der an der Abnutzung der Communalwege in ungewöhnlichem Maße theilhaftig ist. Von diesem Grundsatz ausgehend, vermißt er in dem vorliegenden Verzeichnisse die Eisenbahngesellschaft, die Frachtführer — die je nach der Anzahl der von ihnen verwandten Pferde zu veranlagten wären, wogegen natürlich dann diejenigen Gewerbetreibenden, deren An- und Abfahren nur durch sie besorgt werden, nicht besteuert werden könnten, weil sonst ein und derselbe Antheil zweimal besteuert sein würde — sowie die Mehl-, Getreide-, Holz- und Kohlenhandlungen, welche eigene Gespanne unterhalten

In einer längeren Debatte indeß, an der sich außer den Herren Steinau und Stadtrath Rittmeyer die Herren Bracke, Klugge, Munte, Pini und Schöttler theilnahmen, stellt sich heraus, daß einer anderweitigen, jede Inconsequenz und Ungleichmäßigkeit ausschließenden Veranlagung in Folge theils des Wortlauts der maßgebenden statutarischen Bestimmungen, theils der Unmöglichkeit, die nothwendigen thatsächlichen Ermittlungen sofort in wünschenswerther Weise zu beschaffen, für den Augenblick unverwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen.

Auf Antrag Herrn Schöttlers beschließt daher die Versammlung, die gegenwärtigen Aufstellungen der Commission unter Vorbehalt der Vervollständigung und Berichtigung einstweilen als normgebend anzunehmen und nach Maßgabe derselben zunächst auch die gegen die vorjährige Veranlagung erhobenen Reclamationen zu entscheiden.

Gemeinschaftlich erledigen Magistrat und Stadtverordnete noch in vertraulicher Sitzung eine Anzahl von Reclamationen gegen Communalsteuerveranlagungen,

worauf

dergleichen ebenfalls vertraulich von den Stadtverordneten allein zur Entscheidung gebracht werden,

und alsdann die Sitzung geschlossen wird.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 113. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 6.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 17. Mai 1876.

Öffentlich:

Mittheilung über das Ergebnis zweier Neuwahlen zur St.-V.-B.

Genehmigung neuer Straßenanlagen zwischen der Luisen-, der Sammann- und der Goslar'schen Straße.

Beschluß in Betreff des Preises und der Leuchtkraft des städtischen Gases.

Genehmigung eines Vertrages wegen der vom Wrede'schen Nachlasse zu entrichtenden Abgabe an die Armen- und Wegebaukasse.

Beschluß über ein Gesuch hiesiger Einwohner um Aufhebung des Maulkorbzwanges.

Genehmigung der erneuerten Schützenordnung.

Vertraulich:

Steuerfachen.

Entschuldigt die Herren Flagge, Lucius und Pini. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Wie, die Sitzung eröffnend,

I. der Herr Vorsitzende anzeigt, sind laut eines Magistratschreibens vom 5. d. M. in den am 2. und 3. d. M. abgehaltenen Wahlterminen an Stelle der verstorbenen Herren A. Bock und W. Faillard die Herren

Particulier Hermann Winter und

Zimmermeister Albert Nieß,

und zwar ersterer bis Ende des Jahres 1878, letzterer für das laufende Jahr, zu Stadtverordneten erwählt.

Die beiden neuen Mitglieder sind erschienen und werden von dem Herrn Vor-

sitzenden mit dem Ausdruck des Vertrauens willkommen geheißen, daß das bisher von ihnen bethätigte Interesse für die städtischen Angelegenheiten nunmehr auch den Arbeiten der Versammlung zu statten kommen werde.

Zunächst weist der Herr Vorsitzende im Einverständniß mit der Versammlung beide Herren den Commissionen zu, denen ihre Vorgänger angehört haben: Herrn Nieß der Quartierbehörde und der Steuereinschätzungscommission für den Hohen- und den Wilhelmthors-, Herrn Winter der Einschätzungscommission für den August- und den Steinhorsdistrict.

Nachdem hierauf das Protocoll vom 27. April genehmigt ist, nimmt der Herr Vorsitzende das Wort wie folgt:

»Vor Eintritt in unsere heutige geschäftliche Verhandlung, meine Herren, lassen Sie uns zweier treuer Mitarbeiter der städtischen Verwaltung gedenken, deren langjährigem verdienstvollem Wirken der Tod allzu früh ein Ziel gesetzt hat: des Herrn Stadtraths Carstens und des Weinhändlers Herrn Johannes Kellner, von denen ersterer 28 Jahre lang, zuerst als Stadtsecretair, sodann seit dem Jahre 1860 als Mitglied des Stadtmagistrats, letzterer aber seit dem Jahre 1851 24 Jahre lang als Stadtverordneter, als Mitglied des Armencollegiums und als Bezirks-Armenpfleger thätig gewesen ist. Ihre musterhafte Pflichttreue und reiche Geschäftserfahrung, verbunden mit allen Vorzügen einer edlen Humanität, welche überall Segen zu verbreiten bemüht war und in jedem Menschen den Mitbruder achtete, haben ihnen in allen Kreisen unserer Stadt ungetheilte Hochachtung und Liebe erworben und sichern ihnen bei allen Einwohnern, namentlich aber bei uns, die wir mit ihnen in collegialen und freundschaftlichen Beziehungen standen, ein ehrenvolles Andenken. Ich bitte Sie, meine Herren, zur Bethätigung unserer Theilnahme und um das Andenken der Verstorbenen zu ehren, Sich von Ihren Sitzen erheben zu wollen.«

Die Versammlung entspricht dieser Aufforderung.

Die fernere Berathung des Statutes über das öffentliche Fuhrwesen muß von der Tagesordnung abgesezt werden, weil der Magistrat dem Ergebniß der Commissionsverhandlungen zufolge erst nochmals mit Herzoglicher Polizeidirection in eine Prüfung des Gegenstandes einzutreten beschloßen hat.

Ebenso die Berathung des Schöttlerschen Antrags auf Erlaß einer Fahrordnung, weil der Referent der Statutencommission, Herr Lucius, an der heutigen Sitzung theilzunehmen behindert ist.

Es folgt demnach

II. von Herrn Grafen Görz-Brissberg erstattet, der Bericht der Statuten-

commission über ein vom Magistrate unterm 14. April zur Genehmigung empfohlenes Straßenproject.

Von einer durch die Herren Dr. Seyffert und Kaufmann Klie vertretenen Gesellschaft ist den Bestimmungen in § 25 ff. des Stadterweiterungsstatutes gemäß der Plan verschiedener neuer Straßen eingereicht, die sie jenseit des westlichen Umlutgrabens, zwischen diesem, der Luise, der Cammann- und der Goslarschen Straße anzulegen beabsichtigen. Die Unternehmer sind bereit, diese Straßen in vorgeschriebener Weise auf ihre alleinigen Kosten canalisiren und chaussiren, auch im übrigen nach den Weisungen der städtischen Wegebaubehörde herstellen zu lassen; sie verzichten auf jeden Beitrag seitens der Stadt zu den Kosten und überlassen es lediglich dem Ermessen der städtischen Behörden, ob und wann die neuen Straßen von der Stadt werden zu übernehmen sein, wollen bis dahin auch alle Unterhaltungskosten allein tragen. Sie verpflichten sich ferner, dem an der Kreuzung gedachter Straßen entstehenden, ebenfalls auf ihre alleinigen Kosten herzustellen freien Plage die vorgeschriebene quadratische Form, und dem vom Umlutgraben auf die Luisestraße führenden Wege, soweit dies ohne Schädigung der anliegenden Fabrikgebäude sein kann, eine grade Richtung zu geben. Eine Sicherung dieses Weges durch Futter- oder Brüstungsmauern die Pfer entlang wird seitens der Stadt nicht gefordert; falls indeß eine Einfriedigung der bezeichneten Stelle aus polizeilichen Gründen nöthig werden sollte, haben die Unternehmer dafür mittels eines Stakets oder sonst vorgeschriebener Maßen auf ihre Kosten zu sorgen. Ebenso soll von der vorschrittsmäßigen Breite des in die Cammannstraße mündenden Weges für jetzt abgesehen werden, da für das zu diesem Behuf erforderliche Terrain ein übertriebener Preis gefordert wird, die Verbindung mit der Frankfurter und der Goslarschen Straße aber vorläufig durch andere Wege hergestellt werden kann; doch wird vorbehalten, auf die fragliche Verbreiterung bei einer demnächst zu erwartenden Parcellirung des Grundstückes an der Westseite Bedacht zu nehmen. Unter diesen Bedingungen, deren Erfüllung demnächst noch durch einen notariellen Contract zu sichern ist, giebt der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Stadtbaurath die Genehmigung des Projectes anheim,

ein Antrag, dem die Commission sich lediglich anschließt.

Auf Anfrage Herrn Munters

theilt Herr Graf Görz-Brissberg mit, daß laut eines nachträglichen Berichtes des Stadtbauraths für die neuen Straßen mit Ausnahme jener einen die vorschrittsmäßige Breite von 3 Ruthen vorgesehen ist.

Herr Nieß wirft ferner die Frage auf, ob an die Stadt, wennschon sie für jetzt frei ausgehe, demnächst nicht doch etwa die Forderung einer Brückenanlage zur Verbindung dieser mit der an der Wilhelmthorspromenade entstehenden neuen Straßen herantreten dürfte. Redner würde es auf diesen Fall für angezeigt halten,

Vorkehrung zu treffen, damit diese Last auf Diejenigen abgewälzt werde, denen der Gewinn der Ausschachtung des fraglichen Terrains zufällt.

Herr Graf Görz-Brisberg kann diese Besorgniß als ungegründet bezeichnen, da inhalts der Acten die Anlage einer Brücke an dieser Stelle durch die Gestaltung der neuen Straßenanlagen diesseit des Umflutgrabens unmöglich geworden und demnach aufgegeben ist,

was Herr Schöttler bestätigt, indem er ferner darauf hinweist, daß auch das außerhalb des Umflutgrabens in Betracht kommende Terrain inzwischen durch Fabriken verbaut ist, deren Erpropriation nicht möglich sein dürfte.

Die Versammlung erklärt sich mit den Vorschlägen des Magistrates einverstanden.

Weiter

III. trägt namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff Folgendes vor.

Die gute Qualität des hiesigen Leuchtgases war hauptsächlich dem bei dessen Herstellung angewandten Zufache schottischer Bogheadkohle zu verdanken. Seit vorigem Sommer aber ist diese vollständig abgebaut, und mehrfache Versuche, auf andere Weise ein gleich gutes Gas herzustellen, haben das gewünschte Ergebnis nicht geliefert. Die Direction des Gaswerks hat demzufolge eine Herabsetzung der contractlichen Leuchtkraft des Gases bei entsprechender Ermäßigung der Gaspreise für nöthig erkannt und zu dem Ende in ihrem Berichte vom 4. Februar d. J. Verfügung dahin beantragt, daß das hinfort aus einem Gemisch von Stein- und Lezmahagowkohle anzufertigende Gas mit einer unter höchstens 10 mm. Druck brennenden, stündlich 120 Eiter verbrauchenden Flamme regelmäßig acht z e h n mal heller zu brennen habe als die 47 mm. hohe Flamme der Normalkerze, die Leuchtkraft im Monatsdurchschnitt nicht unter 17, in Einzelfällen nie unter 16 Kerzen herabgehen dürfe, und demgemäß dann der Preis auf 23 Pf. statt wie bisher auf 25 für den Cubikmeter festgesetzt werde. Mit diesen Vorschlägen im übrigen einverstanden, glaubt die Verwaltungsdeputation eine Preisermäßigung nur im Betrage von einem Pfennig zugestehen zu können, weil andernfalls bei der geringsten Steigerung der Kohlenpreise entweder mit Verlust gearbeitet oder aber der Gaspreis wiederum erhöht werden müßte, der Satz von 24 Pf. aber bei der vorgeschriebenen Lichtstärke im Verhältniß zu dem Gaspreise anderer Orten immer noch billig ist. Der Magistrat hat diese Einwendung als begründet anerkennen müssen und giebt der Versammlung demnach in einem Schreiben vom 29. v. M. übereinstimmende Beschlußfassung anheim.

Einer anderweitigen Festsetzung bedarf ferner die seitens der Stadt an die Gasanstalt zu zahlende Aversionssumme für die öffentliche Beleuchtung, da der bisherige Betrag von 9840 Rthlr nach der inzwischen eingetretenen erheblichen Vermehrung der Straßenlaternen die Gasanstalt nicht mehr schadlos hält. Falls das Deficit

nicht etwa durch einen Aufschlag auf den Privatconsum gedeckt werden soll, was nach Ansicht des Magistrates nicht zu rechtfertigen wäre, werden in Zukunft laut Bericht der Direction des Gaswerkes vom 19. März für jede Nachtlaterne 80, für jede Abendlaterne 42 Mark, insgesammt also 42,260 Mark jährlich zu vergüten sein. In Erwägung nun, daß vertragsmäßig aus der Staatskasse für die Straßenbeleuchtung auf je 1000 Mark 350 Mark beizutragen sind, und diese Verpflichtung sich billigerweise nicht auf die Straßen der innern Stadt beschränken läßt, hat die Deputation bei Empfehlung der vorgeschlagenen neuen Normirung beantragt, daß Herzogliche Landesregierung veranlaßt werde, ihren Beitrag nunmehr auf 12,889 Mk 30 Pf. zu erhöhen, wonach denn aus der Stadtkasse nur noch 29,370 Mark zu zahlen wären. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage ebenfalls an,

wie derselbe denn ebenso wie die vorgeschlagenen neuen Bestimmungen über Lichtstärke und Preis des Gases auch seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen wird.

Herr Ding führt an, daß je 1000 Cubikfuß Gas in diesem Jahre zu London 3,70, zu Berlin 4 30, zu Amsterdam 5, zu Wien 5,64, zu Paris 6,70 Mark kosten. Hier wird nach der letzten Preisstellung der Preis für das nämliche Quantum circa 5,55 Mark betragen, was vergleichsweise gewiß immer noch theuer ist und eine weitere Herabsetzung sehr wünschenswerth erscheinen läßt. Wenn nun auch richtig sein mag, daß die Leuchtkraft des hiesigen Gases eine bessere ist, so wird andererseits doch auch nicht geleugnet werden können, daß selbiges leichter geworden ist als es früher war. Wenigstens hat Redner voriges Jahr, obgleich seine Flammen nicht stärker benutzt wurden, ein Sechstel mehr consumirt als vorher.

Herr Reuter hält dieser Schlußfolgerung entgegen, daß, da contractlich ein bestimmtes Quantum Gas ein bestimmtes Quantum Licht zu liefern hat, die Schwere des Gases, welche übrigens ebensowohl in guten wie in schlechten Eigenschaften begründet sein kann, gar nicht in Betracht kommt, wohl aber die Leuchtkraft, deren Stärke man demnach bei Beurtheilung des Preises nothwendig mit in Anschlag bringen muß, wenn die Zahlen irgend welchen Werth haben sollen. Stellt man die Rechnung aber auf diese Art an, so ergiebt sich, daß das Gas hier unverhältnißmäßig billig ist. Braunschweig ist außer Bremen und Frankfurt a. M. die einzige Stadt in Deutschland, wo bei der Gasfabrication regelmäßig schottische Cannelkohle in großen Mengen zu Hilfe genommen wird, um eine möglichst hohe Leuchtkraft zu erzielen; in allen anderen Städten begnügt man sich mit gewöhnlichem Steinkohlengase, von dem notorisch 5 Cubikfuß engl. (141,5 Liter) im günstigsten Falle ein Licht gleich 12,5 Kerzen zu geben vermögen, während bislang hier 4 Cubikfuß engl. (113,2 Liter) ein Licht gleich 20 Kerzen geben mußten. Freilich ließ sich auch nach dem Abbau der besten schottischen Cannelkohle, des Boghead, die bisherige hohe Leuchtkraft des Gases einhalten, indem man statt des Boghead Braunkohlenöl,

Petroleum oder ähnliche Stoffe den westfälischen Kohlen zusetzte. Allein da eine solche Fabrication mit großer Feuergefähr verbunden ist, die Leuchtkraft des so gewonnenen Gases auch großen Schwankungen unterliegt, weil dessen bestleuchtende Theile durch längere Ansammlung in den Gasometern oder durch die Länge des Weges, welchen das Gas in dem Röhrenneße zurücklegen muß, bevor es an die Brenner gelangt, leicht condensiren, so hat man es nicht für rathlich halten können, zu solchen Zusätzen zu greifen, hier vielmehr vorgezogen, ein möglichst gutes Gas durch starke Zusätze von schottischer Leśmahagow-Cannelkohle herzustellen und neben der bisherigen Leuchtkraft auch den Preis des Gases herab zu setzen. Vergleicht man nun Preis und die Leuchtkraft, wie beides hier jetzt festzustellen empfohlen wird, mit den entsprechenden Normen andrer Städte, so ergiebt sich Folgendes. Das Berliner Steinkohlengas liefert 17 Lichtstärken bei einem Consum von 195 Liter in der Stunde; der Preis beträgt 16 Pf. pro Cbm., eine Kerze Licht kostet demnach stündlich 0,183 Pf. Das Bremer Gas aus Steinkohlen und Cannelkohlen giebt 12 Kerzen Licht bei einem Consum von 102 Liter in der Stunde; der Cbmeter kostet dort 25 Pf., eine Kerze Licht stündlich 0,212 Pf. Das hiesige Gas soll für gewöhnlich 18 Kerzen Licht geben bei einem Consum von 120 Liter in der Stunde; der Cbmeter soll 24 Pf. kosten, ein Kerze Licht demnach stündlich 0,160 Pf. Die Consumenten erhalten also für einen Pfennig auf die Dauer einer Stunde ein Licht in Berlin gleich 5,44, in Bremen gleich 4,70, in Braunschweig gleich 6,25 Kerzen, wonach denn die Stadt Braunschweig das zur Straßenbeleuchtung erforderliche Licht, der Vorlage zufolge um 69 % billiger erhält als die Stadt Berlin. — Wichtig ist, daß den Fabricationskosten nach hier der Preis auf 23 Pf. herabgesetzt werden könnte, wie dies denn die Direction des Gaswerks ursprünglich selbst beantragt hatte. Sie hat dann aber den Erwägungen der Commission Recht geben müssen, bei denen insbesondere die leßthin gemachten bedeutenden Aufwendungen für Erweiterung des Gaswerks ins Gewicht fielen. Diese Erweiterung war unvermeidlich geworden, weil die vorhandenen Anlagen in den Perioden des stärksten Consums nicht mehr ausreichten, während dieselben sonst noch vollkommen genügt hätten. In Folge dieser Verhältnisse ist das neue Werk nur während einiger Wochen des Jahre im Betriebe; da aber Gaswerke nur dann gut rentiren, wenn ihre Leistungsfähigkeit besser ausgenutzt werden kann, so muß es sich hier jetzt in der That als ein Gebot der Vorsicht darstellen, auf Abschreibungen Bedacht zu nehmen, wie sie bei dem Preise von 23 Pf. allerdings zweifelhaft sein würden.

Herr Nieß weist darauf hin, daß nach den vorliegenden Anträgen die Leuchtkraft des Gases um 11 %, der Preis dagegen nur um 4 % herabgesetzt werden soll. Er befürchtet, daß dieses Mißverhältniß der dem Gase schon jetzt nicht ungefährlichen Concurrenz des Petroleums noch mehr zu statten kommen werde, und richtet demnach an Herrn Reuter die Frage, ob er es unter diesen Umständen nicht für

kaufmännisch richtiger halte, seinen ersten Vorschlag gegen den der Commission aufrecht zu erhalten.

Dem gegenüber beruft Herr Schöttler sich auf die Erfahrung, daß die Mehrzahl der Consumenten das Gaslicht dem Petroleumlichte trotz dessen größerer Wohlfeilheit vorziehen. Wäre aber wirklich Grund zu der von Herrn Nieß angeregten Befürchtung, so könnte dies nur ein Antrieb mehr sein, die Rentabilität der Gasanstalt nicht durch eine weitergehende Preisermäßigung noch stärker zu gefährden. Uebrigens findet Redner die Berechnung Herrn Reuters noch an einem andern Beispiel bestätigt. In Magdeburg, wo man gegenwärtig ebenfalls damit umgeht, ein Gas von stärkerer Leuchtkraft zu produciren, gab das bisher gelieferte reine Steinkohlengas bei einem Consum von 5 Cubikfuß in der Stunde ein Licht von 12 Kerzen; in hiesiger Stadt, bei 4 Cubikfuß stündlichen Consums, war die Lichtstärke bisher gleich 19 und wird sie in Zukunft gleich 17 Kerzen sein. Hält man damit die beiderseitigen Preise zusammen so wird der hiesige Satz von 24 Pf. für den Cubikmeter keinesweges theuer erscheinen können.

Nachdem damit die Debatte geschlossen ist,

werden Lichtstärke und Preis des Gases nach den Vorschlägen des Magistrates und der Commission festgestellt.

Zum zweiten Puncte der Vorlage

weist Herr Winter auf die an vielen Stellen gradezu schreiende Unzulänglichkeit der bisherigen Straßenbeleuchtung hin. Während in Magdeburg durchschnittlich auf je 50 Schritt, in den neuen Stadttheilen sogar auf je 36 Schritt, drei Laternen aufgestellt sind, trifft man deren hier erst je nach 60—100, ja auf gewissen Strecken innerhalb der Stadthore und in lebhafter Gegend erst nach je 150 Schritten die zweite an. Rednerkennt nicht, daß dieses Mißverhältniß durch die größere Leuchtkraft des hiesigen Gases einigermaßen ausgeglichen wird, und daß andererseits auch die unverhältnißmäßige Ausdehnung unserer Stadt die öffentliche Beleuchtung erheblich vertheuert. Gleichwohl möchte er bei der bevorstehenden anderweitigen Normirung der Kosten auf Befriedigung des allgemeinen und neuerdings erst noch beim Magistrate durch eine Eingabe des Bürgervereins zum Ausdruck gebrachten Wunsches nach besserer Beleuchtung Bedacht genommen sehen und zu dem Ende einmal eine zweckdienliche Vermehrung der Straßenlaternen und sodann die Unterhaltung von Nachtlaternen vor den Thoren in Anregung bringen.

Herr Reuter gesteht zu, daß die hiesige Straßenbeleuchtung bisher nicht an allen Stellen für genügend gelten konnte, hält diesen Uebelstand aber durch die bei der Verwaltungsdeputation in einem Berichte der Direction des Gaswerks vom 19. März d. J. vorgetragenen Thatsachen hinlänglich erklärt. Wie Herr Winter

selbst schon angedeutet, entsteht die Hauptschwierigkeit aus dem unverhältnißmäßig großen Umfange der Stadt: der Seelenzahl nach die vierundzwanzigste unter den deutschen Städten, nimmt selbige nach Maßgabe ihrer räumlichen Ausdehnung zur Zeit die vierte Stelle ein. Dieser Umstand vornehmlich hat es zuwege gebracht, daß statt der 1863 beim Uebergang des Gaswerks an die Stadt vorhandenen 540 Laternen mit insgesammt 943,480 Brennstunden und 17,311,520 Kerzen Lichtwirkung jährlich, zu Ende vorigen Jahres 780 Laternen mit 1,656,000 Brennstunden und 32,772,000 Kerzen Lichtwirkung zu unterhalten waren, eine Leistung, die zu Selbe auf 55,884 Mark anzuschlagen ist. Gleichwohl ist inzwischen die aus der ~~der~~ Stadtkasse gezahlte Aversionalvergütung von 9840 Rthlr (29,520 Mark) nicht erhöht, und eben durch den so entstandenen Ausfall in Verbindung mit der unverhältnißmäßigen Höhe der Kohlenpreise während dreier Jahre das Gaswerk in die Nothwendigkeit versetzt worden, die für die neuen Erweiterungsanlagen erforderlichen Mittel, welche ursprünglicher Absicht des Redners nach aus den Betriebsüberschüssen hätten entnommen werden sollen, durch eine Anleihe aufzubringen. Noch weitergehende Zugeständnisse an die Straßenbeleuchtung würden unfehlbar dahin geführt haben, daß entweder die nothwendigen Abschreibungen und Amortisationen hätten eingeschränkt oder aber die Privatconsumenten verkürzt werden müssen, welches letzteres factisch einer Beleuchtungssteuer gleichgekommen wäre. Wenn demnächst nun die aus der Stadtkasse zu leistende Vergütung beantragter Massen nach Anzahl und Brennzeit der unterhaltenen Laternen zu bemessen ist, so wird es für die Folge in das Güttdünken der Versammlung gestellt sein, ob und welche Verbesserungen der öffentlichen Beleuchtung durch die finanziellen Verhältnisse gestattet sind.

Herr Nieß, welcher die überaus klägliche Beschaffenheit der öffentlichen Beleuchtung insbesondere in den Straßen der Außenstadt lediglich bestätigen muß, erklärt dem vorliegenden Antrage vornehmlich in der Voraussetzung beistimmen zu wollen, daß die neue Normirung der Aufwendungen dafür die wünschenswerthe Besserung jenes Zustandes ermöglichen werde.

Herr Schöttler anerkennt dieses Bedürfniß ebenfalls und glaubt dessen Befriedigung wenigstens bis zu einem gewissen Grade in Aussicht stellen zu können, da diese Absicht zu den in Frage stehenden Neuerungsvorschlägen in der That wesentlich mitgewirkt hat, und nur deswegen auch jene Petition des Bürgervereins noch nicht zur Verhandlung gekommen ist. Die Angaben Herrn Winters freilich vermag er nicht für unbedingt zuverlässig zu halten. Wenn zu Magdeburg am Breiten Wege vielleicht je auf 12 Schritt eine Laterne kommt, so ist das ein Ausnahmefall, wie er hier z. B. am Bohlwege den Schloßplatz entlang ebenfalls stattfindet, in anderen Straßen dagegen ist dort, eigner Wahrnehmung des Redners zufolge, das Verhältniß kein soviel anderes wie hier; denn falls dort wirklich hie und da einige Laternen mehr stehen, so muß dabei eben die geringere Lichtstärke des reinen Steinkohlengases

in Anschlag gebracht werden. Thatsache ist jedenfalls, daß in Magdeburg für eine Nachtlaterne bei 5 Cubikfuß stündlichen Consums 105 Mark vergütet werden, während hier für eine solche unter gleichen Bedingungen 80 Mark in Anschlag gebracht sind, ein Preis der nur eben die Selbstkosten des Gaswerks deckt.

Herr Winter hält seine Behauptungen mit der Versicherung aufrecht, daß selbige auf Beobachtungen beruhen, die er eigens zum Zweck einer Vergleichung der dortigen und hiesigen Verhältnisse angestellt.

Nachdem zur Beurtheilung der Frage Herr v. Seckendorff ferner angeführt hat, daß Berlin bei einer Bevölkerung, welche siebenzehnmal größer ist als die hiesige, nur 9020 öffentliche Laternen, also nicht ganz die zwölfwache Zahl der hier vorhandenen unterhält,

beschließt die Versammlung den vorliegenden Anträgen gemäß.

III. Laut eines Magistratschreibens vom 2. d. M. hat die Tochter und einzige Erbin des am 8. Januar d. J. verstorbenen Kaufmanns Conrad Brede, Freifrau v. Bernewitz hieselbst, nachdem sie unter Ablehnung eines vorhandenen Testaments den väterlichen Nachlaß als Intestaterbin angetreten, zwar das in diesem Testamente der Armen- und Wegebesserungskasse ausgesetzte Legat von 45 Mark ausbezahlt, dessen Erhöhung aber auf den gesetzlichen Betrag von $\frac{1}{6}$ Proc. des Nachlasses, wozu sie als Intestaterbin sich nicht verpflichtet hält, verweigert und sich dagegen zu einer Schenkung von je 1500 Mark an das Marienstift, die Bürgerhilfskasse und die Kleinkinderbewahranstalt mit der Versicherung erboten, daß diese Summe von 4500 Mark die gesetzlich zu beanspruchende Nachzahlung erheblich übersteige. Demnach steht zur Entscheidung, ob die städtischen Behörden auf diese Nachzahlung im Wege des Processus dringen oder aber darauf gegen die angebotene Schenkung verzichten wollen. Die rechtliche Sachlage anlangend, zweifelt der Magistrat zwar nicht, daß die Stadt in solchem Prozesse obsiegen würde, da das römische Recht auf den Fall, daß ein Erbe die Erwerbung des Erbrechts geistentlich zum Schaden der Legatarien unterläßt, letzteren ausdrücklich die Befugniß zur Klage sichert, die Abgaben zur Armen- und Wegebesserungskasse aber langjähriger Gerichtspraxis zufolge als *legatum necessarium* anzusehen ist, und wenn auch in gegenwärtigem Falle durch die angebotenen Schenkungen der Verdacht eines Eigennutzes der Erbin ausgeschlossen erscheint, sich immerhin doch in deren Vorgehen die Absicht einer Benachtheiligung der genannten beiden Kassen kundgibt. Andererseits zieht der Magistrat in Erwägung, daß die Erbin, nachdem sie in dem Prozesse unterlegen, von jenem ihrem freiwilligen Erbieten voraussichtlich zurücktreten dürfte, dann aber den gedachten drei Wohlthätigkeitsanstalten ein namhafter Gewinn entgehen und zugleich die gesetzlich zu fordernde Nachzahlung an die Armen- und Wegebesserungskasse in der That höchst wahrscheinlich sehr viel geringer ausfallen würde als die angebotenen Schenkungen, indem der Wredesche Nachlaß sich

muthmaßlich kaum viel höher beziffern möchte als auf 300,000 Rthlr, eine Summe, für welche die gesetzliche Quote schon durch die der Kleinkinderbewahranstalt zugewandten 500 Rthlr. gedeckt ist. Indem endlich der Magistrat noch darauf hinweist, daß grade die Kleinkinderbewahranstalt von großem Nutzen für die hiesigen Armen und demgemäß die derselben zufallenden Legate stets auf die der Armenkasse gebührenden Quoten in Abrechnung gebracht sind, entscheidet er sich feineestheils für den vorgeschlagenen Vergleich, dessen Genehmigung er demnach auch der Versammlung anheimgiebt.

Die Statutencommission, für welche Herr Heymann berichtet, muß den vorgetragenen Zweckmäßigkeitsgründen um so entschiedener beipflichten, als sie, wie der Herr Referent ausführlicher begründet, abweichend von der Anschauung des Magistrates, für sehr zweifelhaft hält, ob sich unter den obwaltenden Umständen eine Verpflichtung der Erbin zu der fraglichen Nachzahlung juristisch würde construiren lassen, weil jene römischrechtliche Bestimmung nur da Platz greift, wo die dolose Absicht erweislich ist, Verfügungen des Testators zum Nachtheil der Legatarien illusorisch zu machen — eine Absicht, für die sich in dem vorliegenden Falle nicht einmal eine Wahrscheinlichkeit geltend machen ließe. Seitens der Commission wird daher der Magistratsantrag ebenfalls zur Annahme empfohlen.

Herr Nieß wirft die Frage auf, ob die unbedingte Annahme des vorgeschlagenen Vergleichs nicht dahin führen könne, daß in Zukunft überhaupt die Anerkennung gerichtlicher Testamente verweigert und so die gesetzliche Steuerverpflichtung umgangen werde. Abgesehen hiervon aber kann Redner in vorliegendem Falle die angebotenen Geschenke an milde Stiftungen auch als befriedigenden Ersatz nicht ansehen, zumal er überzeugt ist, daß diese Geschenke unter allen Umständen gemacht sein würden: werde für eins derselben doch schon heute, bevor also der fragliche Vertrag genehmigt worden, seitens der Kleinkinderbewahranstalt in öffentlichen Blättern gedankt, wonach denn dieses Geschenk wenigstens bei dem Beschlusse der Versammlung füglich gar nicht mehr in Betracht zu ziehen sei.

Herr Heymann weist nach, daß die angedeutete Consequenz nur in ganz bestimmten und jedenfalls sehr seltenen Fällen zu befürchten stände, dann nämlich, wenn der Testamentserbe zugleich einziger Intestaterbe ist und zugleich für die Nichterfüllung der ihm durch das Testament auferlegten Verpflichtungen mit gleicher Wahrscheinlichkeit wie hier eine justa causa omittendi geltend machen kann.

Herr Jasper ist in der Lage, mit aller Bestimmtheit versichern zu können, daß die angebotene Summe dem Betrage der schuldigen Erbschaftsteuer mehr als hinlänglich entspricht, und daß Freifrau v. Bernewitz bei ihrem Erbieten lediglich von dem Wunsche geleitet ist, diesen Betrag den bewußten drei Wohlthätigkeitsanstalten zu gut kommen zu sehen.

Herr Schöttler. Ob die erwähnte Zahlung an die Kleinkinderbewahranstalt

unter Voraussetzung der Annahme des vorgeschlagenen Vergleichs erfolgt sei oder nicht, werde auf die bevorstehende Beschlußfassung billiger Weise einen Einfluß überhaupt wohl nicht, keinesfalls aber derart wie Herr Nieß für angezeigt hält, sondern höchstens in dem Sinne ausüben können, daß die Versammlung nach dieser Bezeugung des guten Glaubens der Geberin den vorgeschlagenen Vergleich um so eher zu genehmigen sich bereit finden lasse.

Nachdem die juristische Seite des Gegenstandes nochmals durch den Herrn Vorsitzenden und Herrn Stadtrath Rittmeyer erörtert ist, wird der Vergleich genehmigt.

Zur Berathung steht ferner

IV. eine mit zahlreichen Unterschriften hiesiger Einwohner versehene Petition um Aufhebung des Statuts vom 21. Juli 1869, den Maulkorbzwang der frei umherlaufenden Hunde betreffend.

In Erwägung, daß Herr Lucius, welcher zu dieser Eingabe in besonders naher Beziehung steht, nicht anwesend ist, beantragt Herr Krampe den Gegenstand von der Tagesordnung abzusagen.

Herr Graf Görz-Brisberg als Referent der Statutencommission hält dieses Bedenken für gegenstandslos, sofern das Commissionsvotum für heute überhaupt noch nicht auf einen materiellen Antrag hinausläuft. Auf alle Fälle giebt Redner anheim, den reglementarischen Antrag bis nach Entgegennahme des Commissionsberichtes vorzubehalten,

wozu Herr Krampe sich bereit finden läßt.

Herr Graf Görz-Brisberg theilt demnach zunächst den wesentlichen Inhalt der Petition mit, in welcher mit Hinweis auf die augenfälligen Erfahrungen und unter Berufung auf die Ansichten einer thierärztlichen Autorität ausgeführt wird, daß der Maulkorbzwang lediglich eine durchaus zweckwidrige Thierquälerei ist, indem er einerseits den Hund krank macht, ja den Ausbruch der Wuthkrankheit selbst, dem er entgegenwirken soll, gradesweges befördert, andrerseits mit voller Strenge gar nicht aufrecht erhalten werden kann, daß überdies aber seine Ausübung mit zahlreichen Unrechtfertigkeiten und empörenden Auftritten verbunden ist, die jedem geseglichten Sinne Hohn sprechen. Die Commission hat diesen Ausführungen ihre Zustimmung im allgemeinen nicht versagen können; sie glaubt auch, daß die angeführten Thatfachen sich noch um manche andere von ähnlicher Bedeutung vermehren ließen. Gleichwohl trägt sie Bedenken, ohne weiteres auf Befürwortung der Petition anzutragen, da sie vielmehr für wünschenswerth hält, daß selbige zunächst dem Magistrat und Herzoglicher Polizeidirection zur Prüfung vorgelegt werde mit dem Ersuchen, sich über die zu ihrer Kunde gekommenen Erfahrungen hinsichtlich der bisherigen Wirkung des fraglichen Statuts gegen die Versammlung auszusprechen.

Herr Steinau findet die vorgetragenen Gründe, deren er sich aus eigener

Wahrnehmung in jedem Puncte nur anschließen kann, durchaus dazu angethan, den Maulkorbzwang als eine gradezu gemeinschädliche Einrichtung auszuweisen, mit deren Abschaffung gar nicht schnell genug kann vorgegangen werden. Er bittet demnach, ohne weitem Zeitverlust in die Berathung der Petition einzutreten.

Der Herr Vorsitzende hingegen giebt zu bedenken, daß damit ein Zeitgewinn kaum zu erzielen sein dürfte, da der Magistrat jedenfalls doch erst mit Herzoglicher Polizeidirection in Verhandlung treten müßte. Geschieht dies aber vorher, so wird die Versammlung soviel besser in der Lage sein, über den Gegenstand zu befinden.

Herr Heymann möchte zu möglichster Beschleunigung den Commissionsantrag mit dem Zusatze versehen wissen, daß der Magistrat ersucht werde, falls er in die Aufhebung des Maulkorbzwanges willigen könnte, der Versammlung sogleich das erforderliche Statut vorzulegen,

was Herr Graf Görz-Wrisberg für überflüssig hält, da der Magistrat zur Vorlage eines solchen Statuts jederzeit befugt ist und damit in diesem Falle, wenn er es überhaupt für zulässig hält, keinesfalls säumen wird.

Nachdem der Herr Vorsitzende die nämliche Ueberzeugung ausgesprochen und seinerseits alles thun zu wollen erklärt hat, was zur Beschleunigung der Sache dienen kann,

zieht Herr Heymann seinen Antrag zurück,
und beschließt die Versammlung nach dem Antrage der Commission.

Schließlich

V. berichtet namens der Statutencommission Herr Heymann über den Entwurf einer neuen Schützenordnung, welcher von der Schützen-Schafferei in Abänderung derjenigen vom 30. August 1859 ausgearbeitet, in der nunmehr vorliegenden Gestalt von Magistrat und Herzoglicher Polizeidirection genehmigt und der Versammlung durch ein Magistrats Schreiben vom 12. des Monats ebenfalls zur Gutheißung empfohlen ist.

Mit einer Reihe meist redactioneller Modificationen, welche von der Commission nöthig befunden sind und von dem Herrn Referenten bei Verlesung des Entwurfes motivirt werden,

wird dieser ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Vertraulich wird über Steuersachen verhandelt.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 142. Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. Juni 1876.

Öffentlich:

Antrag des Herrn Lucius auf Erlass eines Statuts, die Ausübung der gewerbemäßigen Unzucht in hiesiger Stadt betreffend.

Genehmigung der Baupläne und Kostenanschläge der für die städtische Realschule noch erforderlichen Bauten.

Beschlußnahme über die Einrichtung von vier neuen Bürgerschulklassen.

Verpachtung des Kellers unter dem Neustadtrathhause.

Genehmigung eines Vergleichs wegen einer gegen die Stadt erhobene Entschädigungsforderung.

Desgl. der Kostenanschläge für die Nebenbauten der Bürgerschule an der Campestraße.

Entschuldigt die Herren Bracke, Jasper Schöttler, Solmih, Steinau.
Am Magistratsfische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Haake und Rittmeyer.

Vor Beginn der Tagesordnung stellt Herr Lucius den selbständigen Antrag:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, ihr baldthunlichst ein Statut, die Ausübung der gewerbemäßigen Unzucht in hiesiger Stadt betreffend, zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen.

Die Begründung dieses Antrags wird auf den Schluß der Sitzung vorbehalten.

Sodann, der Tagesordnung gemäß,

I. berichtet namens der Finanz- und der Schulcommission Herr Red:

Um die Wahl der erforderlichen Lehrer nicht übereilen, auch nicht Schüler mit ungenügender Vorbildung in die obersten Klassen aufnehmen zu müssen, wie dies

aller Wahrscheinlichkeit nach unvermeidlich sein würde, wenn man die Auswahl nur unter den Neueintretenden treffen könnte, hat der Magistrat im Einvernehmen mit dem Schulvorstande und dem Director Krumme beschlossen, zu Michaelis d. J. vorläufig erst die drei untersten Klassen der Realschule nebst der Vorschule zu eröffnen, die übrigen aber je nach einer halbjährigen Zwischenzeit sich anschließen zu lassen. Brauchen demnach zu Michaelis auch nicht alle Lehrer angestellt zu werden, so ist doch nöthig, über deren Zahl und die ihnen zu bewilligenden Gehalte sofort Bestimmung zu treffen. Nach den zwischen Director und Schulvorstand vereinbarten Vorschlägen wären außer dem Director anzustellen

1. ein womöglich aus dem Kreise der lutherischen Prediger hiesiger Stadt zu gewinnender Religionslehrer mit einem Gehalte von 1200 bis 1500 Mk jährlich nach Anzahl der ihm aufzutragenden Unterrichtsstunden;
2. ein durch Prüfung zugleich zum mathematischen Unterrichte tauglich befundener Zeichnenlehrer mit 2400 bis 4000 Mk Gehalt nach Maßgabe des mit ihm abzuschließenden Vertrages;
3. vier studirte Lehrer — zwei für Geschichte und Deutsch und für neuere Sprachen in den oberen Klassen, der dritte für Chemie und beschreibende Naturgeschichte, der vierte für Deutsch und Französisch in den unteren Klassen — sämmtlich mit einem Gehalte von je 2400 Mk beginnend und durch Zulagen von 300 Mark nach je drei Jahren zu dem Maximum von 5100 Mk aufsteigend;
4. vier Volksschullehrer, welche nach dem Ermessen des Directors sowohl an der Realschule wie an der Vorschule beschäftigt werden können, mit einem Anfangsgehalt von 1600 Mk, welcher ebenfalls durch Zulagen von 300 Mk nach je drei Jahren auf das Maximum von 3200 Mk gebracht werden soll.

Ueber die Anfangsgehälter der Lehrer, welche schon an anderen Schulen gedient haben, wird besondere Vereinbarung vorbehalten; auf die Zulagen soll jeder Lehrer dann Anspruch haben, wenn nicht nach Ansicht des Schulvorstandes erhebliche Bedenken gegen seine Amtsführung vorliegen. Wohnungszuschüsse dagegen werden nicht bewilligt. Laut eines Schreibens vom 16. v. M. ist der Magistrat mit diesen Vorschlägen einverstanden. Auch seitens der Commissionen werden selbige zur Genehmigung empfohlen,

wonach denn gleichermaßen auch die Versammlung sich ausspricht.

Ferner

II. sind mit einem Magistratschreiben vom 16. v. M. die Pläne und Kostenanschläge der zur Vollendung der neuen Realschule noch erforderlichen Baulichkeiten und Anlagen — Turnhalle, Abtrittsgebäude, Director- und Pedellenwohnung, Spiel-

pläze, Fußwege, Wasserabführung — der Versammlung zugegangen. Daß die Kosten über den Voranschlag vom 16. Januar 1874 hinausgehen, findet der Magistrat durch zweckmäßige Abänderungen und nothwendige Erweiterungen des ursprünglichen Planes im ganzen hinlänglich gerechtfertigt; ob durch Verminderung der zu pflasternden Fußwege oder durch Verzicht auf einen der projectirten Brunnen, auf die in Aussicht genommene Baumpflanzung und auf Beseitigung der innern Mauer Ersparnisse gemacht werden sollen, verstellt er zum Gutachten der Versammlung, indem er im übrigen die Genehmigung der Pläne und die Verwilligung der erforderlichen Mittel anheimgiebt und die Vorlage der Anschläge für die Gas- und Wasserleitung sowie für das Turngeräth und Schulmobiliar vorbehält.

Finanz- und Schulcommission, für welche Herr Kunzen berichtet, sind der Meinung, daß dem Magistrate zur Erwägung anheimzugeben sei, ob und welche Einschränkungen etwa an den Fußwegen eintreten könnten. Weitere Ersparnisse dagegen müßten sie für unzuweckmäßig halten und namentlich erscheint ihnen eine Bepflanzung der Spielplätze mit Linden, Kastanien oder anderen möglichst schattengebenden Bäumen dringend erforderlich. Mit dieser Maßgabe wird demnach von den Commissionen ebenfalls beantragt, die angeforderten Mittel zu verwilligen.

Herr Nieß wirft die Frage auf, ob die Versammlung für das Mal überhaupt noch ihre Zustimmung zu verweigern in der Lage sei und nicht etwa in dieser Angelegenheit gleichwie bei dem neulich zur Sprache gekommenen Vergleich mit den Brede'schen Erben die Genehmigung nur der Form wegen eingeholt werde, während in der Sache selbst keine Aenderung mehr möglich. Letztern Falls würde Redner es für zwecklos und überflüssig halten, zu bemerken, daß seines Erachtens die Kostenanschläge zu hoch bemessen sind und die fraglichen Bauten, insbesondere aber die Turnhalle billiger hergestellt werden könnten.

Herr Kunzen giebt zu, daß in Folge des lebhaften Drängens auf Fertigstellung der Schule der Bau der Turnhalle inzwischen soweit vorgerückt ist, daß daran im wesentlichen nichts mehr zu ändern sein dürfte,

was Herr Nieß denn auch aus eigener Wahrnehmung bestätigen kann und als Beweis geltend macht, daß mit der gegenwärtigen Vorlage nur noch einer sachlich gleichgültigen Form genügt sei.

Der Herr Vorsitzende hingegen stellt die Möglichkeit einer solchen Sachlage auf das entschiedenste in Abrede, da eine ohne Zustimmung der Versammlung getroffene Maßregel, falls die Versammlung nicht nachträglich darein willigte, unfehlbar doch wieder rückgängig gemacht werden müßte.

Herr Oberbürgermeister Caspary kann dieser Auffassung lediglich beipflichten, zur Rechtfertigung des in Frage stehenden Vorgehens aber auch anführen, daß die Vergrößerung der Turnhalle, welche für wünschenswerth gehalten wurde, damit sie zu-

gleich den Bedürfnissen des Turnvereins genüge, im Allgemeinen von der Versammlung selbst bereits gutgeheißen ist.

Nachdem Herr Flaggge noch darauf hingewiesen hat, daß sich zur Anpflanzung auf dem Schulhofe wegen ihres raschen Wachsthum's und reichlichen Laubschmucks eine gewisse Akazienart besonders eignen dürfte,

beschließt die Versammlung in Gemäßheit der Commissionsanträge:

Es folgt

III. Herr Reck mit dem Berichte der Schulcommission über ein Magistrats-Schreiben vom 26. v. M., laut dessen sich die Zahl der Kinder in den acht Bürgerschulen zu Ostern d. J. abermals um 277 vermehrt hat, und wenn diese auch zum Theil augenblicklich noch untergebracht werden könnten, mit Sicherheit doch vorauszu sehen ist, daß zu Michaelis vier neue Klassen, von denen drei vorläufig schon ins Leben getreten sind, vollständig organisirt und namentlich mit besonderen Lehrern versehen werden müssen. Demgemäß hat der Schuldirector beantragt, mit dem 1. Mai zwei Waisenhauslehrer und eine Lehrerin, erstere mit 1200, letztere mit 900 Mark Gehalt jährlich, zu Michaelis aber einen dritten Lehrer mit demselben Gehalte wie jene beiden anzustellen. Magistrat und Commission haben sich von der Nothwendigkeit dieser Anordnung überzeugt, wonach denn beiderseits die Verwilligung sowohl der angegebenen Gehaltssätze als auch der noch nicht zu bestimmenden Mittel zur Instandsetzung der neuen Klassen und einer Summe von höchstens 240 Mark für Anschaffung der nothwendigsten Unterrichtsmittel beantragt

und seitens der Versammlung ausgesprochen wird.

Ferner

IV. erklärt die Versammlung, einem Antrage des Magistrats vom 11. v. M. entsprechend, auf den von Herrn Kunken erstatteten Bericht der Finanzcommission sich einverstanden, daß der Keller unter dem Neustadtrathhause von bevorstehendem 1. October ab zu dem Miethpreise von jährlich 225 Mark auf sechs Jahr dem Weinbändler Büschhoff überlassen werde.

Wie weiter

V. namens der Statutencommission Herr Heymann berichtet, hat laut eines Magistrats-Schreibens vom 26. v. M. der Tischler Schniete, nachdem der von ihm gegen die Stadt wegen Eigenthumsstörung angestrengte Proceß zu seinen Gunsten entschieden ist, für den Schaden, welcher ihm durch Verweigerung der Erlaubniß zum Bauen erwachsen, eine Entschädigung im Betrage von 272 Rthlr beansprucht, nunmehr aber sich mit dem Magistrate auf eine Abfindung im Betrage von 300 M

verglichen hat. Die Commission hält diesen Vergleich ebenfalls für durchaus angemessen,

wonach derselbe denn ohne Weiteres auch von der Versammlung genehmigt wird.

Hierauf

VI. trägt Herr Graf Görz-Wrisberg als Referent der Finanz- und der Schulcommission Folgendes vor:

Nachdem der Bau des neuen Schulhauses an der Campestraße soweit gefördert ist, daß seine Vollendung zum 1. October d. J. zu erwarten steht, hat Stadtbaurath Tappe die Pläne und Kostenanschläge der nothwendigen Nebenanlagen eingereicht und die Verwilligung der dazu erforderlichen Mittel beantragt. Der Schulvorstand, mit den betreffenden Vorschlägen im allgemeinen einverstanden, hält in Anbetracht des hohen Betrages der angeforderten Summe eine Einschränkung, soweit solche ohne Nachtheil für die Sache etwa möglich wäre, für sehr wünschenswerth, hat deren Bestimmung aber den städtischen Behörden anheimstellen zu wollen erklärt. Das Gutachten des Magistrates, wie solches in einem Schreiben vom 26. v. M. vorliegt, geht nun dahin,

1. daß gegen die Situation der Turnhalle und der Retiraden nicht zu erinnern ist, und insbesondere diese Gebäude dem Schulhause nicht näher gerückt werden könnten, ohne den Spielplatz einzuengen, was bei der voraussichtlich sehr bedeutenden Frequenz der Schule nicht unbedenklich wäre;

2. daß ebensowenig die solide und anständig, aber mit Verzicht auf jeden Luxus projectirte Ausführung dieser Gebäude zu beanstanden ist;

3. daß für das Mobiliar des Schulhauses und der Turnhalle nicht mehr in Ansatz gebracht ist als der Schuldirector in allen früheren Fällen nothwendig erachtet hat;

4. daß die Anforderung für Einfriedigungen des Grundstücks allerdings kostspielig erscheint, aber nicht wohl abgemindert werden kann, wenn die Vorrichtung dem Zwecke genügen soll, daß insbesondere aber die Thüren vor den beiden Haupteingängen zur Schule unentbehrlich sind, weil ohne sie diese Eingänge namentlich im Winter schwerlich hinreichend beaufsichtigt werden könnten;

5. daß hingegen die Positionen für Instandsetzung des Hof- und Spielplatzes entbehrlich und demnach abzusehen sein dürften, wie denn auch

6. die Herrichtung eines Quellbrunnens bis dahin ausgesetzt werden könnte, daß sich die Beschaffenheit des Wassers aus dem von der Wasserleitung zu speisenden Brunnen als ungenügend herausstellt.

Die Commissionen, welche die vorliegenden Kostenanschläge ebenfalls einer eingehenden Prüfung unterzogen haben, verkennen die gute Absicht dieser Ersparnisvorschläge nicht, tragen gleichwohl aber Bedenken, sich denselben anzuschließen. Bei

Instandsetzung der Hof- und Spielplätze handelt es sich nicht etwa nur um Anpflanzungen, sondern auch um angemessene Herrichtung des Areals, und auch erstere erscheinen um so nothwendiger, als nach dieser Seite die Luftöffnungen für die Heizung hinausgehen, welche vor Staub möglichst geschützt werden müssen, wozu am besten dichtes Gebüsch sich eignet. Diese Anpflanzungen müssen dann aber von den Spielplätzen deswegen abgeschlossen werden, weil andernfalls die Schuljugend sich den Augen der beaufsichtigenden Lehrer vielfach entziehen und dadurch mancherlei Ordnungswidrigkeiten veranlassen würde. Auch die Befriedigung der Freitreppen kann ohne Gefahr nicht wohl entbehrt werden, und ebenso dringend scheint sich endlich die Anlage eines Quellsbrunnens zu empfehlen, weil anerkannter Maßen möglichst gutes Trinkwasser zu den ersten Bedürfnissen einer wohlausgestatteten Schule gehört, solches aber nach Ausweis der Brunnen auf den benachbarten Grundstücken gerade an dieser Stelle mit Sicherheit zu erwarten ist. Nach dem allen können die Commissionen nur anheimgeben, den Anforderungen des Stadtbauraths gemäß die Kosten

für die Turnhalle mit	20340 Mark,
» das Abtrittsgebäude	9300 »
» die Instandsetzung des Hof- und Spielplatzes mit	10500 »
» die Einfriedigungen	9200 »
» einen Quellsbrunnen	553 »
» das nöthige Mobiliar	16130 »

insgesammt also mit 66,023 Mark ohne Einschränkung zu verwilligen.

Herr Reuter spricht sein Befremden aus, daß bei dieser Gelegenheit das Stadtbauamt nicht zu Rathe gezogen ist. In Betreff des Brunnens theilt er die Ansicht des Magistrats, da alle Uebelstände der Wasserleitung binnen kurzem beseitigt sein werden, die Anwohner der Campestraße aber das Leitungswasser auch in seiner jetzigen Beschaffenheit schon dem Brunnenwasser ihrer Grundstücke vorziehen, woraus zu entnehmen, daß letzteres doch wohl nicht von solcher Güte sein dürfte, wie von den Commissionen vorausgesetzt wird.

Herr Reck möchte vor Entscheidung dieser Frage das Brunnenwasser dieser Gegend und am liebsten auch dasjenige, welches mittels einer Probebohrung auf dem Schulgrundstücke selbst gewonnen wird, genauer Untersuchung unterzogen und falls diese befriedigend ausfällt, in Anbetracht der gegenwärtigen unbestreitbaren Mängel des Leitungswassers lieber doch einen Brunnen hergerichtet wissen.

Die Bedenken Herrn Mantes gegen die Höhe der für die Umfassungsmauer angelegten Kosten

erledigen sich, indem Herr Graf Görz Wrisberg nachweist, daß in der betreffenden Position auch die Mittel zur Herstellung eines eisernen Staketes mit einbegriffen sind.

Herr Nieß, auf den höchst augenfälligen Unterschied zwischen den Kosten der

Turnhalle dieser Bürgerschule und der der städtischen Realschule hinweisend, wirft die Frage auf, ob hier etwa an deren innerer Einrichtung und aus dem Grunde gespart worden, weil man für die Realschule höhere Ansprüche glaube stellen zu müssen wie für die Volksschule.

Herr Graf Görz-Wrisberg erwidert, daß in dem Berichte des Stadtbauraths Tappe ausdrücklich hervorgehoben ist, wie diese Turnhalle im innern genau so wie die aller anderen Schulen eingerichtet werden soll, und daß die höheren Kosten der Realschulturnhalle sich lediglich aus deren opulentem Außern erklären, welches wiederum aber nicht in einer grundsätzlichen Bevorzugung dieser Schule, sondern in den Erfordernissen der nächsten Umgebung seinen Grund hat.

Herr Reck bestätigt, daß auch bei Einrichtung der andern Turnhalle auf nichts verzichtet ist, was irgend nothwendig oder zweckmäßig erscheinen könnte. Falls dabei dennoch die eine oder andere Abweichung zum Vorschein kommen sollte, so rühre das daher, weil an beiden Orten eben verschiedene Bedürfnisse ins Auge zu fassen waren, indem dort ausschließlich für Knaben und zwar für ältere, hier für Mädchen und für Knaben jüngern Alters zu sorgen ist.

Herr Rieß constatirt, daß die Turnhalle der Bürgerschule sich auf 78, die der Realschule auf 107 Mark für den Quadratmeter, letztere also circa um 28% höher als erstere stellt, und somit nach den soeben erlangten Aufklärungen für äußern Schmuck an der Realschulturnhalle etwa 5000 Mark aufgewandt sind — eine That- sache, die er dem Urtheil der Versammlung anheimstellen will.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist,

genehmigt die Versammlung den vorliegenden Anschlag mit Ausnahme der einen Position für den Quellbrunnen, hinsichtlich dessen sie dem Magistrate zunächst die von Herrn Reck angeregte Untersuchung anheim zu geben beschließt.

Schließlich

motivirt Herr Lucius seinen zu Anfang der Sitzung eingebrachten selbständigen Antrag wie folgt.

Nach § 361 des Reichsstrafgesetzbuches und dem Landesgesetze vom 26. Februar 1876 soll mit Haft bestraft werden eine wegen gewerbmäßiger Unzucht der polizeilichen Aufsicht unterstellte Weibsperson, wenn sie den zur Sicherung der Gesundheit, der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Anstandes erlassenen polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt. Desgleichen solche, die ohne polizeilicher Aufsicht unterstellt zu sein gewerbmäßig Unzucht treibt. Das Gesetz vom 16. October 1873, die Handhabung der Sittenpolizei betreffend, verpflichtet die Polizeibehörde, solche Frauenzimmer, die entweder auf Grund statutarischer Bestimmungen einen Erlaubnißschein zum Betriebe gewerbmäßiger Unzucht im Gemeindebezirk haben, oder aus anderen im Gesetze näher bezeichneten Gründen eines liederlichen Lebenswandels verdächtig

sind, polizeilich zu überwachen, zu welchem Zweck der Polizei namentlich die Befugniß zuertheilt wird, die Wohnungen der betreffenden Personen jederzeit zu betreten und letztere körperlich untersuchen zu lassen. Könnte hiernach die Ausübung der gewerblichen Unzucht nach Maßgabe der bestehenden polizeilichen Vorschriften gewissermaßen freigegeben scheinen, so gewinnt die Sache doch eine andere Gestalt durch die neue Redaction des Gesetzes wegen Bestrafung der Polizeiüberschreitungen, laut welcher Weibspersonen nur in denjenigen Orten, wo solches durch Ortsstatut gestattet ist, gewerbsmäßig Unzucht treiben dürfen. Da in hiesiger Stadt ein derartiges Statut zur Zeit noch nicht erlassen worden, so tritt hier das seltsame Verhältniß ein, daß die Polizei kraft der vorerwähnten gesetzlichen Bestimmungen die zu jenem Gewerbe sich bekennenden oder desselben verdächtigen Frauenzimmer angeführter Maßen überwachen läßt, gleichwohl aber jeden einzelnen zu ihrer Kenntniß gelangenden Fall gewerblicher Unzucht mit der gesetzlichen Strafe belegt. Dem gegenüber muß sich die Frage aufdrängen, ob es nicht zweckmäßig und an der Zeit wäre, die gewerbliche Unzucht auch hier nunmehr durch ein Statut zu regeln. Die gegen eine derartige Maßregel etwa geltend zu machenden Bedenken werden der Ueberzeugung des Redners nach vor einer besonnenen Prüfung nicht bestehen können. Handelt es sich doch um ein Uebel, welches sich nie vollständig wird beseitigen sondern nur mehr oder weniger abschwächen und unschädlich machen lassen; und daß die gänzliche Aufhebung der Bordelle in der That ein doctrinärer Fehlgriß gewesen ist, weist schon jetzt der Erfolg satksam aus. Weit entfernt, daß die Sittlichkeit dadurch gefördert wäre, haben Liederlichkeit und geschlechtliche Ausschweifungen seitdem nur noch in weiteren Kreisen und ungleich verderblicher als früher um sich gegriffen. Vergnügungsorte mit weiblicher Bedienung, Lingeltangelwirthschaften, geheime Bordelle sind wie Pilze aus der Erde geschossen, zum Verderben namentlich der unreifen Jugend, welche hier ungleich leichter als in öffentlichen Bordellen Zutritt findet, die Phantasie vergiftet und auf den Weg der Unsittlichkeit, ja des Verbrechens verlockt wird, wie unter anderm schon die in reißender Zunahme allwöchentlich von den Gerichten abzuurtheilenden Fälle von Diebstahl und Unterschlagung beweisen, welche von jugendlichen Personen, von Lehrlingen und Commis zum Schaden ihrer Meister und Principale, von Söhnen an ihren Eltern verübt werden. Aus diesen Erwägungen ist der Antrag hervorgegangen, für welchen Herr Lucius zunächst die Unterstützung der Versammlung erbittet.

Dieselbe wird in genügendem Maße gewährt, der Antrag an die Statutencommission überwiesen,

und damit die Sitzung geschlossen.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 14.9 Stücke des 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 8.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. Juni 1876.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten:

Wahl eines besoldeten Magistratsmitgliedes.

Anfragen des Herrn Rieß, wegen der Bekanntmachung vom 6. Juni, die Anstellung vier seminaristisch gebildeter Lehrer betreffend, und wegen Unterbringung acuter Geisteskranken.
Interpellation Herrn Steinaus in Betreff der Eigenthums- und Nutzungsrechte am Kleinen Exercierplatze.

Genehmigung einer Canalanlage auf dem östl. Theile der Nebenstraße.

Desgl. eines Tauschvertrages über zwei kleine Parzellen des Schulgrundstückes an der Campestraße.

Beschluß über eine Subventionirung des Vereins zur Förderung des Kunstgewerbes.

Desgl. über die Anlage eines der Stadt zur fernern Dotirung des Kreiscommunalfonds überwiesenen Capitals.

Verwilligung zur Einrichtung von Dienstlocalen für das Bau- und das Standesamt.

Beschluß über den Verkauf zweier Bauplätze an der Karlsstraße.

Entschuldigt die Herren Ding, Jasper, Kunzen, Munte, Schöttler.
Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspary und die Herren Stadträthe
Bammel, Götte, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

In gemeinschaftlicher Sitzung

unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Caspary schreiten Magistrat und
Stadtverordnete zur Wahl eines besoldeten Stadtraths an Stelle des verstorbenen
Herrn Gustav Carstens.

Es werden 27 Stimmen abgegeben, sämmtlich für Herrn Polizeiaffessor Hermann Gebhard,
welcher hiernach, wie der Herr Vorsitzende bemerkt, zunächst mit dem reglementsmäßigen Minimalgehalte, angestellt werden und sein Amt hoffentlich am 1. Juli antreten wird.

Hierauf

eröffnet Herr Peters als Vorsitzender die Verhandlungen der Stadtverordneten.

Nach Genehmigung des Protocollés vom 18. Mai

theilt der Herr Vorsitzende zwei Interpellationen der Herren Nieß und Steinau mit.

Erstere lautet:

- 1) In der Bekanntmachung vom 6. d. M. die Anstellung vier seminaristisch gebildeter Lehrer betreffend, kommen die Worte vor: »bei treuer und gewissenhafter Dienstführung«. Gehören selbige nothwendig hieber, oder sind sie als ein Rest veralteter Schreibform aus dem Dienstreglement in die Bekanntmachung gerathen?
- 2) Was gedenkt der Stadtmagistrat zu thun in Hinsicht auf den scharf hervortretenden Uebelstand bei Unterbringung acuter Geisteskranken?

Herr Steinau stellt die Frage:

»Welche Schritte gedenkt die Stadtverordnetenversammlung zu thun, um die Eigenthums- und Nutzungsrechte am Kleinen Exercierplatze gemäß dem Beschlusse vom 21. August 1873 endlich zu ordnen, nachdem den bezüglichen Anträgen von Herzoglicher Landesregierung bislang nicht Folge gegeben und seit März 1875 überhaupt in dieser Sache nichts geschehen ist?«

Die Begründung dieser Anfragen wird bis nach Erledigung der tagesordnungsmäßigen Geschäfte vorbehalten.

Der Antrag des Herrn Lucius auf Erlass eines Statuts zur Regelung der gewerbsmäßigen Unzucht wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Statutencommission sowie auch der Antragsteller selbst nach den mit Herrn Oberbürgermeister Caspari und Herrn Polizeidirector Meyer gepflogenen Berathungen zu der Ansicht gelangt ist, daß es zweckmäßig sein dürfte, zunächst eine in näher Aussicht stehende Entscheidung des Obergerichts abzuwarten, welche voraussichtlich die Rechtslage klarstellen wird.

Demnach trägt

I. namens der Statutencommission Herr Lucius Folgendes vor.

Seitens der hiesigen National-Actien-Bierbrauerei war vor zwei Jahren mit dem Erbieten, die Hälfte der zu 1320 Rthlr veranschlagten Kosten zu tragen, die Anlage eines Canals beantragt, welcher das Wasser von der gedachten Brauerei und den übrigen Grundstücken am östlichen Ende der Nebenstraße in den Canal am Büstenwege abführen sollte. In einem Schreiben vom 9. August 1874 hatte der Magistrat die Genehmigung dieser Anlage und die Verwilligung der anderen 660 Mark bei der Versammlung empfohlen, diese dann aber durch Beschluß vom 21. desselben Monats sich ablehnend ausgesprochen, weil die fragliche Canalisirung zweckmäßig nur in Verbindung mit einer allgemeinen Canalisation schien zur Ausführung gebracht werden zu können. Da hierbei namentlich die Einführung von Schmutzwasser in den westlichen Umflutgraben für durchaus unzulässig erklärt wurde, hat der Magistrat die Petenten auf eine neue Eingabe vom 12. September 1874, worin dieselben eventuell einen höhern Beitrag zu den Kosten anboten, zunächst ohne weiteres abschläglich beschieden, schließlich jedoch ihrem Wunsche gemäß den Ingenieur Mitgau mit nochmaliger Prüfung der Verhältnisse beauftragt. Wie dieser nun in einem Gutachten vom 25. April d. J. dargelegt hat, könnte dem Ansuchen willfahret werden, wenn der Canal groß genug, um zugleich zur Entwässerung der benachbarten Grundstücke zu dienen, auf alleinige Kosten der National-Actien-Brauerei, jedoch unter Leitung des städtischen Wegebaubeamten und mit dem Vorbehalt hergestellt würde, daß nur Himmelswasser und das Wasser von geschmolzenem Eise hineingeleitet werde, und zwar nicht mittels einer directen unterirdischen Verbindung, sondern durch eine offene Gasse, daß ferner das Eigenthumsrecht daran alsbald an die Stadt übergehe, daß gleichwohl aber hiemit der Verbindlichkeit der Brauerei zu Beiträgen für eine allgemeine Canalisation demnächst in keiner Weise präjudicirt sei. Vorausgesetzt, daß die Petenten sich diesen Bedingungen unterwerfen, giebt nunmehr auch der Magistrat die Genehmigung dieser Anlage anheim.

Die Majorität der Commission hat sich für den Antrag ausgesprochen, eine Minorität aber diesem Votum nicht beitreten können, und zwar vorzugsweise aus dem Grunde, weil derartige partielle Anlagen bei der anerkannten Nothwendigkeit einer umfassenden Canalisation überhaupt nicht wünschenswerth erscheinen, zumal sie bei jedem ähnlichen Bedürfnissfalle als Präjudiz geltend gemacht werden könnten, damit aber eben jene gründliche Abhilfe, wie zunächst jetzt für die Actien-Brauerei, so auch fernerhin grade für die wichtigsten Interessenten entbehrlich werden und diese mithin sich jeder Beisteuer für das Unternehmen entziehen würden. Die Majorität hat dem entgegengehalten, daß eine allgemeine Canalisation, deren Kosten auf circa 3 Millionen Mark veranschlagt sind, sobald voraussichtlich doch nicht zu Stande kommen wird,

und sonach bei der erwiesenen Nothlage der Actien-Brauerei die Ablehnung des vorliegenden Gesuches eine offenbare Härte wäre, daß andererseits auch durch dessen Genehmigung ein Präjudiz in angegebener Weise nicht geschaffen sein würde, da ja die Versammlung über jeden Einzelfall der Art zu befinden hätte, und daß ebensowenig, nachdem einmal der Canal in den Besitz der Stadt übergegangen, diese also in der Lage sein wird, ihn nach Fertigstellung der allgemeinen Canalisation eingehen zu lassen, Grund zu der Befürchtung ist, die Actienbrauerei werde sich der überdies ausdrücklich vorbehaltenen Verpflichtung zu angemessenen Beiträgen für die allgemeine Canalisation irgendwie entziehen können. Alle diese Gegengründe indeß haben die Minorität von ihrem Votum nicht zurückbringen können, wonach denn die Commission zur Einhelligkeit über die vorliegende Frage nicht gelangt ist.

Bei der hierauf eröffneten Discussion

spricht sich Herr Nieß nicht nur zu Gunsten des fraglichen Gesuches, sondern weitergehend zugleich dafür aus, daß den Petenten gestattet werde, auch das Schmutzwasser der Brauerei durch den Canal abzuführen. Die Beschaffenheit der Okergräben, in denen wiederum schon seit vierzehn Tagen die Fische crepirt sind, kann seiner Ueberzeugung nach kaum noch verschlechtert werden; welche haarsträubende Zustände aber da vorliegen, wo man für derartige Abgänge lediglich auf Sentgruben angewiesen ist, wie diese sich sehr bald als wahrhafte Pestherde bemerklich machen, das zeigt ein Blick auf die noch uncanalisirten Straßen. Diesen Thatsachen gegenüber muß Redner jede Canalanlage, welcher Art immer sie sei, als einen wünschenswerthen Fortschritt begrüßen. Dagegen kann Herr Nieß im vorliegenden Falle damit sich nicht einverstanden erklären, daß die Ausführung dem städtischen Baupersonal übertragen werden soll, welches gewissen von ihm vorgeführten Wahrnehmungen nach augenscheinlich so schon mit Arbeit überlastet ist; vielmehr giebt er anheim, das Werk unter geeigneter Aufsicht durch einen Privatunternehmer herstellen zu lassen.

Herr Red. könnte partielle Canalisirungen nur dann für zulässig halten, wenn sie als Glieder eines bereits feststehenden einheitlichen Systems angelegt würden. Provisorische Anlagen aber vermag Redner im Gegensatz zu Herrn Nieß als wünschenswerth nicht anzuerkennen, am allerwenigsten die gegenwärtig in Frage stehende, durch welche der westliche Umflutgraben alsbald ebenso verunreinigt werden müßte wie es der östliche ist, da bei der Unmöglichkeit einer wirklichen Controle unfehlbar die Abwässer der Actienbrauerei ohne Unterschied durch den neuen Canal einfließen würden. Die Verpestung des Grundwassers durch Sentgruben hält Redner zwar ebenfalls für einen schweren Uebelstand; in Anbetracht aber, daß ohne dies, wie es scheint, der Entschluß einer durchgreifenden Canalisirung bei den städtischen Behörden kaum zum Durchbruch gelangen wird, möchte er wünschen, daß jene von Herrn Nieß

geltend gemachten Unerträglichkeiten sich demnächst noch zu möglichster Höhe steigerten.

Für das Minoritätsvotum tritt auch Herr v. Seckendorff ein, weil er die Möglichkeit gegeben sieht, mit der einheitlichen Canalisirung des ganzen nordöstlichen Theiles der Stadt binnen kurzem, vielleicht noch in diesem Jahre, vorgehen zu können. Denn ein vollständig ausgearbeiteter Plan des Ingenieurs Mitgau liegt in der That vor; die Schleinitzstraße muß contractmäßig noch in diesem Jahre canalisirt werden, wozu von der Braunschw.-Hannov. Hypothekenbank als Unternehmerin dieser Straßenanlage ein Beitrag von 4000 Rthlr zu leisten ist; einen erheblichen Beitrag wird ohne Zweifel auch Herzogliche Landesregierung wegen des neuen Polytechnicums verwilligen und die Anwohner der Hamburger Straße haben sich dazu gleichfalls schon erbotten, so daß der Kostenpunct keine unüberwindliche Schwierigkeit mehr bieten kann. Wennschon Redner damit zugleich für ein Privatinteresse der seiner Leitung anvertrauten Hypothekenbank eintritt, so wird dies, wie er hofft, ihn doch nicht abhalten dürfen, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es den angegebenen Umständen nach nur noch darauf ankommen kann, die Vorarbeiten energisch in Angriff zu nehmen, zu welchem Ende er die Einsetzung einer gemischten Commission anheimgiebt.

Herr Pini zweifelt an der Möglichkeit, die Abführung von Schmutzwasser durch den in Frage stehenden Canal beabsichtigter Maßen zu verhüten, kann auch nicht glauben, daß die Antragsteller sich solcher Beschränkung wirklich zu unterwerfen beabsichtigen, da das Regenwasser allein der Brauerei kaum so lästig sein dürfte, daß sie dagegen allein mit so erheblichem Aufwande Abhülfe zu schaffen geneigt sein könnten. Außerdem giebt Herr Pini zu bedenken, daß dem vorliegenden umfassenden Canalisationsplane nach das Ableitungsgefälle der Bültengegend nach der andern Seite, zur Dfer unterhalb der Stadt, gerichtet ist, die jezt geplante Anlage also gradezu vergeblich sein würde. Dieser Unzuträglichkeit gegenüber erkennt er in dem von Herrn v. Seckendorff angeregten Vorgehen allerdings den zweckmäßigsten Ausweg, — einen Ausweg, der sich um so dringender empfiehlt, als die allgemeine Canalisirung sachgemäß doch wohl nicht an mehreren Enden zu gleicher Zeit, sondern vielmehr stückweise und zunächst immer an den Stellen wird ins Werk zu setzen sein, wo grade so wie augenblicklich hier ein besonders dringendes Bedürfnis vorliegt.

Herr Reuter hat, als die Actienbrauerei vor zwei Jahren ihren Antrag stellte, sich dagegen erklärt; wie selbiger jezt vorliegt, hält er ihn für durchaus annehmbar. Damals sollte der Canal an der Dfseite des Grundstücks beginnen und alle Abwässer der Brauerei aufnehmen, diesmal handelt es sich um einen Canal, der von der Wfseite ausgehend, schon dieser seiner Belegenheit nach nur zur Abführung des Himmel- und Kellerwassers [und höchstens noch des Spülwassers dienen kann,

Wf-

Of-

welch letzteres wohl zu unterscheiden ist von den Rückständen, mit denen z. B. die Bentsche Brauerei den Graben bei Eisenbüttel verpestet, während hieran das Wolterssche Keller-
 etablissement, von welchem eben nur Spülwasser abfließt, ziemlich unschuldig ist.
 Daß namentlich das Himmelswasser für die Actienbrauerei ein sehr großer Uebelstand
 ist, steht bei dessen bedeutenden Hof- und Dachflächen doch außer Frage: Ueber-
 schwemmungen des Weges würden bei starken Regenschauern längst unvermeidlich
 gewesen sein, wenn nicht ein großer Theil des Tagewassers schon über das benach-
 barte Schachtsche Grundstück in den Canal am Büldenwege abgeleitet wäre. Fällt
 demnach aber mit der Sorge vor einer Verunreinigung des östlichen Umflutgrabens
 der Grund weg, der bis dahin hauptsächlich gegen die Zulassung der Anlage sprach,
 so muß nunmehr das Erbieten der Antragsteller, außer den übrigen Bedingungen
 auch die gesammten Kosten der Anlage auf sich zu nehmen, in der That doch sehr an-
 nehmbar erscheinen. Denn die sonstigen Bedenken gegen dergleichen partielle An-
 lagen: daß das dafür aufgewandte Geld demnächst weggeworfen oder aber die um-
 fassende Canalisation dadurch hintangehalten werde, greifen in diesem Falle vollends
 nicht Platz, da der fragliche Canal von vornherein eben als Theil des Gesamtplanes
 projectirt ist. Immerhin jedoch ist auch Herr Reuter der Meinung, daß die Frage
 der allgemeinen Canalisation nicht durch einfache Verneinung aus der Welt geschafft
 werden kann, sondern gelöst sein will, und zwar je eher desto besser, und auch ihm
 erscheinen deren Schwierigkeiten keinesweges so überwältigend groß. Denn nicht auf
 3 Millionen, sondern in Wahrheit nur auf 2.400.000 Mark sind die Kosten veran-
 schlagt: versteht sich jeder Hausbesitzer zu einer jährlichen Zahlung von 10 Rthlr, so
 würden Zinsen, Amortisationen und Unterhaltungskosten ohne jede Belastung des
 städtischen Haushalts gedeckt sein. Redner kann daher dem was Herr v. Seckendorff
 für möglichste Beschleunigung dieses Werkes angeführt hat, sowie den zu diesem
 Ende ertheilten Rathschlägen nur beistimmen; doch möchte er dabei zugleich noch vorge-
 sehen wissen, daß zur Begutachtung des Mitgauschen Planes das Stadtbauamt mit
 herangezogen werde.

Herr Reck räumt ein, daß das Hauptbedenken gegen den fraglichen Canal nach
 dem was soeben Herr Reuter über dessen Verhältniß zur Gesamtcanalisation
 mitgetheilt hat, wegfällt, und daß, falls letztere in nicht allzulanger Zeit wirklich zur
 Ausführung gelangte, auch die Gefahr einer Verunreinigung des Umflutgrabens
 allenfalls in den Kauf genommen werden könnte. In Anbetracht aber, daß es mit
 jenem Projecte aller bisherigen Erfahrung nach voraussichtlich noch langehin gute
 Wege haben wird, findet Redner sich feinstheils doch nicht in der Lage, den vorlie-
 genden Antrag zu genehmigen.

Herr Graf Görz-Brissberg hat bei den Commissionsberatungen gegen den
 Antrag gestimmt, weil er überzeugt ist, daß die Unerträglichkeiten, welche Herr Nies
 angeführt hat, wirksam eben nur durch eine planmäßige Canalisation zu beseitigen

sind, das Interesse für solche gründliche Abhilfe aber durch Glückwerk und Nothbehelfe gerade an den Stellen wo das dringendste Bedürfnis vorliegt, nothwendig geschwächt werden muß. Wenn nun Herr Reuter mittheilt, daß ein systematischer Canalisationsplan ausgearbeitet ist, so kann Redner dies nur mit Freuden begrüßen, und noch mehr würde ihn freuen, von diesem Project genauer Kenntniß nehmen zu können. Solange aber selbiges der Versammlung nicht vorliegt, wird diese keine partielle Canalisirung genehmigen können, weil ihr bis dahin die Möglichkeit entgeht, zu beurtheilen, ob die jeweilig in Frage kommende Anlage sich dem allgemeinen Plane passend einfügt. So liegt die Sache denn auch in gegenwärtigem Falle. Denn bis jetzt ist noch nicht erwiesen, ob das Grundstück der Actienbrauerei nach dem Bültenwege oder nach der andern Seite hin entwässert werden muß. Redner hat letzteres angenommen, ersteres behauptet Herr Reuter: was ist richtig? Bemerkenswerth jedenfalls doch, daß auch der Polizeidirector, welcher das Mitgause Project kennt, sich gegen den Antrag und für thunlichst baldige Canalisirung des ganzen nördlichen Stadttheils ausgesprochen hat. Hier, als an der tiefsten Stelle des Stadtgebietes, würde naturgemäß denn auch mit der allgemeinen Canalisirung der Anfang zu machen sein, und dazu kommt noch, worauf schon Herr v. Seckendorff hingewiesen, daß andernfalls im Laufe des nächsten Jahres die Schleinitzstraße in den nördlichen Umflutgraben entwässert, dieser also ebenfalls verunreinigt und somit zugleich nicht unbedeutende Mittel, welche dem großen Projecte zu statten kommen könnten, für einen sehr unvollkommenen Nothbehelf verbraucht werden müßten. Wenn freilich die Kosten dieses großen Projectes so bedeutend sind, daß die Stadt davor zurückschrecken muß, dann allerdings wird nichts übrig bleiben, als sich je nach Bedürfnis hie und da, so gut oder so schlecht es eben angeht, zu behelfen; bevor aber Redner sich mit solchem Vorgehen einverstanden erklären könnte, müßte er von jener Schwierigkeit erst gründlicher überzeugt sein, als dies bis jetzt der Fall ist. Wiefern hinsichtlich des vorliegenden Antrags die Sache erheblich anders liegt als früher, sieht er nicht. Ob jetzt wirklich mit aller Sicherheit darauf zu rechnen, daß die Actienbrauerei nur Regen- und Spülwasser durch den gewünschten Canal ableiten würde, ob das Spülwasser so unschuldig ist, wie Herr Reuter meint, alles dies vermag Redner nicht zu beurtheilen; sind aber diese Fragen in der That unbedingt zu bejahen, so hat er bis jetzt doch davon nicht gewußt, hierauf also bei seinem Votum auch keine Rücksicht nehmen können.

Herr Oberbürgermeister Caspari sieht sich veranlaßt, den Magistrat gegen die Annahme zu verwahren, als werde durch seine Schuld das Werk der allgemeinen Canalisirung verzögert. Der Magistrat hat dieses Project seit dessen erstem Auftauchen keinen Augenblick verabsäumt; wenn dasselbe trotzdem nicht mit der gewünschten Eile gefördert ist, so wird man dafür nicht sowohl einen Mangel an gutem Willen auf irgend einer Seite, als vielmehr die natürlichen Schwierigkeiten der Sache

anzuklagen haben. Wie bekannt, handelte es sich anfangs darum, die Abflüsse der Fabriken vor dem Wilhelmi- und dem Hohenthore, von denen die vielbeklagte Verschaffenheit des westlichen Umflutgrabens herrührt, durch einen Canal in die Oker unterhalb der Stadt zu leiten — eine Anlage, deren Kosten nach dem ursprünglichen, von Herzoglicher Baudirection aufgestellten Plane auf 45,000 Rthlr veranlagt waren, wovon 15,000 Rthlr Herzogliche Landesregierung zu übernehmen bereit war, ein Theil durch die Beiträge der Anlieger aufgebracht werden, den Rest dann aber die Stadt tragen sollte. Hierauf glaubte der Magistrat nicht eingehen zu können. Er beauftragte daher seinerseits den Ingenieur Mitgau mit der Ausarbeitung eines andern Planes, über welchen nunmehr wieder mit Herzoglicher Baudirection verhandelt werden muß. Da gleichzeitig der Magistrat sich von der Nothwendigkeit überzeugte, die Umflutgräben auch an anderen Stellen von Abwässern freizuhalten, forderte er ferner den Ingenieur Mitgau auf, Plan und Kostenanschlag einer Canallisirung des ganzen Stadtgebietes aufzustellen. Beides ist vor etwa drei Monaten eingegangen, erfordert natürlich aber ebenfalls erst noch eingehende Verhandlungen. Noch größere Schwierigkeiten als das Project an sich bietet sodann die Frage, woher die nöthigen Geldmittel genommen werden sollen. Der Anschlag selbst beläuft sich allerdings nur auf 2,400,000 Mark; mit Rücksicht auf unvorgesehene Zwischenfälle aber glaubt der Magistrat sich auf 3 Millionen einrichten zu müssen. Daß eine solche Summe bei der finanziellen Lage der Stadt und den gegenwärtigen Erwerbsverhältnissen der Einwohner nicht so leicht wird aufzubringen sein, bedarf keines Beweises. Bisher zwar hat die Stadt außerordentliche Bedürfnisse verhältnißmäßig leicht durch Anleihen decken können; wollte man aber in dieser Weise fortfahren, so würde der finanzielle Ruin die unausbleibliche Folge sein. Denn die Verzinsung und Amortisation muß jedenfalls doch aus den laufenden Einnahmen bestritten werden; schon jetzt aber reichen diese dazu nicht mehr aus und ist demnach auf eine Steigerung der Communalsteuererträge Bedacht zu nehmen — eine Nothwendigkeit, über die der Versammlung demnächst nähere Mittheilungen zugehen werden. Daß unter diesen Umständen der Magistrat nicht leichten Herzens an ein Unternehmen herantritt, das die Stadt abermals mit einer jährlichen Ausgabe von 60,000 Rthlr zu belassen droht, wird man ihm gewiß nur Dank wissen können. Zwar nach dem Vorschlage der Herren Reuter und Mitgau sollte diese Summe auf die Hauseigenthümer umgelegt werden, und allerdings, beschließen ließe sich dergleichen schon, auch würde der Magistrat, sobald ein Statut dieses Inhalts von der Versammlung gebilligt worden, formell gedeckt sein. Ob aber eine solche Anordnung, in jetziger Zeit zumal, wird durchgeführt werden können, das ist eine andere Frage, und reiflicher Erwägung bedarf jedenfalls, auf welche Art und Weise es am besten geschehen kann. Wenn also der Magistrat über alles dies eine feste Meinung zu gewinnen sucht, ehe er mit bestimmten Anträgen hervortritt, so glaubt er dafür wiederum keinen

Tadel sondern vielmehr Anerkennung zu verdienen. Ganz unabhängig nun von all diesen Erwägungen hat er vorläufig, bei dem Nothstande der National-Actien-Brauerei und da der Ingenieur Mitgau sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen, die fragliche Canalanlage geglaubt zur Genehmigung empfehlen zu können. Falls die Versammlung hierauf nicht eingeht, so kann der Magistrat eben nichts weiter thun als der Sache ihren Lauf lassen; jede Verantwortlichkeit aber für die durch das Stagniren der Abwässer der Brauerei in den anliegenden Gräben herbeigeführten Uebelstände wird er seinerseits dann füglich ablehnen dürfen.

Herr Pini anerkennt, daß die von dem Herrn Oberbürgermeister entwickelten Bedenken nicht ohne Grund sind, hält selbige gleichwohl aber nicht für schwerwiegend genug, um ihretwegen das umfassende Canalisationsproject noch in weite Ferne hinauszurücken. Denn jenes Anlagekapital von 2—3 Millionen Mark wird keinesfalls doch mit einem Mal aufzubringen sein: ist erst der Plan festgestellt und seine Ausführung beschlossen, so kann und muß man eben nach und nach damit vorgehen. Positiv aber empfiehlt sich ein rascher Entschluß in dieser Sache aus folgendem Grunde. Da die von Herrn Nieß gekennzeichneten Zustände in den noch uncanalisirten Straßen durch polizeiliche Bestimmungen nicht zu verhüten sind, würde man, falls jene radicale Abhilfe noch länger auf sich warten ließe, nothwendig über kurz oder lang in die Nothwendigkeit versetzt sein, die Erlaubniß zum Bauen an solchen Straßen einzuschränken, was natürlich dann für die Bevölkerungszunahme und folglich auch für die Steuerkraft hiesiger Stadt nicht ohne Nachtheil bleiben könnte. Dem vorliegenden Antrage gegenüber zieht Redner in Betracht, daß der Stadt zu Behuf einer Canalisirung des ganzen Gebietes im Norden und Nordosten der Umflutgräben nicht unbedeutende Beiträge von den Unternehmern der Schleinitz- und den Anwohnern der Hamburger Straße entgegengebracht werden, seitens der Landesregierung wegen des neuen Polytechnikums in sicherer Aussicht stehen: warum also erst noch zu einer partiellen Canalanlage die Hand bieten, deren künftige Brauchbarkeit mindestens zweifelhaft ist? warum nicht lieber auch die hierfür bereiten Geldmittel jenem größeren Unternehmen zuwenden? Die Uebelstände des gegenwärtigen Zustandes wenigstens würde bis dahin Herr Pini ebenfalls noch in den Kauf zu nehmen geneigt sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari kann mittheilen, daß der Magistrat sich mit der Frage, wie zunächst die Gegend zwischen dem Wendenthore und der Spielmannstweate am zweckmäßigsten canalisirt werden kann, bereits beschäftigt hat, damit aber eben noch nicht völlig im Reinen ist. Da demnach zur Zeit auch die Kosten sich noch nicht übersehen lassen, so würde es mißlich sein, schon jetzt ohne weiteres die Beitragsangebote zu acceptiren, auf die Herr Pini besonders Werth legt: aller Wahrscheinlichkeit nach dürften die Betheiligten demnächst zu erheblich höheren Leistungen herangezogen werden müssen. Das Interesse, welches der eine oder andere derselben

an der möglichst baldigen Ausführung des Werkes haben mag, kann für den Magistrat natürlich keinen Grund abgeben, die Sache zu übersürzen. Die Beihilfe einer Commission der Versammlung wird dem Magistrate sehr erwünscht sein, vorausgesetzt freilich, daß deren Mandat sich nicht darauf beschränke, zu sagen: so und so soll es werden, sondern daß ihr zugleich auch die Aufgabe gestellt werde, Vorschläge zu machen, woher und auf welche Art und Weise die erforderlichen Geldmittel beschafft werden können.

Herr Winter constatirt, daß die Nothwendigkeit einer umfassenden Canalisation einhellig anerkannt wird, die entgegenstehenden Bedenken nur noch finanzieller Natur sind. Diese zu heben, scheint ihm der Weg geeignet, welchen die städtischen Behörden zu Hannover eingeschlagen haben, als es sich darum handelte, über die Anlage der Wasserleitung zum Schluß zu kommen: eine mittels Fragebogen veranstaltete Abstimmung aller Hausbesitzer, die dort, ähnlich wie es in vorliegendem Falle auch hier ins Auge gefaßt wird, für die Kosten aufzukommen haben. Zu Gunsten des zunächst in Frage stehenden Antrags führt Herr Winter an, daß der beregte Canal, wenn auch nur ein Provisorium, immerhin doch für die Actien-Brauerei und die anderen Anlieger große Annehmlichkeiten bietet; der Mißbrauch desselben durch Einführung von Braurückständen wird seiner Meinung nach durch die Controle der Nachbarn zu verhüten, das Interesse der Brauerei an der umfassenden Canalisation durch den Vorbehalt rege zu halten sein, daß jener provisorische Canal jederzeit wieder abgethan werden kann.

Zur Berichtigung der dem Antrage entgegenstehenden Ansichten führt Herr Reuter zunächst Herrn Grafen Görz-Wrisberg gegenüber aus, daß die Sachlage seit Ablehnung der früheren Vorschläge namentlich insofern eine andere geworden ist, als die inzwischen vorgenommenen Nivellements die Nothwendigkeit herausgestellt haben, die Südseite des Kleinen Exercierplatzes nach dem Bültenwege zu entwässern. Herrn Pini weist Redner darauf hin, daß eine Canalleitung von der Brauerei nach dem Wendenthore mehr als dreimal so lang wäre wie die projectirte Strecke, und auf ihrer ganzen Länge nur zwei bis drei Häuser berühren würde, während am Bültenwege bereits Haus an Haus steht, deren jedes auf den Canal ebenfalls mit Schmerzen wartet. Und keinesweges wird selbiger, wie Herr Winter es ansieht, nur ein Provisorium sein. Das umfassende Canalisationsystem, wie es von dem Ingenieur Mitgau projectirt ist, in seinen Hauptzügen darlegend, weist Redner nach, daß dieser Canal als integrierender Theil des Netzes bestehen bleiben, nach Herstellung des im Eichthal ausmündenden und von dort durch den Hasenwinkel und die Hamburger Straße heraufgeführten Hauptstranges in diesen abfließen, sein Ausfluß in den Umflutgraben dann aber als Nothauslaß für die Fälle dienen wird, daß der Hauptcanal bei starken Regengüssen die einströmenden Wassermassen allein nicht abführen kann. Ein solcher Nothauslaß, der auch am Wendenthore angelegt werden muß,

wird zunächst als vorläufige Mündung des Canals der Schleinitzstraße dienen können, welcher ebenfalls noch in diesem Jahre herzustellen wäre, falls nur der Entschluß nicht allzulange mehr hinausgesetzt bliebe. Allerdings ist die Verunreinigung der Umflutgräben ein Uebelstand, den man sich nur bei der Gewißheit baldiger Abstellung kann gefallen lassen. Inzwischen hat sich der Gesundheitsrath damit, soweit der Canal am Büstenwege in Betracht kommt, unter den angegebenen Restrictionen ausgeföhnt. Weniger Gewicht mißt Herr Reuter der Besorgniß bei, die National-Actien-Bierbrauerei werde nach Erlangung dieses Canals dem größern Project interestelos gegenüberstehen. Denn keineswegs ist deren Bedürfniß schon vollständig gedeckt durch diesen Canal, der sie nur erst von dem Tagewasser und denjenigen Abgängen befreit, die mechanisch auf eine gewisse Höhe gehoben werden können. Scheint Herrn Reuter sonach aber der vorliegende Antrag durchaus unbedenklich, so liegt doch auch ihm die umfassende Canalisation der Stadt darum nicht weniger am Herzen. Vor den Kosten zurückzuschrecken, sieht er keinen Grund. Da erfahrungsmäßig die Anschläge des Ingenieurs Mitgau sehr zuverlässig sind, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Summe von 800,000 Rthlr für das Werk ausreichen. Dann aber sind jährlich für Verzinsung und Amortisation 48,000 Rthlr aufzubringen, zu welchem Ende jedes der 4500 Häuser hiesiger Stadt nur mit einem Beitrage von circa 11 Rthlr belegt zu werden brauchte. Daß darein die Mehrzahl aller Hausbesitzer unschwer willigen würde, glaubt Herr Reuter vertrauen zu dürfen. Mit der gleichen Sorge stand man seiner Zeit vor dem Wasserwerksprojecte; hat der Erfolg sie bei jener Gelegenheit als überflüssig herausgestellt, so wird man jetzt ihr um so weniger nachgeben müssen, als grade mit der wachsenden Ausdehnung der Wasserleitungen die Canalisation mehr und mehr zu einem lebhaft empfundenen Bedürfniß wird, die Wasserleitungsanlagen aber trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse sich auch während der letzten Jahre in stetiger Zunahme begriffen zeigten. Eine Minorität der Betheiligten zwar wird derartigen Anlagen immer entgegen, dieser aber mit gesetzlichen Zwangsmitteln beizukommen sein. Von einem Abstimmungsverfahren, wie es Herr Winter empfiehlt, verspricht Redner sich keinen besondern Nutzen: den Stimmungen und Ansichten weiterer Kreise zum Ausdruck zu verhelfen, dürfte sich wie in ähnlichen Fällen so auch in diesem als geeignetstes Organ der Bürgerverein darbieten.

Bei der abweisenden Haltung, die den Wünschen der Hypothekenbank gegenüber Herr Oberbürgermeister Caspari hervorgekehrt hat, sieht Herr v. Seckendorff sich genöthigt daran zu erinnern, daß die Unternehmer der Schleinitzstraße contractmäßig berechtigt sind, deren Canalisirung binnen bestimmter Frist zu fordern, die Stadt also für die rechtzeitige Fertigstellung der Anlage einzustehen hat. Redner hat demnach für seine Mandanten keinerlei besondere Vergünstigung in Anspruch

genommen; was ihn zu seinem Antrage bewogen hat, war lediglich der Wunsch, eine rechtzeitige Erledigung der Vorfragen zu ermöglichen, welche durch Vereinbarung der Interessenten und des Magistrates zu lösen sind.

Der Schluß der Debatte wird beantragt und angenommen, und hierauf zu einer persönlichen Bemerkung noch Herrn Grafen Görk-Brissberg das Wort ertheilt. Derselbe erklärt, daß er, weit entfernt einen Tadel gegen den Magistrat aussprechen zu wollen, nur dargelegt habe, wie ihm bei Vorberathung des Gegenstandes die maßgebenden Verhältnisse nicht genügend bekannt waren.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari entgegnet hat, daß er den von ihm zurückgewiesenen Vorwurf nicht sowohl aus den Äußerungen des Herrn Vorredners als aus dem ganzen Tone der Verhandlung entnommen,

wird mit der Modification,

daß die fragliche Anlage nicht unter Leitung des städtischen Begebau-beamten sondern des Ingenieurs Mitgau ausgeführt werde, zunächst der Magistratsantrag angenommen, und hierauf, dem Antrage Herrn Reuters gemäß beschlossen,

den Magistrat zu ersuchen, daß er den vom Ingenieur Mitgau entworfenen Plan einer Canalisation der ganzen Stadt dem Stadtbauamte zur Prüfung und Begutachtung vorlege und letzteres veranlasse, bei dieser Prüfung zwei mit der Canalisation vertrautere Mitglieder der Versammlung zuzuziehen.

Nachdem ferner die Versammlung

III. einem Magistratsantrage vom 11. d. M. entsprechend, auf Bericht des Herrn Lucius als Referenten der Statutencommission den Austausch einer Fläche von 3 Ar 31 □ Meter des Schulgrundstückes an der Campestraße gegen ein Stück gleichen Umfangs von dem benachbarten Bültemannschen Grundstück genehmigt hat, wie solches sich bei Feststellung des Weges zwischen der Promenade am Monumentsplatze und der Campestraße als wünschenswerth herausgestellt,

trägt

IV. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff Folgendes vor.

Betroffener Vereinbarung nach hat der hiesige Gewerbeverein sich aufzulösen und sein aus 33,250 Mark Capital und 1539 Mark 51 Pfennig Kassenvorrath bestehendes Vermögen dem neuerdings zusammengetretenen Vereine zur Förderung des Kunstgewerbes als Eigenthum, jedoch mit der Beschränkung zu überweisen beschlossen, daß derselbe nach freiem Ermessen nur über die Zinsen des Capitals verfügen darf, das Capital selbst aber im Verwahrham des Magistrates bleiben und nur mit dessen Genehmigung ganz oder theilweise verbraucht werden soll. Seitens des Kunstgewerbevereins ist dabei die Verpflichtung eingegangen, die bisher von dem ältern Vereine unterhaltene

Zeichenschule fortzuführen, in der Hoffnung, daß die dem Gewerbevereine zu diesem Behuf bewilligten Zuschüsse — 500 Rthlr seitens Herzoglicher Landesregierung und 400 Rthlr seitens des Magistrates — fernerhin auch ihm zufließen werden. Der Magistrat, welcher von den Bestrebungen des neuen Vereins eine sehr günstige Einwirkung auf das tief darniederliegende Kunstgewerbe hiesiger Stadt erwartet, hat kein Bedenken getragen, die ihm zuge dachte O b e r a u s s i c h t zu übernehmen, und hält sich zu jeder Unterstützung dieser Bestrebungen verpflichtet. Nachdem er daher bei Herzoglichem Staatsministerium die Uebertragung jenes Zuschusses von 500 Rthlr auf den neuen Verein bereits beantragt hat, ersucht er nunmehr mittels Schreibens vom 12. d. M. auch die Versammlung, demselben bis auf weiteres die bisher dem Gewerbevereine aus der Stadtkasse gezahlten 400 Rthlr ebenfalls zuzusichern — ein Antrag, welchem die Statutencommission unbedenklich beitrifft.

Herr B o s s e bedauert, daß er, obwohl selbst Mitglied des Kunstgewerbevereins, diesem Antrage dennoch entgentreten muß, da seiner Ueberzeugung nach, einer Ueberzeugung, die von vielen Seiten getheilt werde, gedachter Verein wenig Gewähr dauernden Bestandes bietet. Zweckmäßiger scheint dem Redner — was er demnach auch beantragt — die nach Auflösung des Gewerbevereins verfügbar gewordenen Zuschüsse und namentlich die 400 Rthlr aus der Stadtkasse dem Handwerkervereine zuzuwenden, der seine Lebensfähigkeit durch elf Jahr gemeinnützigen Wirkens schon hinlänglich bezeugt hat.

In gleichem Sinne spricht sich Herr S t e i n a c k e r aus.

In Anbetracht, daß der fragliche Zuschuß zur Unterhaltung einer Zeichenschule bestimmt ist, wie solche beim Handwerkervereine besteht und vom Kunstgewerbevereine demnächst eingerichtet werden wird, schlägt Herr W i n t e r vor, den fraglichen Zuschuß beiden je zur Hälfte zu überweisen.

Herr S t e i n a u lenkt die Aufmerksamkeit auf § 3 der Statuten des Kunstgewerbevereins, laut dessen Gewerbegehilfen nur als außerordentliche Mitglieder Aufnahme in demselben finden sollen. Danach sind von jedem Mitbestimmungsrechte grade Diejenigen ausgeschlossen, auf deren Einsicht und Tüchtigkeit jeder Fortschritt des Kunstgewerbes in erster Linie beruht. Bliebe daher diese Bestimmung aufrecht erhalten, so würde Herr Steinau den Verein für verfehlt ansehen und die beantragte Unterstützung seines theils verweigern müssen.

Herr B r a c k e, welcher einerseits die wohlthätige Wirksamkeit des Handwerkervereins gern anerkennt, andrerseits jene Bedenken Herrn Steinaus theilt und insbesondere für unberechtigt hält, daß in der angeführten Bestimmung die Gewerbegehilfen als nicht selbständig hingestellt werden, würde gegen den Antrag Herrn Bosses an sich nichts zu erinnern finden, möchte die Frage aber vor definitiver Beschlusfassung erst noch einer genauern Prüfung unterzogen wissen,

wonach denn Herr Lucius den reglementarischen Antrag stellt, den Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sich damit einverstanden, weist vorläufig jedoch darauf hin, daß die Zeichenschule des Handwerkervereins ausschließlich oder doch vorzugsweise den Gehülfen zu statten kommt, und sonach immer noch das Bedürfnis nach einer Zeichenschule für Lehrlinge bleibt, wie solche der Kunstgewerbeverein bezweckt. Mit der von Herrn Winter vorgeschlagenen Zersplitterung der vorhandenen Mittel würde, wie der Herr Oberbürgermeister glaubt, keinem Theile recht gedient sein.

Die Versammlung entscheidet sich für den Antrag des Herrn Lucius.

Wie ferner

V. der Magistrat in einem Schreiben vom 16. d. M. mittheilt, ist dem Kreiscommunalfond hiesiger Stadt aus den Ueberschüssen der letzten Finanzperiode des Landes abermals eine Dotation von 450,600 Mark überwiesen, welche baar ausgezahlt wird und zinsbar belegt werden muß. Ein größerer oder geringerer Theil des Kreisfonds soll demnächst auf sichere Hypotheken ausgeliehen werden; da sich hierzu aber sofort keine Gelegenheit bietet, bleibt für den Augenblick nichts übrig, als auch jenen Betrag vorläufig in solchen 4½ oder 5 % Werthpapieren anzulegen, die als vollkommen sicher bereits anerkannt sind. Der Magistrat bittet demnach um Vollmacht, wie früher im Einverständniß mit der Finanzcommission die geeignete Wahl zu treffen und den Ankauf zu bewerkstelligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, hält dieses Verfahren für unbedenklich und empfiehlt demnach dessen Genehmigung.

Die Debatte eröffnend

wirft Herr Nieß die Frage auf, ob der Magistrat zum Ankauf der gesuchten Werthpapiere aus freier Hand Auftrag erteilen oder eine Concurrenz darum eröffnen werde.

Nachdem Herr v. Seckendorff letzteres als das bisher übliche Verfahren bezeichnet hat,

gibt Herr Nieß zu bedenken, ob man, da doch eine anderweitige Verwendung jener Gelder in Aussicht steht, nicht besser thun würde, die durch diese Operation entstehenden Provisionskosten zu sparen und sich inzwischen mit Leihhauszinsen zu begnügen.

Herr Steinau hält es überhaupt für irrationell, daß die Stadt große Summen in fremden Werthen belegt, während sie in der Lage ist, selbst beträchtliche Anleihen machen zu müssen. Um dieses Mißverhältniß womöglich zu beseitigen, wünschte er das Mandat der Finanzcommission in vorliegendem Falle dahin erweitert zu sehen,

daß sie gemeinschaftlich mit dem Magistrate zu beschließen habe, ob die in Rede stehenden Baarbestände in Papieren angelegt oder zur Deckung einer größern Ausgabe der Stadt, etwa für Schul- oder andere Bauten, verwandt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Caspari hegt starke Zweifel gegen die Zulässigkeit solches Verfahrens, würde allenfalls aber einwilligen können, daß die Finanzcommission beauftragt werde, mit dem Magistrate über die vorläufige Verwendung der fraglichen Gelder in Berathung zu treten.

Auch Herr Graf Görk-Wrisberg glaubt die Entscheidung über jeden andern Vorschlag der Art dem Plenum der Versammlung schon deswegen vorbehalten zu müssen, weil der Kreiscommunalfond bekanntlich nicht schlechthin verbraucht werden darf, die jetzt disponibeln Gelder also für Zwecke wie sie Herrn Steinau vorschweben, höchstens leihweise vorgestreckt werden könnten, und demnach zugleich auf eine Amortisation Bedacht genommen werden müßte, worüber natürlich nur eben das Plenum der Versammlung Beschluß fassen dürfte. Da übrigens für die augenblicklich vorliegenden größeren Bedürfnisse der Stadt Deckung bereits geschafft ist, so würde zu solcher Verwendung augenblicklich sich nicht einmal Gelegenheit bieten, wonach denn, um Zinsverlust zu vermeiden, der Magistratsantrag sich immer noch am meisten empfehlen dürfte.

Ein nicht unerheblicher Zinsverlust würde, wie Herr Oberbürgermeister Caspari anführt, auch dann schon entstehen, wenn jetzt, dicht vor den Sommerferien, erst noch Vorschläge der Commission wegen einer anderweitigen Belegung der Gelder abgewartet werden müßte, während dem vorgebeugt wird, wenn die Versammlung beantragter Maßen zu verfahren beschließt. Die Modalitäten des Ankauf von Werthpapieren in der Versammlung selbst zur Berathung zu bringen, könnte sich aus naheliegenden Gründen natürlich nicht empfehlen.

Herr Bracke anerkennt die Rücksicht auf möglichste Abwendung von Zinsverlusten an sich zwar als durchaus berechtigt, immerhin aber doch nur unter der Voraussetzung, daß die ins Auge gefaßte Anlage selbst sich als unbedingt sicher darstellt. Welche Werthpapiere aber können diese Eigenschaft heutiges Tages für sich in Anspruch nehmen? Redner ist überzeugt, daß die Gefahr eines europäischen Krieges grade in allerlehter Zeit unendlich viel näher gerückt war, als die meisten Menschen ahnten, und wenn vor der Hand auch die Spannung der großen Mächte einigermaßen wieder gehoben scheint, gleichwohl doch immer noch Verwickelungen nicht ausgeschlossen sind, unter denen mit einem Schlage alle Börseneffecten entwerthen können. Solcher Chance einen so bedeutenden Theil des städtischen Vermögens auszusetzen, erscheint ihm als ein Wagniß, für das er die Mitverantwortlichkeit nicht über sich nehmen möchte, zumal die Stadt eigene Werthe besitzt, in denen jene Gelder sich mit vollster Sicherheit anlegen lassen.

Herr Solmitz mißt den von Herrn Bracke angedeuteten Eventualitäten keine

große Wahrscheinlichkeit bei, und kann daher, nach Erwägung aller übrigen Umstände, nur empfehlen, auf den Vorschlag des Magistrates einzugehen.

Herr Oberbürgermeister Caspari leugnet nicht, daß auch bei größter Vorsicht der Besitz von Werthpapieren zu Verlusten führen kann. Gegen den Ausweg, auf welchen Herr Bracke hinweist, würde er nichts einzuwenden haben, wenn selbiger auf Beschluß der Versammlung ohne Weiteres eingeschlagen werden könnte. Allein sichere Hypotheken werden schwer zu erwerben sein, weil einmal das Angebot von Capital grade jetzt ein sehr starkes ist, und sodann mancher Interessent auch Anstoß daran nimmt, daß die Beleihung seines Besitzes hier in der Versammlung öffentlich erörtert werden müßte. Die Mittel des Kreiscommunalfonds aber zur Deckung laufender Ausgaben zu verwenden, wird Herzogliches Staatsministerium nun und nimmermehr zugeben. Nur mit Mühe hat dessen Genehmigung zur Anlage solcher Gelder in der Neustadtmühle erlangt werden können, da bei aller Sicherheit der Rentabilität dieses Etablissements Herzogliches Staatsministerium doch die regelmäßige Amortisation nicht für hinlänglich gesichert hielt.

Die Herren Bracke und Steinau, welcher letztere die aus der politischen Lage sich ergebenden Bedenken durchaus theilt, sind der Hoffnung, daß dieses Widerstreben Herzoglichen Staatsministeriums zu beseitigen sein dürfte, da zunächst schon die Versammlung selbst auf regelmäßige Verzinsung und Amortisation halten, jedenfalls aber doch die Regierung in der Lage sein würde, die städtischen Behörden zur Innehaltung des beschlossenen Tilgungsmodus nöthigen zu können.

Herr Oberbürgermeister Caspari vermag diese Hoffnung gleichwohl nicht zu theilen: was Herzogliches Staatsministerium in diesem Falle fürchten würde, möchte weniger Mangel an gutem Willen beim Magistrate als die Möglichkeit sein, daß bei Gelegenheit grade die Stadtverordnetenversammlung, um den Steuerzahlern eine Erleichterung zu verschaffen, die Amortisationen zeitweilig auszusetzen beschließen könnten.

In Anbetracht, daß es sich nur um eine vorläufige Ruhbarmachung der daliegenden Gelder handelt, die ins Auge gefaßten Papiere aber nicht nur von der Commission sondern auch von Regierung und Landtag für durchaus sicher gehalten werden, trägt Herr Reuter kein Bedenken, der Magistratsproposition zuzustimmen. Ebensowohl freilich ist Redner einverstanden, daß demnächst die von Herrn Bracke angeregte Frage, deren schwerwiegende Bedeutung er keinesweges verkennet, durch die Versammlung zum Austrag gebracht werde, wozu die Gelegenheit vielleicht Herr Bracke durch einen selbständigen Antrag herbeiführen werde. Jedenfalls aber wird dieser Verhandlung eine commissarische Berathung vorhergehen müssen: heute schon über eine anderweitige Verwendung jener Gelder schlüssig zu werden, würde in hohem Grade bedenklich sein.

Herr Bracke erklärt, dem Rathe Herrn Reuters folgen zu wollen, möchte inzwischen aber mit Rücksicht auf die politische Lage den Ankauf von Werthpapieren

unterlassen und lieber die disponibeln Gelder bis auf weiteres dem Leihhause anvertraut wissen.

Die Versammlung indessen entscheidet sich für den Magistratsantrag.

VII. Laut eines Magistratschreibens vom 16 d. M. sollen in den bis vor kurzem von dem Kammerdirector v. Löbneysen bewohnten oberen Stockwerken des Hauses *N* 10 am Wilhelmsplaze neue Geschäftsräume für das Stadtbauamt und das Standesamt sowie eine Wohnung für den Bediell des letztern eingerichtet werden, und sind hierzu sowie zu Behuf des Mobiliars für das Stadtbauamt nach den Plänen und Anschlägen des Stadtbaurath 7000 Mark erforderlich. Der Magistrat giebt anheim, diese Summe mit dem Vorbehalt, daß bei Anschaffung des Mobiliars mit thunlichster Sparsamkeit verfahren werde, aus der Stadtkasse zu bewilligen und ferner auch die Anlage der noch erforderlichen Gasleitungen zu genehmigen.

Seitens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorff empfohlen, werden diese Anträge von der Versammlung ohne weiteres genehmigt.

Schließlich

VIII. erstattet Herr Graf Görz-Wrisberg Bericht über einen dringlichen Magistratsantrag, der zur Stelle mündlich eingebracht, einer commissarischen Vorprüfung nicht hat können unterzogen werden.

Zur Verbreiterung der Giesmaroder Straße und zur Herrichtung eines Verbindungsweges zwischen dieser und der Karlstraße hat die Stadt 1873 von den Gebrüdern Brinckmann eine Gartenfläche von 14 Ruthen 20 Fuß □ zum Preise von 852 Rthlr (= 60 Rthlr für die □ Ruthe), von dem Kaufmann Meyer dessen circa 80 □ Ruthen haltendes Grundstück für 5000 Rthlr (= 7500 Rthlr pro Morgen) angekauft. Von letzterm ist indessen für jenen Zweck nur etwa die Hälfte zur Verwendung gekommen, ein Rest von 8 Ar 47 □ M. (= 40,7 □ Ruthen) liegen geblieben, um bei Gelegenheit als Baustelle verkauft zu werden. Ein zu dem Ende 1874 angelegter öffentlicher Termin hat ungenügende Resultate geliefert: im einzelnen wurden für die vorhandenen beiden Plätze 400 und 620 Rthlr, für das Ganze in eins 1510 Rthlr geboten. Gegenwärtig nun hat sich der Unternehmer Backhaus bereit erklärt, etwa 38 □ Ruthen davon für 5500 Mark zu erwerben. Obwohl auch dieser Preis (= 6270 Rthlr pro Morgen) hinter dem Einkaufspreise noch erheblich zurückbleibt, so glaubt der Magistrat doch in Anbetracht jener frühern Erfahrung und um dieses Besitzstück nicht noch länger ungenutzt daliegen zu lassen, zur Annahme dieser Offerte rathen zu müssen — eine Meinung, der auch der Herr Referent beipflichtet.

In gleichem Sinne sprechen sich die Herren Pini, Solmitz und Winter aus.

Andererseits wird von den Herren Steinau und Schwarzenberg erwogen, daß die Bodenpreise an jener Stelle lezthin im allgemeinen keinesweges zurück-

gegangen sind, wohl aber das fragliche Grundstück inzwischen durch Instandsetzung der anliegenden Straßen erheblich gewonnen hat, wonach denn das Angebot unverhältnißmäßig niedrig, das Risiko längern Zuwartens in keiner Weise bedenklich erscheint.

Herr Oberbürgermeister Caspary giebt zu, daß die Entscheidung für oder wider in diesem Falle ziemlich schwierig ist. Daraus freilich, daß beim Verkauf dieser Stücke annähernd derselbe Preis wieder ausgebracht werden könnte, den die Stadt beim Ankauf zahlen mußte, ist seiner Ueberzeugung nach nicht zu rechnen. Als es sich um die Anlage der bewußten Queerstraße handelte, waren auf der ganzen Strecke die bezeichneten Grundstücke die einzigen noch nicht bebauten, die Stadt also in einer Nothlage, welche von den Verkäufern um so sicherer konnte ausgebeutet werden, als erfahrungsmäßig dergleichen Erwerbungen im Wege der Expropriation noch erheblich kostspieliger zu werden pflegen.

Gleichwohl ergibt die hierauf eintretende Abstimmung eine Majorität für die Ansichten der Herren Steinau und Schwarzenberg, und ist demnach der Verkauf abgelehnt.

Bei der schon weit vorgerückten Stunde willigen die Herren Nieß und Steinau ein, daß die Motivirung ihrer Anfragen auf die nächste Tagesordnung hinausgesetzt werde,

und wird somit die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. August 1876.

Mittheilung eines Ministerialrescripts auf den Antrag wegen Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht.

Begründung und Beantwortung der Interpellationen des Herrn Nieß, 1) die Annonce wegen der an der städtischen Realschule anzustellenden Lehrer und 2) die Unterbringung acuter Geisteskranken betreffend.

Verpachtung zweier Grundflächen an der Karlstraße.

Beschluß in Betreff der Instandsetzung und Verbreiterung der St. Leonhardstraße.

Erhöhung des Zuschusses für die Gewerbeschule.

Genehmigung eines Capitalbarlehens.

Beschluß über die Verwendung der dem Kreiscommunalfond überwiesenen 450600 M.

Desgl. über den Verkauf zweier Bauplätze an der Karlstraße.

Interpellation Herrn Bewig wegen eines Zwischenfalles bei Anlage der Straße zwischen dem Bahnhofe und dem Kohlmarkt.

Interpellation Herrn Muntz, die Vernichtung des Fischstandes in der Oker betreffend.

Verwilligung einer Reiseunterstützung.

Entschuldigt die Herren Lucius, Meyer, Solmiz und Schöttler. Am Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Haake und Ramdohr.

Nachdem die Protocolle vom 1. und 22. Juni — letzteres mit dem Bemerken, daß S. 109 Z. 2 und 4 v. u. statt »Ost-« »West-« und statt »West-« »Ostseite«, S. 114 Z. 14 v. u. statt »Süd-« »Ostseite« zu lesen — genehmigt sind,

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der Antrag der Herren Bracke und Steinau auf Neuordnung des städtischen Begräbnißwesens in der Statutencommission noch nicht genügend hat können vorberathen werden und demnach von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden muß, Herr Steinau auch auf Grund einer ihm ge-

wordenen vorläufig befriedigenden Erklärung des Magistrates seine Interpellation wegen Verfolgung der städtischen Eigenthumsrechte am Al. Exercierplaze zurückgezogen hat.

Von Herrn Bewig ist folgende Interpellation eingegangen:

Der von der Versammlung am 20. Januar d. J. genehmigte Plan einer neuen Straßenanlage vom Bahnhofe zur Stadt ist nicht inne gehalten. Ich frage daher an:

- 1) Ist die vorgenommene Abänderung dem Magistrate bekannt und mit seinem Willen ausgeführt und durch Wen?
- 2) Ist in diesem Falle der Magistrat berechtigt gewesen, dergleichen ohne Zustimmung der Versammlung zuzulassen?

Die nähere Begründung dieser Interpellation wird an den Schluß der Sitzung hinausgestellt.

Ferner bringt der Herr Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung einen Bescheid, welcher von Seiten Herzoglichen Staatsministeriums auf den am 23. März beschlossenen Antrag wegen Betheiligung der Stadt an der Lotteriepacht ergangen und vom Magistrate mit einem Schreiben vom 21. v. M. mitgetheilt ist. Herzogliches Staatsministerium hält eine Concurrenz der Stadt bei diesem Geschäft für unzulässig, da nach Maßgabe der Städteordnung Unternehmungen, die ohne unmittelbar auf die Erreichung städtischer Zwecke gerichtet zu sein, ausschließlich dem Gelderwerb dienen, überhaupt nicht im Bereiche des Rechtes und der Aufgaben einer Stadtgemeinde liegen, am wenigsten aber solche, die wie die Erpachtung von Lotterileen, gewerblichen Etablissements, Landgütern u. dergl. mit einem Risiko verbunden sind und demnach unter Umständen den Fall hereinführen könnten, daß die Gemeindegensossen mit Zuschußsteuern zur Deckung ungünstiger Betriebsergebnisse beschwert werden müßten.

Der Tagesordnung gemäß wird dann

I. Herrn Nieß zur Begründung der am 22. Juni eingebrachten Interpellationen das Wort ertheilt.

Die erste derselben lautete:

In der Bekanntmachung vom 6. Juni, die Anstellung vier seminaristisch gebildeter Lehrer betreffend, kommen die Worte vor: »bei treuer und gewissenhafter Dienstführung«. Gehören selbige nothwendig hieher, oder sind sie als ein Rest veralteter Schreibform aus dem Dienstreglement in die Bekanntmachung gerathen?

Da selbstverständlich ein pflichtvergessener Lehrer überhaupt nicht im Amte bleiben kann, so erscheint der angeführte Passus Herrn Nieß an sich schon mindestens ent-

behrlich. Einen entschieden übeln Eindruck aber muß derselbe angesichts der Thatfache hervorbringen, daß in dem von Dr. Krumme erlassenen Ausruf an studirte Lehrer nichts dergleichen vorkommt. Redner hält sich hiernach zu dem Wunsche berechtigt, daß der Magistrat jene Worte unterdrückt und so die berechnete Empfindlichkeit einer ehrenwerthen Lehrerkategorie geschont hätte. Indem er den Fall an diesem Orte zur Sprache bringt, möchte er dem Magistrate Gelegenheit zu der Erklärung geben, daß den seminaristisch gebildeten Lehrern nicht etwa weniger Vertrauen entgegengebracht werde als den Studirten.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Wenn Herr Nieß keine andere Absicht hatte, so durfte er diese Interpellation getrost sparen und es lediglich dem Magistrate überlassen, sich mit den Betheiligten, sofern dies nöthig war, unmittelbar zu verständigen. Das ist in der That denn auch bereits geschehen. Die fragliche Clausel lautete ursprünglich etwas anders; auf Wunsch der Lehrer hat der Magistrat ihr die jetzt vorliegende Fassung gegeben, die mit dem bezüglichen, zwischen Magistrat und Stadtverordneten vereinbarten Reglement wörtlich übereinstimmt, und gegen welche von der andern Seite nichts eingewandt ist und nichts eingewandt werden konnte, da die Lehrer natürlich wie alle anderen Beamten sich müssen gefallen lassen, daß neben den Vortheilen ihres Dienstverhältnisses auch die daran geknüpften Bedingungen öffentlich kund gegeben werden. Den Passus im Reglement wegzulassen, wäre deshalb nicht rathsam, weil ohne solchen Vorbehalt, so oft etwa ein Lehrer wegen unbefriedigender Leistungen mit der verheißenen Zulage übergangen werden müßte — und dergleichen Fälle sind allerdings schon vorgekommen — hiergegen mit einigem Scheine Rechtens könnte Einspruch erhoben werden. Wenn dieser Vorbehalt in der Bekanntmachung Dr. Krummes nicht ausgesprochen ist, so rührt das daher, daß für die studirten Lehrer der Realschule ein Reglement wie für die Gemeinbeschullehrer noch nicht besteht, Dr. Krumme also — wennschon es mit jenen, wie sich von selbst versteht, in der Sache genau ebenso wird gehalten werden wie mit diesen — formell freie Hand hatte. Nicht so der Magistrat, der diesem Vorgange nicht hätte folgen können, ohne bei den übrigen Gemeinbeschullehrern die Meinung hervorzurufen, als seien sie einer strengern Disciplin unterworfen wie ihre Kollegen an der Realschule. Ist sonach für dies Mal erwiesen, daß in der That Niemand sich über die fragliche Annonce beklagen kann, so will damit doch der Magistrat eine Verpflichtung, die Form seiner Bekanntmachungen gegen derartige subjective Ausstellungen zu rechtfertigen, in keiner Weise anerkannt haben.

Zur Motivirung seiner zweiten Interpellation:

Was gedenkt der Magistrat zu thun in Hinsicht auf den scharf hervortretenden Uebelstand bei Unterbringung acuter Geisteskranken?

beruft sich Herr Nieß auf die Thatfache, daß neuerdings in mehreren Fällen tödtlich Wahn sinnige wegen Raummangels weder in der Heilanstalt zu Königsutter

noch in Herzoglichem Krankenhause Aufnahme finden konnten und schließlich im Kloster untergebracht werden mußten, wobei es vorgekommen, daß ein Kranker während des Transportes die gefährlichsten Anfälle zu überstehen hatte — Vorgänge, angesichts deren Herr Nieß zur Erwägung stellen möchte, ob es nicht an der Zeit wäre, daß von Stadt wegen, bis eine gründlichere Abhilfe möglich, provisorische Locale auf dergleichen Fälle bereit gestellt würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari entgegnet, daß die Unterbringung von Geisteskranken Sache der Polizei, der Magistrat dabei nur insofern zur Mitwirkung berufen ist, als er bei dieser Behörde von dem eingetretenen Bedürfnis Anzeige zu machen und eventuell die Kosten anzuweisen hat. Fälle wie die von Herrn Nieß angedeuteten sind dem Magistrat in ihrer Specialität nicht bekannt geworden; bei der Zunahme indeß, in der die Geisteskrankheiten sich derzeit begriffen zeigen, mag es immerhin einmal geschehen können, daß die Polizei nicht so rasch und so angemessen wie zu wünschen wäre Rath schaffen kann. Die Ueberfüllung der Heilanstalt in Königsutter ist als ein großer Uebelstand auch in maßgebenden Kreisen bereits anerkannt, eine Vergrößerung derselben, zunächst um dreißig neue Stellen, beschlossene Sache. Bis wann freilich darauf zu rechnen steht, vermag der Magistrat nicht zu sagen, und noch weniger steht in seiner Macht, die Ausführung irgendwie zu beschleunigen; eine Nöthigung aber, inzwischen auf eigene Hand Abhilfe zu schaffen, sieht der Herr Oberbürgermeister in der augenblicklichen Sachlage nicht enthalten.

Hierauf wird

II. auf den Vortrag Herrn v. Seckendorffs als Referenten der Finanz-Commission die Verpachtung zweier Grundflächen von 10 und 24 $\frac{1}{2}$ □ Ruthen an der Karlstraße ohne weiteres genehmigt.

Weiter

III. trägt namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Brisberg vor:

In der Voraussetzung, daß bei St. Leonhard über kurz oder lang ein Güterbahnhof entstehen, dann aber die St. Leonhardstraße eine bedeutende Wichtigkeit für den Verkehr erlangen werde, sollte diese Straße nach dem Stadterweiterungsplan auf 80, nach einem spätern Beschlusse der städtischen Behörden auf 56' verbreitert werden. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge nun wird jene Voraussetzung sich schwerlich noch erfüllen; selbst wenn aber das fragliche Bahnhofproject dereinst noch zur Ausführung kommen sollte, so würde höchst wahrscheinlich doch die zwischen der Campestraße und dem Windmühlenberge in genügender Breite anzulegende Verbindungsstraße nebst der Wolfenbüttler- und Elmstraße zur Vermittelung des Verkehrs zwischen dem Bahnhofe und der Stadt vollkommen ausreichen. Die Instand-

setzung der St. Leonhardstraße bei 56' Breite ist auf 45,800 *M.* veranschlagt, woran nur etwa 4000 *M.* zu sparen wären, wenn man das Maß auf 48' einschränken wollte. Da der Stadt in nächster Zeit sehr erhebliche Ausgaben für andere ungleich nothwendigere Bauten bevorstehen, so giebt in einem Schreiben vom 28. Juni der Magistrat anheim, zu beschließen, daß von dieser Anlage Abstand genommen werde.

Die Majorität der Statutencommission glaubt diesen Antrag nicht befürworten zu können. Sie erwägt einmal, daß die Bedeutung der St. Leonhardstraße nicht durch den Bahnhofsverkehr allein, sondern auch durch die ungünstigen Terrainverhältnisse der Helmstedter Straße bedingt wird, indem deren starker Abfall zum Steinthor für Fuhrwerk äußerst beschwerlich ist und so den Wunsch rechtfertigt, daß wenigstens die Möglichkeit offen gehalten bleibe, dereinst noch eine zweite Verbindung zwischen der innern Stadt und den Außengebieten im Osten herzustellen. Nur dieses, nicht schon effectiv die Instandsetzung der St. Leonhardstraße, wie der Magistrat anzunehmen scheint, ist bereits beschlossen; mit diesem Beschlusse aber jetzt in Widerspruch zu treten, dürften die magistratsseitig vorgebrachten Gründe keine hinreichende Nothigung enthalten. Hinzu kommt, daß solcher Verzicht voraussichtlich auch sehr üble Consequenzen nach sich ziehen würde. Was nämlich den Magistratsantrag hervorgerufen hat, ist der Umstand, daß ein Anlieger der Straße, der sein Grundstück parzelliren will, mit der Forderung aufgetreten ist, ihm das demnächst zur Straße erforderliche Stück jetzt abzukaufen. Dem gegenüber die Bestimmungen des Stadterweiterungsplanes einfach preisgeben, hieße einen Präcedenzfall schaffen, der unfehlbar überall würde geltend gemacht werden, wo die Rücksicht auf eine künftige Verbreiterung der Straßen den Besitzern hinderlich ist, über ihre Grundstücke nach Belieben zu verfügen; und dem werden die städtischen Behörden sich um so weniger aussetzen dürfen, als sie durch die bestehende Gesetzgebung in keiner Weise gezwungen sind, jenem Ansinnen ohne weiteres zu willfahren. Nach dem allen empfiehlt die Majorität, daß die Versammlung den vorliegenden Antrag ablehne und ihrerseits dem Magistrate anheimgebe, die Forderung des erwähnten Interessenten unter Berufung auf die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen einfach zurückzuweisen.

Die Minorität der Commission ist den Erwägungen des Magistrates beigetreten, indem sie namentlich hervorgehoben hat, daß eine Fortführung der St. Leonhardstraße auf das Magnithor, welche an sich schon in weiter Ferne lag, vollends nicht mehr abzusehen ist, seitdem in nächster Nähe, an der Campestraße, eine Ueberbrückung der Oker nöthig geworden, die eine anderweitige bequeme Verbindung zwischen der Stadt und der Gegend bei St. Leonhard herstellen wird — eine Rechnung freilich, bei der, wie die Majorität es ansieht, die Schwierigkeiten außer Acht gelassen sind, die ähnlich wie am Steinthore aus den ungünstigen Terrainverhältnissen am Windmühlenberge entstehen werden.

Die Discussion eröffnend,

bekannt Herr Bracke sich zu den Ansichten der Minorität: einmal wegen der unverhältnismäßigen Kosten, welche die projectirte Verbreiterung der fraglichen Straße verursachen würde, sodann aber auch deshalb weil, ganz abgesehen von der Frage, ob ein Bahnhof bei St. Leonhard noch entstehen wird oder nicht, eine Breite von 56' hier ganz unnöthig wäre. Denn einerseits scheint die neue Verbindung zwischen der Campestraße und der Promenade am Windmühlenberge für das wirklich vorhandene Bedürfniß völlig ausreichend: ist die Brücke daselbst zunächst nur für Fußgänger bestimmt, so wird sie künftig doch unzweifelhaft auch für den Wagenverkehr hergerichtet werden, und hierbei weder die vermeintliche Terrainschwierigkeit noch eine Sorge um die Sicherheit der Schulkinder hinderlich sein können, welche letzteren bei genügender Breite der Fußwege in keiner Weise gefährdet sind. Andererseits aber würde, zugegeben auch, daß der Weg vom Magnithore auf die St. Leonhardstraße bequemer und vielleicht etwas kürzer wäre, darum doch nimmermehr gerechtfertigt sein, einige hundert Schritt unterhalb jener Brücke noch eine zweite zu bauen, die, wie die Ufer auf der ganzen Strecke dort beschaffen sind, mindestens 100,000 Mark kosten würde. Ohne solche directe Fortsetzung auf das Magnithor aber würde die Verbreiterung der St. Leonhardstraße vollkommen werthlos bleiben.

Dieser Erwägung kann Herr Munte nicht beistimmen, da die Strecke zwischen dem Steinthor und der Campestraße viel zu lang, als daß früher oder später nicht mitteninne noch ein dritter Zugang auf die Fabriketablissemens nöthig werden müßte, die bei St. Leonhard bereits entstanden sind und voraussichtlich noch entstehen werden. Auch an sich aber könnte Redner den Verzicht auf diese Anlage nicht billigen. Ohne Zweifel wird die Durchführung des Stadterweiterungsplanes sowohl der Stadt als auch den Grundeigenthümern noch viele Opfer auferlegen. Dieser Nothwendigkeit aber ohne Regel bald hier bald da auszuweichen, scheint dem Redner nicht zulässig die einzig richtige Alternative vielmehr die, den einmal festgesetzten Plan entweder ganz fallen zu lassen oder aber mit aller Strenge durchzuführen.

Herr Oberbürgermeister Caspari verkennt die Nothwendigkeit nicht, den Stadterweiterungsplan nach Maßgabe des wirklichen Bedürfnisses einer durchgreifenden Revision zu unterziehen, wie solche denn auch durch die neue Landesbauordnung geboten sein wird. Inzwischen aber liegt hier ein Fall vor, der eine Abweichung dringend erheischt und keinen Aufschub der Entscheidung duldet. Für den Preis von 60 Rthlr pro □Ruthe, 7200 Rthlr pro Morgen, soll die Stadt eine Gartenfläche zur Straße ankaufen: eine Preisforderung, die abermals den Beweis liefert, wie gering bei solcher Gelegenheit die Neigung der Eigenthümer, Opfer für ein öffentliches Interesse zu bringen, das zugleich doch, und kaum weniger, ihr eigenes ist. Diesem Beispiel würden aller Wahrscheinlichkeit nach, auch die übrigen in gleicher Lage befindlichen Anlieger der St. Leonhardstraße folgen, und somit die Stadt zu

einer Ausgabe genöthigt werden, bedeutend genug, um die Frage aufzudrängen, ob dazu ein unabweiskliches Bedürfnis vorhanden ist. Und diese Frage kann der Magistrat, nachdem die Aussicht auf einen Bahnhof bei St. Leonhard geschwunden ist, aus besser Ueberzeugung nur verneinen. Denn was sonst noch in entgegengesetztem Sinne geltend gemacht wird, beruht offenbar auf einer Verkennung der maßgebenden Verhältnisse. Ob die Schwierigkeit der Passage am Steintore wirklich so groß ist wie man behauptet, bleibe dahin gestellt. Allein gesetzt auch, sie machte den Transport größerer Lasten auf der Helmstedter Straße unter Umständen unmöglich, so wäre immer noch der Ausweg gegeben, solche Lasten entweder hin und her durch das Augustthor und über die Campestraße zu schaffen, oder mit hereinkommenden Fuhren von der Helmstedter Straße in die Bertramstraße und so nach dem Augustthore einzulenken. Bequemer allerdings wäre eine directe Verbindung mit St. Leonhard mittels der St. Leonhardstraße. Da hierzu aber eine Brückenanlage beim Magnithore erforderlich wäre, und an solche bei der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt nicht zu denken ist, so wird man auf die Erfüllung dieses Wunsches eben verzichten müssen. Abweichend von Herrn Munte ist denn auch die Majorität der Commission keinesweges gemeint, unbedingt auf die projectirte Verbreiterung der St. Leonhardstraße zu bestehen: nur die Möglichkeit einer solchen wünscht sie offen zu halten. Wenn nun aber der Magistrat, dem Rathschlage der Commission gemäß, das Ansinnen jenes Eigenthümers vorläufig zurückwies, so würde damit schwerlich doch etwas gewonnen sein, da letzterer alsdann auf Entschädigung klagen, und falls die Gerichte nicht zu Gunsten der Stadt entschieden — worauf keinesweges so sicher zu rechnen wie die Commission annimmt — die städtischen Behörden nach kurzer Frist abermals vor die nämliche Wahl gestellt sein dürften. Eine klare Sachlage zu schaffen, erscheint daher der Magistratsantrag jedenfalls geeigneter.

Herr von Seckendorf bekennt, daß dieser Antrag auf ihn durchaus den Eindruck gemacht habe, als sollte der Stadterweiterungsplan zu Gunsten eines einzelnen Eigenthümers ausgekehrt werden. Eine directe Straße vom Magnithore in der Richtung auf St. Leonhard ist vor nicht allzulanger Zeit von den städtischen Behörden als dringende Nothwendigkeit anerkannt; jetzt plötzlich darauf zu verzichten, vermag Redner in dem womit man diesen veränderten Entschluß zu rechtfertigen sucht, einen zureichenden Grund nicht zu erkennen, und am wenigsten kann er als solchen den Kostenpunct gelten lassen, da er überzeugt ist, daß die Zinsen des erforderlichen Anlagekapitals schon durch die Ersparnisse an den Gas- und Wasserleitungen wieder eingebracht werden, welche sich ergeben müssen, wenn man, anders als bisher, sich angelegen sein läßt, neue Straßen überall in möglichst grader Linie hinauszuführen.

Herr Schwarzenberg ist durch die Ausführungen des Herrn Oderbürgermeisters und Herrn Brackes überzeugt, daß die St. Leonhardstraße eine erhebliche Bedeutung auch in Zukunft nicht gewinnen wird, deren Herstellung in der

früher beschlossenen Weise also in Anbetracht der obwaltenden finanziellen Schwierigkeiten allerdings nicht wohl zu rechtfertigen wäre. Mit Herrn Munte dagegen stimmt Redner dahin überein, daß fortwährende Abweichungen von dem Stadterweiterungsplane unzulässig sind, wonach er denn dem Vorschlage des Magistrats nur mit der Maßgabe zustimmen kann, daß die in Aussicht gestellte Revision des Stadterweiterungsplanes möglichst beschleunigt werde.

Für die planmäßige Verbreiterung der St. Leonhardstraße sprechen sich auch die Herren Bosse und Nieß aus, letzterer im Hinblick auf andere Städte, wo neue Straßen überall nur in viel größerer Breite angelegt werden als hier. Neben diesem materiellen Bedenken aber fällt auch bei Herrn Nieß noch das formelle gegen die Willkühr des Verfahrens ins Gewicht, hier den Stadterweiterungsplan preiszugeben, an anderen Stellen rücksichtslos auf dessen Durchführung zu dringen — ein Verfahren, das viel Anlaß zu gerechter Klage geben müßte. Auf alle Fälle beantragt Redner, die Beschlußfassung über die gegenwärtige Vorlage auszusetzen, bis ein anderweitiger Stadterweiterungsplan aufgestellt sein wird.

Herr Oberbürgermeister Caspari könnte damit sich eventuell einverstanden erklären. Daß übrigens andrer Orten die neuen Straßen ausschließlich in solcher Breite angelegt werden, wie Herr Nieß meint, bezweifelt er, da dies in vielen Fällen, wie hier z. B. bei zahlreichen kleinen Verbindungsstraßen vor den Thoren, einfach unmöglich ist. Wenn Herr Nieß dergleichen anderwärts nicht gesehen hat, so wird er eben nicht danach gesucht oder darauf geachtet haben, wie überhaupt denn bei Vergleichung von Fremdem und Heimischem jenes sich meistens nur von der glänzenden Seite darzustellen pflegt, weil man die Kehrseite zu betrachten seltener Gelegenheit findet.

Dem reglementarischen Antrag des Herrn Nieß redet auch Herr Graf Götz-Brissberg das Wort, indem er sich hierin zugleich mit den anderen Mitgliedern der Commission in Uebereinstimmung weiß.

Herr Pini erhebt das Bedenken, daß bei solchem Aufschube erst recht die bewußte Entschädigungsklage zu erwarten sein werde.

Nachdem indessen ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist, wird der reglementarische Antrag des Herrn Nieß mit dessen Zustimmung in der Form genehmigt,
daß die Beschlußfassung über die gegenwärtige Vorlage bis auf weiteres ausgesetzt bleiben soll.

Es folgt

IV. durch Herrn Grafen Götz-Brissberg erstattet, der Bericht der Statutencommission über die Rechnungsablage der Gewerbeschulklasse für das Jahr 1875.

Dieselbe schließt mit einem Deficit von 190 M. 64 J. Da hiernach der bisher verwilligte Zuschuß sich als unzureichend herausstellt, die Beiträge der Lehrlinge aber,

1875 482 *M.*, auch in der Folge kaum soviel zunehmen werden, daß die Bedürfnisse der Schule damit bestritten werden können, so giebt der Magistrat anheim, daß jenes Deficit aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde gedeckt, dieser Zuschuß von 750 auf 950 *M.* erhöht werde.

In Erwägung, daß nach § 8 des Statuts über die Einrichtung einer Gewerbeschule die Stadt sich der Verpflichtung nicht wird entziehen können, für die fehlenden Mittel zu sorgen, empfiehlt die Commission diesen Antrag zur Genehmigung. Zugleich aber wünscht sie die Aufmerksamkeit des Magistrats und der Versammlung noch auf einen andern Punct hinzulenken. Die Unterrichtsstunden der Gewerbeschule sind gegenwärtig auf die Zeit von 8 bis 10 Uhr Abends angelegt, eine Zeit, in der die meisten Lehrlinge nach schwerer Tagesarbeit geistig und körperlich abgespannt sind; und diesem Uebelstande dürfte es in erster Linie zuzuschreiben sein, wenn die Frequenz eine auffallend geringe ist. Jene späte Tageszeit wurde mit Rücksicht auf die Lehrmeister gewählt, die, wie man voraussetzte, nicht geneigt oder nicht in der Lage sein würden, ihre Lehrlinge früher zu beurlauben. Nachdem sich nunmehr aber die Einsicht Bahn zu brechen beginnt, daß es nicht nur im öffentlichen Interesse sondern auch im Interesse der Meister selbst liegt, die Bildung der Lehrlinge möglichst zu heben, dürften viele Meister sich mit einer günstigeren Unterrichtszeit schon eher befreunden, und werden jedenfalls die städtischen Behörden eine zweckmäßigere Anordnung gerne befördern. Bestimmter Vorschläge in dieser Richtung will die Commission sich vorläufig enthalten, indem sie überzeugt ist, daß der Hinweis auf die Wichtigkeit des Gegenstandes genügen wird, um den Magistrat zu näherer Erwägung zu veranlassen.

Herr Bra ß e, welcher diese Anregung mit Freuden begrüßt, kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß das Haupthinderniß einer gedeihlichen Wirksamkeit der Schule eben in jenen ungünstigen Stunden liegt: ihm sind Lehrlinge bekannt, die dort nichts lernten, aber tüchtig vorwärts kommen, seitdem ihnen einige Tagesstunden freigegeben sind, um Privatunterricht nehmen zu können.

Herr M ü h e theilt ebenfalls zwar die Meinung der Commission, hält zugleich aber die ganze gegenwärtige Organisation der Gewerbeschule für unzweckmäßig. Den Hauptfehler erkennt er darin, daß allen Schülern, gleichviel mit welcher Vorbildung sie versehen sind, nur ein und derselbe Unterricht geboten wird. Indem so die Vorgehensschritten bei Gegenständen aufgehalten werden, denen sie entwachsen sind, muß nothwendig ihr Interesse erlahmen, und wird das Ziel einer Fortbildungsschule überall nicht erreicht. Ganz anders würde die Sache sich nach Einrichtung eines doppelten Unterrichtscursus gestalten: in den Elementarfächern für die schwächeren Schüler, in Geschichte, Physik u. für diejenigen welche bereits durch die Bürgerschulen der Stadt gegangen sind. Redner wünscht daher, der Magistrat möchte der Frage näher treten, ob dergestalt nicht für eine zeitgemäße Hebung der Gewerbeschule Rath werden könnte,

deren Kosten in Anbetracht des damit zu schaffenden Segens sicherlich gut angewandt sein würden.

Herr Steinacker anerkennt die volle Berechtigung dieses Wunsches, hält allerdings aber für viel wesentlicher die Frage, ob die Verlegung des Unterrichts auf eine andre Zeit als die späten Abendstunden möglich sein wird. Seinestheils fürchtet er jede Aenderung hierin eben an dem Widerstande der Handwerksmeister scheitern zu sehen. Wenn Herr Graf Görz-Brissberg bei einigen derselben jetzt größere Geneigtheit vor-
aussetzt, die Lehrlinge zu diesem Zwecke vor Schluß der täglichen Arbeitszeit zu entlassen, so mag dies immerhin nicht ganz ohne Grund sein; vereinzelte Ausnahmen jedoch werden wenig helfen, eine gründliche Aufhilfe der Schule nicht möglich sein, ehe die gleiche Opferwilligkeit nicht alle Meister beseelt. Da nun die bestehenden Geseze zu einem Zwange in dieser Sache keine Handhabe bieten, so sieht Redner nicht ab, wie den geäußerten Wünschen in nächster Zeit wird Rechnung getragen werden können.

Herr Winter hebt hervor, daß es vielen Meistern in That auch sehr schwer fallen und unter Umständen gradezu unmöglich sein dürfte, den Lehrlingen während der Arbeitszeit die nöthigen Freistunden zu gewähren. Am passendsten möchten dazu noch die frühen Morgenstunden sein, wie in diese denn auch bei vielen Handelsschulen die Unterrichtszeit gelegt ist. Daß es mit einer neuen Organisation allein nicht gethan, hat die Erfahrung bewiesen: als solche vor einigen Jahren versucht wurde stellte sich heraus, daß für viele der gebotenen Unterrichtsgegenstände keine Schüler vorhanden waren.

Herr Ding muß bestätigen, daß die Gewerbeschule von den hier einheimischen, meist also mit einer guten Schulbildung ausgerüsteten Lehrlingen fast gar nicht besucht wird, weil diese dort in der That kaum noch etwas hinzulernen können. Auch von denen aber welche vom Lande hereinkommen und für die diese Entschuldbigung nicht zu-
trifft, wird die Schule wenig benutzt, was seinen Grund allerdings hauptsächlich wohl in der ungünstigen Wahl der Unterrichtsstunden haben dürfte. Erscheint demnach eine Verlegung derselben in der That geboten, so wird dies schwerlich doch in der Weise geschehen können wie Herr Winter vorschlägt, weil die Gewerbeschule vorläufig jedenfalls auf die Räume einer Bürgerschule wird angewiesen bleiben, deren gehörige Lüftung aber gehindert wäre, wenn sie einige Stunden vor Beginn der gewöhnlichen Schulzeit schon in Gebrauch genommen würden. Seinerseits giebt Redner demnach anheim, die späteren Nachmittagsstunden von 5 oder 6 Uhr an zu wählen.

Herr Munte erwartet eine wirkliche Besserung dieser Verhältnisse nur von Reichsgesezen, welche Lehrlingsprüfungen vorschreiben und den Besuch geeigneter Fortbildungsschulen für die Lehrlinge obligatorisch machen, womit allerdings denn auch für die Meister die Nöthigung eintreten wird, den Lehrlingen die dazu nöthigen Freistunden zu bewilligen.

Herr Bracke spricht die Hoffnung aus, daß die gegenwärtige Erörterung den Anstoß zur Gründung einer wirklichen Fortbildungsschule geben und die Meister selbst im wohlverstandenen eigenen Interesse die Hand dazu bieten werden. Gegen die unverständige Minderzahl freilich, Meister wie Lehrlinge, die sich dem Nothwendigen alsdann nicht fügen, wird eben doch nur mit Zwangsmitteln zu verfahren sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert, daß alle diese Wünsche und Erwägungen dem Magistrate keineswegs fremd sind. Hätte nur Jemand auch zu sagen gewußt, wie es anzustellen, damit das Wünschenswerthe erreicht werde. Aber verschiedene Versuche, die man zu dem Ende bereits angestellt hat, sind gründlich fehlgeschlagen. Man hat Lehrer zum Unterrichte im Französischen und in der Geometrie gewonnen und die Bestimmung getroffen, daß die Curse beginnen sollten, sobald sich mindestens zwölf Schüler für eins dieser Fächer meldeten. Das Ergebnis waren zwei Meldungen zum Französischen, eine zur Geometrie. Auch der sonstige Unterricht der Gewerbeschule wird kaum von anderen als solchen Lehrlingen benützt, die aus dem Waisen- und dem Pflegehause hervorgegangen sind und andernfalls die Unterstützung einbüßen würden, die ihnen von dort noch während ihrer Lehrjahre gereicht wird. Und diese Theilnahmlosigkeit bei Denen welche die Sache am nächsten angeht, ist in der That das größte Hinderniß jeder gedeihlichen Wirksamkeit der Anstalt; ehe sie nicht gebrochen ist, wird alle Mühe, dieselbe zu heben, eine vergebliche sein. Ohne Zweifel fällt dabei der größte Theil der Schuld auf die Handwerksmeister selbst. Der Magistrat ist mit dem Plane umgegangen, den Besuch der Gewerbeschule obligatorisch zu machen; er hat versucht, dafür zunächst die Meister zu gewinnen. Aber auf achtzig Schreiben, die er zu dem Ende ergehen ließ, ist auch nicht eine einzige Antwort eingelaufen. Nach solchen Erfahrungen hält sich der Herr Oberbürgermeister zu der Annahme berechtigt, daß unter allen hiesigen Meistern kaum funfzig sich dazu verstehen würden, ihren Lehrlingen zum Zwecke der Fortbildung wöchentlich etwa einen freien Nachmittag zu gewähren. Dem Magistrate die Sache noch besonders ans Herz zu legen, dürfte nach den angeführten Thatsachen kaum noch nöthig scheinen können: wie bisher wird derselbe jederzeit bereit sein, zu allem Förderlichen die Hand zu bieten. Die hier aufgetauchten Vorschläge aber kann er als ausführbar nicht anerkennen.

Herr Mühe hingegen ist der Ueberzeugung, die Wurzel des Uebels und das geeignete Mittel sie zu beseitigen bezeichnet zu haben. Denn unmöglich kann etwas Tüchtiges von einer Schule geleistet werden, welche Schüler von ganz verschiedener Bildungsstufe in einer Klasse zusammenwirft. Dreizehn- bis vierzehnjährige Knaben vom Lande können auf den hiesigen Bürgerschulen gewöhnlich nur in die dritte Klasse gesetzt werden. Wenn solche dann aber ein Jahr später mit Denen welche hier aus der ersten Klasse entlassen sind, auf einer Bank weiter lernen sollen, so kann letzteren natürlich nichts geboten werden, was ihr Interesse rege erhält. Demnach muß Redner

auf seinen Vorschlag zurückkommen, Elementar- und Fortbildungsklassen in der Gewerbeschule zu scheiden, einen Vorschlag, der mit Leichtigkeit ausführbar gewesen wäre, wenn man mit der Gewerbeschule die jüngst gegründete Handelsschule verbunden hätte. Daß dies unterblieben ist, kann Redner daher nur lebhaft beklagen.

Herr Nieß ist an der Gewerbeschule in doppelter Weise theilhaftig gewesen, zuerst als Schüler, später als Mitglied der leitenden Commission. Als Schüler hat er den Unterricht verschlafen, weil er nach schwerer Tagesarbeit ermüdet war und weil ihm nichts geboten wurde, was er nicht schon von der Schule her sein eigen nannte. Als Commissionsmitglied ist er zu der Einsicht gelangt, daß der Gewerbeschule ohne organische Einfügung in die Volksschule und ohne Lernzwang eine gedeihliche Wirksamkeit nie wird entfalten können. Gleichgültigkeit gegen sie ist einstweilen auf beiden Seiten: der Lehrling hat keine Lust sich für seine Fortbildung anzustrengen, der Meister läßt ihn gewähren um des lieben Friedens willen oder weil er dabei seinen Vortheil zu finden glaubt.

Auch Herr Bosse sieht keine Besserung als auf dem von Herrn Nieß bezeichneten Wege, glaubt aber die Handwerksmeister gegen die wider sie erhobenen Beschuldigungen einigermaßen in Schutz nehmen zu müssen. Durch die neue Gewerbegesetzgebung ist die Stellung des Meisters zum Lehrlinge von Grund aus verändert, das Recht des Meisters dem Lehrling gegenüber auf das denkbar geringste Maß zurückgeführt: ungestraft darf letzterer bei beliebigem Anlaß aus der Lehre laufen. Wenn unter solchen Umständen aber der Meister wenig Neigung verspürt, da wo es sein nächstes Interesse nicht erheischt mit Strenge gegen den Lehrling aufzutreten, wenn er so denn auch an dessen Fortbildung kein eben lebhaftes Interesse nimmt, so wird man das wenigstens erklärlich und entschuldbar finden dürfen.

Herr Ding möchte aus dieser Sachlage nicht sowohl einen Anlaß zur Klage über die Gewerbefreiheit als vielmehr den Antrieb entnommen wissen, die herrschende Lauheit zu bekämpfen, und zwar mit den Mitteln, die er ebenfalls für die einzig wirksamen hält: Zwangsmitteln und Strafen gegen die Lehrlinge sowohl, welche die gebotene Gelegenheit nicht benutzen, wie gegen die Eltern und Meister, welche sie daran hindern oder nicht dazu anhalten.

Nachdem damit die Discussion über diesen Gegenstand geschlossen ist, beschließt die Versammlung in Gemäßheit der Magistratsanträge.

Ohne Discussion wird ferner

V. auf den von Herrn Jasper erstatteten Bericht der Finanzcommission die Ausleihung eines Capitals von 500 \mathfrak{M} auf ein hiesiges Grundstück genehmigt, wie solche vom Magistrate unterm 23. v. Mts. beantragt ist.

Wie hierauf

VI. namens der Finanzcommission Herr Steinau vorträgt, ist der Magistrat zufolge des Beschlusses der Versammlung vom 22. Juni mit der Finanzcommission über die Verwendung der dem Kreiscommunalfond lehtlin überwiesenen 450600 *M.* in Berathung getreten und dabei mittels der schon in der Sitzung vom 22. Juni geltend gemachten Erwägungen zu dem Entschlusse gelangt, diese Gelder nicht in Werthpapieren anzulegen, sondern der Stadt zu nothwendigen Ausgaben gegen Verzinsung mit $4\frac{1}{2}$ und Amortisation mit mindestens $\frac{1}{2}\%$ und den ersparten Zinsen vorzuleihen, einstweilen aber, da die ganze Summe sofort nicht zu verausgaben ist, sie bei der hiesigen Bank und der Braunsch.-Hannoverschen Hypothekenbank zu belegen, welche beide 3% Zinsen zu gewähren bereit sind. Herzogliches Staatsministerium hat diesen Beschluß im ersten Punkte für zulässig erklärt, sich aber die Genehmigung für jeden einzelnen Verwendungsfall der Art vorbehalten: ein Vorbehalt, der einestheils — sofern aus diesen Mitteln natürlich nicht solche Ausgaben gedeckt werden sollen, die aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten sind — auf unrichtigen Voraussetzungen beruht, andernteils aber vorläufig auch nicht in Betracht kommt, da Schulhausbauten, für welche in dem außerordentlichen Etat dieses Jahres 506700 *M.* in Ansatz gebracht sind, jene Summe also nicht einmal völlig ausreichen wird, von Herzoglichem Staatsministerium ausdrücklich als solche bezeichnet werden, zu denen die Gelder des Kreiscommunalfonds angewandt werden dürfen. Auf den Vorschlag wegen der interimistischen Belegung der fraglichen Gelder, welche einstweilen zu $2\frac{1}{2}\%$ beim Leihhause stehen, hat Herzogliches Staatsministerium keinen Bescheid abgegeben. Der Magistrat wünscht darüber zunächst jetzt die Meinung der Versammlung zu hören, indem er seinerseits bemerkt, daß das Darlehnsgeschäft zwischen der Stadt und dem Kreiscommunalfond jedenfalls über die ganze Summe in eins wird abzuschließen, die Differenz also zwischen den eingehenden und den zu zahlenden Zinsen von der Stadtkasse zu tragen sein.

Die Commission, das beantragte Verfahren zur Genehmigung empfehlend, giebt anheim, in Uebereinstimmung mit dem Magistrate zu beschließen, daß die in Rede stehenden Gelder provisorisch unter der angegebenen Bedingung je zur Hälfte der hiesigen Bank und der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank überlassen werden sollen.

Die Versammlung entspricht dem,

indess Herr v. Seckendorf als Vorstand eines der theilgenommenen Bankinstitute sich der Stimmabgabe enthält.

Nachdem ferner

VII. die Versammlung auf mündlichen Antrag sich einverstanden erklärt hat, die

von dem vormalß Meyerschen Grundstücke an der Karlstraße nach Herstellung eines Verbindungsweges von da zur Gliesmaroder Chaussee übrig gebliebenen 7 Ar 91 □ Meter dem Maurer Hünke und dem Zimmermann Lampe für den Kaufpreis von 7500 Mark zu überlassen,

begründet Herr Bewig seine bei Beginn der Sitzung mitgetheilte Interpellation, indem er darlegt, wie das Planum der vom Bahnhofe zum Kohlmarkt führenden neuen Straße am Fricdeschen Grundstück entlang in einer Breite von $3\frac{1}{2}$ bis 20 " hinter der Linie zurückbleibt, welche in dem genehmigten Plane vorgesehen ist. Scheint diese Abweichung an sich auch nur geringfügig, so wird sie einmal doch ohne die ausdrückliche Zustimmung der städtischen Behörden nicht für statthaft gelten können; sodann aber kann sie auch Verwickelungen herbeiführen, die sich hinterher nur mit Opfern für die Stadt würden lösen lassen. Unter diesen Umständen sieht Herr Bewig sich veranlaßt, an seine Frage zugleich den Antrag zu knüpfen:

die Versammlung wolle diese ohne ihr Zuthun vorgenommene Grenzverlegung für widerrechtlich erklären und beschließen, daß selbige, und zwar auf Kosten Derjenigen, welche sie eigenmächtig verfügt haben, wieder abgestellt werde.

Die Anfrage Herrn Bewigs zu beantworten sieht Herr Oberbürgermeister Caspari sich nicht in der Lage, da ihm die thatsächlichen Verhältnisse augenblicklich nicht genügend gegenwärtig sind. Ebenso wenig dürfte, wie er glaubt, auch die Versammlung ohne weiteres im Stande sein, den Fall richtig zu beurtheilen. Allerdings haben Verhandlungen über gewisse Modificationen des ursprünglichen Planes stattgefunden; zu endgültiger Uebereinkunft deswegen wird es natürlich aber nicht ohne Einwilligung der Versammlung kommen können. Eine Vorlage hierüber soll der Versammlung demnächst zugehen, und erst dann wird es an der Zeit sein, auf die angeregte Frage hier einzugehen.

Der Herr Vorsitzende giebt demnach Herrn Bewig anheim, seinen Antrag bis dahin zurückzuziehen, worin Herr Bewig willigt.

Herr Heymann indessen wirft die Frage auf, ob der Geschäftsordnung nach eine Interpellation durch die Beantwortung schlechthin erledigt ist, andre Mitglieder der Versammlung alsdann über den angeregten Gegenstand nicht mehr zum Wort kommen können. Eventuell stellt er den Antrag, die vorliegende Interpellation, wie dies unter gleichen Umständen in anderen parlamentarischen Körperschaften der Fall ist, zur Debatte zu verstellen.

Der Herr Vorsitzende hält dies nach Maßgabe der Geschäftsordnung für unzulässig, zumal Herr Bewig selbst seinen Antrag zurückgezogen hat,

der jedenfalls auch, wie Herr Oberbürgermeister Caspari hinzufügt, vorher erst einer commissarischen Vorprüfung unterliegen müßte.

Nachdem indessen Herr Bewig seinen Antrag nunmehr mit genügender Unterstützung wieder aufgenommen und nochmals motivirt hat,

erklärt die Versammlung sich einverstanden, daß selbiger als dringlich sofort und ohne Vorprüfung in Berathung genommen werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari erhebt Einspruch hiergegen, indem er für den Magistrat das Recht in Anspruch nimmt, vor allem auch seinerseits erst den Thatbestand actenmäßig aufzuklären, wozu Redner, wie gesagt, augenblicklich nicht im Stande ist.

In gleichem Sinne sprechen sich Herr Graf Görz-Brisberg und der Herr Vorsitzende aus.

Herr Bracke unterschätzt keineswegs das Gewicht der entgegenstehenden Bedenken, möchte dieselben gleichwohl aber für dies Mal beiseit gesetzt sehen, weil es für die demnächstigen Commissionsverhandlungen von Nutzen sein wird, wenn Diejenigen welche den Sachverhalt kennen, ihre Auffassung schon heute vernehmen lassen; und um so mehr hält er dies für nothwendig, als es sich um den Versuch einer Rechtsverletzung zu handeln scheint, die zur vollendeten Thatsache entweder schon geworden ist oder sehr bald werden kann.

Auch Herr Steinacker hält dafür, daß nach den gefallenem Andeutungen der Versammlung an vollständiger Aufklärung dringend gelegen sein muß. Falls dann noch Zweifel bestehen sollten, wird eine Beschlusfassung immerhin ausgesetzt werden können.

Demnach wird die Debatte eröffnet, und zunächst

Herr Heymann zum Worte gelassen, welcher Folgendes vorträgt. Nach dem zwischen der Stadt und den Unternehmern vereinbarten Plane sollte die neue Straße an ihrer Ausmündung auf den Kohlmarkt unmittelbar neben dem Grundstücke des Bierhändlers Fricke hergehen. Nachdem dieser nun im Wege des Processes Eigenthumsrechte an dem Brandgiebel zwischen seinem und dem zu Behuf der Straße niedergelegten Nachbarhause geltend zu machen versucht hat, haben die Unternehmer folgendes Manöver angestellt. An dem Fricke'schen Grundstück entlang ist ein ganz schmaler Terrainstreifen, an der breitesten Stelle $20\frac{1}{2}$, an der schmalsten $3\frac{1}{2}$ ", nicht zur Straße genommen, auf der so geschaffenen willkürlichen Grenzlinie eine Mauer aufgeführt. Von irgend welcher nugharen Verwendung dieses Areals kann keine Rede sein; wohl aber wird das Fricke'sche Grundstück dadurch von der Straße abgedrängt und damit sein Eigenthümer um so härter getroffen, als er neuerdings, in der Voraussetzung, einen bequemen Ausgang auf die neue Straße zu gewinnen, mit erheblichen Kosten einen Eiskeller angelegt hat. Ganz

offenbar also ist jene Anordnung der Unternehmer lediglich aus der Absicht hervorgegangen, Herrn Fricke für den ihnen angehängten Proceß zu bestrafen. Ein solches Verfahren beim rechten Namen zu nennen, fehlt Herrn Heymann der parlamentarische Ausdruck, er muß sich begnügen, es als formell wie materiell im höchsten Grade unberechtigt zu bezeichnen. Den Magistrat aber hält er für verpflichtet, nunmehr mit doppelter Strenge darauf zu halten, daß die Straße genau in der vertragsmäßig festgesetzten Breite an die Stadt übergeben werde. Denn wollte man auch jede Rücksicht auf Herrn Fricke außer Acht lassen, so würde doch rein vom Gesichtspuncte des städtischen Interesses aus die Erwägung sich einstellen müssen, daß Herr Fricke, wenn die Unternehmer ihren Zweck erreichten, sich unmöglich veranlaßt finden könnte, irgend etwas zur Besserung des Anblickes zu thun, welchen sein Haus auf dieser Seite gegenwärtig darbietet. Dann aber würde hier am Eingange der Stadt, an einer voraussichtlich viel benutzten Straße, auf lange Zeit ein Anblick bestehen bleiben, der einer Stadt wie Braunschweig nicht ziemt. Redner hat Bedenken getragen, ob er als Anwalt des Geschädigten sich für befugt erachten dürfte, den Gegenstand an dieser Stelle zur Sprache zu bringen; da derselbe nun aber auch von anderer Seite angeregt worden und offenbar Gefahr im Vorzuge ist, hat er geglaubt dieses Bedenken schwinden lassen und die Versammlung dringend um ihre Dazwischenkunft ersuchen zu müssen.

Herr Nieß, diese Darlegung in allen Stücken bestätigend, möchte die Versammlung bitten, sich durch den Augenschein von dem Charakter des versuchten Eingriffes zu überzeugen, den er namentlich auch durch die unerhörte Beschaffenheit der erwähnten Scheidemauer gekennzeichnet findet. Zu dem Ende giebt er anheim, eine besondre Untersuchungscommission einzusetzen.

Herr Munte findet unerklärlich, wie das Stadtbauamt die Ausführung einer Mauer wie dieser hat genehmigen können, die die Stadt nur übernehmen könnte, um sie sofort auf ihre Kosten wieder beseitigen zu lassen. Und auch sonst müßten der Stadt die Consequenzen dieser ganzen Veranstaltung im höchsten Grade beschwerlich fallen, indem u. a. Herr Fricke schon nach der Bauordnung genöthigt sein würde, sein Haus nach der neuen Straße hin durch Brandgiebel abzuschließen und seine Fenster zu vergittern.

Herr Reuter bedauert, daß dergestalt ohne jedwede Vorbereitung in die Debatte über eine sehr verwickelte und bisher doch nur einseitig geschilderte Angelegenheit eingetreten ist. Nachdem dies aber dennoch geschehen, will er darauf hinweisen, daß, wenn einmal ein Streit der Art entstanden ist, manche an sich unschuldige Maßregeln von dem Gegner als Chicane aufgefaßt werden. So denn offenbar auch in diesem Falle. Da das Fricke'sche Grundstück tiefer liegt als die Straße, Herr Fricke aber — man weiß nicht aus welchem Grunde — keine

Verfüllung vorgenommen hat, so waren die Unternehmer zur Befestigung des Straßenplanums genöthigt, auf der Grenze eine starke Futtermauer herzustellen. Wenn sie vorläufig dann die durch die Straßenanlage offen gelegten Nachbargrundstücke mit einer Mauer schließen, so ist das eine Maßregel, zu der sie verpflichtet sind und eventuell auf Antrag der Nachbarn oder ohne solchen polizeilich gehalten werden können. Jedenfalls wird nach Beendigung des schwebenden Prozesses die Stadt soviel Terrain zur Straße erhalten als irgend dazu heran gezogen werden kann, hieraus aber für Herrn Fricke der bedeutende Vortheil erwachsen, daß ein großer Theil seines sehr tiefen Grundstückes an eine Straße zu liegen kommt. Ueber die etwa nöthigen Abweichungen von dem vereinbarten Plane wird der Versammlung ohne Zweifel eine Vorlage von Seiten des Magistrates zugehen. Aus dem allen, glaubt Redner, erhele wohl zur Genüge, daß diese Sache wie jede andre zwei Seiten hat. Da genügendes Material zur Beurtheilung im Augenblicke nicht vorliegt, so beantragt er, die Debatte zu schließen und den Bewig'schen Antrag der Statutencommission, eventuell unter Zuziehung der Mitglieder des Stadtbauamtes, zum Bericht zu überweisen.

Herr Steinacker stellt den reglementarischen Antrag, daß der Magistrat ersucht werde, die dem Bewig'schen Antrage zu Grunde liegenden Thatsachen schleunigst aufzuklären, eventuell auch der Versammlung Vorschläge zu machen, wie den entstandenen Unzuträglichkeiten könne abgeholfen werden, inzwischen aber, wenn irgend thunlich, die von den Unternehmern begonnene Mauer zu inhibiren.

Nachdem Herr Heymann diesen Antrag adoptirt,

Herr Nieß zu dessen Gunsten den seinigen zurückgezogen hat,

wird derselbe ebenso wie der Herrn Bewig's der Statutencommission überwiesen, und damit die Angelegenheit vorläufig erledigt.

Sodann

richtet Herr Munte an den Magistrat noch die Anfrage:

»Sind keine Mittel und Wege zu finden, um den Schädlichkeiten zu steuern, in Folge deren alljährlich der Fischbestand in der Dfer zu Grunde geht?«

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt im voraus, daß der Magistrat zu einer Antwort hierauf nicht im Stande sein werde.

Gleichwohl bezeichnet es Herr Munte, seine Interpellation begründend, als eine Pflicht der städtischen Behörden, auf dergleichen offenbar doch gemeinschädliche Uebelstände von Zeit zu Zeit ein wachsames Auge zu haben. In anderen Ländern

ist der Fischstand der öffentlichen Gewässer durch Landesgesetze geschützt; auf dergleichen bei uns hinarbeiten, dürfte es vielleicht dienlich sein, wenn der Magistrat Herzogliche Polizeidirection veranlaßte, durch chemische Analyse des Okerwassers feststellen zu lassen, welche Fabrikabgänge den Verderb desselben verschulden.

Nachdem schließlich

auf mündlichen Antrag des Herrn Overbürgermeisters Caspari die Versammlung dem Stadtarchivar Hänselmann 300 Mark zu einer Reise nach der in München veranstalteten Kunstgewerbe-Ausstellung verwilligt hat,

wird die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. September 1876.

Öffentlich:

Mittheilung einer Erklärung Herrn Heymanns.

Genehmigung des Ankaufs der Turnhalle am Petriothore.

Desgl. verschiedener Abmachungen in Betreff der neuen Straße vom Bahnhofe auf den Kohlmarkt.

Desgl. einer Canalanlage zwischen der Oster und den Fischhältern am Bruchthore.

Bewilligung eines Beitrages zu den Kosten der Gedankfeier.

Desgl. zu Behuf von Reparaturen am Gebäude der höhern Töchter Schule.

Mittheilung des Magistrates, die Abänderung und Ergänzung der Bauordnung betr.

Entschuldigt die Herren Bewig, Graf Görz-Wrisberg, Heymann und Schöttler.

Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Hake, Randoehr, Rittmeyer.

In Abwesenheit sowohl des ordentlichen als auch des stellvertretenden Protocollführers übernimmt die Protocollführung auf Ersuchen des Herrn Vorsitzenden Herr Schwarzenberg.

Nach Genehmigung des Protocolls vom 3. August

I. verliest der Herr Vorsitzende folgendes Schreiben Herrn Heymanns vom 7. v. M.:

An

den Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung, Herrn Dr. Peters.

Hochgeehrter Herr!

Mein Vortrag in der Stadtverordneten-Versammlung am 3. d. M., die Anlage der neuen Straße betreffend, veranlaßt mich zu dem Ersuchen, Nachfolgendes zur Kenntniß der nächsten Stadtverordneten-Versammlung, in der ich wegen einer Reise wahrscheinlich nicht gegenwärtig sein werde, zu bringen.

Im gedachten Antrage habe ich eine Maßnahme der Firma Lehmann Oppenheimer u. Sohn als eine solche bezeichnet, für die mir jeder parla-

mentarische Ausdruck fehle. Ich erkläre, daß dieser mir lediglich in Ueber-eilung entschlüpfte Ausdruck nicht den Zweck hatte, die Ehre jener Firma irgendwie anzutasten oder derselben ein rechtswidriges Vorgehen vorzuwerfen. Ferner bedaure ich, an dieser Debatte überhaupt theilgenommen zu haben, weil ich als Anwalt der Gegenpartei der gedachten Firma gewissermaßen auf einem Parteistandpuncte mich befunden und meine Ansichten nur aus einseitiger Instruction geschöpft habe.

Sie werden entschuldigen, wenn ich in Rücksicht auf die Länge der Zeit, die bis zur Vorlesung dieses Schreibens in öffentlicher Sitzung verstreichen wird, und in Rücksicht auf die erfolgte Wiedergabe jenes Ausdruckes in öffentlichen Blättern mir erlaubt habe, um den Inhabern der genannten Firma gerecht zu werden, dieses Schreiben schon jetzt der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Advocat-Anwalt Heymann.

Sodann

II. referirt Herr v. Seckendorff namens der Finanz- und der Schulcommission über einen Antrag des Magistrates vom 25. v. M., denselben zum Ankauf der Turnhalle am Petriithore unter Uebernahme der Contractskosten, sowie auch zur Verwendung von 350 Mark zur Anschaffung von Geräthen und von 5250 Mk. für Unterhaltung der Gebäude zu ermächtigen, sofern die Miether sich bindend verpflichten, während der nächsten drei Jahr um so viel höhere Miethen zu zahlen, daß seitens der Stadt nicht mehr als 600 Mk. jährlich zuzuschießen sind.

Nachdem

Herr Steinau sich für den Antrag mit dem Hinzufügen ausgesprochen, daß der jährliche Zuschuß aus der Stadtkasse mehr als 600 Mk. betragen werde,

Herr Oberbürgermeister Caspari auch bemerkt hat, daß von Seiten des Turnvereins für die nächsten 3 Jahre eine Miethe von 3000 Mk. definitiv zugesagt ist, wird der Antrag des Magistrats unter Wegfall der vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingung genehmigt,

III. Namens der Schulcommission berichtet Herr Reck über einen Magistratsantrag vom 25. v. M. auf Erbauung einer Turnhalle bei der Schule auf der Wilhelmstraße. Dieselbe ist nothwendig, weil die Schüler dieser Anstalt keine der vorhandenen Turnhallen mitbenutzen können; ihre Kosten sind zu 9800 Mk. veranschlagt; die Commission giebt anheim, den Antrag zu genehmigen.

Herr von Seckendorff monirt, daß dieser Gegenstand nicht von der Schulcommission in Gemeinschaft mit der Finanzcommission berathen ist, wozu der Vorsitzende bemerkt, daß er diese Sache der Schulcommission allein zugeschrieben habe.

Herr Flagge fragt an, ob bei dem Antrag erwogen sei, daß durch den beschlossenen Ankauf der Turnhalle am Petriithor diese auch für Benutzung der Schulen disponibel wird.

Nach der Erwiederung des Herrn Oberbürgermeister Caspari ist dieses geschehen, dabei aber zur Gewißheit gebracht, daß diese Turnhalle theils der Entfernung wegen, theils auch, weil sie in passenden Stunden nicht mehr disponibel ist,

nur noch von den Schulen am Südklinte und an der Reichenstraße benutzt werden kann.

Herr Nieß giebt anheim, die Berathung auszusetzen, bis dem Stadtbauamt der Bauplan vorgelegen habe,

wogegen Herr Oberbürgermeister Caspary einwendet, daß dies erst nach der geschehenen Verwilligung thunlich ist und geschehen soll.

Nachdem sich gegen den Antrag des Herrn Nieß die Herren Pini, Mühle, Steinau und Bracke ausgesprochen,

Herr Nieß denselben vertheidigt hat,

wird derselbe schließlich zurückgezogen.

Herr Boffe macht noch darauf aufmerksam, daß es zweckmäßig sein dürfte, bei dem Bau der Turnhalle auf gehörige Ventilation Bedacht zu nehmen.

Hierauf wird der Antrag des Stadtmagistrats angenommen.

IV. Herr Pini berichtet über einige hinsichtlich der neuen Straße zwischen dem Bahnhof und dem Kohlmarkt von der Stadt resp. dem Bierhändler Fricke mit dem Architect Campe und den Unternehmern laut Magistratschreibens vom 21. v. Mts. abgeschlossene Verträge.

Da die Eigenthümer der anliegenden Grundstücke nicht zu bewegen gewesen sind, das zur Herstellung der Straße in projectirter Breite erforderliche Terrain abzutreten, so hat der Magistrat unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten durch Vertrag vom 4. Juli eingewilligt, daß jenes Maß nunmehr auf 14 Meter, eventuell, falls nämlich den Unternehmern der zwischen ihnen und dem Bierhändler Fricke streitige Brandgiebel des vormals Dietrichschen Hauses zuerkannt würde, auf 14,5 Meter festgestellt werde. Ferner sind durch gedachten Vertrag die früheren Abmachungen insofern abgeändert, als der Magistrat in Anbetracht der raschen Fortschritte, welchen die Herstellung des Straßenplanums macht, auf Bestellung der für dessen rechtzeitige Ablieferung ausbedungenen Caution verzichtet. Nachdem endlich durch Vermittelung des Magistrats auch die zwischen den Unternehmern und dem Bierhändler Fricke schwebenden Differenzen in der Weise beigelegt sind, daß letzterer an erstern sein Recht an der streitigen Brandmauer, soweit sie über der Erde steht, abgetreten, erstere zu Gunsten des letztern auf jedes Recht an den unterirdischen Theilen dieser Mauer, sowie an dem Zwikel zwischen dem Frickeschen Garten und der Straße verzichtet haben, beantragt der Magistrat, diese neuen Abmachungen insgesamt zu genehmigen und die Kosten der Straßenanlage mit 88,600 Mk., sowie die zum Ankauf der Eickbacherschen Insel erforderlichen 12,000 Mk. endgültig zu genehmigen. Seitens der Statutencommission und des Stadtbauamts werden diese Anträge befürwortet.

nachdem der Herr Vorsitzende mitgetheilt, daß Herr Bewig seinen in der Sitzung vom 3. August gestellten Antrag zurückgezogen hat.

Nach längerer Debatte, bei welcher sich außer dem Berichterstatter und dem Herrn Oberbürgermeister Caspary, die Herren Steinau, Nieß, Munte, Solmiz, Winter und Steinacker betheiligen, wird der Antrag des Stadtmagistrats genehmigt.

V. Ingleichen berichtet Herr Pini namens der Statutencommission und des Stadtbauamts über den Antrag des Stadtmagistrats auf Herrichtung eines Canals von der Oker am Bahnhofe bis zum Haaseschen Grundstück am Bruchthor, behuf Zuleitung des Wassers zu den Fischteichen des pp. Haase. Die Nothwendigkeit dieser

Anlage ist in Folge der Canalisirung des Okerarmes am Bruchthore eingetreten; die Verpflichtung, sie herzustellen, liegt nach Ankauf der Elzbacherschen Insel der Stadt ob; ihre Kosten sind auf 1800 Mark veranschlagt. Seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen, wird dieser Antrag ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Ferner

VI. berichtet Herr Lucius namens der Statutencommission und des Stadtbauamtes über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 6. August. In der Sitzung vom 9. März hatte die Versammlung beschlossen, von weiterer Berathung des Statuts, die Abänderung und Ergänzung der Bauordnung betr., bis nach Erlass einer Landesbauordnung abzusehen. Nachdem diese publicirt ist, ersucht der Magistrat die Versammlung, über die in gedachtem Statute regulirten Punkte nunmehr Beschluß zu fassen. Seiner Dringlichkeit halber gelangt dieser Gegenstand auf Vorschlag des Vorsitzenden vor den noch übrigen Punkten der Tagesordnung zur Berathung. Von dem Berichterstatter wird die Genehmigung des bereits früher in der Sitzung vom 22. April 1875 berathenen und unterm 22. Februar d. Js. abermals mitgetheilten Statuts mit dem Zusatze beantragt, daß der Stadtmagistrat ersucht werde, dieses einzelne Statut einem demnächst mit Rücksicht auf die inzwischen erlassene allgemeine Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig zu erlassenden größeren Statut über Bauvorschriften einzuverleiben, — ein Antrag, welcher von Herrn Munte befürwortet und sodann von der Versammlung angenommen wird.

VII. Herr von Seckendorff berichtet namens der Schul- und Finanz-Commission über den Antrag des Stadtmagistrats auf Bewilligung der Kosten für Reparatur der in der höheren Töchter Schule durch Ueberströmen von Leitungswasser entstandenen Schäden, sowie auf Niederschlagung der Untersuchungen zur Ermittlung des Schulbigen. Die Commissionen geben anheim, diese Anträge zu genehmigen und die erforderlichen Geldmittel zunächst bis zu 400 Mk. zu bewilligen, womit die Versammlung sich ohne Debatte einverstanden erklärt.

Endlich

VIII. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanz-Commission über einen Magistratsantrag vom 7. v. M. auf Bewilligung eines Zuschusses von 600 Mk. zur Sedanfeier, welchen die Majorität der Commission zu genehmigen anheimgibt.

Nachdem die Herren Bracke und Steinau gegen, Herr Lucius für die Bewilligung sich ausgesprochen, auch Herr Steinacker zur Berichtigung der Angaben des Herrn Bracke bemerkt hat, daß ein Schulzwang zur Theilnahme der Schüler an der Sedanfeier nicht Statt gefunden, wird der beantragte Zuschuß von der Versammlung bewilligt.

Die angesetzte vertrauliche Sitzung fand wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr Statt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. September 1876.

Öffentlich:

Anfrage Herrn Mühes wegen der Brücke bei der neuen Schule an der Campestraße.

Desgl. Herrn Steinaus wegen des Aufhörens der Schlacht- und Mahlsteuer.

Wahl zur Gewerbesteuer-Einschätzungscommission.

Beschluß in Betreff einer Revision des Stadterweiterungsplanes.

Verwilligung zu Behuf neuer Pläne des innern und äußern Stadtgebietes.

Desgl. für Wasserleitungen in der Realschule und der Schule an der Campestraße.

Abnahme der Rechnungen der Gasanstalt für das Jahr 1874/5 und des Wasserwerkes für das Jahr 1875.

Genehmigung des Voranschlages der Gasanstalt auf das Jahr 1876/7.

Desgleichen der Auszahlung von Brandentschädigungsgeldern an einen Hypothekenschuldner der Stadt.

Ermächtigung des Magistrats zu einer Proceßführung.

Entschuldigt die Herren Ding, Heymann, Jasper, Runken, Nieß, Reß und Solmiz.

Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Gebhard, Haake, Ramdohr, Rittmeyer.

Das Protocoll vom 7. September wird genehmigt.

Auf die Anfrage Herrn Mühes:

»Hat der Magistrat bereits Maßregeln getroffen, damit die Kinder aus der innern Stadt, welche von Michaelis ab die neue Schule an der Campestraße besuchen werden, dahin auf directem Wege mittels einer Brücke über die Oker gelangen können? und wird andernfalls das Nöthige sofort angeordnet werden?

erwidert Herr Stadtrath Rittmeyer, daß der Bauunternehmer Thyl zur Herstellung der fraglichen Brücke contractlich verpflichtet und an diese Verpflichtung in letzter Zeit mehrfach erinnert ist. Ueber den augenblicklichen Stand der Sache kann der Magistrat zwar keine Auskunft geben; doch werde ohne Zweifel das Mögliche geschehen sein, um jenem Bedürfniß rechtzeitig zu genügen, der Magistrat hierauf auch fernerhin thunlichst halten.

Herr Steinau fragt an, ob der Termin, an welchem die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer in Kraft treten wird, bereits festgestellt sei, eventuell aber der Magistrat nicht wenigstens darauf hinwirken könne, daß das Publicum dieserhalb möglichst bald Gewißheit erlange.

Herr Stadtrath Gebhard räumt ein, daß über diese Angelegenheit eine bestimmte Erklärung von Seiten der Landesregierung allerdings noch nicht vorliegt. Da indessen Herzogliches Steuercollegium die von der Gewerbesteuer befreiten Gewerbebetreibenden bereits zur Anmeldung aufgefordert hat, dürfte mit einiger Sicherheit anzunehmen sein, daß für die fragliche Anordnung der 1. Januar nächsten Jahres in Aussicht genommen ist,

eine Annahme, welche Herr Meyer glaubt bestätigen zu können.

Der Herr Vorsitzende ersucht den Magistrat, genauere Erkundigungen einzuziehen und über das Resultat in der nächsten Sitzung zu berichten,

wobei dann, wie Herr Lucius hinzusetzt, auch eine Mittheilung über den Stand der Schlachtehausfrage sehr erwünscht sein würde.

Der Tagesordnung gemäß

I. schreitet die Versammlung, einem Ersuchen des Magistrates vom 8. d. M. entsprechend, zur Wahl von vier Deputirten bei den Gewerbesteuerereinschätzungen. Die Mandate der Herren Flagge, Jasper, Kloss und Solmish werden für die Zeit bis zum 1. October 1877 abermals erneuert.

Hierauf

II. trägt namens der Statutencommission Herr Lucius Folgendes vor.

Der Stadterweiterungsplan von 1870 genügt in mancher Beziehung den Anforderungen nicht, welche nach Maßgabe der neuen Landesbauordnung vom 13. Juni d. J. an die durch § 4a derselben vorgeschriebenen Ortsbaupläne zu stellen sind, indem er namentlich, der Vorschrift in § 5 des Gesetzes zuwider, Angaben über die Höhenlage und die Entwässerung der Straßen und Plätze vermissen läßt und sonach die Stadtgemeinde leicht in die Lage versetzen könnte, bei späterer Regulirung der Niveauverhältnisse den Eigenthümern der inzwischen neuerbauten Häuser auf Grund der Bestimmungen in § 10 der Landesbauordnung namhafte Entschädigungen zahlen

zu müssen. Abgesehen hiervon aber hat sich seit längerer Zeit auch die Nothwendigkeit herausgestellt, den Stadterweiterungsplan in Ansehung der bereits projectirten und der etwa noch erforderlichen Straßenzüge, sowie in Betreff der fernerweit wünschenswerthen Ueberbrückungen einer eingehenden Revision zu unterziehen, resp. zu vervollständigen. In Erwägung nun, daß die städtischen Baubeamten bei dem Umfange ihrer laufenden Geschäfte sich dieser außerordentlichen Arbeit nicht so unausgesetzt widmen können, wie dies nöthig ist, um selbige in der erforderlichen kürzesten Frist zu Stande zu bringen, hat der Magistrat Stadtbaurath Tappe unterm 2. d. M. aufgefordert, eine geeignete Persönlichkeit baldigst in Vorschlag zu bringen. An die Versammlung ergeht nunmehr das Ersuchen, einzuwilligen, daß dem auf diese Weise ermittelten Sachverständigen Auftrag ertheilt und demnächst eine unter Zuziehung des Stadtbauraths zu vereinbarende Remuneration ausbezahlt werde.

In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Maßregel hat die Commission wünschen müssen, vor allem erst die beabsichtigte Wahl getroffen zu sehen. Da inzwischen aber der Stadtbaurath sich hierzu außer Stande erklärt hat, giebt sie anheim, die Berathung des vorliegenden Antrags für jetzt abzulehnen und erst bestimmteren Eröffnungen entgegenzusehen.

Nothwendige Voraussetzung jener Revision und Vervollständigung des Stadterweiterungsplanes ist, wie der Magistrat in einem Schreiben vom 18. d. M. ausführt, eine neue Kartirung des Stadtgebietes, da die vorhandene theils nicht von der erforderlichen Genauigkeit, theils aber auch durch die vielen inzwischen eingetretenen Veränderungen im Situationsbestande unbrauchbar geworden ist. Nach dem Gutachten des Stadtbauraths würde demnach 1) ein Specialplan der innern Stadt, 2) eine Specialkarte der städtischen Feldmarken und 3) eine das gesammte innere und äußere Stadtgebiet umfassende Uebersichtskarte anzufertigen sein. Die Kosten einer Specialkarte für das äußere Stadtgebiet im Maßstabe von 1: 1000 sind auf 6790 Mark, im Maßstabe von 1: 1500 auf 3540 Mark veranschlagt, da in letzterm bereits eine Karte für Herzogliches Stadtgericht angefertigt ist, welche einfach copirt werden könnte. Für dieses Verfahren hat sich denn auch der Magistrat entschieden, nicht nur aus Sparsamkeitsrücksichten, sondern auch deshalb, weil die 50 Blätter der kleinern Karte sich leichter handhaben lassen als die 112 der größern, die kleinere auch in den meisten Fällen ausreichen wird, und wo nicht, besondere Vermessungen an Ort und Stelle unter allen Umständen vorgenommen werden müssen. Vor Kartirung des innern Stadtgebietes wird das Terrain mit sämmtlichen Häusern und Grundstücksgrenzen zu vermessen und ein Vermessungsregister anzufertigen sein. Diese Arbeiten sind zu 10,380 Mark veranschlagt. Da an selbigen Herzogl. Stadtgericht gleiches Interesse hat wie die Stadtverwaltung, so ist von Herzoglichem Staatsministerium eingewilligt, daß die Kosten beiderseits zu gleichen Theilen übernommen

werden, wonach dann die Stadt 5190 Mark zu tragen hätte, abgesehen von der Hälfte der Revisionskosten zu 1000 Mark und von etwa 300 Mark für eine Copie des Vermessungsregisters. Die Herstellung einer Copie der Specialkarte für das innere Stadtgebiet im Maßstabe von 1: 1500 auf 6 Blättern würde 1614 Mark, die Anfertigung einer Uebersichtskarte des gesammten Stadtgebietes im Maßstabe von 1: 6000 auf 4 Blättern etwa 2000 Mark kosten, und sonach die Gesamtkosten 13,644 Mark betragen, deren Verwilligung der Magistrat beantragt.

Ueber die Nothwendigkeit dieser Arbeiten haben in der Commission keinerlei Zweifel obgewaltet, und ebenso wenig sind ihr die Kostenansätze bedenklich erschienen. Da auch die Frage, ob der Maßstab von 1: 1500 die Eintragung der Gassen und Wasserzüge zulasse, von den Sachverständigen bejaht ist, so nimmt sie keinen Anstand, sich den Vorschlägen des Magistrates durchaus anzuschließen und selbige auch der Versammlung zur Genehmigung zu empfehlen.

Herr Munte, welcher die Flurkarte bei Herzoglichem Stadtgericht aus eigener Anschauung kennt, kann einige Bedenken gegen die Zuverlässigkeit jener Erklärung der Sachverständigen nicht unterdrücken. Um mit der Revision des Stadterweiterungsplanes in gewünschter Kürze zum Ziel zu kommen, und zugleich auch die Gewähr zu erlangen, daß für diese Arbeit eine geübte und zulängliche Kraft gewonnen werde, hält er eine Concurrrenz, bei der auch auswärtige Bewerber zugelassen würden, für den sichersten Weg.

Die Erörterung dieses Punktes wird nach Maßgabe des vorliegenden Vertagungsantrages der Commission hinausgestellt.

Für den empfohlenen kleinern Maßstab sprechen sich die Herren Schwarzenberg und Reuter aus, ersterer mit dem Hinweis auf die zum Zwecke der Separationen angefertigten Karten, letzterer, indem er hervorhebt, daß die Kosten einer größern Karte von der Stadt allein würden zu tragen sein, daß der Maßstab 1: 1500 für das gewöhnliche Bedürfnis und so namentlich für die Eintragung der Gassen-, Canal- und Gasröhrenzüge jedenfalls ausreicht, in den seltenen anderen Fällen aber auch Ausnahmen im Maßstabe von 1: 1000 nicht groß genug sein würden.

Dem Wunsche Herrn Krampes, daß ein Unternehmer gewonnen werden möchte, der sich zur Vervielfältigung der neuen Karten anheischig machte,

schließt sich Herr Reuter an; doch hält er zu dem Ende einen besondern Antrag von Seiten der Versammlung nicht für erforderlich, da hierbei nur die sechs Blätter der Uebersichtskarte in Betracht kommen, deren Vervielfältigung keine übermäßige Kosten verursachen werde.

Die Versammlung beschließt den vorliegenden Anträgen gemäß, indem sie die Kosten der Kartirung des Stadtgebietes verwilligt, ihre Entscheidung in Betreff der Revision des Stadterweiterungsplanes aber vorbehält.

III. Mittels zweier Schreiben vom 4. d. M. fordert der Magistrat für die Wasserleitungsanlagen in der neuen Realschule und in der neuen Bürgerschule an der Campestraße bzw. 2016 Mark 30 Pf. und 1091 Mark 10 Pf. an. Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, hat gegen die mitgetheilten Kostenanschläge nichts zu erinnern gefunden und giebt demnach die Verwilligung dieser Beträge anheim.

Herr Mühe fragt an, ob dabei auf eine genügende Anzahl von Wasserhähnen und Becken für die Schulhöfe Bedacht genommen ist. Eventuell empfiehlt er, hierfür noch Sorge zu tragen, da andernfalls bei dem im Sommer notorisch sehr starken Trinkbedarf der Schulkinder dergleichen Anträge seitens der Schulen hinterher doch keinesfalls ausbleiben würden.

Herr Reuter kann aus den vorliegenden Anschlägen nicht sofort ersehen, wieviel von den projectirten Hähnen im Innern der Gebäude, wieviel in den Höfen angebracht werden sollen, glaubt allerdings aber, daß für die Schule an der Campestraße eine Veranstellung der Art bis jetzt überall nicht vorgesehen ist, da hier nach dem neulichen Beschlusse der Versammlung noch eine Brunnenanlage in Frage steht. Falls sich solche als unthunlich herausstellen oder für sich allein dem Bedürfniß nicht genügen sollte, wird das Nöthige ohn Zweifel nachträglich noch angeordnet werden,

was Herr Stadtrath Rittmeyer auch hinsichtlich der Realschule zusichert, für deren Hof vorläufig ebenfalls nur ein Hahn projectirt ist.

Die beantragten Verwilligungen werden hierauf ausgesprochen.

Ferner

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff über den mit einem Magistratschreiben vom 12. d. M. eingegangenen Rechnungsabluß des Wasserwerks vom Jahre 1875.

Der Reingewinn beträgt 43,489 Mark 67 Pf., mithin 7845 Mk. 42 Pf. weniger als im Vorjahre, ein Ausfall der sich hauptsächlich von dem geringern Umsatze des Privateinrichtungsconto herschreibt. Den übereinstimmenden Anträgen des Magistrats und der Commission entsprechend, wird der Direction unter Vorbehalt einer Vergleichung des Rechnungsabchlusses mit den Büchern Decharge ertheilt und beschlossen, daß von den Ueberschüssen

4500 Mark zur Amortisation verwandt,

10,955 Mk 83 Pf. dem Anlageconto als unverzinsliches Capital zu Behuf der Erweiterung des Röhrennetzes zugeschrieben,

30,000 Mark der Stadtkasse auf die zur Erweiterung des Werkes dargelehnen 150,000 Mark zurückgezahlt, und zur Vervollständigung dieses Betrages 1966 Mark 16 Pf. aus dem Betriebsfond entnommen

werden sollen, welcher letzterer sich damit auf den Bestand von 45,049 Mark 94 Pf. vermindert.

Desgleichen

V. erstattet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff Bericht über den unterm 19. d. M. eingegangenen Rechnungsabschluß der Gasanstalt aus dem Betriebsjahre 1874/5.

In dem Voranschlage war eine Production von 1,700,000 Cubikmeter und ein Ueberschuß von 64,294 Mk 25 Pf. angenommen; in Wirklichkeit hat erstere nur 1,670,030 Cbmeter, letzterer nun 56,641 Mk 97 Pf. betragen. Da die vorgekommenen Abweichungen der einzelnen Positionen durch den Bericht der Direction genügend gerechtfertigt sind, beantragt der Magistrat, der Direction unter dem üblichen Vorbehalte auch wegen dieser Rechnungsführung Decharge zu ertheilen.

Von dem Ueberschuß hat die Direction vorgeschlagen,

7800 Mark auf die Ausloosung von 26 Obligationen zu verwenden,

den Rest mit 48841 Mark 97 Pf. für den Bau des neuen Gaswerks zur Verfügung zu stellen,

womit Magistrat und Commission sich ebenfalls einverstanden erklären.

Herr Steinau möchte erwogen sehen, ob nicht und wie weit etwas geschehen könnte, um den in letzter Zeit vielfach laut gewordenen und allerdings sehr gerechten Beschwerden über mangelhafte Beleuchtung der äußeren Stadttheile abzuhelfen.

Herr Reuter verweist hierauf auf den Beschluß vom 17. Mai d. J., kraft dessen der Gasanstalt hinfort für jede Nachtlaterne 80, für jede Abendlaterne 42 Mk zu vergüten sind, wonach denn jene Erwägung einfach auf die Frage hinausläuft, ob die Mittel der Stadt eine Berücksichtigung der von den Außenwohnern erhobenen Forderungen gestatten. Bei dem hier eingerissenen regellosen Hinausbauen freilich dürfte dies in dem gewünschten Umfange kaum möglich sein — ohne jenes neue Abkommen wäre jede Vermehrung der Laternen vor den Thoren eine baare Ungerechtigkeit gegen die Gasconsumenten in der Stadt gewesen. In dem Maße nämlich, wie das Röhrennetz sich erweitert, nehmen auch die durch Verschlüftung entstehenden Gasverluste zu, welche durch den Privatconsum ausgeglichen werden müssen. Wie es aber um diesen vor den Thoren bestellt ist, weiß Jedermann. Als Beispiel führt Redner an, wie neuerdings erst noch von den elf Häusern der Rosenstraße, welche sämmtlich Leitungswasser anforderten, als gleichzeitig mit den Wasserröhren auch die Gasröhren gelegt werden sollten, kein einziges an dieser Anlage Theil haben wollte. Bei alledem ist eine Befestigung der Stellen, über deren mangelhafte Beleuchtung geklagt wird, bereits angeordnet; nachdem das wirkliche Bedürfnis auf diese Weise festgestellt ist, wird die Versammlung zu entscheiden haben, in welchem Maße demselben genügt werden kann. Ein vorläufiger Kostenanschlag läßt sich einstweilen noch nicht auf-

stellen; jedenfalls aber dürfte es rathlich sein, vor der Hand nur das Allernothwendigste zu verwilligen und wegen des Uebrigen den neuen Bebauungsplan abzuwarten, der diese wie viele andere durch die bisherige Unterscheidung der Innen- und der Außenstadt aufgerührte Fragen zur Erledigung bringen wird.

Auch Herr Schöttler kann für die beregten Uebelstände wesentlich nur die hier bei den Neubauten des letzten Decenniums vorwaltende, gradezu krankhafte Neigung verantwortlich machen, möglichst von einander und weitab von der Stadt zu rücken. Diesem Unfuge wird der neue Bebauungsplan steuern; inzwischen aber wäre zu wünschen, daß die Presse das Publicum über den eigentlichen Grund des Uebels belehrte. Wollte man allen Anforderungen genügen, so würden 200 neue Laternen noch nicht genug sein, die Stadt also eine Mehrausgabe von mindestens 16—20,000 Mark auf sich nehmen müssen. So sehr man aber den Außenwohnern möglichst viel Licht wünschen möge — daß die Stadt die Kosten für eine unverständige Liebhaberei ausbade, wird billigerweise nicht zu verlangen sein. Seine- theils kann daher Redner ebenfalls nur dafür stimmen, daß der Magistrat sich mit der Polizei in Verbindung setze, um mit Sicherheit zu ermitteln, wo vor den Thoren eine bessere Beleuchtung aus sicherheitspolizeilichen Rücksichten unumgänglich erforderlich ist;

was, wie Herr Stadtrath Rittmeyer und Herr Reuter bemerken, schon wiederholt geschehen ist und demnächst nochmals geschehen soll.

Nach Herrn Boffe's Meinung zielt die aufgetretene Forderung hauptsächlich dahin, daß die bereits vorhandenen Laternen nicht schon um 11 Uhr Abends wieder ausgelöscht werden möchten.

Herr Steinau zweifelt nicht, daß die vorhergegangene Erörterung dazu dienen werde, die Beschwerdeführer theils von der Unmöglichkeit einer vollständigen Abhilfe theils aber auch von der Geneigtheit der städtischen Behörden zu möglichstem Entgegenkommen zu überzeugen.

Die Magistratsanträge werden hierauf von der Versammlung angenommen.

VI. Einem Magistratsantrage vom 19. d. M. entsprechend, genehmigt die Versammlung auf den von Herrn v. Seckendorff erstatteten Bericht der Finanzcommission die Voranschläge der Gasanstalt für das Geschäftsjahr 1876/7.

Nachdem ferner

VII. die Versammlung, wie vom Magistrate unterm 18. d. M. beantragt worden ist und seitens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorff empfohlen wird, sich mit der Auszahlung fälliger Brandversicherungsgelder an den Deconomen Brockmann zu Mödese als Hypothekenschuldner der Stadt einverstanden erklärt,

und hierauf Herr Lucius den Vorsitz übernommen hat,

trägt

VIII. namens der Statutencommission Herr Peters Folgendes vor.

In dem Proceffe, welchen die hiesige Stadt gegen Herzogliche Landesregierung wegen Befreiung von der Servisabgabe führt, ist die Entscheidung erster und zweiter Instanz ungünstig für die Stadt ausgefallen. Es handelt sich gegenwärtig darum, ob man, wie der Stadtmagistrat in einem an die Stadtverordneten gerichteten Schreiben vom 7. August vorschlägt, sich seitens der städtischen Behörden bei diesen Entscheidungen beruhigen, oder ob man nochmals versuchen will, die entgegengesetzte Ansicht im Wege der Nichtigkeitsbeschwerde zur Geltung zu bringen.

Was das zum Grunde liegende Sach- und Rechtsverhältniß betrifft, so ist aus den früheren Verhandlungen bekannt, daß die Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1868 von der Naturaleinquartierung gegen Zahlung einer von der städtischen Behörde auf die einzelnen Pflichtigen repartirten und eingehobenen s. g. Servisabgabe von jährlich 6211 fl. 15 gr. an die Staatscasse befreit gewesen ist, daß dieses Verhältniß aber nachmals eine Aenderung erlitten hat, insofern durch das Gesetz des norddeutschen Bundes vom 25. Juni 1868 die räumliche Unterbringung der bewaffneten Macht während des Friedens zu einer den Bund zur Inanspruchnahme aller benutzbaren Baulichkeiten berechtigenden Last erklärt ist, und alle dem zuwiderlaufenden landesgesetzlichen Bestimmungen aufgehoben sind. Durch Erlass des Bundespräsidenten vom 30. Decbr. 1868, dem kraft des erwähnten Bundesgesetzes die zur Ausführung desselben erforderlichen Anordnungen überlassen waren, wurden dann ferner alle in dem Bundesgesetze nicht speciell benannten landesgesetzlichen Befreiungen von der Naturaleinquartierungslast für aufgehoben erklärt und verfügt, daß alle für die Befreiung bisher an den Staat gezahlten Abgaben u. s. w. mit dem Inkrafttreten des Gesetzes in Wegfall kommen, und daß die Frage, inwieweit für den Fortfall der Befreiung Entschädigung aus den öffentlichen Cassen in Anspruch genommen werden könne, nach den Landesgesetzen zu beurtheilen sei. Da hiernach auch von der Stadt Braunschweig vom 12. Januar 1869 an — dem Tage, an welchem das Bundesgesetz in Kraft trat — die Naturaleinquartierung wieder zu übernehmen war, so ersuchte der Magistrat Herzogliche Landesregierung, die Stadt folgeweise auch von der dafür bisher als Aequivalent gezahlten Servisabgabe von jenem Zeitpunkte ab zu befreien.

Die Herzogliche Landesregierung lehnte dies aber ab und zwar aus dem Grunde, weil der Stadt keineswegs ein Privilegium auf Freiheit von der Naturaleinquartierung erteilt, die Servisabgabe vielmehr ebenso wie das Proviant- und Fouragegeld im ganzen Lande an die Stelle gewisser Naturalprästationen getreten sei und ursprünglich den Charakter einer allgemeinen Militairsteuer gehabt, diesen aber in Folge der verän-

derthen Steuerverfassung verloren habe und nunmehr ein Theil derjenigen Steuerquote geworden sei, welche die hiesige Stadt noch in früherer Form und unter dem früheren Namen, als Servis, Thoraccise u., die übrigen Landestheile aber unter dem Namen Grundsteuer zu den Staatslasten beitrage.

Da ein gütlicher Ausgleich der Differenz nicht zu erreichen war, so erhob der Stadtmagistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung gegen den Fiscus und namens desselben gegen Herzogl. Finanz-Collegium bei Herzogl. Kreisgerichte hieselbst Klage auf Befreiung von der Abgabe sowie auf Rückzahlung der seit Januar 1869 an die Staatscasse bereits eingezahlten und noch ferner einzuzahlenden Beträge sammt Zinsen.

Nachdem das Sach- und Rechtsverhältniß im Prozesse auf das Ausführlichste erörtert, und von der Stadt als Klägerin besonders hervorgehoben war, daß eine jährlich gezahlte Geldentschädigung, welche, wenn auch wegen ihrer Regelmäßigkeit mit dem Namen Abgabe bezeichnet, doch unbestritten nur Aequivalent und Surrogat einer Naturalleistung sei, nicht ohne Weiteres zu einer Steuer im eigentlichen Sinne werden könne, dazu vielmehr ein Act der Gesetzgebung erforderlich sei — wurde der von der Stadt erhobene Anspruch doch vom Herzogl. Kreisgerichte und nachmals auch in der Appellations-Instanz vom Herzogl. Obergerichte als nicht begründet zurückgewiesen. Die Gründe Herzogl. Obergerichts sind im Wesentlichen folgende.

Die Einquartirungslast sei eine allen Staatsangehörigen obliegende Staatslast, eine Grundlast, welche ursprünglich je nach Bedürfniß in natura beansprucht und geleistet sei. Nachmals sei als Surrogat dafür ein s. g. Servisgeld erhoben, welches unter diesem Namen allerdings zuletzt nur in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel gezahlt worden, da nur diese Garnisonen gehabt hätten. Das alte Recht des Landesherrn, die Naturaleinquartirung von den Unterthanen zu verlangen, sei aber nicht aufgehoben, es habe insbesondere vor und nach der westphälischen Zeit fortbestanden, und den genannten Städten sei niemals eine Zusicherung ertheilt, daß sie für das Servisgeld von der Last als solcher befreit sein sollten. Die übrigen Landestheile hätten dafür unter dem Namen der Contribution und anderer Abgaben ein Aequivalent gezahlt, das Servisgeld in den beiden Städten sei eine wahre Steuer. Ferner sei in der landesherrlichen Verordnung vom Jahre 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., durch welche alle vor dem Jahre 1806 bestandenen Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten aufgehoben, und der Grundsatz einer gleichmäßigen Besteuerung aller Landeseinwohner aufgestellt worden, einer Freiheit der Stadt von der Einquartirungslast nicht gedacht, und später habe eine solche Freiheit, nach der klaren Vorschrift des Gesetzes, nicht mehr erworben werden können. Dagegen sei das Servisgeld ausdrücklich unter denjenigen Abgaben mit aufgeführt, deren Vereinnahmung der neubegründeten Landessteuercasse übertragen worden; im Landtagsabschiede vom Jahre 1823, in welchem die Einnahmen

der Landessteuerkasse einzeln aufgeführt werden, darunter die Contribution sammt den damit verwandten Steuern, Proviantgeld, Servis, sei gesagt, daß der Servis von den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel unverändert beibehalten sei. Auch in dem Grundsteuergesetze von 1849 sei das Servisgeld als eine derjenigen Steuern mit aufgeführt, an deren Stelle die neue Grundsteuer treten soll. Während nun diese Steuern in den übrigen Landestheilen mit Einführung der Grundsteuer in Wegfall gekommen, habe die Stadt Braunschweig, in welcher es einstweilen noch bei der frühern Besteuerung geblieben sei, unter dem Namen Servis eine Geldsumme an den Staat gesteuert, die das Gesamtquantum an Gelde, welches ihr in die Staatskasse zu zahlen obgelegen, arithmetisch vollgemacht habe, und demnach sei denn der Name Servis nur eine historische Reminiscenz.

Außerdem sei die vom Bunde eingeführte Quartierleistungspflicht eine von der Braunschweigischen Quartierleistungslast und der Servisabgabe verschiedene, indem jetzt dem Bunde resp. dem Reiche die Befugniß zustehe, gegen Zahlung einer Entschädigung die Soldaten bei den Staatsangehörigen einzumietthen, während diese früher die Befugniß gehabt, dieselben gegen ein an den Staat gezahltes Aequivalent auszumietthen.

Endlich aber hält Herzogliches Obergericht weder den Stadtmagistrat für legitimirt zur Geltendmachung des behaupteten Rechts, weil es sich dabei um Rechte einzelner Einwohner, nicht um eine Gemeindeangelegenheit handle, noch das Herzogl. Finanz-Collegium für den rechten Verklagten, da der Staat in Steuerfachen von der Herzogl. Steuer-Direction vertreten werde.

Die Statutencommission hat die Frage, ob man sich bei diesen Erkenntnissen beruhigen solle, in reifliche Erwägung gezogen, ist indessen zu dem Resultate gelangt, daß die Verfolgung eines Rechtsmittels gegen dasselbe aus mehreren Gründen gerathen sein möchte. Denn abgesehen davon, daß der Stadt für ihren Klaganspruch gewichtige Gründe zur Seite stehen, welche durch die Entscheidungsgründe des obergerichtlichen Erkenntnisses nicht widerlegt sind, muß der Stadt und den Steuerpflichtigen vor Allem daran gelegen sein, die Ansicht der obersten Instanz über die obwaltenden Streitfragen kennen zu lernen, da das in Frage kommende Werthobject ein bedeutendes ist, und wenn der erhobene Klaganspruch als an sich begründet anerkannt werden sollte, die Geltendmachung desselben, sei es durch den Magistrat oder durch die einzelnen Steuerpflichtigen, keinen besonderen Schwierigkeiten mehr unterliegen kann. Die Commission giebt der Versammlung daher anheim, den Antrag des Stadtmagistrates abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, gegen das Erkenntniß zweiter Instanz das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde zu verfolgen.

Herr Stadtrath Rittmeyer legt in längerer Ausführung dar, wie das Votum des Magistrates nicht sowohl aus der Anerkennung der rechtlichen Unhaltbarkeit der diesseitigen Ansprüche, als vielmehr lediglich aus dem Zweifel hervorgegangen ist, ob

seine Auffassung der thatsächlichen Verhältnisse in letzter Instanz erfolgreicher als in den ersten beiden werde zur Anerkennung zu bringen sein. Falls daher die Versammlung sich für Verfolgung der Nichtigkeitsbeschwerde entscheiden sollte, werde der Magistrat dem keine Bedenken weiter entgegenstellen.

In diesem Sinne beschließt denn auch die Versammlung;

worauf die Sitzung geschlossen wird, da

ein Antrag des Magistrates auf Ermächtigung zur Aufnahme eines Processes gegen den Maurermeister Boës sich inzwischen durch Zurückziehung der von diesem erhobenen Klage erledigt hat, auch

das vorliegende neue »Reglement über das öffentliche Fuhrwesen« in der Commission noch nicht zur Vorberathung gelangt ist und demnach von der Tagesordnung abgesetzt werden muß.

Die anberaumte vertrauliche Sitzung kann wegen Abwesenheit des Herrn Referenten nicht stattfinden.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 26. October 1876.

Öffentlich:

Antrag Herrn Kunzens, die Bepflanzung der Promenaden betreffend.

Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters wegen der Schlacht- und Wahlsteuer.

Verwilligung zu Behuf der Gasleitungen in der Realschule und der Bürgerschule an der Campestraße.

Pensionirung einer Lehrerin.

Desgl. eines städtischen Beamten.

Beschluß wegen Erweiterung der St. Leonhardsstraße.

Desgl. in Betreff der Revision des Stadterweiterungsplanes.

Genehmigung des neuen „Reglements“, das öffentliche Fuhrwesen in Braunschweig betreffend.

Entschuldigt die Herren Jasper, Krampe, Lucius und Schöttler.
Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Gebhard, Haake und Rittmeyer.

Im Protocolle vom 28. September vermißt Herr Böwig seinen Namen unter den mit Entschuldigung Abwesenden. Im Uebrigen wird dasselbe genehmigt.

Von Herrn Kunzen ist der Antrag eingereicht:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, Maßregeln in Vorschlag zu bringen, welche geeignet erscheinen, die Promenaden von dem übermäßigen Staube zu befreien.

Die nähere Begründung dieses Antrags wird bis nach Schluß der Tagesordnung hinausgestellt.

Dem in voriger Sitzung laut gewordenen Wunsche entsprechend, theilt Herr Oberbürgermeister Caspari mit, daß nach einer auf Anfrage des Magistrates ein-

gegangenen Erklärung Herzoglicher Steuerdirection die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer am 1. Januar k. J. in Kraft treten wird, die betreffende Verordnung Herzoglichen Staatsministerium in nächster Zeit zu erwarten steht.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, das neue »Statut, das öffentliche Fuhrwesen betreffend«, wird, da der Referent Herr Graf Görz-Brissberg erst später erscheinen kann, vorläufig zurückgestellt.

Es berichtet demnach

I. namens der Finanz- und der Schulcommission Herr v. Seckendorff über ein Magistratschreiben vom 5. d. M., in welchem beantragt wird, bezw. 1979 Mk 80 Pf. und 1171 Mk 10 Pf. zu Behuf der Gasleitungen in der Realschule und der Gemeindeschule an der Campestraße, sowie die Kosten der in der Aula der Realschule muthmaßlich ebenfalls noch erforderlichen Kronleuchter zu verwilligen.

Seitens beider Commissionen befürwortet, wird dieser Antrag von der Versammlung ohne weiteres genehmigt.

Wie ferner

II. namens derselben beiden Commissionen Herr v. Seckendorff vorträgt, ist auf ärztlichen Rath eine Lehrerin der höhern Töchter Schule, Frä. Hoffmeister, um ihre Pensionirung von Ostern nächsten Jahres ab eingekommen, und hält der Magistrat laut eines Schreibens vom 5. v. M. für billig, nicht nur diesem Gesuche zu willfahren, sondern auch die Dienstzeit der Antragstellerin, da selbige Michaelis 1863 eingetreten ist und ihre definitive Anstellung sich bis Michaelis 1867 nur in Folge der damals noch unfertigen Organisation der Schule verzögert hat, unter Absehung eines Probejahres von Michaelis 1864 an zu berechnen, wonach ihre jährliche Pension sich auf den Betrag von 535 Mk stellen würde.

Die in Gemäßheit dieser Auffassung gestellten und durch die Commissionen befürworteten Anträge werden von der Versammlung genehmigt.

III. Ebenfalls auf Grund ärztlicher Gutachten hat der Revisor Trömmner gebeten, ihn in den Ruhestand zu versetzen. Derselbe ist, nachdem er vorher schon beim Amte Riddagshausen und bei Herzoglicher Landesökonomie-Commission als Schreiber beschäftigt gewesen, als solcher am 2. October 1825 in den städtischen Dienst übergetreten, dem er seither mit unverdrossenem Eifer seine besten Kräfte gewidmet hat. Nach den vorhandenen Acten ist er definitiv erst als Revisor im März 1836 angestellt worden. In Erwägung aber, daß ein derzeit ergangener Bericht seine öffentliche Anstellung als im Jahre 1823 erfolgt anerkennt, und daß es jedenfalls eine große Härte, ja eine Ungerechtigkeit sein würde, einem Beamten,

welcher mehr als fünfzig Jahr lang im Interesse der Stadt rastlos thätig gewesen ist, jetzt in seinem vierundsiebenzigsten Jahre einen Theil seines Gehaltes zu entziehen, trägt der Magistrat unterm 10. d. M. darauf an, daß der Revisor Trömmner vom 1. Januar 1877 an mit seinem vollen Gehalte pensionirt werde.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, schließt sich diesen Erwägungen in allen Punkten an und empfiehlt den vorliegenden Antrag zur Genehmigung,

die dann auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Von den nächsten Gegenständen der Tagesordnung muß

ein Antrag des Magistrates auf Verkauf und Neubau des städtischen Armenhauses, sowie

der Antrag der Herren Steinau und Genossen auf Neuordnung des hiesigen Begräbnißwesens

wegen noch ungenügender Vorbereitung für eine der nächsten Sitzungen vorbehalten werden.

Ueber eine vom Magistrate beantragte Proceßführung beschließt die Versammlung auf den Rath der Statutencommission in vertraulicher Sitzung zu berathen.

Es folgt demnach

IV. von Herrn Heymann erstattet, der Bericht der Statutencommission über einen Magistratsantrag vom 20. d. M., die Verbreiterung der St. Leonhardsstraße anlangend.

In Erwägung, daß das neue Landesbaugesetz eine anderweitige Feststellung des Stadterweiterungsplanes nach Maßgabe der wirklichen Bedürfnisse zur Folge haben werde, hatte die Versammlung am 3. August d. J. einen Beschluß über die vorliegende Frage bis auf weiteres ausgesetzt. Inzwischen aber ist von Seiten des Kammermusikus Wendt abermals und in eventum unter Klageandrohung beantragt, ihm entweder die Bebauung seines Grundstücks bis zur gegenwärtigen Straßengrenze zu gestatten, oder aber das unbebaut zu lassende Areal zum Preise von 50 ₰ pro □Ruthe abzukaufen. Somit tritt nun an die städtischen Behörden aufs neue die Frage heran, ob der frühere Beschluß, die St. Leonhardsstraße demnächst in der Breite von 56 Fuß herzustellen, aufrecht erhalten werden soll oder nicht. Wiederholt hat für die zustimmende Entscheidung Stadtbaurath Tappe sich ausgesprochen; der Magistrat dagegen glaubt mit Rücksicht auf den Kostenpunkt und weil seiner Ueberzeugung nach auch auf den unwahrscheinlichen Fall, daß bei St. Leonhard ein Güterbahnhof entstände, die schon vorhandenen und im Entstehen begriffenen Zugänge von der Stadt her für das Verkehrsbedürfnis völlig ausreichen werden, die St. Leonhardsstraße also unter keinen Umständen eine erhebliche Bedeutung erlangen

kann, sich nach wie vor für die Verneinung jener Frage entscheiden zu müssen. Falls die Versammlung entgegengesetzter Ansicht sein sollte, würde man zu wählen haben, ob das zur Verbreiterung der Straße erforderliche Wendt'sche Terrain zu dem geforderten Preise angekauft oder im Expropriationsverfahren erworben, oder aber ob auf Grund des Stadterweiterungsstatutes und der Bestimmungen in §§ 2 und 3 der neuen Landesbauordnung vom 17. Juni d. J. der Kammermusici Wendt gezwungen werden soll, das fragliche Gartengrundstück bis auf weiteres ohne Entschädigung unbebaut liegen zu lassen. Nach den letztgedachten gesetzlichen Bestimmungen sollen bestehende baupolizeiliche Statute insoweit Gültigkeit behalten, als sie den Voraussetzungen des Gesetzes entsprechen und nichts Widersprechendes verfügen, auf nicht bebauten Grundstücken aber, die nach dem Ortsbauplane zur Straße bestimmt sind, von dessen Feststellung an kein Bauwerk mehr errichtet werden und dem Eigentümer für diese Beschränkung seines Baurechts keine Entschädigung zustehen. Da nun der Stadterweiterungsplan die Verbreiterung der St. Leonhardsstraße bereits vorgesehen hat, so würde ohne weiteres auf dem dritten jener sich darbietenden Wege vorgegangen werden können, wenn die unbedingte Gültigkeit des Stadterweiterungsplanes nicht dadurch einigermaßen zweifelhaft würde, daß bei dessen Erlaß die bestimmten formellen Vorschriften nicht beobachtet sind, welche § 6 der Landesbauordnung aufstellt. Diese Voraussetzungen könnten allerdings auch nachträglich noch erfüllt werden; da aber der bestehende Stadterweiterungsplan, ungenau und unvollständig wie er ist, nicht für einen Ortsbauplan im Sinne des Gesetzes gelten kann, und seine Revision und Vervollständigung immerhin noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, so würde bei dem vorausgesetzten Ausfall des Beschlusses der Versammlung zunächst nichts übrig bleiben, als das in Rede stehende Terrain seitens der Stadt zu erwerben. Ob in diesem Falle im Wege gütlicher Vereinbarung der geforderte Kaufpreis verwilligt oder das Expropriationsverfahren eingeleitet werden soll, verstellt der Magistrat in das Ermessen der Versammlung, bemerkt dabei jedoch, daß in Anbetracht der üblichen Preise und nachdem namentlich schon dem Bahnassistenten Athenstedt für ein zu der nämlichen Straße abgetretenes Stück der Preis von 50 § pro □ Ruthe hat gezahlt werden müssen, auf günstigere Expropriationsbedingungen auch jetzt schwerlich zu rechnen stehe.

Der Statutencommission ist vom Magistrat ferner mitgetheilt, daß Kammermusici Wendt sich inzwischen bereit erklärt hat, der Stadt eventuell auch noch andere Theile seines Grundstücks zu einem nach sachverständiger Abschätzung festzusetzenden Preise zu überlassen. Den beantragten Verzicht auf Verbreiterung der St. Leonhardsstraße kann die Commission um so weniger empfehlen, als selbige durch frühere Beschlüsse der Versammlung bereits außer Frage gestellt ist. Ebenso wenig freilich eine sofortige Entscheidung in der gestellten fernerer Alternative; vielmehr giebt sie

anheim, daß der Magistrat ersucht werde, zunächst angeedeuteter Maßen den wirklichen Werth des Wendt'schen Grundstücks durch Sachverständige abschätzen zu lassen.

Herr Steinau beharrt dieser Angelegenheit gegenüber auf seinem früheren Standpunkte. Verfahren wie eventuell der Magistrat vorschlägt, hieße seiner Ueberzeugung nach nichts anderes, als mit dem Stadtsäckel für Anlagen aufkommen, die ein Privatmann unternimmt, um den Werth seines Grundstücks zu verbessern. Dem aber kann Redner — ganz abgesehen davon, daß bei solcher Wirthschaft sehr bald das städtische Vermögen in Straßenanlagen aufgehen würde — schon deswegen nicht zustimmen, weil an sich schon jede Verbreiterung einer Straße ein baarer Gewinn für die Anlieger ist. Eine große Unnehmlichkeit wäre es ohne Zweifel, wenn mittels der verbreiterten St. Leonhardsstraße eine neue und bequemere Verbindung zwischen St. Leonhard und der Stadt geschaffen werden könnte; allein die hierzu erforderlichen Opfer würden außer allem Verhältniß zu den möglichen Vortheilen auch dann stehen, wenn Aussicht wäre, bei St. Leonhard einen Güterbahnhof zu erlangen, geschweige denn jetzt, da solche Aussicht anerkannter Maßen gänzlich abgeschnitten ist. Keinesfalls also vermag Herr Steinau sich im Sinne jenes eventuellen Antrags zu entscheiden; wohl aber kann er, sofern damit die gestellte Preisforderung für abgelehnt gelten darf, für den Commissionsantrag und eventuell dafür stimmen, daß das ganze Wendt'sche Grundstück seitens der Stadt nach einem billigem Taxat übernommen werde.

Mit dem Commissionsantrage erklärt Herr Nieß sich ebenfalls einverstanden, indem er überzeugt ist, daß einerseits der Rest des fraglichen Grundstücks dessen zunächst in Betracht kommenden Theilen an Werth auch nicht annähernd gleichsteht, andrerseits aber selbst hinsichtlich dieser Theile die Expropriation zur Zeit nicht mehr so ausfallen wird, wie vor einigen Jahren in dem Athenstedt'schen Falle. Herrn Steinau giebt er übrigens zu bedenken, daß, wenn dessen Auffassung zufolge die Stadt für Anlagen, von denen der Einzelne irgendwelchen Nutzen zieht, ihrerseits keine Opfer mehr bringen dürfte, dann von Stadt wegen ein für alle Mal nichts Gemeinnütziges mehr zu Stande kommen würde.

Auch Herr Winter weiß diesen Grundsatz nicht mit der den städtischen Behörden obliegenden Pflicht in Einklang zu bringen, Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrt nach Kräften zu fördern. In der Sache selbst sieht er einen Mittelweg gegeben. Wird nämlich die St. Leonhardsstraße auf 64 oder auch nur auf 56 Fuß verbreitert, so behält das Wendt'sche Grundstück eine zu geringe Tiefe und erleidet demnach eine unverhältnißmäßige Entwerthung. Anders dagegen wird sich die Sachlage gestalten, wenn man die Straßenbreite auf das Maß von 48' einschränkt, das dem Bedürfnis voraussichtlich auch genügen würde: Verhandlungen auf dergestalt veränderter Grundlage dürften aller Wahrscheinlichkeit nach zum Ziele führen, und auf diese Eventualität möchte Redner daher hingewiesen haben.

Herr Stadtrath Rittmeyer fühlt sich verpflichtet, von Herrn Wendt den Schein abzuwenden, als gehe er darauf aus, die Zwangslage der Stadt zu seinem Privatnutzen auszubeuten. Er bestätigt daher, daß die projectirte Verbreiterung der Straße die Bebauung von drei Bauplätzen unmöglich machen würde, die Herr Wendt von seinen Grundstücken nachgewiesener Maßen verkaufen kann.

Herr Steinau sieht sich zu der Annahme genöthigt, daß die Herren Rieß und Winter ihn nicht verstanden haben, obschon es auf der Hand liege, daß er den angefochtenen Grundsatz nicht in der Allgemeinheit könne aufstellen wollen, wie die beiden Herren voraussetzen. Auf alle Fälle sei er sich bewußt, bei all seinen Rathschlägen lediglich das Interesse der Stadt im Auge zu haben, und werde er für seine Meinungen jederzeit aufkommen.

Herr Bracke weist darauf hin, daß es mit der jetzt in Frage stehenden Verwilligung keineswegs schon gethan sein, wohl aber, diese Verwilligung einmal zugestanden, die Stadt vor der Wahl stehen würde, entweder das erworbene Terrain nutzlos liegen zu lassen, oder sich unter ähnlichen Bedingungen noch zu einer Reihe anderer Ankäufe zu bequemen. Bekanntlich würde in dieser Weise die Verbreiterung der St. Leonhardsstraße auf c. 46,000 Mark zu stehen kommen. Von einer solchen Aufwendung möchte vielleicht die Rede sein können, wenn die Fortführung dieser Straße in einigermaßen sicherer Aussicht stände; seit dieses Project im Gegentheil so gut wie endgültig beseitigt ist, vermag Redner keine Vortheile abzusehen, die solche Aufwendung rechtfertigen könnten.

Den Erwägungen Herrn Steinhaus schließen sich ferner die Herren Solmiz und Kunze an. Letzterer hält auch die beantragte Abschätzung des Wendtschen Grundstücks mindestens für überflüssig, da die Sachverständigen dessen Werth voraussichtlich nicht auf Grund der jetzigen Verhältnisse, sondern im Hinblick auf die Möglichkeit jenes Durchbruchs zur Stadt beurtheilen würden — eine Möglichkeit, über die er feinstheils genau so denkt wie Herr Bracke.

Herr Pini dagegen vermag diesen Standpunkt nicht zu theilen. Darüber werde in der Versammlung nur eine Meinung sein, daß die wünschenswerthe fernere Vergrößerung Braunschweigs, nachdem sowohl die Promenaden wie die innere Stadt dicht bebaut sind, naturgemäß nur nach außen hin erfolgen kann, Zustände aber, wie sie bisher in den neuen Stadttheilen vielfach noch bestehen, auf die Dauer nicht geduldet werden dürfen. Die neuen Straßenzüge müssen nach einem festen Plane regulirt, wo sie von ungenügender Breite sind, gehörig erweitert, neue zweckmäßigere Verbindungen nach der innern Stadt hergestellt werden, und hierfür wird eben der jetzt vorbereitete neue Bebauungsplan Bestimmung und Maße geben. Alle jene Verbesserungen aber, und somit dieser Plan selbst, würden in Frage gestellt sein, wenn man nach der von Herrn Steinau vertretenen Auffassung verfahren wollte, die übrigens auch, wie es scheint, von falschen Voraussetzungen ausgeht. Denn keines-

wegs wird schließlich die Stadt für die erforderlichen Anlagen aufzukommen haben, der Stadt vielmehr nur die Verpflichtung obliegen, neue Straßen, wenn sie auf einer bestimmten Strecke bebaut sind, ordnungsmäßig herzurichten, das nöthige Terrain anzukaufen und die Mittel hierzu vorzuschießen, um später dann die Kosten auf die Anlieger pro rata der Länge ihrer Grundstücke zu repartiren. So nach dem mit dem 1. October in Kraft getretenen Landesbaugesetze. Liegt nun auch das entsprechende Statut für hiesige Stadt zur Zeit noch nicht vor, so wird es voraussichtlich doch noch zeitig genug kommen, um auch auf die St. Leonhardsstraße schon in Anwendung gebracht werden zu können. Nach dem allen sieht Herr Vini keinen Grund, weswegen man auf die so überaus nothwendige Verbreiterung dieser Straße verzichten wollte; seinerseits würde er vielmehr für ersprießlich halten, wenn man nicht deren Breite auf 56' beschränkte, sondern auf das ursprünglich festgesetzte Maß von 64' zurückgriffe.

Angesichts dieser Sachlage hoffen die Herrn Munte und Bosse, daß die durch Herrn Steinau zum Ausdruck gebrachten Bedenken nunmehr schwinden, und die Versammlung keinesfalls die Hand zu dem Beschlusse bieten werde, die St. Leonhardsstraße für alle Zeiten auf ihre jetzige durchaus unzulängliche Breite einzuzengen.

Herr Winter, ebenfalls dieser Zuversicht, verwahrt sich gegen das Mißverständniß, als mache er Herrn Steinau aus seiner abweichenden Ansicht einen Vorwurf. Was er behauptet habe, sei nur, daß diese Ansicht auf den hier in Frage stehenden Fall nicht zutreffe.

Herr Reuter kann die Darlegung Herrn Vinis in allen Puncten lediglich bestätigen. Sicher daher, daß neue Straßenanlagen die Stadt demnächst überhaupt nicht mehr belasten werden, und sonach der Kostenpunct nur bei denjenigen noch in Betracht kommen kann, über die inzwischen etwa, bis zum Erlaß des maßgebenden Statuts, Beschluß zu fassen ist. Der jetzt gestellten Frage gegenüber wird man bei richtiger Erwägung aller obwaltenden Umstände kaum noch schwanken können. Nach dem Stadterweiterungsplane sollte keine neue Straße weniger als 3 Ruthen breit angelegt werden; diese Bestimmung hintansetzend, hat man die Breite der St. Leonhardsstraße schon einmal, auf 56 Fuß, eingeschränkt. Nun auch diesen Beschluß wieder umzustossen, um dieselbe bei 22' zu belassen, würde, wie Redner es ansieht, nicht nur formell, sondern auch materiell äußerst bedenklich sein. Formell, weil die Versammlung sich schwerlich doch für befugt erachten könne, die bindende Kraft ihrer früheren Beschlüsse dergestalt selber in Frage zu stellen; materiell, weil die St. Leonhardsstraße voraussichtlich über kurz oder lang eine der wichtigsten Verbindungsstraßen sein werde. Denn darüber ist seiner Meinung nach eine Täuschung nicht wohl möglich, daß die sieben Ausgänge, welche bisher den Verkehr zwischen der innern und der äußern Stadt vermitteln, schon jetzt, geschweige denn für die Zukunft, nicht mehr ausreichen. Jetzt nun bietet sich eine Gelegenheit, der Forderung des Gemein-

wohls nach dieser Seite hin endlich gerecht zu werden. Die Thoraccise fällt, das neue Landesbaugesetz ermächtigt die Stadt, nicht nur das für Straßen in Anspruch zu nehmende Areal von der Bebauung auszuschließen, sondern auch die Kosten für neue Straßenanlagen von den Anliegern wieder einzuziehen. Wenn unter diesen Umständen in dem neuen Bebauungsplane nicht mindestens zwölf Brücken über die Umflutgräben vorgesehen würden, um strahlenförmig in allen Richtungen directe Verbindungen mit der Außenstadt zu eröffnen, die bisher, wie Jedermann weiß, zum großen Theile nur auf gradezu ungeheuerlichen Umwegen zugänglich ist, so würde dies eine nie zu rechtfertigende Versäumnis sein. Schon jetzt läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß einer von diesen neuen Verbindungswegen vom Magnithore ab über die Bierbaumsche Länderei grade auf die St. Leonhardsstraße zuführen, und diese alsdann den bedeutenden Wagenverkehr vermitteln wird, der jetzt sich durch das Steinthor nur unter namhaften Schwierigkeiten, durch das Augustthor auf einem großen Umwege von Osten herein- und nach Osten hinausbewegt. Daß dazu aber eine Straße von 22' Breite nicht geeignet wäre, bedarf keiner weitern Auseinandersetzung.

Herr Bracke. Wenn dies alles erst wirklich feststehen, ein greifbares Project vorliegen, der Kostenpunkt zu übersehen, Aufwand und Nutzen gegen einander abzuwägen sein wird, dann, aber eher nicht, werde es an der Zeit sein, die gewünschte Entscheidung zu treffen. Einstweilen kennt man noch nicht einmal den Bebauungsplan; steht dieser, wie gesagt wird, in so naher Aussicht, so sieht Redner hierin nur einen Grund mehr, den Beschluß einstweilen noch vorzubehalten. Die wichtige Frage, ob nach dem neuen Gesetze die Anlieger auch zu Behuf der nöthigen Brückenanlagen herangezogen werden können, lasse die optimistische Darstellung Herrn Reuters ganz unberührt. Frühere Beschlüsse endlich kann Redner keinesfalls in dem Maße für unantastbar gelten lassen, daß die Versammlung sich, namentlich wenn so erheblich wie in dem vorliegenden Falle finanzielle Rücksichten mitsprechen, nicht reformiren dürfte. Den einzig richtigen Weg sieht er nach dem allen durch den Commissionsantrag gewiesen,

dem zufolge hierauf auch die Versammlung, ihre Entscheidung in der Hauptfrage nochmals aussehend, den Magistrat um Anordnung einer sachverständigen Abschätzung des Wendt'schen Grundstücks zu ersuchen beschließt.

V. Nachdem es dem Stadtbaurath Tappe trotz wiederholter Bemühung nicht gelungen ist, einen tüchtigen Bauverständigen zu der behufs Aufstellung eines neuen Ortsbauplans erforderlichen Revidirung und Erweiterung des jetzigen Stadterweiterungsplanes ausfindig zu machen, hat derselbe im Einverständniß mit dem Stadtbauamte eine anderweitige Erledigung dieser Aufgabe in Anregung gebracht.

Naturgemäß kann es sich wesentlich nur darum handeln, die bereits genehmigten neuen Straßenprojecte nach gewissen durch die Verhältnisse bedingten Rücksichten stellenweis abzuändern, auf fernerweite neue, theils concentrische, theils centrale Straßen im äußern Stadtgebiete und außerhalb der schon bebauten Quartiere Bedacht zu nehmen, die künftige Höhenlage der Straßenniveaur festzustellen und den Zug der Entwässerungscanäle zu bestimmen. Alle diese Arbeiten aber dürften am zweckmäßigsten unter Leitung des Stadtbauraths selbst vorzunehmen sein, welcher aus langjähriger Praxis die Localverhältnisse genau kennt und als Verfasser des vorhandenen Stadterweiterungsplanes mit den auch ferner als maßgebend anerkannten Principien am besten vertraut ist. Sein Vorschlag geht demnach dahin, daß ein in geometrischen und nivellistischen Arbeiten erfahrener Geometer gewonnen werde, der in Gemäßheit einer ihm vom Stadtbaurathe zu ertheilenden Instruction und unter Beihülfe der übrigen städtischen Baubeamten die bezeichneten Arbeiten auszuführen hätte. In einem Schreiben vom 21. d. Monats erklärt der Magistrat sich mit diesem Vorschlage einverstanden; von den im Berichte des Stadtbauraths als geeignet bezeichneten Persönlichkeiten empfiehlt der Magistrat den Landes-Economie-Conducteur v. Holwede, welcher seit einer Reihe von Jahren ähnliche Arbeiten auf städtischer Feldmark zur Zufriedenheit seiner vorgesetzten Behörden ausgeführt hat. Anträge wegen des demselben zuzubilligenden Honorars werden bis dahin vorbehalten, daß die Versammlung diesen Vorschlag genehmigt hat,

eine Entscheidung, die laut des von Herrn Heymann erstatteten Berichts auch seitens der Finanzcommission anheimgegeben wird.

Zur Unterstützung dieses Antrages theilt Herr Stadtrath Rittmeyer ferner noch mit, daß das Stadtbauamt auf Grund eines von Herrn Pini abgegebenen Gutachtens und in Erwägung der thatsächlichen Verhältnisse, mit denen gerechnet werden muß, die Aufstellung eines von Grund aus neuen Bebauungsplanes einstimmig als unthunlich anerkannt hat. Um die Stadt der Vortheile des neuen Landesbaugesetzes sobald als irgend möglich theilhaft zu machen, soll mit den nothwendigen Feststellungen stückweise, zunächst je für die Stellen, die einer Regulirung am dringendsten bedürfen, vorgegangen werden; im Interesse möglichster Beschleunigung dieser Maßregel ersucht Herr Stadtrath Rittmeyer die Versammlung, die vorliegenden Anträge ungefäumt zu genehmigen.

Eben diesem Interesse erscheint es den Herren Nieß und Munte nicht wohlzuträglich, daß die fraglichen Arbeiten commissarisch einem Manne sollen überwiesen werden, der außerdem schon genügend beschäftigt ist; lieber würden sie daher der Anstellung eines eigenen ständigen Beamten zustimmen, welcher denselben seine ganze Zeit und Kraft widmen könnte. Auch findet Herr Nieß zu beklagen, daß der Magistrat unter den vom Stadtbaurath namhaft gemachten Geometern ohne weiteres

selbst ausgewählt und damit die Versammlung in eine Zwangslage versetzt hat, der sie sich ohne einen Schein persönlicher Gehässigkeit nicht wird entziehen können.

Ersteres Bedenken theilt auch Herr Reuter, welcher demnach zur Erwägung verstellt, ob nicht wenigstens neben Herrn v. Holwede, dem augenblicklich u. a. auch die Copirung der Flurkarte obliegt, noch eine zweite Kraft dürfte heranzuziehen sein,

was Herr Schwarzenberg nach seiner Kenntniß von den sonstigen Obliegenheiten des Herrn v. Holwede für überflüssig hält. Ohne den Fähigkeiten der übrigen zur Wahl gestellten Personen, die er ebenfalls kennt und schätzt, irgendwie zu nahe treten zu wollen, kann Redner die Wahl des Magistrates doch in Anbetracht der dabei maßgebend gewesenenen Erwägung nur billigen.

Herr Stadtrath Rittmeyer versichert, daß den Magistrat bei seinem Vorschlage in der That nur die angegebene Rücksicht geleitet habe. Eine »Zwangslage« für die Versammlung sei damit in keiner Weise herbeigeführt: falls Herr Rieß etwa eine andere geeignetere Persönlichkeit zu bezeichnen wisse, so werde ihm unbenommen sein, den entsprechenden Antrag zu stellen und zu vertreten.

Die Versammlung tritt den Vorschlägen des Magistrates bei.

Ferner

VI. gelangt zur Berathung das neue »Statut, das öffentliche Fuhrwesen in Braunschweig betreffend«, welches durch Beschluß vom 9. März an die Statutencommission zu Behuf einer nochmaligen Prüfung der Frage zurück verwiesen war, ob der in § 1 an die Spitze gestellte Grundsatz:

»Wer auf Straßen und Plätzen wie auf Bahnhöfen der Stadt Braunschweig Omnibuswagen, Droschken oder ähnliche Verkehrsmittel auffahren und zum allgemeinen öffentlichen Gebrauch und Dienste bereit halten und in Betrieb setzen will, bedarf dazu der Erlaubniß Herzoglicher Polizeidirection«

als gesetzlich statthaft anerkannt werden dürfe oder nicht.

Zweifel an der Rechtbeständigkeit dieser Bestimmung hatte damals mit dem Hinweis auf ein obergerichtliches Erkenntniß Herr Heymann angeregt. Der angezogene Fall war der, daß das Stadtgericht zu Wolfenbüttel 1869 einen selbständigen Dienstmann, welcher sein Gewerbe dort, entgegen einer 1867 erlassenen Polizeiordnung, ohne polizeiliche Erlaubniß betrieb, deswegen verurtheilt, der erste Senat Herzoglichen Obergerichts aber dies Urtheil auf Grund des bestehenden Gewerbegesetzes aufgehoben hatte. Die Statutencommission nun hat sich, wie der Referent, Herr Graf Sörk-Wrisberg berichtet, von der Erheblichkeit dieses Vorgangs für die hier vorliegende Frage nicht überzeugen können, da jenes Erkenntniß der zweiten Instanz vor Erlaß der Reichsgewerbeordnung ergangen und demnach bei der jetzigen Sachlage nicht mehr als maßgebend anzusehen ist. § 37 der Reichsgewerbeordnung unterstellt näm-

lich der Regelung durch die Orts-Polizei »die Unterhaltung des öffentlichen Verkehrs innerhalb der Orte durch Wagen aller Art« u. »sowie das Gewerbe derjenigen Personen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen ihre Dienste anbieten.« Demnach wird es sich darum handeln, was unter »Regelung« zu verstehen ist. In dem ursprünglichen Entwurfe der Reichsgewerbeordnung war dieser Paragraph nicht enthalten, dort vielmehr der Landesgesetzgebungen überlassen, wie es mit den genannten Gewerben in diesem Betracht gehalten werden sollte. Freilich hat hierin der Reichstag nicht gewilligt; allein gegen den in den Motiven der ursprünglichen Bestimmung enthaltenen Ausspruch: eine Prüfung der Zuverlässigkeit von Droschkenhaltern und Dienstknechten durch die Polizeibehörden müsse deswegen als unentbehrlich angesehen werden, weil das Publicum selbst dazu überall nicht im Stande sei, wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Scheint demnach dieser Gesichtspunkt bei § 37 in seiner jetzigen Gestalt ebenfalls maßgebend gewesen zu sein, so findet dies seine Bestätigung auch in dem Ausführungsverlaß der Königl. Preussischen Regierung, laut dessen die polizeiliche Erlaubniß Bedingung der Ausübung jener Gewerbe ist, der Polizei also nicht etwa bloß eine Aufsicht über die Art und Weise ihres Betriebes zugestanden wird. Ebenso in Bayern und Sachsen, und die nämliche Auffassung vertritt in den Erläuterungen zur Reichsgewerbeordnung auch der Geh. Regierungsrath Jacobi. Zieht man ferner die in den größeren Städten Deutschlands bestehenden Vorschriften zu Rathe, so ergibt sich, daß in Berlin nach dem Polizeireglement vom 20. Januar 1873 Jeder der Droschken in Betrieb setzen will, hierzu einer auf seine Person lautenden Concession des K. Polizeipräsidiums bedarf. In Köln ist nach der Polizeiverordnung vom 10. August 1872 zum Betriebe des Droschkenfuhrwerkes polizeiliche Concession erforderlich, welche verweigert wird, wenn eine übermäßige Vermehrung der Droschken zu befürchten steht oder der Nachsuchende nicht unbescholten und nicht im Besitze der nothwendigen Mittel ist. In Dresden bedarf nach dem von der K. Polizei-Direction erlassenen Regulativ vom 1. August 1872 Derjenige, welcher das Droschkenfuhrwerk betreiben will, einer auf seine Person lautenden polizeilichen Concession. In München ist nach der Fiafer- und Droschkenordnung vom 21. März 1873 der Betrieb des öffentlichen Fuhrwerks von der Bewilligung K. Polizeidirection abhängig, welche stets widerrufen werden kann. In Breslau bedarf nach den Polizeiverordnungen vom 7. Juni und 3. December 1872 Derjenige, welcher Omnibusfuhrwerk betreiben will, eines auf seine Person lautenden Erlaubnißscheins, Derjenige welcher Droschkenfuhrwerk betreiben will, der polizeilichen Concession, die versagt werden kann wegen Unzuverlässigkeit oder ungenügender Betriebsmittel des Nachsuchenden, sowie wegen Uebersättigung des Gewerbes. Nach der vom Magistrat zu Augsburg unterm 5. November 1872 erlassenen Droschken- und Fiaferordnung sind zum öffentlichen Droschken- und Fiaferdienste nur diejenigen Lohnkutscher berechtigt, welche die polizeiliche Bewilligung hierzu erhalten haben; diese Bewilligung

wird vom Stadtmagistrate ertheilt und ist jederzeit widerruflich. Polizeiliche Concessionen sind auch in Frankfurt und in Nürnberg erforderlich. Etwas abweichend in der Form, wesentlich aber doch übereinstimmend ist die Sache in Hannover geregelt, wo »jeder Bürger« berechtigt ist, an der Droschkenanstalt theilzunehmen und dies keinem versagt werden soll, wenn er sich verpflichtet, den Vorschriften für das Droschkenfuhrwesen nachzukommen, der Betrieb aber nicht eher begonnen werden darf, als bis die erforderliche schriftliche Bescheinigung erwirkt ist. Eine Ausnahmestellung nehmen nur Hamburg und Bremen ein, indem das Hamburger Droschkenreglement über die Berechtigung zum Betriebe des Droschkenfuhrwerks überall nichts verfügt, nach dem Bremer jeder Bürger an der Droschkenanstalt theilnehmen kann, wenn er sich bei der Polizeidirection meldet. Nach dem allen kann die Commission gegen die Beibehaltung des fraglichen Paragraphen erhebliche Bedenken im Allgemeinen nicht hegen. Um andererseits jedoch seiner Anwendung eine gewisse Schranke zu setzen, welche die Möglichkeit jeder Willkür ausschließt, schlägt sie vor, dem ersten Absätze von § 1 folgenden Zusatz zu geben:

»Diese Erlaubniß darf jedoch nicht versagt werden, wenn der Nachsuchende unbescholten und im Stande ist, den Anforderungen dieses Reglements Genüge zu leisten«,

wonach dann dieser Paragraph eine Bestimmung enthalten wird, zu deren Erlass die Polizei in Gemeinschaft mit den städtischen Behörden unzweifelhaft befugt ist. Ueber diesen Antrag zunächst möchte der Herr Referent die Versammlung schlüssig werden sehen.

Herr Steinau findet seine Bedenken weder durch die Ausführungen des Herrn Referenten noch durch den beantragten Zusatz gehoben. Wie er es ansieht, war der Reichstag, indem er § 37 der Gewerbeordnung nicht in der vorgeschlagenen Form annahm, sondern demselben seine jetzige Fassung gab, sich offenbar bewußt, daß das darin ausgesprochene Princip nicht dem Belieben der Einzelstaaten durfte preisgegeben werden, und hat er diesen demnach offenbar die Möglichkeit entziehen wollen, das Gesetz anders zu deuten als es gemeint ist. Und in der That scheint Herrn Steinau jetzt nur eine Deutung möglich. »Ein Gewerbe regeln« kann seiner Ueberzeugung nach nun und nimmermehr bedeuten »Erlaubniß dazu ertheilen«, die Absicht jener Bestimmung vielmehr nur dahin gehen, daß Derjenige, welcher das Gewerbe bereits ergriffen hat, sich den polizeilichen Anordnungen über die Art und Weise des Betriebes unterwerfen muß. Dem guten Willen der Commission, das vorliegende Statut endlich zu Stande zu bringen, ohne die Gewerbefreiheit anzutasten, läßt Redner alle Anerkennung widerfahren, und auch er theilt jenen Wunsch. Allein viel mehr liegt ihm doch das in § 37 der Reichsgewerbeordnung gewährleistete Recht am Herzen, und für einen großen Fehler würde er es ansehen müssen, wenn die Versammlung aus praktischen Rücksichten auch nur eines Haares Breite davon aufgäbe. Seinestheils beantragt er daher, § 1 in der vor-

liegenden Fassung abzulehnen und an dieser Stelle die Bestimmung zu treffen, daß das öffentliche Fuhrwesen frei sei, Jeder aber, der dasselbe ergreift, bei dessen Ausübung den Anordnungen der Polizei Folge zu leisten habe.

Auch Herr Heymann sieht sich durch die Gründe der Commission nicht überzeugt. Hauptfrage für ihn ist, ob gegründete Aussicht vorhanden, daß der oberste Gerichtshof unsres Landes das Statut in vorgeschlagener Form als rechtsgültig anerkennen wird, und das scheint ihm nach wie vor zweifelhaft. Was seitens der Commission gegen die präjudizielle Bedeutung jenes Cassationserkenntnisses von 1869 angeführt wird, ist deswegen nicht zutreffend, weil einmal die derzeit maßgebende Landesgewerbeordnung die Freiheit des Fuhr- und des Dienstgewerbes ganz analog der jetzigen Reichsgewerbeordnung aussprach, sodann aber auch ein Erkenntniß vom 4. Juli dieses laufenden Jahres den Beweis liefert, daß in der Auffassung des Obergerichts seitdem trotz der Vorschrift des § 37 der Reichsgewerbeordnung keinerlei Wechsel eingetreten ist. Dienstleute, die ihres Gewerbes an anderen als den von der Polizei dazu angewiesenen Plätzen warteten, waren deshalb verklagt und vom Stadtgerichte verurtheilt; auch dieses Urtheil aber hat das Obergericht dann aufgehoben, weil nach § 1 der Reichsgewerbeordnung der Betrieb eines Gewerbes Jedermann gestattet ist, soweit nicht durch das Gesetz selbst Ausnahmen und Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind, und weil § 37 das Dienstmannsgewerbe nicht an eine polizeiliche Concession, sondern nur an gewisse polizeilich anzuwendende Betriebsregeln bindet. Demnach kann über die augenblickliche Stellung des Obergerichts zu der vorliegenden Frage kaum noch ein Zweifel bestehen. Möglich allerdings, daß selbige sich dereinst ändert; inzwischen aber würden die städtischen Behörden unsehlbar der Gefahr ausgesetzt sein, den fraglichen Grundsatz bei erster Gelegenheit widerrufen zu müssen. Auch an sich aber erscheint es Herrn Heymann sehr zweifelhaft, ob § 37 der Reichsgewerbeordnung den Sinn habe, welchen der Herr Referent ihm beilegt. Auf den Fall, daß die Erlaubniß zum Betriebe der dort erwähnten Gewerbe versagt werden sollte, wird durch § 40 den Interessenten der Recursweg vorbehalten, in § 76 aber den Ortspolizeibehörden die Befugniß ertheilt, für Lohnbediente und andere Personen, die ihre Dienste öffentlich anbieten, sowie für die Benützung der zu öffentlichem Gebrauche aufgestellten Wagen in Uebereinstimmung mit den Gemeindebehörden Taxen festzusetzen. Wäre die Ansicht des Herrn Referenten richtig, so hätten diese Bestimmungen offenbar keinen Zweck. Ganz abgesehen aber von diesen formellen Erwägungen, kann es endlich auch materiell nicht wohl rathsam erscheinen, der Polizei eine so weitreichende Machtvollkommenheit zuzugestehen. Allerdings ist im Interesse des Publicums eine möglichst strenge Regelung jener Gewerbe sicherlich sehr wünschenswerth; gefährlich aber wäre und gegen den ganzen Geist der Reichsgesetzgebung würde es verstoßen, auch die Zulassung zu jenen Gewerben in die Hand der Polizei zu legen. Ein naheliegendes und sehr schlagendes Analogon

bietet das Gastwirthschaftsgewerbe. Auf die Persönlichkeit der Berechtigten kommt bei diesem unstreitig noch viel mehr an als beim öffentlichen Fuhrwesen: wenn trotz dem das Reichsgesetz auch ersteres von keiner Concession abhängig macht, so kann dies bei letzterem seine Absicht vollends nicht gewesen sein. Nach dem allen findet Herr Heymann den Commissionsantrag nur deswegen annehmbar, weil der vorgeschlagene Zusatz das im Vorhergehenden ausgesprochene Princip einfach wieder aufhebt. Sollte dies unzulässig befunden werden, so würde seines Erachtens nichts übrig bleiben, als das ganze Statut abzulehnen.

Herr Stadtrath Gebhard, hinsichtlich der Bedeutung von § 3 der Reichsgewerbeordnung mit dem Herrn Referenten übereinstimmend, mißt einerseits den vorgebrachten praktischen Bedenken ein so überaus großes Gewicht nicht bei, da durch jene Bestimmung auf alle Fälle nur eine verhältnißmäßig sehr geringe Zahl von Personen Abbruch an ihrer Gewerbefreiheit erleiden wird. Andererseits hält er diese Einschränkung für unumgänglich nothwendig, und zwar in viel höherem Grade eben beim Fuhrgewerbe als etwa beim Gastwirthschafts- und Schenkbetriebe, da durch letztere schlimmsten Falls immer nur einzelne engere Kreise geschädigt werden können, während unzuverlässigen Droschkenkutschern eventuell Jedermann preisgegeben ist. Und wie sonach in erster Linie das Interesse des Publicums selbst erfordert, daß unter Denen, die sich zu diesem Gewerbe drängen, eine sichtende Auswahl getroffen werde, so kann die Polizei solcher Befugniß deswegen nicht entzihen, weil für alle Unzulänglichkeiten und Mißbräuche im öffentlichen Fuhrwesen sie, und nur eben sie, verantwortlich gemacht wird. Daß die Polizei jene Befugniß niemals willkürlich zum Schaden Einzelner handhaben könnte, diese Voraussetzung bittet Redner ein für alle Mal nicht aufkommen zu lassen.

In Anbetracht, daß im öffentlichen Interesse die Zuverlässigkeit der Berechtigten von ungleich größerer Wichtigkeit ist, als die Kleidung der Kutscher, die Beschaffenheit der Wagen und Pferde, die Belegenheit der Haltestellen und all die anderen Punkte, welche einer polizeilichen Regelung unterworfen sind, sieht auch Herr Stadtrath Rittmeyer als zweifellos an, daß der Gesetzgeber unter den Begriff der »Regelung«, wie ihn § 37 der Reichsgewerbeordnung aufstellt, auch die Prüfung und Auswahl der zum Betriebe des öffentlichen Fuhrwerks Zugulassenden gefaßt wissen wollte. Mit dieser Ansicht stehen denn auch, wie der Herr Referent nachgewiesen hat, die hiesigen Polizei- und Gemeindebehörden keineswegs vereinzelt da. Ist der Cassationshof zur Zeit anderer Meinung, so wird dessen jetzige Zusammensetzung doch nicht von ewiger Dauer sein, vielleicht also nach wenig Jahren schon auch bei ihm ein Umschwung in dieser seiner Auffassung zur Geltung kommen. Keinesfalls aber wird die Möglichkeit eines ungünstigen Wahrspruchs von dieser Seite den Ausschlag für eine Entscheidung geben dürfen, welche die hier auf dem Spiel stehenden großen Interessen preisgeben würde.

Herr Bracke ist materiell mit dem Herrn Vorredner ganz einverstanden, daß die in Frage stehende Einschränkung der Gewerbefreiheit unter Umständen sehr wünschenswerth, ja durchaus nothwendig sein kann. Hier aber handelt es sich nicht darum, was zweckmäßig, sondern was Rechtens ist. Sieht die Reichsgesetzgebung die Ausübung des öffentlichen Fuhrgewerbes unbedingt frei, so ist die Versammlung nicht in der Lage, dieses Recht irgendwie in Frage stellen zu können. Und so in der That scheint die Sache zu liegen. Was »geregelt« werden soll, muß bereits vorhanden sein; indem § 37, ohne die Berechtigungsfrage anzurühren, den Executivbehörden nur die »Regelung« des Fuhrgewerbes unterstellt, wird dieses im übrigen offenbar als ein freies anerkannt, die Entscheidung darüber, ob es von Diesem oder Jenem ausgeübt werden darf oder nicht, von der Befugniß dieser Behörden augenscheinlich ausgeschlossen. Wenn in diesem Sinne sich dann auch der höchste Gerichtshof des Landes ganz unzweifelhaft ausspricht, so wird dem die Versammlung, welche in anderen Fällen auf das Urtheil der Sachverständigen mit Recht großes Gewicht legt, vollends nicht umhin können, dem Rechnung zu tragen. Auch den von der Commission empfohlenen Ausweg vermag Redner als sachdienlich nicht anzuerkennen. Denn entweder ist reichsgesetzlich das Fuhrgewerbe ein freies, und dann braucht dies nicht erst in diesem Statute ausgesprochen zu werden; oder es ist kein freies, und dann darf der beantragte Zusatz hier keine Aufnahme finden.

Herr Heymann ist inzwischen auch zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Unbefolkenheit des Nachsuchenden nicht als Bedingung der Zulassung aufgestellt werden kann, und beantragt demnach, den betreffenden Ausdruck in dem Zusatz der Commission zu streichen.

Herr Nieß hingegen möchte diesen Zusatz unverkürzt angenommen sehen. Herrn Bracke gegenüber hält er die Meinung aufrecht, daß wenn das Reichsgesetz die von der Commission vertretene Auslegung irgend zulasse, man mit beiden Händen danach greifen sollte, um die freie Ausübung des Fuhrgewerbes nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses zu beschränken.

Herr Stadtrath Gebhard constatirt nach dem Ergebniß der bisherigen Discussion, daß man mit der bloß grammatischen Interpretation des Wortes »Regelung« nicht vom Flecke kommt. Ebenso wenig werde eine befriedigende Gewißheit aus den angezogenen Motiven des Gesetzes zu schöpfen sein, da diese nur für den Entwurf der Reichsgewerbeordnung vorliegen, in der § 37 eben abweichend lautete. Demnach bleibt seiner Meinung nach nichts übrig, als auch die bezüglichen Reichstagsverhandlungen zu Rathe zu ziehen; und zu dem Ende, so unliebsam auch die wiederholte Verzögerung ist, giebt er mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage anheim, die Beschlußfassung nochmals auszusuchen.

Herr Kunze schließt sich ohne Bedenken der Auffassung des Herrn Referenten an. Denn kann nach der Gewerbeordnung allerdings Keinem verwehrt werden,

Fuhrwerk in seinem Hause zum gewerbsmäßigen Ausleihen bereit zu halten, so liege die Sache ohne Zweifel ganz anders doch für Die, welche Droschken u. auf öffentlichen Plätzen zu allgemeiner Benutzung anbieten: indem dies Gewerbe dergestalt gewissermaßen unter obrigkeitlicher Garantie betrieben wird, ist naturgemäß die Nothwendigkeit und damit auch die Rechtfertigung nicht nur einer polizeilichen Regelung des Betriebes, sondern auch einer sachgemäßen Auswahl der Zuzulassenden gegeben. Womit Redner heute wie bei den früheren Verhandlungen über den vorliegenden Gegenstand sich nicht einverstanden finden kann, ist dies, daß bei der Versammlung wohl das Reglement, nicht aber die Fahrtaxe zur Begutachtung eingebracht ist, während es nach dem Gesetze gerade umgekehrt hätte gehalten werden sollen.

Herr Stadtrath Gebhard kann diese Meinung nicht für begründet gelten lassen. Kraft § 76 der Reichsgewerbeordnung ist die Taxe von der Ortspolizeibehörde in Uebereinstimmung mit der Gemeindebehörde festzusetzen, als welche die Ausführungsverordnung den Magistrat bezeichnet, und dieser hat denn auch den hier in Rede stehenden Tarif geprüft und gutgeheißen. Das Reglement ist nach dem Reichsgesetze der Polizeibehörde allein überlassen; da aber diese nach §§ 98 und 99 der Städteordnung selbständig nur Verfügungen hinsichtlich der eigentlichen Polizeiverwaltung treffen kann, allgemeine Anordnungen dagegen auf statutarischem Wege zu erlassen sind, so hat bei dieser Gelegenheit die Mitwirkung der Versammlung müssen in Anspruch genommen werden.

Herr Steinacker findet durch diese Darlegung den Widerspruch des eingeschlagenen Verfahrens nicht gehoben. Da nach Maßgabe der angeführten Declaration bei Feststellung des Tarifs der Magistrat allein zur Mitwirkung berufen schien, lag kein Grund vor, jetzt zur Berathung des übrigen Reglements als »Gemeindebehörde« auch die Versammlung heranzuziehen —

eine Schlussfolgerung, die der Herr Vorsitzende als unzutreffend mit Berufung auf § 46 der Städteordnung zurückweist, laut dessen ausdrücklicher Vorschrift zu statutarischen Bestimmungen und polizeilichen Reglements die Zustimmung der Stadtverordneten unerlässlich ist.

Herr Schwarzenberg glaubt nicht, daß jene Declaration des Begriffs »Gemeindebehörde« die Mitwirkung der Versammlung bei Feststellung des Tarifs nothwendig ausgeschlossen hätte, da dieser unstreitig doch als integrierender Theil des Reglements anzusehen ist, dessen sonstige Bestimmungen er auch an praktischer Bedeutung weit überragt.

Zu dem nämlichen Standpunkte bekennt sich nach wie vor auch Herr Reuter, indem er die einseitige Feststellung der Fahrtaxe namentlich im Interesse der Sache selbst beklagt: ehe nicht die Fahrtaxe mehr als bisher mit den berechtigten Interessen des Publicums in Einklang gesetzt sei, könne das ganze Fuhrwesen in hiesiger Stadt unmöglich einen gedeihlichen Aufschwung nehmen.

Auf die streitige Deutung von § 37 kommt nochmals Herr Graf Görz-Brissberg zurück. Unbegründet erscheint ihm zunächst die Ansicht, als könnten die Motive des Entwurfs zur Lösung der Frage nicht herangezogen werden, weil jener Paragraph dort anders lautete. Allerdings, nach dem Entwurfe sollte es der Landesgesetzgebung überlassen bleiben, auf welche Weise das öffentliche Fuhrwesen demnächst zu regeln. Allein die Nothwendigkeit einer polizeilichen Concessionirung sprachen die Motive dieser Bestimmung nachdrücklichst aus, und hiergegen erhob der Reichstag keinen Widerspruch, als er hinsichtlich der Regelung selbst Bestimmung traf. Eben diesen Ausspruch der Motive als maßgebend auch für die jetzige Fassung von § 37 anzusehen, steht demnach nichts im Wege. Auch die Ausführungen Herrn Heymanns haben den Redner eines andern nicht überzeugt. Herr Heymann folgert: weil das Obergericht den Anspruch der Polizei auf Concessionirung verwandter Gewerbe in der Landesgewerbeordnung von 1864 nicht begründet gefunden hat, so wird es dies auch auf Grund der Reichsgewerbeordnung nicht können. Er übersieht dabei aber, daß jenes ältere Landesgesetz ganz speciell jedes einzelne Gewerbe aufführte, zu dem es einer Concession bedurfte, unter diesen aber das Fahr- und das Dienstmannsgewerbe nicht, während selbige in § 37 der Reichsgewerbeordnung ausdrücklich genannt sind. Daß ferner dem Wortverstande nach das Recht, einen Gewerbebetrieb zu »regeln«, sehr wohl auch die Befugniß einschließen kann, den Einzelnen auf seine Zuverlässigkeit zu prüfen und eventuell ihn abzuweisen, scheint Herrn Grafen Görz-Brissberg an sich schon kaum einem Zweifel zu unterliegen; zu einer logischen Nothwendigkeit aber wird diese Auffassung endlich durch den Umstand, daß § 37 unter das allgemeine Capitel gestellt ist, welches die Ueberschrift trägt: »Gewerbetreibende, welche einer besondern Genehmigung bedürfen.« Nach dem allen wird nichts die Versammlung abhalten können, § 1 des vorliegenden Statutes, unentbehrlich wie er ist, um dem Publicum den Schutz zu gewähren, dessen es bedarf, in seiner Schroffheit aber durch den seitens der Commission empfohlenen Zusatz thunlichst gemildert, unbedenklich beizubehalten.

Nachdem damit die Discussion geschlossen ist, gelangt unter Ablehnung des Heymann'schen Amendements, die in dem Zusage der Commission aufgestellte Bedingung der Unbescholtenheit fallen zu lassen, § 1 des Statuts mit diesem Zusage unverändert zur Annahme, womit denn der Antrag Herrn Steinaus ebenfalls abgelehnt ist.

Hierauf in seinem Berichte fortfahrend, beantragt Herr Graf Görz-Brissberg namens der Commission ferner, in der Ueberschrift der Vorlage die durch einen früheren Beschluß der Versammlung in »Statut« abgeänderte Bezeichnung »Polizeiliches Reglement« wiederherzustellen, in § 2 aber den zweiten Absatz zu streichen. Letzterer würde nur eine Wiederholung des nunmehr schon durch § 1 genügend festgestellten Grundsatzes der Concessionserforderniß sein; ersteres stellt sich als formell nothwendig dar, um auf Verstöße gegen die Bestimmungen dieses Statuts das

Polizeistrafgesetz vom 27. November 1872 anwenden zu können, welches überall eben nur auf »polizeiliche Reglements« Bezug nimmt.

Dem gegenüber regt Herr Stadtrath Gebhard das Bedenken an, ob diese Bezeichnung nicht gelegentlich Anlaß zu Zweifeln an der Rechtsbeständigkeit der vorliegenden Bestimmungen geben könnte, da nach § 2 der Städteordnung Gegenstände der Ortspolizei durch »Statute« zu ordnen sind, und noch ausdrücklicher in § 99 ausgesprochen wird, daß Gebote und Verbote zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung »nur auf statutarischem Wege« erlassen werden können.

Ueberflüssig erscheint die vorgeschlagene Aenderung Herrn Reuter insofern, als die erforderlichen Strafbestimmungen in § 39 des Statuts selbst enthalten sind, das Polizeistrafgesetz also in diesem Falle gar nicht in Betracht kommt,

wogegen Herr Schwarzenberg die Charakterisirung dieser Anordnungen als »polizeilicher« mit Rücksicht auf die Ausdrucksweise in § 37 der Reichsgewerbeordnung für nothwendig hält.

Die Versammlung entscheidet sich in beiden Fällen für die Commissionsanträge. Ohne Discussion werden alsdann §§ 3—8 genehmigt.

Im dritten Absätze von §. 9 heißt es:

»Die Sitze (in Omnibuswagen) müssen mit in Delfarbe gemalten Zahlen nach Anweisung der Herzoglichen Polizeidirection deutlich numerirt und sowohl die Fahrtour als auch der Fahrpreis, in Gemäßheit der zur Ausführung dieses Reglements, beziehungsweise für einzelne Fälle von Herzogl. Polizeidirection aufgestellten Taxe u. u. angebracht sein.«

Die Commission hält Herzogliche Polizeidirection zum Erlaß einer Taxe auf einzelne Fälle nicht für berechtigt und giebt deswegen anheim, den hervorgehobenen Passus zu streichen und dafür im Vorhergehenden zu setzen »der taxmäßigen Fahrpreise«.

Herr Flagge möchte auch die Worte »nach Anweisung der Herzoglichen Polizeidirection« ausfallen sehen,

die dagegen Herr Stadtrath Gebhard sowie Herr Graf Görz-Brisberg für unentbehrlich halten, letzterer schon deswegen, weil ohne sie der Willkür der Omnibusführer zuviel Raum gegeben wäre.

Die Versammlung genehmigt § 9 mit der commissionsseitig vorgeschlagenen Aenderung.

Ohne Aenderung, jedoch mit der Maßgabe, daß an den betreffenden Stellen, der genehmigten Ueberschrift entsprechend, statt »Statut« gesetzt werde »polizeiliches Reglement«, werden §§ 10—19 angenommen.

§ 20, welcher hinsichtlich der Schlichtung von Mißverständnissen zwischen Kutscher und Fahrgast Maße giebt, enthält in seinem Schlusssatze die Bestimmung:

»Jedes unschickliche Lautwerden oder gar Selbsthülfe des Kutschers beziehungsweise Begleiters ist streng untersagt.«

Die Commission ist der Ansicht, daß die hervorgehobenen Worte dem Kutscher bei groben Ungebührlichkeiten, welche sofortige Abhülfe erfordern, zum Schaden der öffentlichen Ordnung die Hände binden würden, und beantragt demnach selbige zu streichen.

Vorher geht ein Passus, laut dessen der Fahrgast vorkommende Mißhelligkeiten entweder sofort durch die Polizei schlichten lassen, oder aber unter Vorbehalt einer solchen Entscheidung zunächst dem Kutscher »den Willen thun« soll.

Diesen Ausdruck giebt Herr Schwarzenberg anheim, durch einen glücklicher gewählten zu ersetzen, als welchen er seinerseits vorschlägt »die Forderung des Kutschers zu erfüllen«.

Die Versammlung, mit beiden Aenderungen einverstanden, genehmigt § 20 in der somit vorgeschlagenen Form.

§ 21—26 gelangen, abgesehen von einer nur redactionellen Einbesserung in § 22, unverändert zur Annahme.

§ 27 lautet:

»Sofern und solange die hiesigen Gasthausbesitzer von der ihnen nach § 4 zustehenden Befugniß, Fuhrwerke zur Beförderung von Personen, welche ihre Gasthäuser zu besuchen beabsichtigen, sämmtlich keinen Gebrauch machen, wird eine Nachtdroschkenstation auf hiesigem Kohlmarke oder einem andern von Herzoglicher Polizeidirection zu bestimmenden Plage eingerichtet.«

In der Commission war vorgeschlagen, jene Bedingung etwas enger dahin zu fassen: »Sofern u. die Gasthofsbesitzer von ihrer Befugniß u. keinen dem Verkehrsbedürfniß entsprechenden Besuch machen«. Man hat hierauf verzichtet, nachdem von Seiten Herzoglicher Polizeidirection die Mittheilung erfolgt war, daß die vorliegende Fassung das Ergebnis eines nothwendigen Compromisses, die Einrichtung einer Nachtdroschkenstation aber auch, wie die Verhältnisse liegen, so gut wie gesichert ist, da auf solche die Gasthausbesitzer selbst gedrungen haben, jene Bedingung also, welche seitens der Droschkenhalter gestellt wurde, unzweifelhaft alsbald erfüllt werden wird.

Herr Reuter, Bezug nehmend auf das was er schon am 9. März gegen diese Bestimmung eingewandt hat, möchte anheimgeben, die Einrichtung einer Nachtkstation — die seiner Ueberzeugung nach nicht nur ein dringendes Bedürfniß des Publicums, sondern auch für die gewünschte Hebung des öffentlichen Fuhrwesens selbst in hiesiger Stadt dringend erforderlich, überdies aber in einzelnen vorhergehenden Paragraphen bereits vorausgesetzt ist — den Droschkenhaltern ohne jede Bedingung aufzuerlegen. Wenigstens einen Schritt würde in dieser Richtung jener in der Commission beseitigte Antrag weiterführen, welchen Redner daher seinerseits aufnimmt.

Die Versammlung, § 27 übrigens in der Fassung des Entwurfs genehmigend, erklärt mit dieser Modification sich einverstanden,

und genehmigt hierauf mit einigen nothwendigen redactionellen Aenderungen die noch übrigen §§ 28—41, sowie schließlich das ganze Statut,

nachdem gelegentlich des § 38, welcher die Feststellung der Taxe nach Maßgabe von § 76 der Reichsgewerbeordnung Herzoglicher Polizeidirection zuspricht, die Herren Reuter und Steinacker den Wunsch ausgesprochen haben, daß künftige Aenderungen des Fahrtarifs auch bei der Versammlung zur Vorlage gebracht werden möchten.

Schließlich

VI. trägt namens der Schulcommission Herr Schwarzenberg vor, daß nach dem Berichte des Directors der höhern Töcherschule bei dieser zu Ostern k. J. nicht nur ein Ersatz für Hrl. Hoffmeister zu schaffen, sondern auch ein neuer Lehrer der deutschen Sprache, Geschichte und Geographie für die einzurichtende Parallellklasse der zweiten Klasse anzustellen ist, und für diese sodann auch ein Unterrichtslocal, und zwar außerhalb der Schule, in der dazu kein Raum mehr ist, ermittelt werden muß. Magistrat und Schulvorstand haben diese Anträge in jeder Hinsicht als begründet anerkannt. Das gesuchte Local wird in dem vormals Kaulitzschen Hause hinter den Brüdern geboten sein, welches durch die Eröffnung der Bürgerschule an der Campestraße disponibel geworden ist, für die Lehrerin zunächst der Betrag von 900 Mark in Rechnung zu stellen sein, der Gehalt des Lehrers, über welchen Bestimmtes noch nicht zu sagen ist, höchstens 3600 Mark jährlich betragen. In einem Schreiben vom 18. d. M. ersucht Magistrat demnach die Versammlung, sich mit dem Engagement dieser beiden Lehrkräfte einverstanden zu erklären.

Die Commission hegt hiergegen nur das Bedenken, daß es voraussichtlich Unzufriedenheit unter den bereits angestellten Lehrern hervorrufen möchte, wenn ein neu hinzukommender College sogleich mit einem Gehaltsfak angestellt würde, zu welchem bisher, abgesehen von dem Director, noch keiner von ihnen gelangt ist. Sie giebt daher anheim, diese Anträge mit dem Vorbehalt zu genehmigen,

daß der Gehalt des neuen Lehrers den höchsten bisher an einen Lehrer der höhern Töcherschule gezahlten Sak nicht übersteige.

Nachdem Herr Steinacker eine Verfügung in Betreff des Gehalts überhaupt noch vorzubehalten empfohlen,

Herr Mühe auch angeführt hat, daß Director Sommer damit voraussichtlich einverstanden sein würde, da derselbe den gesuchten Lehrer zu billigeren Bedingungen zu finden hofft,

Herr Solmitz dagegen für den Commissionsantrag als den allen Möglichkeiten am besten vorsehenden sich ausgesprochen,

beschließt in diesem Sinne auch die Versammlung.

Der vorgerückten Stunde halber muß die Motivirung des Kunzschens Antrages für heute ausgesetzt, und ebenso die anberaumte vertrauliche Sitzung verschoben werden.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 274. Stücke der 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 13.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. November 1876.

Öffentlich:

Mittheilung einer Zuschrift des Herrn Grafen Görz-Brisberg.

Desgl. über eine der Stadt von Herzogl. Staatsministerium verwilligte Beihilfe.

Desgl. über eine Eingabe der Vorsteher des Wilhelms- und des Hohethor-Districtvereins.

Motivirung des von Herrn Kunken eingebrachten Antrags auf Bepflanzung der Promenaden.

Antrag Herrn Steinaus auf Hinaussetzung der Stadtverordnetenwahlen.

Wahl eines Stadtrevisors.

Beschluß über den Magistratsantrag auf Feststellung des Gehaltes für den neu zu ernennenden Schuldirector.

Desgl. wegen Theilung der Elementarklassen der vierten untern Bürgerschule.

Desgl. über den Verkauf und Neubau des Armenhauses.

Desgl. in Betreff der Entschädigung eines hiesigen Einwohners für die seinem Grundstück aus dem Bau der Turnhalle an der Wilhelmstraße entstehenden Nachtheile.

Genehmigung des Ankaufs eines feuerfesten Schranke für das Standesamt.

Desgl. des Kreiscommunalfondsetats für 1877.

Desgl. des Etats der Realschule für das Quartal vom 1. October bis 31. December d. J.

Mittheilung über die Revision der Rechnungen des Gas- und des Wasserwerkes.

Beschluß über die Pflasterung der Schützenstraße.

Vertraulich:

Erledigung von Steuerreclamationen.

Beschluß über die Classification der Gewerbegehilfen zu Behuf der Steuereinschätzungen.

Desgl. über einen Antrag Herrn Krampes, die Berichtigung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten bei den Stadtverordnetenwahlen betreffend.

Entschuldigt die Herrn Bracke, Mühe, Pini und v. Seckendorff. Am
Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Bammel, Gebhard, Haake und Ramdohr

Rittmeyer

Das Protocoll vom 26. October wird mit der Berichtigung genehmigt, daß S. 163, Z. 12 v. u. statt »3 Ruthen« zu lesen ist »4 Ruthen«.

I Der Herr Vorsitzende verliest nachstehende bei ihm eingegangene Zuschrift des Herrn Grafen Görk-Brissberg.

Hochgeehrtester Herr!

Nach § 23 der revidirten Städte-Ordnung sind die Mitglieder des Herzoglichen Staats-Ministeriums zu einem Gemeindeamte nicht wählbar, während nach § 26 desselben Gesetzes das Recht zur Verwaltung eines Gemeindeamtes aufhört, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind. Aus diesen gesetzlichen Bestimmungen dürfte unzweifelhaft hervorgehen, daß in Folge meiner vor Kurzem erfolgten Höchsten Ernennung zum wirklichen Geheimenrathe und stimmungsführenden Mitgliede des Herzoglichen Staats-Ministeriums mein Mandat als Stadtverordneter aufgehört hat, und ich somit aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschieden bin, weshalb denn auch vom Stadtmagistrate bereits die erforderlichen Anordnungen zu einer Neuwahl an meine Stelle getroffen sind.

Indem ich Sie, Hochgeehrtester Herr Vorsitzender, gehorsamst ersuche, die geehrte Stadtverordneten-Versammlung hiervon gefälligst in Kenntniß zu setzen, gestatte ich mir zugleich die Versicherung hinzuzufügen, daß ich es mir stets zu einer besonderen Ehre anrechnen werde, das Amt eines Stadtverordneten in hiesiger Stadt fast 10 Jahr lang bekleidet zu haben, und daß ich wie seither so auch in Zukunft nicht aufhören werde, den regsten Antheil an dem Wohlergehen der Stadt Braunschweig und seiner Bewohner zu nehmen

Braunschweig, Mit vollkommenster Hochachtung und gehorsamst
den 20. November 1876. Graf Görk-Brissberg.

An

den Vorsitzenden der Stadtverordneten Versammlung,
Herrn Obergerichtsadvocaten Dr. jur. Peters hieselbst.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß den obwaltenden Umständen nach ein Einwand gegen das Ausscheiden des Herrn Grafen Görk-Brissberg nicht erhoben werden kann. Zugleich aber fühlt der Herr Vorsitzende sich gedrungen, bei dieser Gelegenheit rühmend der hohen Verdienste zu gedenken, welche Herr Graf Görk-Brissberg, dank seiner ausgebreiteten Kenntnisse, seiner reichen Erfahrung und seiner ebenso tactvollen wie unermüdlichen Geschäftsführung, sich um die Stadt Braunschweig während seiner langjährigen Wirksamkeit als Stadtverordneter erworben hat. Er bittet demnach die Versammlung, Herrn Grafen Görk-Brissberg den Dank der Versammlung auszusprechen und damit die Bitte verbinden zu dürfen, daß der-

selbe den städtischen Angelegenheit sein bisher bethätigtes warmes Interesse auch in Zukunft geneigtest bewahren wolle.

Die Versammlung erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

II. Ferner bringt der Herr Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung, daß der Magistrat mit Berufung auf die in den letzten Jahren entstandenen und noch fortwährend entstehenden bedeutenden Ausgaben für neue Schulbauten sich unterm 19. September d. J. an Herzogliches Staatsministerium mit der Bitte gewandt hat, von den 300,000 Mark, welche durch Beschluß der Landesversammlung zur Unterstützung bedürftiger Gemeinden bei Kirchen- und Schulbauten ausgeworfen sind, auch hiesiger Stadt eine angemessene Beihilfe zu gewähren. Wie der Magistrat nunmehr in einem Schreiben vom 1. d. M. mittheilt, hat Herzogliches Staatsministerium mittels Rescripts vom 26. v. M. erwidert, daß bei Bemessung dieses Fonds auf die Stadt Braunschweig zwar keine Rücksicht genommen sei, die Landesregierung also sich kaum in der Lage befinde, eine dem bedeutenden Umfange jener Lasten entsprechende Verwilligung eintreten zu lassen, gleichwohl aber anerkannt, daß der erbetene Zuschuß ohne Unbilligkeit nicht wohl versagt werden könnte, und demnach solchen für jetzt wenigstens zum Betrage von 30,000 M. verwilligt, auch die Hoffnung ausgesprochen, während der laufenden Finanzperiode nochmals eine gleiche Summe gewähren zu können, wennschon augenblicklich eine dahin gehende bestimmte Zusicherung unthunlich erscheine, da erst abzuwarten, in welchem Umfange von anderen Gemeinden des Landes Zuschüsse beantragt werden. Der Magistrat hat diese Verwilligung mit Dank acceptirt und das Geld bereits erhoben. Er wird seinen Antrag bei Herzoglichem Staatsministerium nächstes Jahr wiederholen, hat sich einstweilen jedoch für verpflichtet gehalten, die Versammlung von dem glücklichen Erfolge dieses ersten Schrittes zu benachrichtigen.

Der Herr Vorsitzende glaubt annehmen zu dürfen, daß die Versammlung nicht nur die wohlwollende Liberalität Herzoglicher Landesregierung, sondern auch die umsichtige Fürsorge des Magistrates mit gebührendem Danke erkenne.

III. Von den Vorstehern des Wilhelmi- und des Hohethor-Districtvereines ist dieser Vereine unterm 11. d. M. an die Versammlung das Gesuch ergangen,

bei Beschlußfassung über die Schlachtehausanlage, in Erwägung, daß die Motive des betreffenden Landesgesetzes die Anlage eines Schlachtehauses an der Eisenbahn und in Verbindung mit einem Viehmarkte als geeignetes Mittel anerkennen, dem fortwährenden Steigen der Fleischpreise entgegen zu wirken,

1) jedem Projecte, das diesem Motive nicht entspricht, die Genehmigung zu verweigern,

und ferner zu beschließen und beim Magistrate zu beantragen,

- 2) daß die Besprengung der öffentlichen Wege, Straßen, Plätze und Promenaden zur Sommerszeit obligatorisch angeordnet und dem Wasserwerke entsprechende Weisung ertheilt,
- 3) daß seitens der städtischen Behörden bei Herzoglichem Staatsministerium der Antrag gestellt werde,
Dasselbe wolle Herzoglicher Baudirection genügende Mittel zur Verfügung stellen, um die am Augustthore begonnene Trockenlegung der Promenadenfußwege in rationeller Weise und mit thunlichster Beschleunigung um die ganze Stadt fortzuführen;
- 4) daß die Vorbereitung und Inangriffnahme aller derjenigen Arbeiten thunlichst beeilt werde, welche erforderlich sind, um eine Verpestung der Stadt durch die stinkenden Wasser der Umslutgräben zu verhüten.

Der Herr Vorsitzende überweist diese Anträge der Finanzcommission mit dem Anheimgeben, zu deren Vorprüfung auch Herrn Reuter und andere mit den Gegenständen vertraute Mitglieder der Versammlung heranzuziehen.

IV. Hierauf erhält Herr Kunken das Wort zur Motivirung des in voriger Sitzung von ihm gestellten Antrages

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, Maßregeln in Vorschlag zu bringen, welche geeignet scheinen, die Promenaden von dem übermäßigen Staube zu befreien.

Als notorisch glaubt Herr Kunken ansehen zu dürfen, daß die an trockenen und windstillen Sommerabenden über den hiesigen Promenaden lagernden Staubwolken nicht nur den Spaziergängern diesen besuchtesten Erholungsort verleiden, seine Vegetation schädigen und die Anwohner in ihren Häusern und Gärten auf das empfindlichste belästigen, sondern durch die einmündenden Straßen auch ins Innere der Stadt eindringend, hier ebenfalls die Luft verunreinigen und so die nämlichen Uebelstände herbeiführen. Wirksame Abhilfe wird nur durch regelmäßige und ausgiebige Besprengung zu erzielen sein. Welchen Kostenaufwand eine solche Maßregel erfordern wird, vermag Redner freilich nicht zu beurtheilen; jedenfalls würde derselbe je nach Beschaffenheit der Jahre sich sehr verschieden stellen. Diese Kosten zu übernehmen dürfte in erster Linie vielleicht der Staat als Eigenthümer der Promenaden verpflichtet sein. Ohne Zweifel aber würden sich auch die Anwohner nicht abgeneigt finden lassen, für diesen Zweck beizutragen. Bekanntlich sind manche derselben bereits privatim zusammengetreten, um auf die angegebene Weise wenigstens einzelne Strecken möglichst staubfrei zu halten; natürlich aber kann der Erfolg nur ein sehr unvollkommener bleiben, so lange in gleicher Weise nicht überall vorgegangen wird. Die städtischen Behörden hält Redner für berufen, eine gütliche Vereinbarung hierüber unter allen Interessenten herbeizuführen, zumal wenn gleichzeitig, was ihm ebenfalls

durchaus gerechtfertigt scheint, ein Beitrag aus der Stadtkasse gewährt würde. Dies alles dem Magistrate zur Erwägung anheimzugeben, ist der nächste Zweck seines Antrags,

welcher genügend unterstützt und der Finanzcommission überwiesen wird.

V. Von Herrn Steinau ist der Antrag eingebracht:

die Versammlung wolle sich beim Magistrate dafür verwenden, daß die bevorstehende Stadtverordneten-Neuwahl während der Tage vom 28. bis 31. December vorgenommen werde.

Zur Begründung führt Herr Steinau an, daß die diesjährige Neuwahl, nachdem die Listen der Stimmberechtigten zu dem in der Städteordnung vorgesehenen Termine im October nicht haben fertiggestellt werden können, wahrscheinlich gerade in die Tage gesteigerter Weihnachtsgeschäftigkeit fallen, und sonach eine große Anzahl Gewerbetreibender daran theilzunehmen verhindert sein würde.

Der Antrag wird ausreichend unterstützt und auf Beschluß der Versammlung sofort zur Debatte vorgestellt.

Herr Overbürgermeister Caspari rechtfertigt die Sachlage, indem er darauf hinweist, daß die Stimmlisten vor dem Michaelisumzuge nur auf die Gefahr hin hätten angefertigt werden können, zahlreiche Wähler an unrechter Stelle einzutragen und damit zu vergeblichen Wegen zu nöthigen. Den beantragten Aufschub hält er für unzulässig, weil einzelne Wahlen möglicher Weise angefochten werden oder sonst derart ausfallen dürften, daß ein neuer Termin dafür anzusetzen ist, was nach §§ 39 und 40 der rev. St.-O. jedenfalls noch in diesem Jahre geschehen muß —

eine Rücksicht, der Herr Nieß um so größeres Gewicht beimißt, als im Januar nächsten Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Reichstagswahlen stattfinden werden.

Herr Krampe, überzeugt, daß die von Herrn Steinau angedeutete Schwierigkeit sich in der ersten Decemberwoche kaum schon sehr fühlbar machen werde, stellt den Unterantrag, den Magistrat um Anberaumung der Wahlen innerhalb dieses Zeitraumes zu ersuchen.

Nachdem Herr Overbürgermeister Caspari sich mit diesem Auswege einverstanden erklärt hat,

tritt die Versammlung unter Ablehnung des Steinau'schen Antrages dem Herrn Krampes bei.

VI. In einem Schreiben vom 12. d. M. beantragt der Magistrat, daß mit dem Amte des vom 1. Januar nächsten Jahres ab in den Ruhestand tretenden Stadtrevisors Trömner der bisherige Registrator Müller betraut werde. In Erwägung, daß der Revisor nicht nur das unbedingte und volle Vertrauen des Magistrates genießen, sondern auch mit den städtischen Angelegenheiten nach allen Richtungen ge-

nügend bekannt sein muß, um seine Obliegenheiten ohne Verzug gehörig erfüllen zu können, giebt die Finanzcommission, für welche Herr Kunzen berichtet, in Uebereinstimmung mit dem Magistrate, der Versammlung anheim, von der üblichen Präsentation dreier Persönlichkeiten für diesmal abzusehen und die Anstellung des Empfohlenen zunächst mit einem Gehalte von 2700 *M.* zu genehmigen,

womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Ferner

VII. trägt namens der Schul- und der Finanzcommission Herr Kunzen vor:

Da nach den auf letztem Landtage getroffenen Bestimmungen die Schullehrerseminare hier und in Wolfenbüttel nebst den damit verbundenen Anstalten vom Staate zu übernehmen, deren Kosten aus der Kloster-Reinertrags-Kasse zu bestreiten und folglich die dabei beschäftigten Personen von Staats wegen anzustellen sind, so wird von Oftern k. J. an die Leitung der hiesigen Waisenhaus- und Garnisonschule auf den vom Staate zu ernennenden Seminardirector übergehen, dieser also auch die Besoldungsbeträge beider Anstalten, je 400 *Rthlr.*, beziehen, während andererseits der Stadt die bislang von dem Schul- und Seminardirector Friedrichs innegehabte Wohnung in dem Schulhause im Prinzenwinkel und die Zuschüsse von jährlich 2400 und 7500 *M.* verbleiben, welche aus der Gemeindefiskalkasse zum Gehalte des Schuldirectors und für die Präparandenanstalt zu leisten waren. Von Herzoglichem Staatsministerium aufgefordert, als Patron der hiesigen Schulen zur Wahl eines neuen städtischen Schuldirectors zu schreiten, hat der Magistrat erwogen, daß ein Mann von erforderlicher Tüchtigkeit für den bisherigen Gehaltsfuß von 2400 *M.* nicht zu erlangen sein dürfte; in einem Schreiben vom 23. October d. J. beantragt er daher, daß demselben ein jährlicher Gehalt von 3900 *M.* nebst freier Wohnung mit dem Vorbehalt ausgesetzt werde, letztere, falls sie zu den Unterrichtsräumen herangezogen werden muß, gegen eine Miethsentschädigung von 900 *M.* jährlich zurückzuführen. Beide Commissionen empfehlen diese Vorschläge zur Genehmigung.

Herr Steinau vermag sich mit dem durch vorliegenden Antrag eingeleiteten Verfahren nicht zu befremden. Während die Versammlung zur Wahl anderer Gemeindebeamten entscheidend mitzuwirken hat, soll ihr in diesem Falle, ohne jede Gewähr hinsichtlich der Persönlichkeiten, um die es sich handelt, nur die Befugniß zustehen, einen Gehalt zu verwilligen. Entspricht dies der Städteordnung, so tritt darin ein Mangel derselben zu Tage, welcher thunlichste Abhülfe erheischt. Denn unstreitig ist doch die Beschaffenheit des Schuldirectors von unendlich viel höherer Wichtigkeit als die der meisten anderen städtischen Beamten, jezt zumal, wo sich das Bedürfniß einer Reorganisation der Volksschule von Grund aus immer unabwieslicher fühlbar macht. Bis auf diesen Tag ist die Volksschule hier wie überall in Deutschland das Stiefkind der maßgebenden Kreise geblieben; von welchem Geiste sie

auch hier noch getragen wird, hat man neuerdings wieder aus den Reden abnehmen können, welche bei Eröffnung der neuen Schulen an der Campestraße und hinter den Brüdern gehalten wurden. Ehe mit diesem Geiste, dem starren Geiste des lutherischen Katechismus nicht gebrochen ist, ehe ferner die Schule nicht allen Ständen den Weg zu gleicher Bildung eröffnet, wird man sich vergeblich um die Heilung der Schäden bemühen, an denen unsere Volkserziehung krankt. Unter diesen Umständen aber hat die Versammlung gewiß alle Ursache, vor allem zu fragen, wem dies verantwortungsvolle Amt anvertraut werden soll: wäre dazu ein Mann in Aussicht genommen, von dem jene nothwendige Umgestaltung nicht zu erwarten stände, so würde Redner sich an seinem Theil für berechtigt halten, die beantragte Verwilligung überhaupt zu versagen.

In Anbetracht des überwiegenden Nutzens, welchen er davon für das Publicum wie für die Schulleitung erwartet, stellt Herr Krampe den Antrag:

daß die Dienstwohnung in der Schule am Prinzenwinkel künftig wieder dem dortigen Schulinspector eingeräumt, der Schuldirector also, unangesehen der entstehenden Mehrkosten, von vornherein auf die vorgeschlagene Miethschädigung angewiesen werde.

Die Herren Ding, Nieß und Steinacker schließen sich dem an, letzterer mit dem Anheimgaben,

diese Miethschädigung auf den dem Director der höhern Töcherschule bewilligten Satz zu beschränken.

Herr Reck. Als auf Anregung des Schulvorstandes die Versammlung vor einigen Jahren beschloß, daß Inspectorwohnungen bei neuen Schulbauten nicht mehr vorgesehen werden sollten, war die noch in früherer Weise angelegte Schule im Prinzenwinkel gerade fertig geworden. Um nun den Inspector dieser Schule gegen seine künftigen Kollegen nicht mehr zu bevorzugen, überwies man die hier einmal vorhandenen Wohnräume dem Schuldirector, welcher seine bisherige Wohnung in der höhern Töcherschule eben damals räumen mußte. Ob es zweckmäßig ist oder nicht, daß der Inspector in seiner Schule selbst auch wohne, wird immerhin noch für streitig gelten dürfen; jedenfalls aber hat sich inzwischen, gutem Vernehmen nach, herausgestellt, daß gewisse Uebelstände, welchen man durch jenen Beschluß vorbeugen wollte, auch bei der gegenwärtigen Anordnung, und zwar in noch höherm Grade als bei der frühern, fühlbar geworden sind. Herr Reck will sich hierüber für jetzt nicht näher aussprechen; wohl aber möchte er im Hinblick auf die angedeuteten Thatsachen eine Beschlußfassung über diesen Punct des Magistratsantrages heute noch ausgesetzt und zu weiterer Prüfung dem Magistrate zunächst die Frage empfohlen sehen, ob die in Rede stehende Dienstwohnung künftig nicht besser doch dem Schulinspector zu überweisen sein dürfte,

eine Erwägung, die Herrn Schwarzenberg ebenfalls gerathen erscheint.

Die Herren Steinau, Reuter und Solmiz hingegen sehen keine Veranlassung, an jenem frühern Beschlusse, der seiner Zeit von allen Seiten als wohlbegründet anerkannt wurde, und mit welchem Braunschweig keineswegs allein dasteht, jetzt wieder zu rütteln. Für gerecht hält Herr Steinau auch, daß eventuell dem Schuldirector eine höhere Miethsentschädigung zugebilligt werde als dem Director der höhern Töchterschule, da diesem die für seine amtlichen Verrichtungen erforderlichen Räume im Schulhause zur Verfügung stehen, wogegen jener solche in seiner Privatwohnung selber wird beschaffen müssen. Der Bitte Herrn Steinhaus, die gestellten Gegenanträge zurückzuziehen,

wird von Herrn Steinacker entsprochen.

Herr Lucius entfinnt sich der Gründe nicht, aus denen der mehrerwähnte Beschluß der Versammlung hervorgegangen, ist vorläufig aber anzunehmen geneigt, daß es am zweckmäßigsten sein dürfte, die fragliche Wohnung Dem zu überweisen, unter dessen specieller Leitung die Schule steht, und daß hiergegen alles das was etwa der Anlage von Dienstwohnungen bei neuen Schulbauten widerrathen kann, sich nicht wird anführen lassen.

Herr Overbürgermeister Caspari würde dem beispflichten, wenn man etwa vor der Alternative stände, jene Wohnung entweder zu vermieten oder dem Schulinspector zu überlassen. Wie aber in diesem Falle die Sache liegt, müßte er ein Abweichen von der einmal aufgestellten Norm nicht nur formell für eine bedenkliche Inconsequenz, sondern auch sachlich für höchst ungewöhnlich halten und lebhaft beklagen. Denn erstlich wäre damit dem Inspector selbst schlecht gedient, da die fragliche Wohnung für seine Bedürfnisse offenbar zu umfangreich ist, ihn wahrscheinlich also zu Anschaffungen nöthigen würde, die ihm demnächst, wenn er sich vorgesehener Maßen wieder auf eine Privatwohnung angewiesen sähe, wie sie unter den jetzigen Verhältnissen für die ihm ausgesetzte Miethsentschädigung zu haben ist, nur zur Last fallen könnten. Sodann aber gerieth auch die Stadt in unnütze Mehrkosten, indem dem Schuldirector jedenfalls doch eine ungleich höhere Miethsentschädigung zu gewähren wäre als dem Inspector: konnte der Director der höhern Töchterschule sich mit 750 Mark begnügen, so verdankte man das lediglich dessen besonderen persönlichen Verhältnissen; und daß selbst für diesen Betrag keine Wohnung zu haben wäre, wie der Schuldirector sie nöthig hat, läßt sich mit Sicherheit voraussehen. Endlich aber — und dies ist für den Magistrat ausschlaggebend — auch dem Interesse des Publicum wird es offenbar mehr entsprechen, wenn der Leiter sämmtlicher acht Gemeindeschulen, als wenn der Inspector dieser oder jener einzelnen Schule in einer bestimmten festen Wohnung zu finden ist. Wenn man aber die stete Anwesenheit des Inspectors in seiner Schule gewissermaßen als eine Forderung der Disciplin oder eines geordneten Geschäftsganges hinzustellen gemeint ist, so läßt sich dem die Thatsache entgegenhalten, daß

daß vorgebliche Bedürfniß sich in den neuen Schulen, welche sämmtlich größer sind als die im Prinzenwinkel, in keiner Weise geltend macht.

Herr Steinacker verwahrt sein heutiges Votum gegen den Vorwurf der Inconsequenz. Jener frühere Beschluß der Versammlung, dem er seinerseits allerdings auch zugestimmt hat, war gegen die Einrichtung von Inspectorwohnungen in den neu zu erbauenden Schulhäusern gerichtet; ganz unabhängig von jenem Beschlusse ist aber die hier vorliegende Frage, was für die Sache ersprießlicher: die im Prinzenwinkel einmal vorhandene Wohnung dem Inspector oder dem Schuldirector zu überlassen. Ohne Zweifel läßt sich für das eine wie für das andere manches sagen; bisher aber ist, soviel Redner sieht, nichts vorgebracht, was unbedingt den Ausschlag zu Gunsten des Magistratsantrages geben könnte.

Herr Reck empfiehlt nochmals den Krampe'schen Gegenantrag. Die ange-deuteten Uebelstände — Uebelstände, welche namentlich aus dem Verhältnisse des Schuldirectors zu dem Pedell des Hauses hervorgehen — sind nach dem was ihm darüber zu Ohren gekommen ist, der Art, daß sie leicht zu den unliebsamsten Weiterungen führen könnten. Allerdings droht diese Gefahr bis zu einem gewissen Grade auch dann, wenn mit dem Pedell der Inspector unter einem Dache wohnt; größer aber ist sie jedenfalls bei der jetzigen Einrichtung, da der Schuldirector auf Wohl und Wehe des Pedellen natürlich noch ganz andern Einfluß ausüben kann als der Inspector.

Herr Steinau würde gleichwohl die fragliche Wohnung lieber dem Schuldirector vorbehalten sehen. Auf seine bei Beginn der Debatte ausgesprochenen Bedenken zurückkommend, stellt er den reglementarischen Antrag,

die Versammlung wolle einen Gehalt für den Schuldirector nicht eher bewilligen, als bis ihr die zu diesem Amte ausersehene Persönlichkeit bezeichnet ist.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß damit jedes weitere Vorgehen in dieser Sache von vornherein unmöglich gemacht wäre, da die Frage der Wahl mit der Gehaltsfrage aufs engste verknüpft ist, eine Verhandlung mit geeigneten Persönlichkeiten überhaupt nicht eröffnet werden kann, so lange der Schulvorstand über den zu bietenden Gehalt im Ungewissen ist. Indem er daher gegen die Annahme dieses Antrags entschiedene Einsprache erhebt, giebt er anheim, den Gehalt unter allen Umständen vorgeschlagener Maßen festzusetzen, im übrigen aber mit Rücksicht auf den Krampe'schen Gegenantrag, welchen der Magistrat so unbedingt nicht ablehnen werde, zu beschließen, daß dem Schuldirector entweder freie Wohnung im Prinzenwinkel, oder aber eine Miethsentschädigung von ~~1500~~ 1900 Mark gewährt werden solle, wobei dann die Entscheidung für die eine oder die andere Modalität späterer Vereinbarung vorbehalten bliebe.

1900

Herr Steinau erkennt und unterschätzt die von dem Herrn Oberbürgermeister dargelegte Schwierigkeit mit nichten. Andererseits aber wird seiner Ansicht nach der Versammlung füglich doch nicht zuzumuthen sein, daß sie sich mit gebundenen Händen der Gefahr aussetze, ein so wichtiges Amt anders als man im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung unseres Volksschulwesens wünschen muß, besetzt zu sehen. Wenn also die Versammlung bei dieser Wahl nicht mitzureden hat, dann bleibt ihr, um die nöthige Gewähr zu erlangen, eben kein anderes Mittel als das von ihm, dem Redner, in Vorschlag gebrachte. Auf den Fall, daß ein solches Vorgehen etwa zu schroff erscheinen möchte, modificirt Herr Steinau seinen Antrag dahin:

daß die Vorlage nochmals an die Commission gewiesen werde mit dem Auftrage, den beregten Punct in Erwägung zu ziehen und zu versuchen, ob mit dem Magistrate nicht zu einer gütlichen Verständigung darüber gelangt werden könne.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist darauf hin, daß schon vor Jahren die nämliche Streitfrage in der Versammlung aufgeworfen und damals im Sinne des Magistrates zum Austrage gebracht worden ist, wie dies nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen in der That auch nicht wohl anders möglich war. Den Director der Realschule hat Magistrat der Versammlung ohne Bedenken von vornherein namhaft gemacht; damals konnte er dies, weil die Personenfrage bereits entschieden war. Heute aber, bei anderer Sachlage, muß der Magistrat auf dem Boden des Gesetzes über die Einrichtung des Schulwesens verharren, welches die Wirksamkeit der Gemeindebehörden in der Weise ordnet, daß die Lehrer der Bürgerschulen durch Magistrat und Schulvorstand allein ernannt werden, die Stadtverordneten in diesen Fällen nur bei Feststellung der Gehaltsätze mitzuwirken haben. Falls trotzdem jetzt die Versammlung nach dem Vorschlage Herrn Steinhaus verführe, würde der Magistrat in der Lage sein, die Differenz zur Entscheidung der Landesregierung zu verstellen, und da die Anstellung eines städtischen Schuldirectors gesetzlich vorgeschrieben ist, würde der Spruch voraussichtlich dahin lauten, daß die Versammlung den Gehaltsatz höher oder niedriger bemessen kann als der Magistrat beantragt, nicht aber einen Gehalt überhaupt verweigern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Während Herr Munte der Auffassung Herrn Steinhaus beipflichtet, erscheint Herr Steinacker der klaren Rechtslage nach die Ablehnung des Steinhaus'schen Antrages geboten. Die von Herrn Steinau gegen den Zustand unserer Volksschulen erhobenen Klagen will Redner jetzt nicht näher erörtern; aber verschweigen kann er nicht, daß seines Erachtens Herr Steinau viel zu schwarz färbt und manche anerkannte Vorzüge der hiesigen Schulen offenbar übersieht.

Herr Flaggge hält auch die Besorgnisse Herrn Steinhaus hinsichtlich der Wahl des Directors für weit übertrieben; denn daß Magistrat und Schulvorstand dabei in dem Maße fehlgreifen sollten, daß die gedeihliche Fortentwicklung unseres Schulwesens in

Gefahr gerieth, zu dieser Annahme scheint ihm kein genügender Grund vorzuliegen. Damit aber der Magistrat im Stande sei, unter allen Umständen den Mann zu wählen, welcher allen Anforderungen am besten genügt, beantragt Redner,

daß der Gehalt des Schuldirectors auf den Betrag von 3600—4500 Mark normirt werde.

Herr Lucius für den Steinau'schen Antrag, da die angeregte Frage offenbar von einschneidendster Bedeutung. So lange in der Landesregierung und im Magistrate die Männer sitzen, welche jetzt das Ruder führen, mag die vertrauensvolle Stimmung Herrn Flagges durchaus am Platze sein; die Möglichkeit aber ist doch nicht ausgeschlossen, daß Zeiten folgen können, in denen man es sehr beklagen müßte, wenn das Recht, welches Herr Steinau in Anspruch nimmt, ohne Widerstand preisgegeben wäre. Ohne Zweifel ist die Rechtslage eine sehr verwickelte. Daß aber die hier vertretene Auffassung nicht so ganz ohne Grund ist, wie der Herr Oberbürgermeister annimmt, würde schon die Thatsache beweisen, daß ein so ausgezeichnete Jurist wie Dr. Aronheim sie als Stadtverordneter bei der vorhin erwähnten Gelegenheit gleichfalls vertreten hat. Hat damals die Majorität der Versammlung sich im Sinne des Magistrates erklärt, so ist damit doch die Richtigkeit dieser Entscheidung noch keinesweges schon zweifellos verbürgt. Die bisherige Praxis ist gleichgültig: war sie falsch, so kann und muß sie abgeändert werden. Der in Aussicht gestellte Recurs an Herzogliches Staatsministerium aber bietet nur eine Sicherheit mehr, daß so oder so das was Rechtens ist, auch zur Geltung gelangen wird.

Herr Steinau verwahrt sich gegen den Vorwurf, als verkenne er, was an unseren Volksschulen zu loben ist. Gewiß sind sie besser als viele andere und namentlich als die preussischen; ebenso gewiß ist aber auch, daß sie mit manchen Gebrechen behaftet, einer neuen Organisation dringend bedürftig sind. Und eben deshalb muß die Versammlung sich zum voraus vergewissern, in welche Hände sie demnächst, voraussichtlich auf Jahre hinaus, gegeben sein werden. Tritt dieser gerechten Forderung Herzogliches Staatsministerium zwangsweise entgegen, dann wird für den Erfolg wenigstens die Versammlung nicht verantwortlich sein.

Die Erörterung der Wohnungsfrage wieder aufnehmend, spricht Herr Winter sich im Sinne des Krampe'schen Antrags aus, indem er der Behauptung entgegentritt, als werde das vom Magistrate vorgeschlagene Abkommen finanziell besonders vortheilhaft sein. Seiner Meinung nach würde die geringe Ersparniß an der Miethenthädigung des Schuldirectors durch die Kosten für Unterhaltung seiner Wohnung mindestens aufgewogen werden; in Anbetracht des sonstigen Für und Wider wird Redner dieselbe lieber dem Inspector überwiesen sehen. Soll aber die finanzielle Erwägung in den Vordergrund gerückt werden, dann ohne Frage würden angesichts des permanenten Raummangels in den Schulen diese Räumlich-

keiten weder dem Inspector noch dem Director zu Theil werden dürfen, sondern unverzüglich zu Klassen einzurichten sein,

was Herr Bosse nunmehr förmlich beantragt.

Herr Redt ist einverstanden, daß auch diese dritte Möglichkeit dem Magistrat zur Erwägung gestellt werde. Da aber die Versammlung nicht ohne weiteres im Stande sein dürfte, zu beurtheilen, wiefern die fragliche Wohnung sich zu diesem Zwecke eignet oder nicht, kann er nicht empfehlen, daß hier sofort eine Entscheidung in diesem Sinne getroffen werde.

Nachdem Herr Krampe sich noch gegen die Meinung verwahrt hat, als sei er ein Verehrer von Dienstwohnungen überhaupt, da er seinen Antrag vielmehr nur im Hinblick auf die besondere Beschaffenheit des hier vorliegenden Falles gestellt habe,

wird die Discussion geschlossen,

und in namentlicher Abstimmung von den Herren

Böwig, Bosse, Ding, Flagge, Heymann, Kloss, Krampe, Lucius, Munte, Nieß, Redt, Steinacker, Steinau, Winter

gegen die Herren

Kunze, Reuter, Schwarzenberg und Solmig

dem Antrage Herrn Steinaus gemäß die Zurückverweisung der Vorlage an die Commission beschlossen,

wonach auch die übrigen Gegenanträge vorläufig noch in suspenso bleiben.

Wie

IV. namens der Schulcommission Herr Redt vorträgt, ist die Schülerzahl der combinirten Elementarklasse der vierten untern Bürgerschule durch die letzten Michaelisaufnahmen auf 116 gestiegen. Da unter diesen Umständen ein erfolgreicher Unterricht nicht mehr möglich ist, wird diese Klasse nunmehr zu theilen sein. Ein besonderer Lehrer oder eine eigene Lehrerin wird sich freilich für die so entstehende Parallelklasse nicht sofort finden lassen, und sonach einstweilen nichts übrig bleiben, als beide Abtheilungen, und zwar die im zweiten Jahrescursus stehenden Kinder in 20, die jüngeren in 16 Stunden wöchentlich, von dem bisherigen Lehrer der Klasse unterrichten zu lassen, wie dies auch sonst bereits geschieht und diesem Schulalter durchaus angemessen ist. Der hiernach im Einverständniß mit dem Schulvorstande von Seiten des Magistrates unterm 25. v. M. gestellte Antrag, diese Einrichtung zu genehmigen und dem Lehrer Brüdern für die erwachsenden sechs wöchentlichen Mehrstunden eine Remuneration von 324 Mark jährlich zu verwilligen, wird von der Commission zur Genehmigung empfohlen,

und ohne weiteres auch von der Versammlung genehmigt.

V. Wie der Magistrat in einem Schreiben vom 15. October vorträgt, hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, ein altes den Einsturz drohendes Stallgebäude

sowie zwei andere in den Hof der neuen Schule an der Goslarschen Straße störend vorspringende kleine Nebengebäude des städtischen Armen- und Pflegehauses abzubauen und — letztere an anderer Stelle — wieder aufzuführen. Bei diesem Anlaß ist dann auch zur Sprache gekommen, daß das Armenhaus schon jetzt vom Pflegehause zu weit entfernt liegt, um von hieraus mit Bequemlichkeit beaufsichtigt und gespeist werden zu können, dies demnächst aber, wenn in Folge des Schulbaues die directe Verbindung zwischen beiden Anstalten erst aufgehoben ist, noch viel schwieriger werde muß.

Unter diesen Umständen wurde der schon lange gehegte Plan wieder angeregt, das Armenhaus mit seinen Nebengebäuden und dem dazu gehörigen kleinen Garten zu verkaufen und nebst zwei Nebengebäuden nahe beim Pflegehause wieder aufzubauen. In Uebereinstimmung mit dem Stadtbaurath und der Verwaltungsdeputation des Armen- und Pflegehauses findet der Magistrat dies um so zweckmäßiger, als im Laufe der Zeit, sobald nämlich eine gerade Verbindung der Goslarschen Straße mit der Stadt hergestellt ist, an dem neuentstehenden Wege wahrscheinlich auch Bauplätze vom Pflegehausgarten werden verkauft werden, dann aber ein Verkehr zwischen dem Armen- und dem Pflegehause vollends unmöglich sein wird. Auf Grund eines von der genannten Verwaltungsdeputation aufgestellten Programmes hat der Stadtbaurath zwei Baupläne nebst Kostenanschlägen entworfen, welche von ersterer genehmigt sind. Der Magistrat findet die zu 184,000 Mark berechnete Aufwendung zwar sehr hoch, vermag jedoch bestimmte Ersparungen nicht in Vorschlag zu bringen und giebt der Versammlung demnach anheim,

1. den Verkauf des jetzigen Armenhauses nebst Zubehörungen, vorbehaltlich des Beschlusses über die Kauffumme, zu genehmigen,
2. zum Aufbau eines neuen Armenhauses und zweier Nebengebäude nach den vorliegenden Plänen die Summe von 184,000 Mark mit dem Vorbehalt zu verwilligen, daß das Bauproject unter Zugiehung des Stadtbauamtes und der Pflegehausdeputation nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und thunlichst ermäßigt werde, auch
3. zu beschließen, daß das Armen- und Pflegehaus einen Zuschuß zu den Baukosten nicht leisten, dagegen aber auch eine Vergütung für das zu der neuen Schule an der Goslarschen Straße abgetretene Terrain nicht erhalten soll.

Die Finanzcommission, für welche Herr Kunzen berichtet, hat gegen dieses Project in Anbetracht seiner sehr bedeutenden Kosten anfänglich große Bedenken gehabt, zumal nach einem Gutachten Herrn Böwigs beim Verkaufe der fraglichen Baulichkeiten höchstens auf einen Erlös von 15,000 M. zu rechnen ist. Da sich andererseits aber die Dringlichkeit der vom Magistrate vorgetragenen Erwägungen nicht verkennen läßt, empfiehlt sie nunmehr gleichwohl dessen Anträge zur Genehmigung.

Herr Munte hat aus den vorliegenden Plänen und Anschlägen ermittelt, daß der projectirte Neubau je auf den Quadratfuß 56 Rthlr. kosten wird. Er schließt daraus, daß auf einen gewissen Luxus der Ausführung Bedacht genommen ist, welchen man schwerlich werde billigen können, da ein Armenhaus sich seiner Bestimmung nach doch nicht wohl als ein Palast darstellen dürfe. Keinesweges geht seine Meinung dahin, daß bei Feststellung der Bausumme irgend gekargt werden müsse; wohl aber hält er für wünschenswerth, die vorhandenen Mittel mit möglichster Sparsamkeit auszunutzen, die erzielten Ersparnisse dem Umfange des neuen Etablissements zu gut kommen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister, mit dieser Auffassung vollkommen einverstanden, weist darauf hin, daß der Bauplan vor seiner Ausführung nochmals zu definitiver Beschlussnahme an die Versammlung gelangen und dann die angeregte Besorgniß ihre Erledigung finden wird.

Nachdem

Herr Nieß auf den höchst baufälligen Zustand des jetzigen Armenhauses hingewiesen,

Herr Flagge die Schwierigkeiten dargelegt, welche der Verwaltung des Armen- und Pflegehauses aus der gegenwärtigen Belegenheit des ersteren erwachsen,

Herr Schwarzenberg auch darauf hingewiesen hat, wie wünschenswerth es im Interesse der neuen Schule ist, daß die Armen und Kranken nicht in deren unmittelbarer Nähe verbleiben,

werden die Magistratsanträge von der Versammlung ohne weitere Discussion angenommen.

VIII. Namens der Finanzcommission trägt hierauf Herr Kunz en ferner vor: Unläßlich des Turnhallenbaues bei der Schule auf der südlichen Wilhelmsstraße ist dem Magistrate eine Eingabe zugegangen, in der die Eigenthümer der Häuser num. ord. 9 und 10 auf der Schöppenstedter Straße um Entschädigung für die Nachtheile bitten, der für ihre Hintergebäude entsteht, indem gedachter Bau denselben das Licht entziehen wird. Nach dem Gutachten des Stadtbauraths kann der Eigenthümer des erstbezeichneten Hauses Rechte oder Ansprüche gegen die Stadt überall nicht geltend machen, was dieser denn nachträglich auch anerkannt hat. Seine Bitte um eine Sustentation im Wege der Güte glaubt der Magistrat laut Schreibens vom 25. October nicht befürworten zu können, da es sich in vorliegendem Falle nicht um Gnadenerweise, sondern um Rechtsverhältnisse handelt, erstere auch leicht unangenehme Konsequenzen nach sich ziehen würden. Anders scheint die Sache rücksichtlich des Hauses Nr. 10 zu liegen, indem dessen Eigenthümer nach Ansicht des Stadtbauraths allerdings wohl mit einem Widerspruchsrechte oder einem Entschädigungsansprüche durchzudringen Aussicht hat. Der hiernach mit diesem vereinbarte Vergleich,

kraft dessen ihm 3. □ Meter entbehrliches Terrain vom Schulgrundstücke abzutreten, außerdem aber 75 Mark baar auszuführen und an seinem Hause, auf Kosten der Stadt, gewisse zu 380 Mark veranschlagte bauliche Abänderungen vorzunehmen sind, wird vom Magistrat zur Genehmigung gestellt

und auf Empfehlung der Commission dann auch seitens der Versammlung angenommen.

Ohne Discussion wird alsdann auf den von Herrn Kunzen erstatteten Bericht der Finanzcommission

IX. in Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 14. November die Anschaffung eines feuerfesten Schrankes für die Standesamtsregister genehmigt und zu diesem Behuf die Summe von 1260 Mark bewilligt;

sowie ferner

X. der mit einem Magistratschreiben vom 24. October eingegangene Etat des Kreiscommunalfonds auf das Jahr 1877 gut geheissen.

XI. Der vom Magistrat unterm 20. October vorgelegte Etat der städtischen Realschule auf die Zeit vom 1. October bis 31. December d. J., bei 1500 Mark Einnahme mit einer Ausgabe von 4008 Mark 75 Pf. abschließend, wird von der Finanzcommission, für welche Herr Kunzen berichtete, zur Genehmigung empfohlen.

Daß unter den Einnahmen noch kein Zuschuß aus den Kirchenkassen und von Legaten in Ansatz gebracht ist, erklärt sich, wie erläuternd Herr Schwarzenberg hinzufügt, aus dem bei Herzoglicher Landesregierung vom Magistrat in Vorschlag gebrachten Abkommen, nach welchem auf die für dies erste Quartal entfallenden Beträge unter der Bedingung verzichtet werden soll, daß der Stadt vom 1. Januar nächsten Jahres ab statt der ihr bis zu vollständiger Ausgestaltung der Realschule zustehenden Theilquoten sofort die vollen Bezüge bewilligt werden,

worein nach einer auf mündlichem Vernehmen beruhenden Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari Herzogliches Staatsministerium inzwischen bereits gewilligt hat.

Herr Winter möchte bei dieser Gelegenheit die Frage in Anregung bringen, ob in der Aula der Realschule eine kleine Orgel nicht besser am Platze sein würde als ein Harmonium, da erstere, wie er annimmt, schwerlich viel theurer zu stehen kommen und dem Zwecke jedenfalls besser entsprechen dürfte als letzteres.

Herr Steinacker hält dem entgegen, daß der Preisunterschied beider Instrumente in der That doch ein sehr bedeutender ist, ein Harmonium aber nach den in der Realschule erster Ordnung vorliegenden Erfahrungen bei Schulfeierlichkeiten völlig ausreicht.

Herr K r a m p e zweifelt nicht, daß die Schulgelder das vorläufig noch vorhandene Deficit instänftrige vollkommen ausgleichen werden, hält aber eine Prüfung der Principien, nach denen dasselbe bestimmt wird, und zu diesem Ende die Aufstellung einer Schulstatistik für nothwendig, welche unter anderen auf die Fragen Antwort geben kann, wieviel jeder Schüler der Stadt kostet und wieviel Kinder den Unterricht der städtischen Lehranstalten genießen, deren Eltern zur Unterhaltung derselben nichts beitragen. Redner will indessen für jetzt von einem bestimmten Antrage in dieser Richtung absehen und sich begnügen, den Gegenstand bei der Versammlung angeregt zu haben.

XII. Namens der Verwaltungsdeputation theilt Herr S o l m i t z mit, daß die Rechnungen der Gasanstalt aus dem Betriebsjahre 1874/5 und die des Wasserwerks von 1875 geprüft und mit den Büchern übereinstimmend befunden sind.

Nach Feststellung der Tagesordnung ist der Versammlung

XIII. ein Magistratschreiben vom 17. November zugegangen, dem zufolge die Anwohner des von der Neuenstraße bis zum Kohlmarkt reichenden Theiles der Schützenstraße für die Canalisirung dieser Strecke 500 Mark beizusteuern sich bereit erklärt hatten, und demnach von Herzoglicher Polizeidirection der Antrag gestellt war, den übrigen Theil der insgesamt auf 1450 Mark veranschlagten Kosten aus öffentlichen Mitteln zu verwirklichen. Nachdem jenes ungenügende Angebot inzwischen auf 725 Mark erhöht ist, glaubt nunmehr auch der Magistrat die fragliche Canalisirung empfehlen zu können, und beantragt er demnach bei der Versammlung, sich einverstanden zu erklären, daß selbige unter Leitung des Kreisbaumeisters Gräffen, und zwar zur anderen Hälfte auf Kosten der Stadtkasse, vorgenommen werde, ein Antrag, welchem auf den von Herrn K u n z e n erstatteten Bericht der Finanzcommission die Versammlung ohne weiteres zustimmt.

Die Berathung des Statuts, die zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches zu treffenden Controlemassregeln anlangend, muß einiger nachträglich vom Magistrate eingebrachten Aenderungsvorschläge halber von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Vertraulich werden

eine Anzahl von Steuerreclamationen und Erlaßgesuchen erledigt,
über die bei der nächstjährigen Einschätzung der Gewerbegehilfen zu beobachtenden Normen Entscheidung getroffen,
auf Antrag Herrn K r a m p e s beschlossen, beim Magistrate eine Rectificirung des Verzeichnisses der Stimmberechtigten bei den Stadtverordnetenwahlen in Anregung zu bringen,
und damit die Sitzung geschlossen.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 302. Stücke de 1876
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 14.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. November 1876.

Öffentlich:

Beschlußfassung über Veränderung und Vermehrung der Straßenlaternen.

Desgl. über das Statut, die zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches zu treffenden Controlemassregeln betr.

Desgl. über die Abänderung und Ergänzung der statutarischen Vorschriften, das Halten von Hunden betreffend.

Desgl. über die Verbreiterung der St. Leonhardsstraße.

Entschuldigt die Herren Jasper, Vini und Schöttler. Am Magistrats-
tische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Gebhard
Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Der Tagesordnung gemäß

I. trägt namens der Finanzcommission Herr v. Seedenborff vor:

Veranlaßt durch die häufigen Klagen über mangelhafte Beleuchtung der Straßen innerhalb und außerhalb der Thore, hat die Verwaltungsdeputation der Gas- und Wasserwerke den Director Reuter und den Ingenieur Mitgau zu einer sorgfältigen Prüfung der obwaltenden Verhältnisse und eventuell zu geeigneten Verbesserungs-
vorschlägen aufgefordert. Diese Prüfung ist an mehreren besonders dunkeln Abenden angestellt worden, und auf Grund ihrer Ergebnisse hat die Verwaltungsdeputation eine Reihe von Anträgen gestellt, in Folge deren für die Aufstellung neuer und die Veränderung schon bestehender Laternen insgesammt 13,575 Mk. für die Unterhaltung neuer Laternen — 39 vor den Thoren, 7 auf den Promenaden und Brücken und 18 innerhalb der Stadt — eine jährliche Mehrausgabe von 3084 Mk. erforderlich.

lich wären. Erstere Summe können Magistrat und Verwaltungsdeputation nach einem frühern Beschlusse der Versammlung ohne weiteres aus den Ueberschüssen der Gasanstalt anweisen; die Verwilligung der dauernden Mehrausgabe giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 20. d. M. anheim, indem er zur Erläuterung Folgendes hinzufügt. Für einzelne Straßen, die, wie z. B. Friedrichs-, Jäger-, Marienstraße u. a., mit Wohnhäusern in größerer oder geringerer Anzahl besetzt sind, ist gleichwohl noch keine Beleuchtung beantragt, weil sie bisher noch nicht in das Eigenthum der Stadt übergegangen sind, sondern Privatpersonen oder Interessenschaften gehören, solche Straßen aber nach der übereinstimmenden Ansicht des Magistrats und der Verwaltungsdeputation vor allem erst an die Stadt abgetreten und den sonstigen im öffentlichen Interesse erforderlichen Bedingungen unterworfen werden müssen, wenn man nicht Gefahr laufen will, demnächst allen Forderungen der Anlieger schutzlos ausgesetzt zu sein. Nur gerecht erscheint sodann auch der Beschluß, daß vor den Thoren keine Laterne länger als bis 11 Uhr Abends brennen soll, da nach dem Berichte der beiden Directoren der Verkehr zu späterer Stunde in diesen Stadttheilen ein so unbedeutender ist, daß jede Nachtlaterne hier eine offenbare Verschwendung sein würde, und demnach billiger Weise eher von dem Einzelnen verlangt werden kann, sich bei nothwendigen Nachtgängen mit einer Laterne zu versehen, als von der Stadt, auf solche seltene Fälle hin auf öffentliche Kosten mit einem jährlichen Mehraufwande von 38 Mk für jede Laterne vor allen Thoren an allen Abenden Nachtlaternen brennen zu lassen. Der Antrag des Magistrats, nach welchem vom 1. Januar 1877 an innerhalb der Stadt 250 Nachtlaternen à 80 und 392 Abendlaternen à 42 Mk, vor den Thoren 210 Abendlaternen mit einem Gesamtaufwande von 45,284 Mark zu unterhalten sind,

wird von der Versammlung genehmigt,

nachdem Herr Nieß diese Mehrbeleuchtung nur als eine Abschlagszahlung acceptiren zu können erklärt und auf die weitergehenden Forderungen zu Gunsten der Außenwohner zurückzukommen sich vorbehalten hat, indem er das Bedürfniß für erwiesen, die dagegen geltend gemachten Merkmale für trügllich hält.

II. Da nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtesteuer vom 1. Januar nächsten Jahres ab auch die seither mit Hilfe Herzoglichen Hauptsteueramtes ausgeübte Aufsicht über die Untersuchung der geschlachteten Schweine auf Trichinen wegfällt, hat der Magistrat auf einen geeigneten Ersatz für das bisherige Controlevverfahren Bedacht nehmen müssen. Selbiges unverändert auf die Stadt zu übernehmen, verbieten die damit verbundenen erheblichen Kosten — circa 60,000 Mark jährlich. Eine Einschränkung des Controlepersonals, welche nennenswerthe Ersparnisse ermöglichte, müßte die Wirksamkeit der Maßregel berückeln in Frage stellen, daß ihr Nutzen zu den auch dann noch erforderlichen Aufwendungen in keinem Verhältniß stehen würde.

Unter diesen Umständen hat der Magistrat im Einverständniß mit Herzoglicher Polizeidirection und unter dem Beirath erfahrener Controlebeamten und anderer Sachverständigen den Entwurf eines Statuts, die Controlemassregeln zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches betreffend, ausgearbeitet, das sich dem bezüglichlichen Landesgesetze vom 15. März 1866 und der unterm 18. März desselben Jahres erlassenen Ausführungsverordnung genau anschließt und im wesentlichen folgende neue Bestimmungen enthält.

1. Wer das Schlachten von Schweinen gewerbemäßig betreibt, hat von Herzoglicher Steuerdirection ein zur Vermeidung von Fälschungen mit amtlicher Schnur zu heftendes und von Herzoglicher Polizeidirection zu besiegelndes Fleischbuch einzufordern, welches außer den durch § 5 der Ausführungsverordnung vorgeschriebenen Rubriken noch zwei weitere über Zugang und Abgang der Schweine aufweist.

2. Die bezeichneten Gewerbetreibenden sind verpflichtet, diese Rubriken binnen einer Stunde nach jedem Zu- und Abgange gewissenhaft auszufüllen.

3. Das Fleischbuch ist im Hause des Inhabers an einer von Herzoglicher Polizeidirection zu bestimmenden, leicht zugänglichen Stelle niederzulegen und bei der Untersuchung dem Fleischbeschauer zur Ausfüllung der betreffenden Rubriken vorzulegen.

4. Wer ein Schwein zu schlachten beabsichtigt, hat davon nicht allein dem von Herzoglicher Polizeidirection ernannten Sachverständigen, sondern auch letzterer selbst spätestens am Tage vorher mit Zeit- und Ortsangabe Meldung zu machen. Es geschieht dies mittels gedruckter Anmeldezettel, welche ordnungsmäßig auszufüllen und an einer von Herzoglicher Polizeidirection bekannt zu machender Stelle abzugeben sind.

5. Auch die unbrauchbaren und bisher in der Regel sofort beseitigten Fleischtheile sind bis nach erfolgter Untersuchung aufzubewahren, damit, falls das Thier mit Trichinen behaftet war, die Krankheit nicht durch Käsen oder Ratten weiter verbreitet werde.

6. Den von der Polizeidirection im Einverständniß mit dem Magistrate zu stellenden Controlebeamten ist der Zutritt zu den Verkaufsläden und zu den Stall- und Schlachträumen sowie die Besichtigung der geschlachteten und lebendigen Schweine jederzeit zu gestatten; auch sind ihnen die Fleischbücher und die Untersuchungsbescheinigungen auf Verlangen jederzeit zur Einsicht vorzulegen oder auszuhandigen.

7. Wer den Vorschriften des Statuts zuwiderhandelt, erleidet, falls nach Reichs- oder Landesgesetzen keine härtere Strafe verwirkt ist, eine Polizeistrafe von 3–30 M^t oder entsprechende Haft, und hat die öffentliche Bekanntmachung der erkannten Strafe zu gewärtigen.

So lange hier ein öffentliches Schlachthaus, dessen Einrichtungen allerdings eine noch wirksamere Beauffichtigung des Schlachtereibetriebes ermöglichen werden,

noch nicht ins Leben getreten ist, scheinen vorstehende Bestimmungen wenigstens die unentbehrlichsten Sicherheiten bieten zu können. Sie werden daher vom Magistrat und unter Vorbehalt einiger Abänderungen auch seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen.

Zwei Lücken sind der Commission bei Besprechung von § 1 aufgestoßen. Indem einmal nämlich eine Controle, wie sie für das in unserm Lande producirte Schweinefleisch durch die Landesgesetzgebung, für das aus Amerika eingeführte durch ein Reichsgesetz vorgeschrieben ist, in einigen deutschen Nachbarstaaten noch nicht besteht, bleiben die Consumenten des hier in den Handel kommenden auswärtigen Schweineguts der Gefahr einer Trichineninfection immerhin noch in gewissem Grade preisgegeben. Gegen diese Gefahr indeß läßt sich nach Beschaffenheit der augenblicklichen Sachlage eine geeignete Vorkehrung nicht aussfindig machen, weswegen die Commission es für das Mal bei dem Wunsche bewenden läßt, daß das Schlachthausproject, dessen Verwirklichung mehr oder minder auch die hier entgegenstehenden Schwierigkeiten heben wird, in thunlichster Eile möge gefördert werden. Notorisch ist sodann aber auch, daß neben den gewerbsmäßigen Schlachtern noch viele andere Einwohner hiesiger Stadt der Mästung von Schweinen obliegen. Da diese nach der gegenwärtigen Fassung des Statuts den vorgeschlagenen Controlemassregeln nicht unterworfen wären, beantragt die Commission, § 1 folgendermaßen zu fassen:

»Wer in der Stadt Braunschweig

- 1) das Schweineschlachten gewerbsmäßig betreibt oder
- 2) zur Zucht, Mästung oder zu anderen Zwecken — den gewerbsmäßigen Handel mit Schweinen ausgenommen, Schweine hält,

hat« u. s. w.

Dieser Aenderung entsprechend muß dann auch der dritte Absatz von § 1 folgendermaßen lauten:

»Das von Gewerbetreibenden (conf. Abs. 1 *M.* 1) zu haltende Fleischbuch ist an einer von Herzoglicher Polizeidirection zu bestimmenden, dem Controlebeamten leicht zugänglichen Stelle in dem Hause des Gewerbetreibenden aufzu bewahren« (so statt »niederzulegen«).

»Nichtgewerbetreibende (conf. Abs. 1 *M.* 2) haben ihr Fleischbuch binnen drei Tagen nach stattgehabtem Zu- oder Abgange von Schweinen an der von Herzoglicher Polizeidirection zu bestimmenden Controlestelle zur Kenntnissnahme vorzulegen«

»Bei Untersuchung« w. wie im Entwurfe;
wie denn ferner auch im zweiten Absätze von § 4 die Worte:

»und Bescheinigungen — Sachverständige«
zu streichen sind.

Außerdem, um die Anwendung der beabsichtigten Controle sofort nach Aufhebung

der Schlachtesteuer im vollen Umfange zu ermöglichen, beantragt die Commission, daß als § 5 folgende transitorische Bestimmung eingeschaltet werde:

»Die zum Halten von Fleischbüchern verpflichteten Personen haben die Zahl der am 1. Januar 1877 in ihrem Besiz befindlichen lebendigen Schweine an diesem Tage unter der Rubrik »Zugang« in das Fleischbuch einzutragen.«

Endlich findet Commission in Anbetracht des Unheils, welche die in Frage kommenden Uebertretungen für das Publicum nach sich ziehen können, die in § 5 des Entwurfes (nunmehr § 6) angedrohten Strafen nicht scharf genug bemessen. Sie würde vorschlagen, den höchsten Satz bis auf 150 Mk zu steigern, wenn dem nicht § 2 der rev. St.-O. entgegenstände; giebt so aber wenigstens anheim, die Minimalstrafe zu 10 statt zu 3 Mk anzusetzen, die öffentliche Bekanntmachung obligatorisch zu machen, in diese Strafen auch den unentschuldigten Verlust des Fleischbuches einzuschließen und demnach § 6 folgendermaßen zu fassen:

»Wer den Vorschriften dieses Statuts zuwiderhandelt, erleidet, falls nach Reichs- oder Landesgesetzen keine schwerere Strafe verwirkt ist, eine Polizeistrafe von 10 - 30 Mark oder entsprechende Haft, und ist das betreffende Erkenntniß auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Der unentschuldigte Verlust des Fleischbuches hat eine gleiche Strafe zur Folge.«

Aus der Versammlung wird sodann

1. von Herrn Nieß zu § 3 ein Zusatz des Inhalts beantragt, daß auch das von außen in hiesige Stadt eingeführte Schweinefleisch einer geeigneten Beauffichtigung unterworfen werde;
2. von Herrn Ding der selbständige Antrag eingebracht:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung zu beantragen, daß Schutzmaßregeln gegen die Einführung kranken Schlachtviehes überhaupt auf gesetzlichem Wege für das ganze Herzogthum angeordnet werden;

3. von Herrn Krampe vorgeschlagen, die Bestimmung im dritten Absatze von § 2 dahin zu erweitern, daß die Anmeldezettel doppelt auszufertigen und an der bezeichneten Stelle abzuliefern, die Duplicate aber mit einer Bescheinigung über die geschehene Anzeige den Anmeldenden zurückzugeben sind.

Das Statut wird zunächst im allgemeinen zur Discussion gestellt.

Herr Steinau findet den Forderungen der öffentlichen Gesundheitspflege mit dem vorliegenden Statute noch keinesweges völlig Genüge geleistet, da ganz unberührt davon der kaum minder gefährliche Unfug bleibt, daß fort und fort, und nicht etwa in vereinzeltten Fällen, sondern tagtäglich, krankes Schlachtvieh aller Art ein-

geführt wird. Redner glaubt, daß dem nur durch ein Reichsgesetz abzuhelpen ist, welches die Versicherung alles Schlachtviehes obligatorisch anordnet. Andererseits aber und ebenso fest ist er überzeugt, daß solche Maßnahme nicht nur für Producenten und Consumenten gleich vortheilhaft, sondern reichlich lohnend auch für die Unternehmer des Versicherungsgeschäftes sein würde. Zur Aufstellung eines beweiskräftigen Rechenexempels fehlt ihm augenblicklich allerdings das nöthige statistische Material; er will sich für jetzt daher begnügen, die Frage hier angeregt zu haben, möchte demnächst aber Herzogliche Landesregierung durch den Magistrat um Einbringung eines dahin zielenden Antrags bei der Reichsregierung ersucht sehen.

Herr Reck muß allerdings bestätigen, daß krankes Vieh so gut wie niemals dem Abdecker übergeben sondern fast regelmäßig zum Consum geschlachtet wird. Zum Glück aber sind, wie er hinzufügen kann, die von daher drohenden Gefahren nicht ganz so groß wie vielfach angenommen wird, da die hier in Betracht kommenden Krankheitsstoffe durch Siedhitz zerstört und unschädlich gemacht werden, Jeder also, der sich des Genusses von rohem Fleisch enthält, ziemlich ungefährdet bleibt, während solche Vorsicht der Trichinengefahr gegenüber bekanntlich nicht immer ausreicht.

Bei der hierauf eintretenden Specialdiscussion über § 1

wirft Herr Reuter die Frage auf, wesswegen der vorgeschriebenen An- und Abmeldepflicht nicht auch der gewerbsmäßige Handel mit lebenden Schweinen unterworfen werden soll?

Herr Stadtrath Rittmeyer giebt zu bedenken, daß eine derartige Ausdehnung der Controle nicht nur sehr lästig für den Handelsbetrieb, sondern bei dessen bedeutendem Umfange auch unverhältnißmäßig kostspielig und außerdem ziemlich überflüssig sein würde, da ein großer Theil der hier lebend verhandelten Thiere nach außen geht, diejenigen aber, welche in hiesiger Stadt selbst geschlachtet werden, alsdann ohnehin schon zur Untersuchung kommen;

wonach denn auch Herr Munte das Gemeininteresse für hinlänglich gewahrt hält und keinen rechten Zweck oder Nutzen der von Herrn Reuter gewünschten doppelten Controle abzusehen vermag.

Herr Reuter hingegen, dem hierin Herr Steinau beipflichtet, macht geltend, daß einzelne der hiesigen Händler dem heimischen Bedarf alljährlich 5000 Schweine und mehr zuführen, daß die Beaufsichtigung ihrer Geschäftslocalitäten mit größeren Schwierigkeiten wie die der Schlachter nicht verknüpft sein würde, daß die Ab- und Zugangsmeldungen die Händler kaum so erheblich wie Herr Stadtrath Rittmeyer annimmt und keinesfalls mehr beschweren könnten als jeden andern Kaufmann, der solcher Vorschrift unterliegt, einen großen Vortheil aber in der Möglichkeit gewähren würden, die Richtigkeit der Angaben in den Fleischbüchern der Schlachter zu controliren. Demnach giebt Herr Reuter anheim, an der bezüglichen Stelle in § 1 zu setzen: »einschließlich des gewerbsmäßigen Handels mit Schweinen.«

Dieser Antrag indessen wird abgelehnt, indem die Versammlung § 1 mit den von der Commission empfohlenen Aenderungen und Zusätzen genehmigt.

Zu § 2 übergehend, richtet die Discussion sich zunächst auf den Zusatzantrag Herrn Krampe's.

Herr Krampe betrachtet denselben als unentbehrliches Correlat der Strafsverschärfung in § 6, die er mit der Commission allerdings als unbedingt nothwendig erkennt, um dem Einreißen einer laien Observanz bei den Zu- und Abgangsmeldungen vorzubeugen. Sehr leicht nämlich kann doch der Fall eintreten, daß eine Versäumnis hierin durch Dienstboten und andere Mittelspersonen verschuldet wird; gegen diese Möglichkeit aber wird man billigerweise die, welche dafür aufzukommen haben, umsomehr sicherstellen müssen, je empfindlicher die gesetzlichen Folgen sind. Daß zu dem Ende von ihm vorgeschlagene Verfahren, über dessen Einzelheiten Redner nähere Angaben macht, scheint sich ihm ebensosehr durch seine Einfachheit wie durch seine Zuverlässigkeit zu empfehlen.

Herr Stadtrath Rittmeyer erhebt das Bedenken, daß dieses Verfahren die Etablirung eines ständigen Anmeldebüreaus voraussetzen, jedenfalls also unverhältnißmäßig große Kosten verursachen, und überdies auch dem interessirten Publicum, zumal dem vor den Thoren wohnenden, sehr lästig fallen würde, da natürlich mehr als ein Bureau unter keinen Umständen eingerichtet werden könnte.

Herr Schwarzenberg stimmt dem bei und bestreitet zugleich die behauptete Nothwendigkeit der fraglichen Einrichtung, indem er darauf hinweist, daß Fälle wie die welche Herr Krampe im Auge hat, soweit es die Billigkeit erfordert, schon im zweiten Absatz von § 2 vorgesehen sind.

Herr Reuter mißt den Anmeldungen überhaupt keinen großen Werth bei, da seiner Ueberzeugung nach die beste Sicherheit in der Wachsamkeit der Controlebeamten liegt. Werden die Anmeldungen aber einmal für unerläßlich gehalten, so ist wenigstens doch auch die Möglichkeit auszuschließen, daß für den durch irgendwelchen unverschuldeten Zufall herbeigeführten Verlust einer Anzeige so harte Strafen verhängt werden müssen, wie § 6 androht. Unüberwindliche Schwierigkeiten werden der Anwendung des von Herrn Krampe vorgeschlagenen Mittels nicht entgegenstehen, da es nur darauf ankommen kann, die an den bekanntgegebenen Orten niedergelegten Meldungsduplicate mit dem Visum der Polizei zu versehen und den Absendern rechtzeitig wieder zuzustellen.

Herr Stadtrath Rittmeyer hält dem entgegen, daß die Anmeldungen in der That nothwendig sind, damit die Polizei jederzeit wisse, wo ein Schwein geschlachtet werden soll. Für diesen Zweck reicht es aus, die Meldefaßten täglich ein oder zwei Mal zu leeren; sollten aber die Meldungen rechtzeitig auch noch bescheinigt werden, so müßte die Polizei, da jene in vielen Fällen erst im letzten Augenblicke erfolgen, ein jederzeit direct zugängliches Beamtenpersonal in Bereitschaft halten, was, wie

gesagt, ganz abgesehen von der damit verbundenen Erschwerung des Geschäftsganges für das Publicum, schon die Rücksicht auf den Kostenpunct verbieten dürfte.

Nachdem indessen für den Krampeschen Antrag auch Herr Munte sich ausgesprochen hat,

wird § 2 mit dem entsprechenden Zusätze von der Versammlung genehmigt.

Seinen Antrag auf den Erlaß geeigneter Controlevorschriften für eingeführtes Schweinefleisch begründend, führt Herr Nieß aus, wie einerseits die vom Auslande gelieferten Fleischwaaren bisher sich jeder Controle entziehen, die im Herzogthume selbst geübte Fleischschau aber wenigstens den Verkauf des Fleisches von gefallenem Thieren erfahrungsmäßig keinesweges verhindern kann, während andererseits den hiesigen Producenten durch die ihnen auferlegten Beschränkungen eine Concurrenz mit jener Einfuhr erschwert, letztere also bei ihrer Gefährlichkeit gradezu noch eine Prämie davon trägt.

Herr Reck muß dieses Verhältniß als Uebelstand anerkennen, sieht zur Zeit aber keine Möglichkeit der Abhilfe. Wollte man fremden Händlern etwa die Beibringung von Zeugnissen ihrer Ortsbehörden auferlegen, so würde damit wenig geholfen sein, weil immerhin dann doch die Identität der eingeführten Stücke mit denen, über welche die Bescheinungen lauten, noch keinesweges gewährleistet wäre.

Herr Stadtrath Rittmeyer bestätigt dies, indem er als einzig ausreichendes Controlemittel die Untersuchung des eingeführten Fleisches in der Stadt selbst bezeichnet, wie solche z. B. in Düsseldorf stattfindet und auch hier nach Eröffnung des Schlachthauses ausgeübt werden soll. Bis dahin allerdings werden die Behörden es den einzelnen Käufern überlassen müssen, sich in dieser Hinsicht privatim vor Schaden zu hüten.

Herr Nieß, durch die somit eröffnete Aussicht vor der Hand zufriedengestellt, zieht seinen Antrag bis auf weiteres zurück,

worauf § 3 des Entwurfes angenommen wird.

Desgleichen in der commissionsförmig vorgeschlagenen Form § 4,

nachdem auf ein von Herrn Reuter im Hinblick auf den Kostenpunct angeregtes Bedenken

Herr Stadtrath Rittmeyer die Erklärung abgegeben hat, daß Herzogliche Polizeidirection in erster Linie die Polizeisergeanten mit Ausübung der Controle zu beauftragen, andere Personen dabei nur ausbilsweise bei etwa eintretender Ueberlastung zu verwenden beabsichtigt, wozu ihr die Allgemeinheit des Ausdrucks »Controlebeamte« freie Hand lassen wird.

Der auf Antrag der Commission eingeschaltete § 5 wird anstandslos genehmigt.

Gegen die von der Commission vorgeschlagene Fassung von § 6

erinnert Herr Schwarzenberg, daß es nothwendig und wünschenswerth, nicht sowohl die gegen die Uebertreter des Statuts ergangenen »Erkenntnisse« als viel-

mehr nur »die erkannten Strafen« zu veröffentlichen, und zwar nicht bei jeder, auch geringern Uebertretung, sondern nur bei den erheblicheren.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache empfiehlt Herr Lucius, dergleichen Einschränkungen nicht so elastisch zu fassen, sondern nur ganz bestimmt bezeichnete Fälle, etwa versäumte Anmeldungen, von jener Regel auszunehmen.

Herr Stadtrath Rittmeyer erklärt, daß die Veröffentlichung der Erkenntnisse selbst, die immer sehr kurz sein werden, absichtlich angeordnet ist. Ausnahmen von dieser Bestimmung findet er um so weniger angezeigt, als die gestraften Uebertretungen jedesmal namhaft werden gemacht werden, die Wirkung der Bekanntmachungen also immer der Schwere der Verschuldung entsprechen wird.

Demnach wird auch § 6 so wie die Commission ihn vorgeschlagen, und damit das ganze Statut von der Versammlung genehmigt.

III. Von einer großen Anzahl hiesiger Einwohner war unterm 14. April d. J. an die Versammlung das Gesuch ergangen,

beim Magistrate die Wiederaufhebung des Statuts vom 21. Juni 1869, die Ergänzung der das Halten von Hunden ordnenden Vorschriften betreffend, befürworten zu wollen.

In der Sitzung vom 17. Mai hatte die Versammlung den Magistrat zunächst zu ersuchen beschlossen,

derselbe wolle mit Herzoglicher Polizeidirection Ermittelungen über die Wirksamkeit des fraglichen Statuts anstellen, die für dessen Aufhebung aus der vorliegenden Petition und sonst etwa sich ergebenden Gründe prüfen und die Resultate dieser Prüfung, eventuell ein dem Wunsche der Antragsteller entsprechendes Statut der Versammlung vorzulegen.

Dieser Anrege entsprechend, hat der Magistrat dann Herzogliche Polizeidirection zu einer Meinungsäußerung veranlaßt, welche in einem Schreiben vom 30. Juni dahin erfolgt ist, daß jenes Statut, wennschon mit gewissen Abänderungen im Einzelnen, wesentlich doch unbedingt beizubehalten.

Am wenigsten Anlaß zu dessen Aufhebung erklärt Herzogliche Polizeidirection aus der behaupteten Wahrnehmung herleiten zu können — die sie ihrerseits allerdings im Vertrauen auf den gesetlichen Sinn der hiesigen Einwohner als der Wirklichkeit völlig entsprechend nicht anzuerkennen vermag — daß nämlich die bestehenden Vorschriften durch consequente Uebertretung so gut wie illusorisch seien. Wäre dies wirklich der Fall, so würde ihrer Ueberzeugung nach vielmehr darauf zu denken sein, solchem Mißbrauch durch Verschärfung der Strafen ein Ende zu machen. Was ferner in jener Eingabe gegen die Zweckdienlichkeit des Maukforbzwanges als Schuttmittels gegen die Tollwuth vorgebracht war, bezeichnet Herzogliche Polizeidirection als unzutreffend, da diese Maßregel allerdings nicht die Entwicklung der Tollwuth verhin-

bern könne, selbige ebensowenig aber auch hervorrufe oder befördere, und jedenfalls, was der eigentliche Zweck, die Uebertragung dieser furchtbaren Krankheit auf Menschen und Thiere durch den Biß erkrankter Hunde ausschließe oder doch wesentlich erschwere. Zur Bestätigung dieser Ansicht beruft Herzogliche Polizeidirection sich auf die Gutachten des Stadtphysicus und des Herzoglichen Sanitätscollegiums sowie auf die Berichte der Polizeibehörden neun größerer Städte Deutschlands, unter denen ihr von besondrer Beweiskraft eine aus Hannover eingegangene Mittheilung zu sein scheint, laut welcher in Berlin zu Anfang der fünfziger Jahre die Wuthkrankheit seuchenartig wüthete, von April 1852 bis April 1853 nicht weniger als 82, in dem folgenden Vierteljahre 43 Fälle derselben constatirt wurden, nachdem aber am 20. Juli 1853 Maulkörbe vorgeschrieben waren, im fernern Laufe dieses Jahres nur noch 6, in den beiden folgenden Jahren je 1, hierauf acht Jahre lang gar kein Fall von Tollwuth und erst dann wieder einige wenige derselben vorkamen. Als irrthümlich weist Herzogliche Polizeidirection auch die Behauptung zurück, als wünsche die gesammte Bevölkerung hiesiger Stadt die Beseitigung des Maulkorbzwanges, da von anderen Seiten vielmehr zahlreiche Stimmen sich im entgegengesetzten Sinne haben vernehmen lassen: angesichts der Thatsache, daß etwa seit Jahresfrist mehr als 20 Fälle zur Anzeige gekommen sind, in denen Menschen von maulkorblosen Hunden gebissen worden, ist Herzogliche Polizeidirection überzeugt, daß nach Abschaffung des Maulkorbzwanges Klagen, wie sie vor dessen Erlaß an der Tagesordnung waren und ausschlaggebend dazu mitgewirkt haben, sofort und in verstärktem Maße von neuem auftreten würden.

Andrerseits ist Herzogliche Polizeidirection eine gewisse Berechtigung der Klagen anzuerkennen geneigt, welche in hiesiger Stadt über die Art und Weise der Handhabung des fraglichen Statuts geführt werden. Eine Abhilfe der beobachteten Uebelstände aber scheint ihr verhältnismäßig leicht und am zweckmäßigsten dadurch zu ermöglichen, daß das in § 3 des Statuts geschaffene Monopol der Halbmeistersknechte auf den Fang der ohne Maulkorb umherlaufenden Hunde aufgehoben und neben jenen auch andere von Polizei wegen zu bestellende Personen damit betraut werden, zu welchem Ende Herzogliche Polizeidirection anheimgibt, den zweiten Absatz in § 3 folgendermaßen zu fassen:

»Außerdem werden die betreffenden Hunde von den Knechten des Halbmeisters oder den sonstigen von Herzoglicher Polizeidirection dazu ermächtigten Personen eingefangen und, wenn sie nicht binnen acht Tagen gegen Erlegung eines Fanggeldes von 1 Mk 50 Pf. und der mit 25 Pf. für den Tag zu berechnenden Futterkosten vom Besitzer ausgelöst werden, getödtet.«

Außerdem macht Herzogliche Polizeidirection den Magistrat aufmerksam, daß die Bestimmungen in § 4 dieses Statuts und die darin angezogenen Vorschriften desjenigen vom 14. December 1853 mit dem gegenwärtigen Stande des Strafrechts

nicht mehr im Einklange stehen, und demnach deren entsprechende Umgestaltung ins Auge zu fassen sowie auch darauf Bedacht zu nehmen wäre, daß für einen weder mit der Steuermarke noch mit dem Maulkorbe versehenen Hunde hinfort nicht mehr wie bisher doppeltes Ganggeld erhoben werde.

In einem Schreiben vom 28. October schließt sich diesen Ausführungen auch der Magistrat an, indem er gleichzeitig darauf hinweist, daß bei so entschiedenem Widerspruche der Polizeidirection ein Antrag auf Wiederaufhebung des Statuts vom 21. Juni 1869 bei Herzoglichem Staatsministerium voraussichtlich ohne jeden Erfolg bleiben würde. Muß demnach der Magistrat einerseits die Ablehnung des vorliegenden Gesuchs anheimgeben, so hat er andererseits die von Herzoglicher Polizeidirection in Vorschlag gebrachten Aenderungen ebenfalls als wünschenswerth und nothwendig anerkannt und unter Berücksichtigung derselben ein neues Statut ausgearbeitet, welches er der Versammlung zur Genehmigung empfiehlt.

Die Statutencommission hat diese Anträge gründlich geprüft, in ihrer Majorität aber, wie Herr Heymann als Referent mittheilt, selbstig sich nicht anschließen können.

Die versuchte Widerlegung der in dem vorliegenden Gesuche vertretenen Ansichten kann keinesweges für durchaus gelungen gelten. Daß die Gutachten auswärtiger Polizeibehörden nicht durchweg übereinstimmen, wenigstens eins derselben geradezu in entgegengesetztem Sinne ausgefallen ist, muß Herzogliche Polizeidirection selbst einräumen, und wenn allerdings die überwiegende Mehrzahl mehr oder weniger nach Wunsch lautet, so ist dem deswegen keine zwingende Beweiskraft zuzuerkennen, weil einmal ohne Zweifel die Auswahl der Stimmen zufällig und willkürlich, sodann aber auch Polizeibehörden überhaupt in dieser Frage nicht als maßgebende Autoritäten anzusehen sind. Sehr beachtenswerth ist ferner, daß keine einzige sich auf greifbare Thatfachen stützt. Denn was der Art vorzuliegen scheint und von Herzoglicher Polizeidirection mit besonderm Nachdruck hervorgehoben wird, jene vorgeblichen Berliner Erfahrungen, beruht auf einem in Hannover eingegangenen Berichte aus Minden; das Schreiben des Königlichen Polizeipräsidenten in Berlin sagt davon kein Wort, bekennt vielmehr ausdrücklich, daß statistische Belege gänzlich fehlen. Mit Recht also wird man jene Mittheilungen einstweilen auf ein bis jetzt unaufgeklärtes Mißverständniß zurückführen und keinesfalls ihnen eine ausschlaggebende Bedeutung beilegen dürfen. Ebensowenig ist auf die angeführten zwanzig Bisse in hiesiger Stadt Gewicht zu legen, da deren nähere Umstände in keiner Weise festgestellt sind, und sonach nicht abzusehen ist, wiefern sie als Beweis für die Zweckmäßigkeit des Maulkorbzwanges angeführt werden können. Thatsache ist, daß kein Hund beißt, wenn er nicht gereizt wird, und daß tollwüthige Hunde zu entlaufen pflegen, grade solche also dem Maulkorbzwange in den allermeisten Fällen nicht unterliegen. Hinzukommt, daß ein Maulkorb, der das Beißen zuverlässig verhindert,

ohne zugleich dem damit angethanen Thiere abscheuliche Qualen zu bereiten, anerkannter Maßen nicht zu construiren ist. Gegen den Maulkorbzwang haben sich denn auch sehr bedeutende Autoritäten auf das entschiedenste ausgesprochen; eine derselben, Professor Fizinger, hat sich unter anderm dahin erklärt, daß unter zehn vermeintlichen Tollwuthfällen sich kaum einer wirklich constatiren läßt, daß demnach die Furcht vor dieser Krankheit zum großen Theile unbegründet ist; die obrigkeitlichen Vorkehrungen gegen deren Ausbreitung vielfach nahezu aus Romische streifen. Unter diesen Umständen vermag die Majorität der Commission die Nothwendigkeit des bezüglichen Statuts nicht anzuerkennen. Sie ist überzeugt, daß der Nutzen, welchen man sich von dessen Erlaß 1869 versprach, nicht eingetreten ist, daß es wohl aber große Belästigungen des Publicums, Thierquälerei und rohe Auftritte auf den Straßen verursacht hat, Unzuträglichkeiten, welchen auch mit der vorgeschlagenen Abänderung einzelner Bestimmungen voraussichtlich nicht abzuhelpen wäre. Ihr Antrag geht demnach dahin, daß die Versammlung dem an sie ergangenen Gesuche ihrerseits beitrete, die vorliegende Rückäußerung des Magistrates auf sich beruhen lasse und denselben nunmehr um Aufhebung des bestehenden Statuts ersuche. Abgesehen von diesem Standpuncte grundsätzlicher Ablehnung würde sie gegen das eingebrachte neue Statut an sich allerdings nichts zu erinnern haben, vielmehr zugestehen müssen, daß selbiges gegenüber dem von 1869 immerhin einen Fortschritt bezeichnet.

Auf den Einwand Herrn Steinaus: wenn der Erklärung des Magistrats zufolge ein derartiger Beschluß der Versammlung doch ohne jeden Erfolg bleiben müßte, würde es deren Würde besser entsprechen, sich überhaupt nicht mit dieser Frage zu befassen,

erläutert Herr Heymann jene Erklärung dahin, daß das bestehende Statut nur mittels eines neuen Statuts zu beseitigen wäre, solches aber der Genehmigung Herzoglicher Landesregierung bedürfen und selbige, da das Ministerium ohne Zweifel die Polizeidirection zu Rathe ziehen dürfte, in der That wohl schwerlich erlangen würde.

Die Berathung über das vorliegende Gesuch und die demselben entgegengesetzten Grundsätze in § 1 des vom Magistrat eingebrachten Statuts eröffnend,

spricht sich Herr Solmig für den Maulkorbzwang aus. Er setzt als möglich, daß der Nutzen dieser Maßregel nur ein geringer sei, ist gleichwohl aber bereit, sie mit all ihren Belästigungen und Uebelständen hinzunehmen, solange noch irgend welche Wahrscheinlichkeit besteht, daß dadurch das Unheil, welchem sie vorbeugen soll, auch nur in einem einzigen Falle verhütet werden kann.

Der Herr Vorsitzen de bekennt sich als dasjenige Commissionsmitglied, welches allein dem Majoritätsvotum nicht hat beitreten können. Seiner Ueberzeugung nach steht die Versammlung dermalen vor einer sehr folgenschweren Entscheidung. Die Nothwendigkeit des Maulkorbzwanges ist 1869 allseitig anerkannt, für seinen

Nutzen spricht die Thatsache, daß Fälle wie die, welche damals den letzten Anstoß zu dieser Maßregel gaben, seitdem nicht mehr vorgekommen sind. Würde jetzt auf Betreiben der Versammlung das bezügliche Statut wieder aufgehoben, so würde ohne Zweifel diese für jedes Unglück der Art, welches sich fernerhin zutrage, verantwortlich gemacht werden. Redner verkennet nicht, daß die Petenten von humanen Rücksichten geleitet sind, und würde sich ihnen, trotz aller Bedenken, vielleicht anschließen können, wenn durch die Wissenschaft oder die Erfahrung wirklich irgendwelche erhebliche Unzuträglichkeiten der Einrichtung nachgewiesen wären. In Wahrheit aber ist dies entschieden zu verneinen. Das Obersanitätscollegium, der Stadtphysicus, der naturwissenschaftliche Verein, alle haben den Maulkorbzwang an sich und für die hiesigen Zustände als nützlich und als das relativ beste Schutzmittel gegen die Schäden anerkannt, welchen er entgegenwirken soll; aus den Gutachten fremder Polizeibehörden geht hervor, daß derselbe noch nirgend wieder aufgehoben ist, wo er einmal eingeführt war, und eins dieser Gutachten bringt statistische Resultate bei, welche ihn in überraschender Weise rechtfertigen. Solchen Thatsachen gegenüber können die abweichenden Ansichten Einzelner, und kann namentlich die bei der allgemeinen und an sich gerechtfertigten Vorliebe für ein treues Hausthier sehr begreifliche Agitation gegen den Maulkorbzwang nicht ins Gewicht fallen. Gewisse Unannehmlichkeiten allerdings werden bei dieser wie bei jeder andern Beschränkung persönlicher Neigungen nicht wohl ganz zu vermeiden sein; unerträgliche Bedrückungen aber, Unbequemlichkeiten und Nachtheile die ihre wohlthätigen Folgen überwögen, sind damit keinesweges verbunden. Auch die Hunde selbst leiden darunter in dem Maße nicht, wie wohl behauptet wird, da der Maulkorb sie in keiner ihrer natürlichen Functionen wirklich hindert; indem er die kleineren Hunde gegen die Angriffe größerer schützt, ist er im Gegentheil für viele sogar eine Wohlthat. Man sagt, der Hund ist von Natur harmlos, er beißt nur, wenn man ihn reizt. Aber zugegeben auch, dies wäre ohne alle Einschränkung richtig — da solcher Fall bei der Art unseres Straßenverkehrs nie ganz zu verhüten sein wird, so muß unstreitig doch Vorkehrung getroffen werden, die Menschen auch dagegen zu schützen; denn ein Recht, zu beißen wo seine Natur es mit sich bringt, wird dem Hunde wohl Niemand zusprechen wollen. Das die Erwägungen, die den Herrn Vorsitzenden zu der Ueberzeugung geführt haben, daß zur Zeit kein Grund vorliegt, von der einmal bestehenden Einrichtung wieder abzugehen.

Derselben Meinung ist Herr Steinacker. Durchaus willkürlich erscheint ihm die Annahme der Commission, als beruhe es auf dem Zufall oder auf einer bewußten Tendenz der Auswahl, daß die meisten der durch die Polizei eingeholten Zeugnisse zu Gunsten des Maulkorbs rangen lauten. Haben doch genau das nämliche Resultat die statistischen Erhebungen des preussischen Ackerbauministeriums herausgestellt. Mag dann auch nach dem Ausspruche Professor Fisingers die Tollwuth

verhältnißmäßig nur selten auftreten; für die hier in Betracht kommende Frage trägt dies nichts aus. Wäre diese furchtbare Krankheit häufig, so würde man unfehlbar zu noch weit einschneidenderen Schutzmitteln, ja zu gänzlicher Ausrottung der Hunde greifen müssen; und auf die Gefahr hin, hartherzig gescholten zu werden, steht Redner nicht an zu erklären, daß er unbedenklich zehntausend Hunde jeder beliebig harten Behandlung preisgeben würde, wenn dies erforderlich wäre, um auch nur einen einzigen Menschen vor einem so entsetzlichen Tode zu bewahren. Nichtsdestoweniger stimmt er, wie die Dinge liegen, Denen bei, welche die nothwendigen Maßnahmen dergestalt wollen getroffen wissen, daß die Hunde möglichst wenig darunter zu leiden haben. Ebenso aber ist er seines theils darüber vollkommen beruhigt, daß denselben der jetzt vorgeschriebene Maulkorb wirkliche Qualen in der That nicht bereitet, und daß, wenn er ja noch etwas zu wünschen übrig läßt, eine andere Construction zu finden sein wird, die allen billigen Anforderungen entspricht.

Herr Lucius möchte vor allem dem Vorurtheil begegnen, als rede er pro domo, indem er seine Stimme gegen den Maulkorbzwang erhebt. Daß er persönlich ein großer Thierfreund ist, will er kein Hehl haben; die ganze Art seiner öffentlichen Wirksamkeit aber, hofft er, wird ihn dem Verdachte entheben, daß er irgend ein Gemeininteresse seinen persönlichen Neigungen zu opfern im Stande wäre. Zur Sache selbst bemerkt er Folgendes. Um die Aufhebung des Maulkorbzwanges zu rechtfertigen, müßte nach Ansicht des Magistrates der Beweis von seiner Nutzlosigkeit erbracht werden — ein Beweis, der stricte allerdings nicht leicht wird zu führen sein. Redner hingegen hält für ausreichend, die Voraussetzungen, auf denen diese Maßregel beruht, als trüglisch nachzuweisen, wie dies von den Urhebern des in Frage stehenden Gesetzes, und seiner Meinung nach mit Erfolg, versucht ist. Auf den Ursprung des bezüglichen Statutes zurückgehend, hebt Redner hervor, daß in dem Falle, unter dessen Aufregung dasselbe 1869 erlassen wurde, der Geschädigte nicht auf offener Straße von frei umherlaufenden Hunden, sondern in einem Gehöfte von solchen angefallen war, die zu dessen Bewachung dienten, und daß er sich überdies sehr ungeschickt dabei benommen hatte: Umstände, die anfangs von der öffentlichen Meinung übersehen, hernach aber gerichtlich anerkannt wurden und Ursach waren, daß der verantwortliche Eigenthümer aus dem durch volle zwei Jahre hingezogenen Prozesse mit einer ganz geringen Buße hervorging. Dem von Herzoglicher Polizeidirection herbeigeschafften sehr weitläufigen Material vermag Redner keine entscheidende Bedeutung beizulegen. Einmal hat sich dieselbe mit ihren Fragen an die unrichtige Adresse gewandt; denn nicht Polizeibehörden, sondern Thierärzte und Thierarzneischulen wären competent gewesen zu entscheiden, ob der Maulkorb nothwendig ist und den beabsichtigten Schutz wirksam gewährt. Auch die Fragestellung selbst so: dann war offenbar nicht richtig. Indem sie dahin lautete, ob man Nachtheile des Maulkorbzwanges beobachtet, konnte die Antwort nicht wohl anders als verneinend

ausfallen; zweckdienlicher wäre ohne Zweifel gewesen, nachzuforschen, welche Uebelstände, wieviel constatirte Fälle von Tollwuth zur Einführung des Maulkorbzwanges gedrängt haben. Und endlich: die eingegangenen Berichte stimmen keinesweges überein, einzelne widersprechen den anderen gradezu, Ergebnisse von positiver Sicherheit liefert kein einziges. Allerdings, wenn die Facta richtig wären, welche die Mittheilung aus Hannover als Resultat der in Berlin gemachten Erfahrungen hinstellt, dann würde die Nützlichkeit des Maulkorbzwanges kaum noch in Frage zu stellen sein. Allein welche Bedenken sich grade gegen diese Mittheilung erheben, hat schon der Commissionsbericht angedeutet. In der That auch, wie will man es befriedigend erklären, daß das Berliner Polizeipräsidium selbst von all diesen Dingen gänzlich schweigt? Sollten sich so signifiante Thatsachen nur in der Tradition auswärtiger Polizeibehörden erhalten haben, an Ort und Stelle aber in Vergessenheit gerathen sein? Und mehr noch: müßte nicht auch das Berliner Publicum nach solchen Erfahrungen Gott danken, daß der Maulkorbzwang eingeführt ist? Statt dessen aber erfahren wir aus dem Berliner Schreiben von einer auch dort umgehenden lebhaften Agitation gegen dieses Institut. Gewiß ein Zugeständniß, das in Verbindung mit jenem Schweigen die Beweiskraft der Hannöverschen Mittheilung neutralisirt. Weiter hat Herzogliche Polizeidirection den Nachweis geführt, daß in hiesiger Stadt Menschen öfters von Hunden gebissen werden. Ohne Zweifel, dergleichen kommt vor. Indes, können einzelne Vorkommnisse der Art überhaupt rechtfertigen, daß das ganze Geschlecht der Hunde mit dem Maulkorb belastet wird? und reichen insbesondere dazu die vorgebrachten Fälle aus? Fälle, von dienstfertigen Polizeisergeanten gesammelt, Zeugnisse vom Hörensagen also, auf die der Richter bekanntlich nichts giebt, Fälle überdies, deren nähere Umstände, ob sie auf offener Straße oder wo sonst vorgekommen, ob die Bisse von gereizten oder ungereizten Hunden verübt sind, völlig im Dunkel bleiben? Audiatur et altera pars: diese Regel freilich kann den angeklagten Hunden nicht zu statten kommen; nach den Beobachtungen der 62 Jahre seines Lebens aber steht Herr Lucius nicht an zu behaupten, daß ohne vorhergegangene Reizung oder Mißhandlung kein Hund beißt, die vermeintliche Gefahr also unter gewöhnlichen Verhältnissen zu gering ist, um eine so harte Behandlung der ganzen Thierklasse, wie das Statut sie anordnet, nöthig und gerecht erscheinen zu lassen. Aber, sagt man, ein Hund soll niemals beißen. Das ist ein Standpunct, dem die höchstpolizeiliche Anerkennung freilich nicht fehlen wird; allein haltbar ist er nicht. Hier wie in unzähligen anderen Beziehungen muß man eben auch das Leben walten lassen. Oder wollte man etwa Dachsen und Böcken die Hörner, den Kagen ihre Krallen ausreißen, Nadeln nur noch ohne Spizen zulassen, weil sonst dadurch Irgendwer irgend einmal zu Schaden kommen könnte? Und ebensowenig wie zu dieser überängstlichen Vorsicht vermag Redner sich zu dem hohen Postamente aufzuschwingen, von wo er leichten Herzens das Wohlbefinden Tausender von beseelten

Mitgeschöpfen gering anschlagen könnte gegen die mögliche Gefährdung eines Menschenlebens. Am wenigsten einem so hochbegabten Thiere gegenüber wie der Hund ist, dem treuen Freunde des Menschen, der seinen Herrn auch im Elende nicht verläßt, den man mit Recht als eine der schönsten Acquisitionen bezeichnet hat, die der Mensch in der Schöpfung gemacht. Wenn keine absolut zwingende Nothwendigkeit vorliegt, den Hund dergestalt zu knebeln, wenn die Gefahr, die man abwenden will, nur in verschwindenden Ausnahmen eintritt, wenn sie vollends durch den Maulkorbzwang nicht einmal mit voller Sicherheit zu beseitigen ist, dann — so muß Redner es ansehen — ist es eine Forderung der Humanität, jene qualvollen Bande gänzlich fallen zu lassen. So aber liegt die Sache in der That. Daß die Tollwuth nur äußerst selten vorkommt, wird von den besten Autoritäten bekundet: wie man in wissenschaftlichen Kreisen hiesiger Stadt das Gegentheil behaupten kann, ist schwer begreiflich. Daß kein ausführbares Mittel völlig dagegen schützt, gesteht das Ober-sanitätscollegium zu, daß grade der wuthfranke Hund sich am ehesten dem Maulkorbe entziehen wird, ist ebenfalls anerkannte Thatsache. Aus allen diesen Gründen ist Redner überzeugt, daß eine nicht gar ferne Zukunft den Maulkorbzwang unter die traurigsten Verirrungen polizeilicher Fürsorge rechnen wird, und kann er der Versammlung nur empfehlen, jetzt schon für die Verwerfung dieser Maßregel zu stimmen.

Herr Stadtrath Gebhard sieht keinen Anlaß, dem Vorredner auf das Feld gemüthvoller Erwägungen zu folgen: um was es hier sich handelt, ist lediglich die Frage, ob die in Rede stehende Freiheitsbeschränkung der Hunde mit Nachtheilen verknüpft ist, die ihre Aufhebung fordern. Verlangt man diese, ehe der Beweis der Schädlichkeit jener Maßregel erbracht ist, so läuft man Gefahr das Gesetz zu einem Experimente zu degradiren. Auf einen entgegengesetzten Standpunct stellt sich Herzogliche Polizeidirection, und von diesem aus, dem einzig richtigen, konnte sie keine andere Fragestellung wählen als eben die, welche Herr Lucius beanstandet. Zur Beantwortung der Frage: welche Umstände haben den Maulkorbzwang hervorgerufen? hätten die Acten des Magistrates ohne Zweifel ausreichendes Material geboten; hierauf aber konnte es, wie schon gesagt, gar nicht ankommen. Herr Lucius spricht den Polizeibehörden ferner die Competenz zur Beantwortung dieser Frage ab; und gewiß, über Natur und Wirkung der Wuthkrankheit wären Thierärzte zu befragen gewesen. Ueber die Wirksamkeit des Statutes aber sind unstreitig doch diejenigen Behörden zu urtheilen berufen, an die alle Beschwerden gelangen; vollends verwunderlich nimmt sich jenes Competenzbedenken aus neben der Zumuthung, den Wahrspruch der Versammlung als maßgebend hinzunehmen, der dazu doch keiner Art Material zur Verfügung steht. Einzelne Widersprüche unter den vorliegenden Polizeiberichten wird man nicht geltend machen können, um selbige als durchaus

werthlos darzustellen; die Divergenz zwischen den Mittheilungen aus Berlin und Hannover, auf die Herr Lucius so großes Gewicht legt, erklärt sich in der That ganz ungezwungen durch die Annahme, daß die fraglichen Erhebungen zu Berlin in der seit fünfundzwanzig Jahren angewachsenen Actenmasse verschollen waren, während in Hannover die Kunde davon sich erhalten hat. Und läge insofern auch ein Irrthum vor, als jene Erfahrungen sich etwa nicht in Berlin, sondern anderswo herausgestellt hätten, so würde dadurch ihr Werth doch nicht beeinträchtigt. Daß aber die Mittheilung geradezu auf Unwahrheit oder Entstellung beruhte, wird füglich nicht anzunehmen sein. Auch das aus hiesiger Stadt selbst beigebrachte Material hält Herr Lucius für gleichgültig. Wenn sich daraus aber, wie dies wirklich der Fall ist, ergibt, daß unter 21 zur Kenntniß der Behörde gelangten Fällen kein einziger ist, in welchem ein mit Maulkorb versehener Hund gebissen hätte, so wird man nicht umhin können, diesem Schutzmittel immerhin doch einiges Verdienst zuzuschreiben. Was ferner den Ausspruch Professor Fikingers anlangt, so stehen dem die Meinungen anderer Sachverständigen gleichberechtigt gegenüber. Ist in hiesiger Stadt bisher kein Fall von Tollwuth vorgekommen, so wird man nur von Glück zu sagen haben, nicht aber daraus einen Grund für die Abschaffung des Maulkorbes hernehmen können. Hat endlich das Obersanitätscollegium erklärt, daß der Maulkorb nicht unbedingt schützt, so hat ebendasselbe doch auch ein anderes Schutzmittel überhaupt nicht angeben können; in der Alternative aber, einem Uebel völlig schutzlos gegenüberzustehen oder zu einem wenigstens relativ bewährten Schutzmittel zu greifen, wird die Wahl keines Verständigen schwanken. Nach dem allen sieht auch Herr Stadtrath Gebhard keine Veranlassung, den Maulkorbszwang zu beseitigen und das vorliegende neue Statut abzulehnen.

Herr Stadtrath Rittmeyer. Wenn man heute die Aufhebung eines Statute in Erwägung zieht, welches vor acht Jahren nach reiflicher Ueberlegung und aus dringlichen Anlässen beschlossen ist, so wird man sich zwei Fragen vorzulegen haben: 1. Sind die damals maßgebend gewesenen Motive nicht mehr vorhanden? 2. haben sich überwiegende Nachtheile der Einrichtung bemerklich gemacht? Beides ist zu verneinen. Die Natur des Hundes ist dieselbe geblieben, die Vortheile und die Unschädlichkeit des Maulkorbszwanges liegt auf der Hand, was man gegen denselben anführt, beruht zum größten Theile auf einer Empfindsamkeit, die, aus Vorliebe für ein wohlgeleitenes Hausthier entsprungen, den nothwendigen Zwang, der diesem angethan wird, stark übertreibt. Mehr als unter dem Maulkorbe leidet der Hund offenbar doch, wenn er als Zugthier eingespannt wird, mehr auch die Pferde durch Sattel und Zaum. Was das Publicum mit Recht empört, sind die Ausritte, welche nicht durch den Maulkorbszwang an sich, sondern durch die ungeschickte und rohe Handhabung der Controle herbeigeführt werden. Nachdem diesen Beschwerden durch

zweckmäßige Aenderung der bezüglichlichen Vorschriften abgeholfen ist, steht zu hoffen, daß auch das Publicum sich mehr und mehr mit dem Statute befreunden wird.

Herr Steinacker verwahrt sich gegen die Mißdeutung, die seine vorausgegangenen Aeußerungen durch Herrn Lucius erfahren haben. Er zählt sich keinesweges zu Denen, die auf die Leiden ihrer »Mitthiere« mit verächtlicher Gleichgültigkeit herabsehen; den Hund insbesondere kann Herr Lucius nicht höher stellen als er. Höher jedoch steht ihm allerdings doch das Menschenwohl, und unstreitig hat der Hund, wenn auch von Natur vielleicht ein harmloses Thier, im Zusammenleben mit dem Menschen Unarten und Tücken angenommen, die den Menschen unter Umständen schwer gefährden können. Läßt sich dem durch mildere Mittel als den Maulkorbzwang vorbeugen, so wird auch Redner solchen den Vorzug geben. So lange dergleichen aber nicht nachgewiesen sind, muß er dabei bleiben, daß ein Menschenleben mit allen Leiden, die der Maulkorb über sämtliche Hunde der Stadt verhängt, nicht zu theuer erkauft wäre. Möglich, daß die Entscheidung anders ausgefallen wäre, wenn vor sieben Jahren die Gesichtspunkte, welche Herr Lucius vertritt, sich mit gleichem Nachdruck geltend gemacht hätten. Die Wiederaufhebung des einmal bestehenden Statuts zu rechtfertigen, müßte erwiesen werden, daß dasselbe seinen Zweck nicht erfüllt oder daß es schädlich wirkt, und dazu reicht das bis jetzt vorgebrachte Material nicht aus.

Hiemlich nutzlos erscheint Herrn Ding der Maulkorbzwang, so lange er über die nächste Nachbarschaft der Stadt nicht hinausreicht, Thiere und Menschen also den Bissen hereinlaufender Hunde ausgesetzt bleiben.

Herr Lucius wendet sich gegen den von Herrn Steinacker behaupteten Standpunkt, nach welchem ein bestehendes Gesetz ein für alle Mal unantastbar wäre. Er im Gegentheil nimmt für jeden Staatsbürger das Recht in Anspruch, solches zu kritisiren und die Frage aufzuwerfen, aus welchen factischen Voraussetzungen es hervorgegangen ist, und wenn diese sich als unrichtig erweisen, seine Aufhebung zu verlangen. Die von Herrn Stadtrath Gebhard vorgeschlagene Erklärung des Widerspruches zwischen dem Berliner und dem Hannoverschen Polizeiberichte kann Redner als befriedigend nicht anerkennen, da jene statistischen Angaben, wenn sie aus Berlin stammten, jedenfalls unter den Ursprungsacten der Angelegenheit zu suchen und leicht zu finden gewesen wären. Irgend ein Irrthum muß bei dieser Mittheilung untergelaufen sein, und jedenfalls liegt über den beigebrachten »Erfahrungen« ein mystisches Dunkel, das ihre Beweiskraft stark beeinträchtigt. Wenn Herr Stadtrath Gebhard ferner anführt, unter 21 constatirten Bissen sei kein einziger von einem mit dem Maulkorbe versehenen Hunde verübt, so dürfte daraus nur zu entnehmen sein, daß die meisten Fälle der Art nicht auf freier Straße, sondern in den Häusern vorkommen: gewiß auch eine Wahrnehmung, die den Nutzen des Maulkorbzwanges treffend

illustrirt. Dem Professor Fißinger gegenüber beruft sich Herr Stadtrath Gebhard auf andere Sachverständige. Aber wo sind diese? Die Polizeibehörden können nicht dafür gelten, das Obersanitätscollegium hat den Maulkorb geradezu für nutzlos erklärt, falls er nicht etwa dergestalt construirt würde, daß er den Hunden unerträgliche Qualen bereiten und somit unfehlbar schädlich wirken müßte. Stände nun das Wohl der Menschheit auf dem Spiel, dann möchte man vielleicht genöthigt sein, alle Rücksichten auf das Thiergeschlecht so radical schwinden zu lassen, wie Herr Steinacker will. Dem aber ist, wie Redner glaubt nachgewiesen zu haben, nicht so: noch ist in hiesiger Stadt nicht ein einziger Fall von Tollwuth vorgekommen, noch kann man nichts für solches Verfahren anführen, als ganz unbestimmte Befürchtungen. Mit Recht hat endlich Herr Stadtrath Rittmeyer auf die Uebelstände hingewiesen, welche die Handhabung des bestehenden Gesetzes mit sich bringt — Uebelstände, welche durch einige Vorfälle der letzten Tage in grelles Licht gestellt sind. Drei Halbmeistersknechte haben jüngst wegen Sävitien verurtheilt werden müssen, die sie sich bei Ausübung des Hundefangs haben zu Schulden kommen lassen; es handelte sich dabei um Verwundungen, gegen die sämtliche Hundebisse der letzten zehn Jahre als Kleinigkeiten erscheinen. Ein anderer, der unbefugten Einfangung eines Hundes angeklagt, hat beschworen, daß er denselben ohne Maulkorb auf der Straße umherläufend angetroffen habe; drei andere Zeugen aber haben dann ebenfalls eidlich erhartet, daß das Thier friedlich in einer Hausthür geseffen, der Scharfrichter ihn erst gewaltsam herausgezerrt hat. Das sind Wirkungen des Statutes, gegen welche dessen vermeintlicher Nutzen kaum noch in Anschlag zu bringen ist. Dies alles erwogen, kann Redner seine früheren Ausführungen nicht als widerlegt ansehen und sonach sich nicht bewogen finden, von seinem Votum abzugehen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen,

der Majoritätsantrag der Commission alsdann abgelehnt, die damit beschlossene Berathung des neuen Statuts aber der vorgerückten Stunde halber auf die nächste Tagesordnung verschoben.

Schließlich

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr Heymann, daß in Gemäßheit des Beschlusses vom 28. October der Magistrat den Werth des von dem Kammermusikus Wendt zur Verbreiterung der St. Leonhardstraße abzutretenden Terrains durch einen Gartengeschworenen hat abschätzen lassen, und daß mit dessen Taxat — 50—60 fl für die Quadratruthe — eine Mittheilung des Maurer- und Steinhauersmeisters Wipper übereinstimmt, wonach dieser für einen Bauplatz auf gedachtem Grundstücke ebenfalls 50 fl für die Qu.-R. geboten hat und diesen Preis nach Maßgabe der an anderen Straßen vor den Thoren gestellten und gewährten Forde-

rungen nicht für übertrieben hält. In Erwägung, daß hiernach ein Expropriationsverfahren zu einem günstigeren Resultate schwerlich führen dürfte, giebt in einem Schreiben vom 17. d. M. der Magistrat anheim, daß zu letztem Preise die erforderlichen 56 □Fuß von dem Wendtschen Grundstücke angekauft werden. Auf Empfehlung der Commission

erklärt auch die Versammlung sich hiermit einverstanden,

worauf die Sitzung geschlossen wird.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. December 1876.

Öffentlich:

Antrag Herrn Krampe auf Einführung der Selbsteinschätzung zu den Communalsteuern.
Beschlussfassung wegen Aenderung einiger Bestimmungen in dem Statute über die zum
Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches zu treffenden
Controlemaßregeln.

Genehmigung des neuen Statuts, das Halten von Hunden betreffend.

Beschlussfassung wegen des Gehaltes des neu zu ernennenden städtischen Schuldirectors.

Desgleichen über den Antrag Herrn Kunze auf Besprengung der Promenaden.

Desgleichen über ein Gesuch des Hohe- und des Wilhelmthor-Districtvereins wegen Be-
sprengung der Straßen, Trockenlegung der Promenadenfußwege, Verbesserung der Um-
flutgräben und Wahl eines Platzes für das Schlachthaus.

Vertraulich in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrates und der Stadtver-
ordneten:

Steuerfachen.

Entschuldigt die Herren Jasper, Schöttler und Steinacker. Am Ma-
gistratistische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Geb-
hard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Herr Krampe bringt den Antrag ein:

Die Versammlung wolle den Magistrat um Vorlage eines Statuts er-
suchen, durch welches zunächst probeweis angeordnet werde, daß vom
Jahre 1877 an

- 1) sämtliche Communalsteuerverpflichtige nicht mehr wie bisher durch Ein-
schätzungscommissionen veranlagt werden, sondern sich selbst einzuschätzen
haben;

- 2) eine streng alphabetische Liste der Steuerpflichtigen mit Angabe der Declaration eines jeden durch den Druck zu veröffentlichen und
- 3) die entfallenden Steuerbeträge in Monatsraten durch eigens dazu angestellte Beamte von den Steuerpflichtigen abzuholen sind.

Die Motivirung dieses Antrags wird bis nach Erledigung der übrigen Vorlagen hinausgesetzt.

Herr Oberbürgermeister Caspari will von vornherein die Bemerkung nicht unterdrücken, daß diese Neuerungen für das nächstfolgende Jahr jedenfalls unausführbar bleiben würden, da über die nothwendigen Vorbereitungen Monate hingehen und inzwischen der Stadtkasse durch das Ausbleiben aller Steuereingänge große Verlegenheiten erwachsen müßten.

Herr Krampe indessen, eine Erwiderung auf dieses Bedenken vorbehaltend, hält seinen Antrag in der vorliegenden Form aufrecht.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Statutencommission Herr Lucius über eine unterm 5. des Monats ergangene nachträgliche Mittheilung des Magistrates hinsichtlich des Statutes, die zum Schutze des Publicums gegen den Genuß trichinenhaltigen Schweinefleisches anzuordnenden Controlemassregeln betreffend.

Zur Ausgabe und Entgegennahme der Fleischbücher und Anmeldezettel sowie zur Führung der Verzeichnisse über die außergewerblich geschlachteten Schweine hatte Herzogliche Polizeidirection sich in der Voraussetzung bereit finden lassen, daß die Anmeldungen einfach in die im Polizeigebäude und an den Thoren vorzurichtenden Kassen niedergelegt würden. Nachdem nun aber von der Versammlung beschlossen ist, daß dieselben in duplo überreicht und ein Exemplar mit dem polizeilichen Visum zurückgegeben werden soll, glaubt Herzogliche Polizeidirection sich jenen Geschäften wegen Mangels der erforderlichen Räumlichkeiten und Beamten nicht unterziehen zu können, und wird demnach der Magistrat einen geeigneten Hilfsbeamten damit beauftragen, während die übrige Controle vorgesehener Massen der Polizei und deren Bevollmächtigten überlassen bleibt. Demnach ist in §§ 1 und 2 des bezüglichen Statuts an verschiedenen Stellen statt »Herzogliche Polizeidirection« zu setzen »Stadtmagistrat«,

womit auf Empfehlung des Magistrates und der Commission die Versammlung sich ohne weiteres einverstanden erklärt.

Ferner theilt Herr Stadtrath Rittmeyer mit, daß Herzogliches Staatsministerium das Statut in zwei Punkten beanstandet hat. Indem nämlich einigen der in § 6 mit Strafen bedrohten Vergehen anderweitig schon durch das betreffende Landesgesetz vorgesehen ist, würde zwischen beiden Erlassen ein gewisser Widerspruch eintreten, was der Städteordnung zuwider. Sodann hält Herzogliches Staatsministe-

rium einige dieser Vergehen für zu unbedeutend, als daß die Verschärfung der Strafen durch öffentliche Bekanntmachungen nicht unbillig hart erscheinen müßte. Erstere Schwierigkeit wird leicht zu umgehen sein, indem man die schon vorhandene Clausel mit leichter Aenderung folgendermaßen faßt: »sofern in den Landesgesetzen nicht andere (statt »schwerere«) Strafen verhängt sind«. Dem zweiten Anstande zu begegnen, schlägt der Magistrat vor, die Entscheidung darüber, ob eine erkannte Strafe bekannt gemacht werden soll oder nicht, Herzoglicher Polizeidirection anheimzustellen und zu dem Ende am Schlusse von § 6 hinter den Worten »und ist das betreffende Erkenntniß« einzuschalten: »auf Antrag Herzoglicher Polizeidirection«.

Auch diese Aenderungen werden von der Versammlung genehmigt.

Hierauf wird

II. in Gemäßheit des Beschlusses vom 30. November das »Statut die Abänderung und Ergänzung der auf das Halten von Hunden bezüglichen Vorschriften vom 14. December 1853 und 21. Juli 1869 betreffend« zur Berathung gestellt.

Vorweg indessen weist Herr Reuter darauf hin, daß nach Annahme dieser Vorlage die geltenden Bestimmungen in nicht weniger als drei einander zum Theil aufhebenden Statuten zerstreut sein würden. Da hieraus ohne Zweifel mancherlei Verwirrung entstehen müßte, giebt Redner anheim, daß vorliegender Entwurf an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückverwiesen werde, ein neues Statut ausarbeiten zu wollen, welches nach Ausscheidung aller obsoleten Bestandtheile der beiden älteren deren bleibenden Inhalt und die erforderlichen neuen Vorschriften übersichtlich zusammenfaßt. Zu diesem Antrage veranlaßt ihn dann noch eine zweite Erwägung. Mit den hier in Betracht kommenden Fragen hat sich neuerdings auch die in Düsseldorf abgehaltene Versammlung des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege beschäftigt. Unter fünf Maßregeln, welche dort durch eine Resolution als geeignete Schutzmittel gegen die Wuthkrankheit anerkannt wurden, sind die nächstliegenden thunlichste Verminderung der Luxushunde und zu dem Zwecke möglichst hohe Besteuerung derselben, kenntliche Bezeichnung aller frei umherlaufenden Hunde mit dem Namen der Eigenthümer, unnachsichtliche Vertilgung der tollen oder der Tollwuth verdächtigen Hunde. Mit einer Reihe unzweckmäßiger Vorschläge erklärte der Referent in dieser Angelegenheit den Congreß verschonen zu wollen, und als solche bezeichnete er, ohne Widerspruch zu finden, namentlich die Empfehlung des Maulkorbzwanges. Diese Aussprüche müssen gegen die neulich hier getroffene Entscheidung offenbar doch einige Bedenken erwecken. Sie vor Erlass des neuen Statuts nochmals reiflich in Erwägung zu ziehen, scheint um so wünschenswerther, als sie vielleicht den einen oder andern Ausweg zeigen könnten, mittels dessen die städtischen Behörden sich der peinlichen Nothwendigkeit überhoben sähen, den lebhaften Wunsch einer großen Anzahl

hiesiger Einwohner lediglich abzulehnen. Für seine Person ist Herr Reuter geneigt, als solchen Ausweg eine namhafte Erhöhung der Hundesteuer anzusehen.

Herr Schwarzenberg stimmt diesen Erwägungen um so lieber bei, als er, abgesehen von allen sonstigen Bedenken, in dem vorliegenden Entwurfe auch mehrfache Lücken wahrnimmt. So vermißt er in § 1 eine Bestimmung hinsichtlich bissiger Hunde in geschlossenen Höfen, da das was in diesem Betracht § 14 des Statutes vom Jahre 1869 vorsieht, einer principiellen Grundlage ermangelt.

Herr Stadtrath Gebhard sieht letztere in genügender Weise durch die Landesgesetzgebung gegeben, vermag einem Antrage auf Erhöhung der Hundesteuer bei der in dieser Versammlung vorherrschenden Stimmung kein günstiges Prognosticon zu stellen, kann übrigens aber von einem nochmaligen Aufschube schon deshalb nur abrathen, weil nach der neulichen Verurtheilung des Hundefängers die Ausführung der bestehenden Vorschriften bedenklich in Frage gestellt ist und daher Eile noththut, das neue Statut in Kraft treten zu lassen.

Herr Reck hingegen, den Reuterschen Antrag unterstützend, glaubt nicht, daß es erhebliche Nachtheile mit sich bringen dürfte, wenn der Maulkorbzwang eine Zeit lang nicht mit voller Strenge gehandhabt wird. Einer Erhöhung der Hundesteuer ist er schon deswegen nicht abgeneigt, weil der gegenwärtige, nunmehr seit 20 Jahren bestehende Satz bei dem inzwischen beträchtlich gesunkenen Geldwerthe seinem Zwecke nicht mehr entspricht. Da ferner ein Satz, welcher den Armen auf den Besitz eines Hundes zu verzichten nöthigt, dem Reichen kaum fühlbar wird, möchte Redner zugleich die Eventualität einer progressiven Hundesteuer ins Auge gefaßt sehen.

Herr Steinau, im übrigen mit Herrn Reuter einverstanden, kann einer Erhöhung dieser Steuer, welche unverhältnismäßig Viele zur Abschaffung ihrer Hunde zwingen würde, nicht das Wort reden. Seiner Meinung nach würde dies das Kind mit dem Bade ausschütten heißen, da ein guter Hund im Hause sich in unzähligen Fällen besser bewährt als zehn Polizisten auf der Straße.

Die Versammlung entscheidet sich für den reglementarischen Antrag Herrn Reuters.

Wie ferner

III. der Magistrat in einem Schreiben vom 15. v. M. ausführt, werden kraft landesgesetzlicher Bestimmungen in hiesiger Stadt nach Einführung der Grundsteuer, also vom 1. Januar nächsten Jahres ab, die Service-, Proviand- und Fouragegelder, soweit sie Staatsabgaben sind, in Wegfall kommen. Da dieselben aber seit 1816 nicht nur zu den an die Staatscasse abzuführenden Beträgen — insgesamt 20,913 Mk 50 Pf. — sondern zur Aufhilfe der damals sehr bedrängten Stadtkasse unter Zustimmung Herzoglicher Landesregierung mit einem Aufschlage von 19,357 Mk 41 Pf. erhoben wurden, so entsteht die Frage, ob letzterer nicht auch fernerhin bei-

behalten werden soll. Wenngleich nun die Stadtkasse einen solchen Betrag zur Zeit kaum leichter als 1816 wird entbehren können, glaubt der Magistrat jene Frage dennoch verneinen zu müssen, weil einmal die fernere Erhebung gedachter Abgabe gegen den hier geltenden Grundsatz verstoßen würde, kraft dessen die für den Stadthaushalt erforderlichen Zuschüsse auf die Gemeindegemeinen und Ortsinwohner nach ihrem Einkommen zu repartiren sind und weil sodann auch die Hausbesitzer, wenn sie neben der Grundsteuer künftig noch einen Theil jener ältern Steuerlast zu tragen hätten, doppelt beschwert sein würden. Ueber geeignete Maßregeln zur Deckung des Ausfalls wird der Magistrat sich bei Vorlage des nächstjährigen Stadtkassenetats vernehmen lassen; einstweilen giebt er anheim, daß in der zunächst vorliegenden Frage seiner Ansicht auch die Versammlung beitrete,

welche dem auf Empfehlung der Commission ohne Anstand entspricht.

IV. In der Sitzung vom 23. November war beschlossen,

den Magistratsantrag auf Verwilligung eines Gehaltes von 3900 Mk nebst freier Wohnung für den neu zu ernennenden Schuldirector an die vereinigten Commissionen für Finanz- und für Schulsachen zu nochmaliger Begutachtung und eventuell zur Ermittlung eines Ausweges zurückzuverweisen, mittels dessen über die entstandene Streitfrage eine gütliche Vereinbarung mit dem Magistrate erzielt werden könnte.

Wie nunmehr Herr Kunze als Referent berichtet, haben die Commissionen selbst zu einem einhelligen Votum nicht gelangen können, indem auch unter ihren Mitgliedern die schon im Plenum der Versammlung zum Vorschein gekommenen gegensätzlichen Standpunkte keinen Ausgleich gefunden haben. Während man also auf der einen Seite sich streng an das Gesetz vom 6. December 1853 halten wollte, welches die Gemeinde zur Unterhaltung ihrer Schulen verpflichtet, die Wahl des Schuldirectors aber lediglich in die Hand des Magistrates legt und sonach der Versammlung keinerlei Mitwirkung dabei zugesteht, wurde andererseits auf den Versuch bestanden, der Versammlung durch Verweigerung des Gehaltes wenigstens indirect einen Einfluß auf diese Wahl zu sichern. Die persönliche Ansicht des Herrn Referenten geht dahin, daß dieser Anspruch nicht befugt ist, wohl aber nach klarer Maßgabe des Gesetzes die Stadtverordneten unbedingt verpflichtet sind, einen angemessenen Gehalt für den Schuldirector feststellen zu helfen.

Die Discussion eröffnend,

führt Herr Lucius aus, daß eine gesunde, auf dem Princip der Selbstverwaltung aufgebaute Gesetzgebung, eine Gesetzgebung also, die der Bürgerschaft in ihren Vertretern überhaupt eine Theilnahme an der Gestaltung des Gemeindelebens zuerkennt, solche am wenigsten bei Besetzung eines so wichtigen Amtes in Frage

stellen dürfte, wie das eines Dirigenten der städtischen Schulen ist. Seltsamer, oder vielleicht auch nicht seltsamer Weise behauptet unsere Gesetzgebung eine entgegengesetzte Haltung. Während der Magistrat nach § 122 der rev. St.-O. für die Stellen von Hilfsbeamten und Gemeinbedienern der Versammlung drei taugliche Individuen zur Auswahl vorzuschlagen hat, steht nach § 17 des Gesetzes vom 6. December 1853 die Wahl des Schuldirectors in hiesiger Stadt dem Magistrate allein zu, und soll nach § 25 desselben Gesetzes die Ernennung der Gemeinbeschullehrer durch Herzogliche Landesregierung auf Vorschlag des Consistoriums erfolgen, welches von den in Aussicht genommenen Personen den Schulvorstand in Kenntniß zu setzen und dessen etwaige Bedenken binnen vier Wochen einzufordern hat. Sich gegen dieses Gesetz aufzulehnen, kann der Versammlung natürlich nicht in den Sinn kommen. Wohl aber wird sie den Wunsch hegen dürfen, daß ihr wenigstens soviel Einfluß eingeräumt werde wie mit dem Gesetze verträglich ist, und das ist in der That doch mehr, als dem Magistrate in diesem Falle beliebt hat. Denn die bisher vom Magistrate beobachtete Praxis, der Versammlung die zu wichtigen Schulämtern ausersehenen Personen vorher zu bezeichnen, eine Praxis, welche immer noch zu einer gütlichen Vereinbarung geführt hat und unter allen Umständen dazu beitragen wird, das vertrauensvolle Einvernehmen zwischen den städtischen Behörden aufrecht zu erhalten — ausgeschlossen ist sie durch jene landesgesetzliche Bestimmung in keiner Weise. Wenn gleichwohl nun der Magistrat, auf seinem formellen Rechte fußend, dermalen von diesem Verfahren abzuweichen vorzieht, so mag man das unter den gegenwärtigen Verhältnissen vielleicht mit ziemlicher Ruhe ansehen können. Wie aber, wenn im Magistrate einmal eine den liberalen Ueberzeugungen widerstrebende politische und religiöse Richtung zur Herrschaft gelangte? Daß ein solcher Umschwung außer dem Bereiche aller Möglichkeit läge, wird Niemand behaupten wollen; und ohne Zweifel dürfte deshalb die Versammlung doch wohlthun, wenn sie sich vorsieht, den Knopf auf dem Beutel behält, sich das Recht sichert, einen dergestalt, ohne jede Gewähr hinsichtlich der Personenfrage angeforderten Gehalt zu verweigern. Tritt dann Herzogliches Staatsministerium mit einem Machtspruche dazwischen, so wird auf dieses die Verantwortlichkeit fallen, die Versammlung aber sich wenigstens nicht vorzuwerfen brauchen, daß sie ein als unentbehrlich erkanntes Recht sorglos preisgegeben hätte.

Herr Schwarzenberg kann diese Auffassungen nicht theilen. Allerdings, nach §§ 45 und 167 der rev. St.-O. haben die Stadtverordneten bei der Leitung und Verwaltung städtischer Angelegenheiten mitzuwirken, und ist insbesondere der Magistrat als Vertreter der Stadt in allen Schussachen an diese Mitwirkung ebenmäßig gebunden. Allein ausdrücklich besagt § 45, daß selbige der Städteordnung gemäß auszuüben ist, und ebenso ausdrücklich werden durch § 1 derselben der Selbstverwaltung insgemein die durch das Gesetz festgestellten Schranken auferlegt und wird

an vielen anderen Stellen der auch ohne dies schon selbstverständliche Vorbehalt gemacht, daß kein Act der Selbstverwaltung den Landesgesetzen zuwiderlaufen darf. Hier nun haben wir ein Landesgesetz, das die Wahl des Schuldirectors ganz unzweideutig dem Magistrate allein zuspricht, die Gemeinde dagegen zur Unterhaltung ihrer Schulen unbedingt verpflichtet. Der Versammlung den Mann seiner Wahl bei Anforderung eines Gehaltes für denselben namhaft zu machen, ist dem Magistrate nach diesen Bestimmungen allerdings unverwehrt; verpflichtet aber ist er dazu mit nichten, und wenn er ihr diese Rücksicht aus dem einen oder andern Grunde für das Mal nicht erweist, so wird deswegen die Versammlung sich in keiner Weise für berechtigt ansehen können, die Verwilligung eines angemessenen Gehaltes schlechthin abzulehnen. Uebrigens zweifelt Redner nicht, daß der Magistrat keinen Anstand nehmen wird, den gewählten Schuldirector, bevor er ihn dem Consistorium präsentiert, vertraulich und unter Ausschluß öffentlicher Erörterung seiner Wahl auch der Versammlung namhaft zu machen. Sollten alsdann sich Bedenken dagegen erheben, so würden die erforderlichen weiteren Verhandlungen mit dem Magistrate am besten vielleicht einer größern Commission zu übertragen sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Magistrat hat oft schon den Beweis geliefert, daß er jederzeit bereit ist, der Versammlung alle irgend erwünschten Mittheilungen zu machen, und auch in diesem Falle würde er damit nicht zurückhalten, wenn diese Zurückhaltung nicht durch den Stand der betreffenden Verhandlungen geboten wäre, indem dieselben zuvor doch erst zu einem gewissen Abschlusse gedeihen müssen, was aber nicht möglich sein wird, bevor eben die Gehaltsverhältnisse geordnet sind. Die Befugniß freilich, auf die Wahl des Schuldirectors durch eine Kritik der dazu ausersehenen Persönlichkeit einzuwirken, würde Magistrat der Versammlung niemals zugestehen können, und zwar aus Gründen sowohl der Zweckmäßigkeit als auch des Rechtes. Wenn Herr Lucius den Schuldirector schlechthin auf eine Linie mit den übrigen Gemeindedienern stellt, so übersieht er ein Moment, welches diesem Beamten nothwendig eine Ausnahmestellung anweist, dem Verfahren bei seiner Wahl eine besondere Reserve auferlegt. Denn denke man sich eine solche Wahl zur öffentlichen Debatte gestellt. Eine Persönlichkeit, gegen welche sich nicht diese oder jene Einwendung erheben ließe, wird schwerlich je zu finden sein; einmal zur Sprache gebracht, werden solche Bedenken natürlich mit möglichstem Nachdruck hervorgekehrt werden. Daß dadurch aber das Ansehen gerade des Mannes, der mehr als die meisten anderen Beamten dem Publicum und seinen Untergebenen gegenüber des Zutrauens und der Auctorität bedarf, in der öffentlichen Meinung untergraben und damit eine gedeihliche Wirksamkeit für ihn von vornherein unmöglich werden müßte, liegt auf der Hand. Und diese Folge würde auch durch vertrauliche Behandlung des Gegenstandes kaum abzuwenden sein, da das Geheimniß der Verhandlungen einer Körperschaft von dreißig Mitgliedern naturgemäß immer mehr oder weniger illusorisch ist. Offenbar also wäre ein solches

Verfahren in hohem Grade zweckwidrig; nicht minder aber würde es dem klaren Rechte widerstreiten, und nicht nur formell, wie Herr Lucius meint, sondern auch materiell, sofern es den Absichten des Gesetzes von 1853 eben schnurstracks zuwiderliefe. Herr Lucius behauptet, diese Absichten stehen in schneidendem Widerspruche mit dem Principe der Selbstverwaltung. Das würde mit Recht zu sagen sein, wenn etwa das Consistorium allein, ohne Zuthun der städtischen Behörden, den Schuldirector zu bestellen hätte. Indem aber der Magistrat als Vertreter der Gemeinde denselben präsentirt und bei seiner Wahl überdies auf die Mitwirkung des Schulvorstandes angewiesen ist, in welchem auch ein Vertreter der Stadtverordneten Sitz und Stimme hat, ist der Gefahr einer den berechtigten Interessen und Wünschen der Bürgerschaft widerstrebenden Besetzung dieser Stelle hinlänglich vorgebaut und somit zwischen dem staatlichen Oberaufsichtsrechte und den Forderungen der Selbstverwaltung ein Compromiß gefunden, der nicht allzuviel zu wünschen übrig lassen dürfte. Nach dieser Norm also wird der Magistrat zu verfahren haben; er wird die Personenfrage mit dem Schulvorstande zum Austrag bringen und das Ergebniß demnächst auch der Versammlung mittheilen, allerdings, wie gesagt, mit dem Vorbehalt, daß der Gewählte einer Discussion nicht mehr unterzogen werde. Auf diesem Wege ist es bisher immer noch gelungen, derartige Fragen im besten Einvernehmen zwischen Magistrat und Versammlung zu erledigen; sollte einmal der Fall eintreten, daß ersterer nicht im Sinne der letzteren wählte, so würde deren Vertreter im Schulvorstande nicht ermangeln, sie davon in Kenntniß zu setzen und dann ihr der Weg der Beschwerde bei Herzöglichem Staatsministerium offen stehen. Weitere Zugeständnisse kann Magistrat der Versammlung nicht machen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen; keineswegs also ist die Entscheidung in diesem Falle lediglich in sein Belieben gestellt, wie Herr Lucius meint. Ebenso unbestreitbar aber wie dieses Recht des Magistrats ist andererseits die Verpflichtung der Versammlung, die erforderlichen Mittel zu verwilligen, und hierauf muß der Magistrat denn auch unter allen Umständen bestehen. So leid es ihm sein würde, wenn er zum ersten Mal jetzt seit Einführung der Städteordnung die Dazwischenkunft Herzöglichen Staatsministeriums anrufen müßte — entscheidet die Versammlung sich für die ablehnende Haltung, welche Herr Lucius empfiehlt, so wird dieser Schritt eben nicht zu vermeiden sein.

Herr Mühe wird sich immer verpflichtet fühlen, alle gesetzlichen Rechte der Versammlung wahren und erspriessliche neue für diese erwerben zu helfen; die von Herrn Lucius beanspruchte Befugniß aber kann er weder für gesetzlich noch auch für erspriesslich halten. Nicht für erspriesslich, sofern sie entweder eine leere Form bleiben oder gradezu schädlich wirken müßte. Denn darüber allerdings darf man sich nicht täuschen: findet die Wahl des Magistrates nicht auch bei der Versammlung ungetheilten Beifall — und dies dürfte mindestens nicht grade das gewöhnliche sein — kommen also an dieser Stelle abfällige Urtheile zum Ausdruck, werden öffentlich die mit Recht

oder Unrecht behaupteten Mängel eines Mannes durchgesprochen, für dessen gedeihliche Wirksamkeit das volle Vertrauen sämmtlicher Lehrer und der Eltern von 6000 Kindern Bedingung ist, so wird damit dessen Stellung von vornherein auf das allerbedenklichste gefährdet. Redner würde es mit Freuden begrüßen, wenn der Magistrat diesmal der Versammlung ein ähnliches Entgegenkommen beweisen könnte, wie bei Gelegenheit der Anstellung des Realschuldirectors; auf alle Fälle aber vertraut er, daß eine Wahl, mit der man sich durchaus nicht befreunden könnte, nicht wird getroffen werden, und lebhaft würde er es beklagen, wenn die grundlose Besorgniß vor dieser Eventualität einen Conflict hervorriefe, der die Entscheidung verzögerte, da im Interesse eines geordneten Ganges unseres Schulwesens die möglich baldigste Bestellung des Directors dringend nothwendig ist.

Herr Kunzen. Wenn man, wie Herr Lucius, auf der einen Seite eingesteht, daß das Gesetz dem Magistrate das Wahlrecht zuspricht, die Versammlung dagegen verpflichtet den erforderlichen Gehalt zu bewilligen, gleichwohl aber andererseits diese Verwilligung an Bedingungen knüpfte, die auf eine Einschränkung jenes Rechtes hinauslaufen, so ist die logische Schwäche dieses Standpunctes augensichtlich. Nimmt man hinzu, was von beiden Vorrednern überzeugend dargethan ist, daß jede Wahl unmöglich, so lange der Magistrat nicht in der Lage ist einen bestimmten Gehalt zu bieten, und daß die gewünschte Betheiligung der Versammlung mit den schwersten Nachtheilen für die Sache verknüpft sein müßte, so wird man nicht umhin können, ein solches Verfahren zugleich als ein höchst unzumuthbares zu bezeichnen.

Herr Heymann räumt ein, daß jene gesetzlichen Bestimmungen den angegebenen Sinn haben und daß von ihrer Beseitigung keine Rede sein kann; hält für fehlsam aber die Schlussfolgerung, als könnte die Versammlung sich der fraglichen Verwilligung unter keinerlei Umständen entziehen. Würde es doch ohne Kenntniß der in Betracht kommenden Person ganz unmöglich sein, auch nur über die Höhe des Gehaltes schlüssig zu werden, und wäre sehr wohl doch auch denkbar, daß der Magistrat sein Augenmerk auf eine Person richtete, von der man sich gar nichts versprechen, für die also pflichtmäßig überhaupt nichts verwilligt werden könnte. Ob die öffentliche Erörterung der Personenfrage nothwendig so schädliche Folgen haben müßte, wie von anderer Seite befürchtet wird, darf dahin gestellt bleiben. Denn daß solche bei einer glücklichen Wahl des Magistrats sehr wohl ganz vermieden werden kann, hat der Vorgang bei Anstellung des Realschuldirectors sattfam bewiesen.

Herr Overbürgermeister Caspari kann diese Ausführungen nicht als zutreffend anerkennen. Das Richtigste wäre ohne Zweifel gewesen, in dem Reglement über die Dienstverhältnisse der Gemeindeschullehrer gleich auch für den Schuldirector einen Normalgehalt festzusetzen, wie dies denn der Magistrat unfehlbar würde veranlaßt haben, wenn er die jetzige Differenz vorausgesehen hätte. Niemandem würde alsdann in den Sinn gekommen sein, eine solche Bestimmung bedenklich zu finden; die Per-

sonenfrage wäre bei dieser Position ebensowenig auf die Bahn gebracht worden, wie dies bei denen für die übrigen Lehrer geschehen ist, einen Einfluß auf die Besetzung dieses Amtes hätte die Versammlung mit keinem bessern Rechte in Anspruch nehmen können, als etwa die Landesversammlung auf die Besetzung irgend welcher Stelle im Staatsdienste, deren Dotirung sie zu beschließen hat. Für die richtige Auswahl der Anzustellenden sind eben die Executivbehörden, dort das Staatsministerium, hier der Stadtmagistrat verantwortlich. Und böte denn in vorliegendem Falle die Mitbestimmung der Versammlung für eine gründliche Prüfung und richtige Entscheidung der in Betracht kommenden Fragen etwa größere Gewähr als der sachverständige Beirath des Schulvorstandes, mit dem ja der Magistrat sich bei jeder derartigen Wahl ins Einvernehmen zu setzen hat? Wenn seiner Zeit der Antrag wegen Besetzung des Directoriums der Realschule von Anfang an auf eine bekannte Person lautete, so war dies nur möglich, weil nicht allein der Magistrat selbst seine Wahl bereits endschlüssig getroffen und ihrer Annahme seitens des Dr. Krumme sich versichert hatte, sondern auch über das Einverständnis der Versammlung keinerlei Zweifel mehr bestehen konnte. Jetzt ist die Sachlage eine durchaus andere, da der Magistrat selbst noch keineswegs weiß, Wen er dem Consistorium als Schuldirektor präsentiren wird, und hierüber, wie schon gesagt, auch gar nicht ins Klare kommen kann, bevor feststeht, welchen Gehalt er bieten darf.

Herr Lucius schenkt den gegenwärtigen Mitgliedern des Magistrates das unbedingte Vertrauen, daß sie auch ohne die Controle der Versammlung eine in jeder Hinsicht befriedigende Wahl treffen würden. Hier aber handelt es sich um eine Principienfrage von tief einschneidender Bedeutung, und solche ist ohne Rücksicht auf die augenblicklich in Betracht kommenden Personen zum Austrag zu bringen. Der Herr Oberbürgermeister beruft sich auf den Beirath des Schulvorstandes. Aber wird dessen Votum mehr oder weniger nicht immer vom Magistrate beeinflusst sein? Der Schulvorstand soll sodann auch als Vertreter der Versammlung gelten. Aber die Versammlung führt darin nur eine Stimme unter sieben, während doch grade die Bürgerschaft an den Entscheidungen dieses Collegiums das größte Interesse hat. Man setzt den weitergehenden Wünschen der Versammlung den Ausspruch entgegen, eine öffentliche Besprechung des vorgeschlagenen Schuldirectors untergrabe dessen Autorität. Aber der Magistrat wird sein Auge doch wohl nie auf eine Persönlichkeit werfen, die eine Kritik von so verderblicher Wirkung herausfordern könnte, und widerführe dem Magistrate ja einmal ein solches Versehen, so würde diese Wirkung eben das sein, was man im öffentlichen Interesse wünschen müßte. Sodann: nach der Städteordnung ist in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrates und der Stadtverordneten jeder Stadtrath, ja der Oberbürgermeister selbst zu wählen; auch diesen Wahlen wird gelegentlich ein Meinungsaustrausch über die Dualität der Candidaten vorausgehen, und doch, wer möchte behaupten, daß auch die schärfsten Aeußerungen, welche dabei

auf der äußersten Linken der Versammlung fallen könnten, die Autorität der schließlich Gewählten untergraben müßten? Nun denn, was diese Vertrauenspersonen einer Gemeinde von 70,000 Seelen über sich ergehen lassen müssen, das wird wohl auch ein Schulmeister ertragen können. Durchaus verfehlt ist ferner jene Parallele zwischen den Modalitäten der Anstellung von Staats- und Gemeindebeamten. Erstere sind sehr zahlreich und häufigem Wechsel unterworfen; sie durch die Landesvertretung wählen zu lassen, wäre schon deshalb unmöglich, weil diese nur von Zeit zu Zeit versammelt ist. Ganz anders hingegen gestaltet sich das Verhältniß in dem viel einfacheren Betriebe eines städtischen Gemeinwesens mit seinen jederzeit an Ort und Stelle anwesenden Repräsentanten. Auf einem Irrthum beruht endlich auch die Meinung, als würde die Aufnahme des Directors in den Normaletat der Schulen eine Mitbestimmung der Stadtverordneten bei seiner Wahl von vornherein ausgeschlossen haben. Denn nach § 25 des Gesetzes von 1850 soll bei der Anstellung von Lehrern immer auch das Gutachten der Gemeinderäthe eingeholt werden — eine Bestimmung, die sich nicht etwa bloß,

wie berichtigend Herr Oberbürgermeister Caspari einwirft,

auf die Landgemeinden bezieht, sondern ganz allgemeingültig dasteht. Dies wichtige Recht eben ist es, dessen Wahrung der Versammlung jetzt empfohlen wird. Sieht Herr Kunken hierin einen Mißbrauch ihrer Befugnisse — Redner ist dieserhalb außer allen Sorgen.

Herr Steinau ist gleich dem Vorredner von der Grundlosigkeit der Befürchtungen überzeugt, mit denen man auf anderer Seite der Eventualität einer öffentlichen Kritik des künftigen Schuldirectors entgegenfieht. Wenn freilich Herr Lucius »der äußersten Linken« bei dieser Eventualität eine gewissermaßen bedenkliche Rolle zuweist, so darf wohl daran erinnert werden, daß die Linke immer noch verstanden hat, sich mit ihren Meinungsäußerungen streng in den Grenzen einer rein sachlichen Betrachtungsweise zu halten. Herr Kunken warnt vor Gesetzesverletzungen. An solche denkt Niemand; wohl aber hält Redner und halten Die welche in der vorliegenden Frage gleicher Meinung mit ihm sind, sich zu dem Wunsche berechtigt, daß das entgegenstehende Gesetz, ein Werk der schlimmsten Reactionszeit, je eher je lieber einer sachgemäßen Aenderung unterzogen werde, wie Redner denn längst schon auf eine Revision der Städteordnung überhaupt würde gedrungen haben, wenn ein Antrag der Art bei der Landesversammlung, wie sie dormalen beschaffen ist, irgend Aussicht auf Erfolg hätte. Jetzt liegt die Sache so, daß dem Wahlrechte des Magistrats mit gleicher Geltung das Verwilligungsrecht der Versammlung gegenübersteht. Ruft in diesem Conflict der Magistrat die Dazwischenkunft Herzoglichen Staatsministeriums an, so mag dies in gewisser Hinsicht immerhin zu beklagen sein; ein Gutes aber wird diese Wendung doch auch haben: das Ministerium wird erfahren, daß das bestehende Gesetz mit den Bedürfnissen des Gemeindelebens nicht mehr im

Einklänge steht, und diese Erfahrung könnte vielleicht doch Anstoß zum Erlaß eines neuen besseren Gesetzes geben. Wenn aber seitens des Magistrates jede Wahl für unmöglich erklärt wird, solange keine Gewißheit über den zur Verfügung stehenden Gehalt vorliege, so sollte man hierüber süglich beruhigt sein. Denn principiell hat ja die Versammlung sich schon bereit erklärt, jeden Betrag zu verwilligen, welchen ein ihren Ansprüchen genügender Director billiger Weise irgend fordern kann, und damit dürfte denn wohl eine Basis gegeben sein, auf der der Magistrat die betreffenden Verhandlungen getrost eröffnen könnte.

Herr Bracke fühlt sich zunächst gedrungen, eine der Aeußerungen des Herrn Oberbürgermeisters zu besonderer Beherzigung anzuempfehlen. Durch eine Vorkehrung im Normaletat der Gemeindeschullehrer, so war ihr Sinn, hätte der Magistrat sein ausschließliches Wahlrecht sicherstellen, ja den Einspruch von dieser Seite im voraus ein für alle Mal abschneiden sollen. Mit Recht darf man nach diesem Bekenntniß gewärtigen, daß der Magistrat vorkommenden Falls nicht übel Lust haben wird, den Befugnissen der Versammlung statutarische Schlingen zu legen, und sonach wird man sich denn ganz unzweifelhaft für verpflichtet halten müssen, jede künftige Vorlage der Art mit gerechtem Mißtrauen auf dergleichen Hintergedanken und Nebenabsichten anzusehen. In der Sache selbst steht Redner auf Seiten der Herren Heymann, Lucius und Steinau, deren Ausführungen er Folgendes hinzufügt. Zwei Richtungen kreuzen sich heutigen Tags in unserm Volksschulwesen: die alte kirchlich-religiöse und eine neue, die man als rein pädagogisch-philosophische oder naturwissenschaftliche bezeichnen mag. Erstere findet ihre Stütze an der obersten Schulbehörde, dem Consistorium, welches zugleich mit kirchlicher und mit staatlicher Autorität bekleidet ist: das Consistorium ernennt die Gemeindeschullehrer, den Gemeinden, ob schon sie unstreitig doch ungleich besser als diese ihren eigensten Bedürfnissen und Interessen fremd gegenüberstehende Behörde in der Lage wären, die richtigen Personen ausfindig zu machen, ist so gut wie gar keine Mitwirkung dabei zugestanden. Solchen Verhältnissen gegenüber haben die Stadtgemeinden gewiß doppelt Urfach, darauf zu halten, daß wenigstens der Dirigent ihrer Schulen den Anforderungen entspreche, welche jene zeitgemäßere Strömung stellt, und eben deswegen wird im gegenwärtigen Falle die Versammlung einen Gehalt für diesen Beamten nicht eher verwilligen können, als bis sie weiß, wer selbiger ist. Man setzt dem die Erwägung entgegen, daß auch die Landesversammlung nie zu fragen habe und nie frage, mit welchen Personen die Aemter besetzt werden, deren Emolumente sie verwilligt. Weshalb dies unter den heutigen Verhältnissen nicht anders sein kann, hat bereits Herr Steinau nachgewiesen; daß die Gemeindevertretung den Dingen in anderer Lage gegenüberstehe, hat der Gesetzgeber selbst anerkannt, indem er die Ernennung gewisser Beamten, vom Magistratsdiener bis zum Oberbürgermeister aufwärts, in ihre Hand gelegt hat. Und ist diese Anerkennung nicht auch darin zur Geltung gekommen, daß,

während die Gemeindefchullehrer vom Consistorium allein bestellt werden, bei der Wahl des Schuldirectors wenigstens die Mitwirkung der einen communalen Körperschaft, des Magistrates, für erforderlich gehalten ist? Nur eine weitergehende Consequenz dieses richtigen Gedankens ist es, wenn nun auch die Versammlung als Vertreterin — soweit sie dies unter den heutigen Verhältnissen eben ist — der Gesamteinwohnerschaft hiesiger Stadt einen Einfluß auf diese Wahl zu erringen und so dem einer gesunden Selbstverwaltung durchaus widerstrebenden Zustande ein Ende zu machen trachtet, daß ihre ganze Befugniß in einer so überaus wichtigen Angelegenheit lediglich die ist, zu entscheiden, ob der fragliche Gehalt um einige hundert Thaler höher oder niedriger bemessen werden soll. Allerdings, der Wortlaut des Gesetzes steht dem vielleicht entgegen, und dem Gesetze muß gehorcht werden. Allein Niemand wird doch ein Gesetz als unveränderlich, so wie es einmal ist, in Ewigkeit conserviren wollen. Hat man doch, wenn bei anderer Gelegenheit an dieser Stelle Klagen über die Unzuträglichkeiten dieser oder jener veralteten Einrichtung laut wurden, vom Magistratsrath wohl die Entschuldigung hören müssen, zur Abhilfe habe es bisher noch an jeder Anregung gefehlt. Als solche möge es der Magistrat denn in diesem Falle erkennen, daß die Versammlung sich der Verwilligung für einen Schuldirektor weigert, den sie nicht kennt und bei dessen Wahl ihr jede Mitbestimmung versagt bleiben soll. Einer Ueberschreitung ihrer Befugnisse wird sie sich damit nicht schuldig machen: ist sie zur Verwilligung des Gehaltes berufen, so muß ihr auch freistehen, denselben unter Umständen zu verweigern. Dieses Recht aufzugeben, wird ihr füglich ebenso wenig zugemuthet werden können, wie der Magistrat von seinem Wahlrechte abzulassen geneigt ist, und wenn sie sich dieses Rechts als Mittels bedient, um einen als unentbehrlich anerkannten Einfluß zu erringen, so ist das nichts anderes als was jeder politischen Körperschaft erlaubt ist. Denen gegenüber, welche die öffentliche Besprechung der Wahl eines Schuldirectors für unvereinbar mit der Rücksicht halten, die dessen besondere amtliche Stellung erheische, bekennt sich auch Herr Bracke zu der Ueberzeugung, daß die amtliche Wirksamkeit eines Mannes, wer er auch sei, nun und nimmermehr durch eine offen geübte Kritik gelähmt werden kann, wohl aber durch die im Dunkeln schleichenden Nachreden, welche überall da um so sicherer eintreten und um so verderblicher wirken werden, wo ersterer kein Raum gegeben ist.

Herr Munte, diesen Ausführungen im übrigen zustimmend, ist im letzten Punkte abweichender Ansicht, indem er eine Kritik des künftigen Schuldirectors in öffentlicher Sitzung nicht für angemessen halten könnte.

Herr Schwarzenberg erinnert, wie die Versammlung vor kurzem den Gehalt für einen Religions- und Geschichtslehrer der höhern Töcherschule ausgeworfen hat ohne irgend Anstoß daran zu nehmen, daß derselbe noch nicht persönlich vorgestellt werden könnte.

Herr Solmiz findet sich durch nichts von dem was er hier vernommen hat, von seiner anfänglichen Meinung zurückgebracht, daß der Magistratsantrag durchaus der gegenwärtigen Lage unserer Gesetzgebung entspreche, die Versammlung zu dessen Ablehnung in keiner Weise berechtigt sei.

Herr Ding regt die Frage an, ob die Geschäfte des Schuldirectors nicht vielleicht auch dem Collegium der Inspectoren übertragen werden könnten. Ist aber ein Director unentbehrlich, dann würde Redner, in Anbetracht daß das Amt dieses Mannes höchst schwierig und verantwortungsvoll, schwieriger und verantwortlicher noch als die des Realschuldirectors ist, eine Concurrenz darum ausgeschrieben zu sehen wünschen.

Nach einer kurzen Polemik Herrn Kunzens gegen einige Punkte der Ausführungen der Herren Steinau, Bracke und Munte, wird die Discussion geschlossen

und hierauf in mündlicher Abstimmung der Magistratsantrag mit fünfzehn gegen sechs Stimmen abgelehnt.

Dafür die Herren Kunzen, Mühe, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz;

dagegen die Herren Bewig, Bosse, Bracke, Ding, Flagge, Heymann, Kloss, Krampe, Lucius, Munte, Nieß, Pini, Red, Steinau und Winter.

Herr Reuter erbittet das Wort zur Motivirung seines Votums. Auch er hält es für sehr wünschenswerth und wird seinerseits gern dazu mitwirken, daß die Competenz der Versammlung erweitert werde. In dem gegenwärtigen Falle aber kann er sich mit dem eingeschlagenen Wege ebensowenig einverstanden erklären wie damit, daß an die Stelle des jetzigen Wahlmodus künftig eine öffentliche Kritik der anzustellenden Personen treten soll. Denn für je richtiger er es hält, daß er in jeder Personenfrage volle Kritik von beiden städtischen Behörden geübt werde, um so weniger ersprießlich scheint ihm, daß diese Kritik, wie hier mehrfach verlangt ist, öffentlich vor sich gehe. In den östlichen Provinzen Preußens, wo den Stadtverordnetenversammlungen der großen Städte die Wahl aller anzustellenden Beamten zustehe, wird über die in Betracht kommenden Persönlichkeiten stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit und unter Hinweis auf das Amtsgeheimniß verhandelt.

Wie sodann

V. Herr v. Seckendorff berichtet, hat die Statutencommission den am 26. October eingebrachten Antrag Herrn Kunzens:

den Magistrat um Ermittlung geeigneter Maßregeln zur Beseitigung des übermäßigen Staubes auf den Promenaden zu ersuchen,

geprüft, die beregten Uebelstände als erheblich anerkannt und demnach anheimzugeben beschloffen, daß die Versammlung beantragter Maßen vorgehe.

Herr Bracke erklärt sich einverstanden, möchte zugleich aber beim Magistrate die Frage angeregt sehen, ob sich aus sanitätischen Rücksichten nicht empfehlen dürfte, auch die engeren Straßen innerhalb der Stadt zur Sommerszeit auf öffentliche Kosten einer Besprengung zu unterziehen.

Die Versammlung beschließt, das dergestalt erweiterte Anliegen dem Magistrate zur Erwägung anzuempfehlen.

Ferner

VI. berichtet Herr v. Seckendorff über die der Statutencommission am 23. November überwiesene Eingabe des Wilhelmi und des Hohethor-Districtvereins, in welcher die Versammlung ersucht wird,

I. beim Magistrate zu beantragen,

- 1) daß die Besprengung der öffentlichen Wege, Straßen, Plätze und Promenaden zur Sommerszeit obligatorisch angeordnet,
- 2) daß seitens der städtischen Behörden bei Herzoglichem Staatsministerium der Antrag gestellt werde,

Dasselbe wolle der Baudirection genügende Mittel zur Verfügung stellen, um die am Augustthore begonnene Trockenlegung der Promenadenfußwege in rationeller Weise und mit thunlichster Beschleunigung um die ganze Stadt fortzuführen;

- 3) daß die Vorbereitung und Inangriffnahme derjenigen Arbeiten thunlichst beeilt werde, welche erforderlich sind, um eine Verpestung der Stadt durch die sinkenden Wasser der Umflutgräben zu verhüten;

II. bei Beschlußfassung über die Schlachtehausanlage in Erwägung, daß die Motive des betreffenden Landesgesetzes die Anlage eines Schlachtehauses an der Eisenbahn und in Verbindung mit einem Viehmarke als geeignetes Mittel anerkennen, dem fortwährenden Steigen der Fleischpreise entgegenzuwirken,

- 4) jedem Projecte das diesem Motive nicht entspricht, die Genehmigung zu verjagen.

In Erwägung, daß die erste dieser Forderungen auf eine finanzielle Unmöglichkeit, die zweite auf eine gesetzlich unstatthafte Einmischung der städtischen Behörden in Rechte und Pflichten Herzoglicher Landesregierung hinausläuft, zur dritten bei dem notorischen Eifer, mit welchem Magistrat und Stadtverordnete für das bezeichnete Interesse ohnehin schon bei jeder Gelegenheit eingetreten sind, kein Anlaß ersichtlich ist, die vierte endlich der pflichtmäßigen Entscheidung vorgreift, welche die Versammlung demnächst nach reiflicher Erwägung des Für und Wider wird treffen

müssen: kann die Commission nur empfehlen, über die vorliegende Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Ferner giebt Herr Kunkun zu bedenken, daß so weit gehende Forderungen, wie sie hinsichtlich der Besprengung in vorliegender Petition gestellt worden, auch das Erreichbare was ihm bei seinem Antrage vorgeschwebt hat, zu gefährden geeignet wären. Zur Vermeidung von Mißverständnissen fügt er hinzu, daß für die Kosten einer Besprengung der Promenaden, seiner Ansicht nach größtentheils die Anlieger werden aufzukommen, die Stadt nur etwa das erforderliche Wasser unentgeltlich wird zu liefern haben.

Herr Reuter weist darauf hin, daß der erste Punct des vorliegenden Gesuches bis zu einem gewissen Grade mit dem Antrage Herrn Kunkens zusammenfällt und sonach mit diesem auch zur Erwägung gelangen wird. Keinesweges aber liege die Sache so einfach wie man wohl annimmt. Bisher haben zwei Sprengwagen für einen Flächenraum von 23,000 □ Meter ausgereicht; gesetzt auch, bei einem ausgedehnteren Sprengfelde ließe sich eine etwas höhere Leistung erzielen, so wäre doch für die 70,000 □ Meter der Promenadenwagen mindestens vier, wenn aber sämtliche 46 Kilometer der mit Haupttröhren versehenen Straßen in einer Breite von 10 Meter besprengt werden sollten, drei und zwanzig Wagen erforderlich, zu deren Unterbringung dann mehr Raum nöthig wäre als für sämtliche Feuerlöschgeräthe. Wegen der besten Methode der Sprengung hat Redner sich mit Erkundigungen nach Wien gewandt. Die Größe des Wasserconsums hängt natürlich von der Witterung ab: in den letzten Jahren mußte je an 66, 71 und 82 Tagen gesprengt werden, bei großer Hitze täglich zwei Mal. — Den vierten Punct des Gesuches, den Platz für das Schlachthaus anlangend, verwahrt sich Herr Reuter gegen den ihm untergeschobenen Ausspruch, daß solches nur in Verbindung mit einem Bahnhofe seinen Zweck erfüllen würde. Alle Referate über die Verhandlungen der Landesversammlung am 23. März d. J. bei denen er jene Behauptung soll aufgestellt haben, ergeben vielmehr, daß dabei von dem Platze für ein Schlachthaus in der Stadt Braunschweig mit keinem Wort die Rede gewesen ist. Allerdings habe er, um die in einem Artikel des hiesigen Tageblatts vorgetragene Meinung zu widerlegen, als sei bislang selbst für Berlin ein öffentliches Schlachthaus nicht für erforderlich gehalten, einige Sätze aus einem Schreiben des Berliner Magistrats an die dortigen Stadtverordneten vorgelesen, in welchem die Errichtung eines Viehmarktes und Schlachthauses an der Ostseite der Stadt Berlin in der Nähe der Verbindungsbahn beantragt wird. Daß dies aber mit der Frage, an welcher Stelle hier das Schlachthaus zu erbauen ist, absolut nichts zu thun habe, liege auf der Hand. Uebrigens beschäfftige sich die ernannte Commission grade jetzt mit der Platzfrage sehr eingehend und werde ganz abgesehen von dem vorliegenden, gänzlich unmotivirten Gesuche, die Versammlung demnächst über den Bauplatz zu entscheiden haben.

Die Berathung des Antrages der Herren Steinau und Genossen auf Umgestaltung des städtischen Begräbniswesens muß von der Tagesordnung abermals abgesetzt werden, weil Herr Heymann, auf den nach Ausscheiden des Herrn Grafen Görz-Brisberg das Referat der Statutencommission übergegangen ist, zu dessen Vorbereitung noch keine Zeit gefunden hat.

Es folgt daher nunmehr

VII. die Begründung des vorhin von Herrn Krampe eingebrachten Antrags, die Communalsteuern künftig nach den Selbsteinschätzungen der Steuerpflichtigen zu veranlagern.

Herr Krampe verhehlt sich keinesweges die Schwierigkeiten, die dieser Neuerung entgegenstehen und vor einigen Jahren, wie ihm wohl erinnerlich ist, einen ähnlichen Antrag in der Versammlung zu Falle gebracht haben. Wenn er jetzt dennoch darauf zurückkommt, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß jenen Schwierigkeiten, wie hoch man sie auch anschlagen möge, sehr erhebliche Uebelstände des jetzigen Einschätzungsverfahrens mindestens die Wage halten. Unter dem Drucke der wachsenden Lasten des städtischen Haushalts bleibt den Einschätzungscommissionen nichts übrig, als die Veranlagungsschraube aufs Gerathewohl, oft auch gradezu veratorisch, immer stärker anzuziehen; dies Mittel aber, gleich peinlich für jedes ihrer Mitglieder wie für die Steuerzahler, bietet im entferntesten keine sichere Gewähr für den beabsichtigten Erfolg. Denn während so die Einkommen der Beamten bis auf den letzten Heller in Besteuerung genommen werden, die armen Leute und die notorisch reichen mit Recht häufig über unverhältnismäßige Bedrückung zu klagen haben, Jahr für Jahr demnach zahllose Reclamationen einlaufen, Reclamationen, die zum Theil wahrhaftes Elend enthüllen, oft aber auch der Art sind, daß die Versammlung ihnen rathlos gegenübersteht, wird ein irgend aufmerksamer Beobachter sich der Wahrnehmung nicht entziehen können, daß grade der behäbige Mittelstand, die ergiebigste Quelle der communalen Steuerkraft, in sehr vielen, vielleicht in den meisten Fällen nicht entsprechend herangezogen wird. Dem allen kann nur, wird aber sicherlich auch durch Selbsteinschätzungen abgeholfen werden. Man hält dieser Zuversicht das Beispiel Bremens entgegen, wo das Selbsteinschätzungsverfahren, wie man behauptet, sich als unbrauchbar ausgewiesen habe und deshalb neuerdings abgeschafft worden sei. Das aber ist ein Irrthum: was sich in Bremen nicht mehr bewährt hat, ist nicht das Selbsteinschätzungs-, sondern das Schoßverfahren, welches darin bestand, daß alljährlich die Höhe der zur Unterhaltung des Gemeinwesens erforderlichen Mittel bekannt gegeben und diese dann durch freiwillige Beiträge aufgebracht wurden, die der Einzelne ohne jede äußere Controle, lediglich nach eigener pflichtmäßiger Ueberlegung, zu bemessen hatte. Bei diesem Verfahren konnte der Bremische Staat sehr wohl bestehen, solange in der überwiegenden Mehrzahl seiner

Angehörigen der Stolz und das Pflichtgefühl eines alteingesessenen Bürgerthums lebendig war; seinem Bankerott mußte es natürlich entgegengehen, seit auch dort mehr und mehr lose Massen zuströmten, die wohl Anforderungen an das Gemeinwesen stellen, aber ohne Dankbarkeit und Anhänglichkeit wie sie ihm gegenüberstehen, jede Möglichkeit, sich ihrer Bürgerpflicht zu entziehen, bestens wahrnehmen. Natürlich würde man die nämliche Erfahrung auch hier machen, wenn es etwa mit Selbsteinschätzungen ohne jede Controle versucht werden sollte. Solcher indeß ist, und wie Redner glaubt in allerwirksamster Weise, durch den zweiten Punkt seines Antrags vorgesehen, der für die Ergebnisse der Selbsteinschätzungen volle Oeffentlichkeit fordert. Denn das Bewußtsein, seine Aussagen vor dem Richterstuhle der öffentlichen Meinung verantworten zu müssen, wird unzweifelhaft jeden Steuerpflichtigen unter einen moralischen Druck stellen, dem auch elastische Gewissen sich so leicht nicht entziehen dürften. Sollte dies aber in vereinzelt Fällen dennoch geschehen, so wäre mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß nachbarliche Aufsicht den städtischen Behörden Mittel an die Hand geben wird, gegen offenbare Unrechtfertigkeiten einzuschreiten. Daß bei dem allen die städtischen Finanzen nur gewinnen können, steht außer Zweifel. Ein Irrthum aber wäre es auch, zu glauben, der Einzelne werde dergestalt nothwendig härter als bisher angestrengt werden. Viel wahrscheinlicher ist, daß, sobald nur erst die thatsächlich vorhandenen Steuerkräfte allerseits gleichmäßig aufgerufen sind, eine Herabminderung der Steuersätze und damit für Alle, welche zur Zeit von ihrem wirklichen Einkommen bereits steuern, eine Erleichterung möglich sein wird. Nicht zu unterschätzen ist dann auch ein anderer Vortheil, welchen das neue Verfahren beiläufig mit sich bringen wird. Bis jetzt haben die städtischen Behörden allein zu sorgen, daß Jahr aus Jahr ein die nothwendigen Mittel des städtischen Haushalts vorhanden sind; werden selbige irgendwo einmal knapp, bleibt aus finanziellen Rücksichten der eine oder andre Wunsch unerfüllt, so fühlt Jedermann sich zu der Frage berufen: warum wird nicht Rath geschafft? und können leichtfertige Urtheile über die Fähigkeit und den guten Willen der städtischen Behörden, wie sie in solchen Fällen durch das Stadtgespräch, durch Zeitungsartikel und Theatercouplets in Umlauf gesetzt werden, des Beifalls in weiten Kreisen immer sicher sein. Das wird anders werden, wenn die Pflicht gewissenhafter Selbsteinschätzung jeden Steuerpflichtigen zu eigenem Nachdenken über die Schwierigkeiten der städtischen Verwaltung und über die Mitverantwortlichkeit jedes Einzelnen nöthigt. Diese Erwägungen, hofft Herr Krampe, werden die Versammlung veranlassen können, den beiden ersten Punkten seines Antrags näher zu treten; die im dritten Punkte empfohlene Maßregel aber sich durch die Thatsache rechtfertigen, daß der Stadtkasse alljährlich Tausende verloren gehen, indem zahlreiche säumige Steuerzahler auf und davon ziehen, die nachträgliche Eintreibung ihrer Rückstände in den meisten Fällen ein Ding der Unmöglichkeit ist. — Wenn nun der Herr Oberbürgermeister die vorgeschlagenen

Anordnungen wenigstens im nächsten Jahre noch für unausführbar hält, so verkennt Redner das Gewicht der obwaltenden Bedenken zwar nicht, für unbesiegbar aber kann er sie nicht halten. Daß er mit seinen Anträgen nicht schon früher hervorgetreten ist, hat seinen Grund darin, daß er vorher den Abschluß des nächstjährigen Stadtkassenetats glaubte abwarten zu müssen. Zeigt dieser nun das durch Communalsteuern zu deckende Deficit zur Höhe von 475,000 Mark angeschwollen, erfahren wir gleichzeitig, daß für außerordentliche Ausgaben eine Summe von 1,226,578 Mk erforderlich ist, so sind das Ergebnisse, welche dringend auffordern müssen, ohne weiteren Verzug alles zu thun was geeignet scheinen kann, die volle Steuerkraft der Stadt in Bewegung zu setzen. Finden die fraglichen Vorschläge Anklang, so dürfte bis zu Beginn des neuen Jahres immerhin noch Zeit genug sein, das Nothwendige anzuordnen. Andernfalls aber hindert wenigstens nichts und wird es sich um so mehr empfehlen, über die Sache an sich, unter Vorbehalt des etwa unvermeidlichen Aufschubs der Ausführung, sofort Beschluß zu fassen.

Der Krampesche Antrag wird lebhaft unterstützt und demnach der Finanz- und der Statutencommission zu gemeinsamer Vorberathung überwiesen.

Herr Steinau regt die Frage an, ob es im Interesse reiflicher Beschlußfassung nicht wünschenswerth, den Stadtkassenetat in einer vertraulichen Plenarsitzung vorzuberathen?

Der Herr Vorsitzende hält dies für überflüssig, da jedes Mitglied der Versammlung zur Theilnahme an den Commissionssitzungen ohnehin befugt ist; giebt aber der Finanzcommission anheim, die betreffende Sitzung demnächst in einem größeren Raume, etwa hier im Sitzungssaale, abzuhalten und damit solche Betheiligung in vollem Umfange zu ermöglichen.

Seitens der Finanzcommission wird dies zugesagt, über die Zeit jener Sitzung Abrede getroffen

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen;

worauf vertraulich

in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrates und der Stadtverordneten
eine Anzahl Steuerreclamationen zur Erledigung kommen.

rechnerisch ermittelt werden kann. Die Berechnung der
Kosten für die Herstellung eines Produktes ist in der
Tabelle 1 dargestellt.

1876.

(Fortsetzung der Beilage zum 30. Stücke des 1877
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 16.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. December 1876.

Öffentlich:

Antrag des Herrn Lucius auf Revision der Einwohnerlisten und Heranziehung der Gewerbetreibenden zum Bürgerrechte.

Beschluß über die Anstellung zweier Lehrer bei der Realschule.

Desgl. über die Anlage eines Fußweges zur kürzern Verbindung der westlichen Stadttheile mit der Civilbadeanstalt.

Desgl. über die Aufnahme eines Grundstücks der Actienbierbrauerei „Streitberg“ in die städtische Feldmark.

Feststellung des städtischen Haushaltsetats für das Jahr 1877.

Beschluß über die Anstellung eines Mülhenschreibers.

Bewilligung von Gehaltszulage für einen Zeichenlehrer.

Desgl. eines Betriebsfonds für die städtische Realschule.

Beschluß über die Anstellung zweier Magistratschreiber.

Uebersicht der diesjährigen Geschäftsthätigkeit der Versammlung.

Entschuldigt die Herren Ding und Steinacker. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Das Protocoll vom 23. November wird bis auf einen Druckfehler S. 185, wo Z. 3 v. u. die für den Schuldirector beantragte Miethsentschädigung zu 1500 statt zu 900 Mark angegeben ist, als richtig anerkannt.

Herr Lucius bringt den Antrag ein,

daß der Magistrat ersucht werde, auf Grund einer revidirten Einwohner

liste alle diejenigen Gewerbetreibenden hiesiger Stadt, welche das Bürgerrecht noch nicht erworben haben, förderksamst hierzu heranzuziehen.

Die Begründung dieses Antrags wird bis nach Schluß der Tagesordnung vorbehalten,

vor deren Eintritt ferner

I. auf mündlichen Vortrag des Herrn Oberbürgermeisters Caspari die Versammlung mit Magistrat und Schulvorstand sich dahin einverstanden erklärt, daß bei der städtischen Realschule auf Ostern k. J. für den Unterricht in Geschichte und neueren Sprachen zwei seminaristisch vorgebildete Lehrer, der eine mit dem Minimalgehalte von 1600 Mk., der andre, welcher schon längere Zeit an der städtischen Gewerbeschule in Remscheid thätig gewesen ist, mit einem Gehalt von 2320 Mark und unter Bewilligung von 450 Mk. als Beisteuer zu seinen Umzugskosten, sollen angestellt werden.

Wie alsdann

II. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff berichtet, hat laut eines nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Magistratschreibens vom 24. d. M. der Bademeister Nylius um Erlaubniß zur Anlage eines Fußweges gegeben, der vom Eisenbahnparke aus die Westseite der Mier entlang hinführen, diese bei der Civilbadeanstalt mittels einer Brücke überschreiten und so den in den westlicheren Stadttheilen heimischen Badegästen einen nähern Zugang dahin eröffnen soll. Auf die Bedingungen, von denen Herzogliche Kammer ihre Genehmigung abhängig macht, ist der Antragsteller bereits eingegangen; für eine Einfriedigung des projectirten Weges gegen das Grundstück der Wasserkunst hat er sich zur Zahlung von 300 Mark erboten, erforderlichen Falls auch den Weg auf Verlangen des Magistrats unweigerlich wieder zu beseitigen versprochen und auf Erhebung von Brückengeldern ein für alle Mal verzichtet. Indem der Magistrat die fragliche Anlage, soweit sie städtisches Terrain in Anspruch nimmt, nunmehr auch der Versammlung zur Genehmigung empfiehlt, giebt er anheim, sich einverstanden zu erklären, daß etwaige Mehrkosten der Einfriedigung sowie deren Unterhaltung vom Wasserwerke geleistet, die von Herzoglicher Kammer geforderten Verpflichtungen aber eventuell auf die Stadt übernommen und von dieser dann contractlich auf den Bademeister Nylius übertragen werden —

ein Antrag, dem auf Empfehlung der Commission die Versammlung in allen Punkten ohne weiteres entspricht.

III. In einem gleichfalls nachträglich eingegangenen Schreiben vom 19. d. M. stellt der Magistrat zur Genehmigung der Versammlung ein mit Herzoglicher Kreisdirection, der Gemeinde Ribdagshausen und der Actiengesellschaft »Streitberger Bierbrauerei« getroffenes Abkommen, kraft dessen ein durch letztere angekauft und

bebautes Ackerstück von 1 Morgen 108 □ Ruthen, welches unmittelbar neben der Brauerei belegen ist aber zur Riddagshäuser Feldmark gehört, zur Vermeidung von Irrungen wegen der Grund- und der Communalsteuer aus seinem bisherigen Verbande losgetrennt und zur städtischen Feldmark gelegt werden soll.

Namens der Statutencommission durch Herrn Lucius empfohlen, wird auch dieser Antrag von der Versammlung genehmigt.

Der Tagesordnung gemäß gelangen nunmehr

IV. die der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 22. Novbr. zugegangenen Etats des städtischen Haushalts für das Jahr 1877 und mit diesen auf Vorschlag Herrn v. Seckendorffs als Referenten der Finanzcommission die sonst noch vorliegenden besonderen Anträge des Magistrats zur Verhandlung, welche sämmtlich die Abänderung einzelner Positionen des ursprünglichen Entwurfs einschließen.

Zunächst

V. mit dem Etat der Neustadtmühle ein Antrag vom 12. d. M.

Da die bisher von Herzoglichem Hauptsteueramte angestellten Mühlenschreiber, denen außer der Mahlsteuererhebung auch das Wägen des eingelieferten Getreides und des zurückgegebenen Mehles sowie die Führung der Wägeregisters obliegt, bei Aufhebung der Mahlsteuer am 1. Januar 1877 außer Function treten werden, diese ihre Nebengeschäfte aber auch fernerhin noch versehen werden müssen, so hat der Magistrat den einen der gedachten Beamten, Mühlenschreiber Lüddecke, in seiner Stellung von Stadt wegen beizubehalten und selbigem zugleich dann die Erhebung der Mahllöhne zu übertragen beschlossen. Letztere sollen von ihm je nach vier- undzwanzig Stunden an die Stadtkasse abgeliefert, die darüber ausgestellten Quittungen am Schlusse jeder Woche unter Zuziehung des Mühlenmeisters von den mit der Oberaufsicht der Mühlenverwaltung betrauten Personen mit den Abschlüssen der Wäge- und Mahllohnregister verglichen werden — eine Einrichtung, mittels welcher der Magistrat nicht nur das finanzielle Interesse der Stadt hinlänglich gesichert glaubt, sondern auch den Mahlgästen, welche die Gebühren bislang nicht in der Mühle selbst sondern nur bei Herzoglichem Hauptsteueramte entrichten konnten, eine erwünschte und somit ohne Zweifel auch auf die Frequenz des Mahlverkehrs günstig einwirkende Erleichterung zu schaffen überzeugt ist. Die hiernach für den p. Lüddecke beantragte Remuneration von jährlich 750 Mark, deren Verwilligung die Finanzcommission ebenfalls anheimgiebt,

würden unter den veranschlagten Ausgaben des Mühlenetats nachträglich in Ansatz zu bringen sein, die Commission aber desfalls für unbedenklich halten, dem entsprechend auch den Voranschlag der Einnahmen um 750 Mark zu erhöhen, den muthmaßlichen Reinertrag also nach wie vor zu 8365 Mark 36 Pf. anzusetzen.

Herr Schöttler setzt in diese Annahme kein großes Vertrauen, da bei der Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Einrichtungen des Werkes nur zu leicht Betriebsstörungen eintreten können, die nicht allein jede Aussicht auf Gewinn zu zerstören, sondern auch beträchtliche Unterbilanzen herbeizuführen geeignet sind. Um eine sichere Rente zu erzielen, wären mancherlei durchgreifende technische Verbesserungen, wäre nicht minder aber auch eine angemessene Erhöhung der Mahllöhne erforderlich. Das Interesse der Stadt wird hierin um so unbedenklicher vorangestellt werden dürfen, als die jetzigen, unverhältnismäßig niedrigen Sätze nicht etwa den kleinen Leuten, sondern lediglich Denen zu gut kommen, die mit großen Posten in den Mahlregistern figuriren. Nicht daß Redner auf Grund dieser Betrachtungen den vorliegenden Etat zu bemängeln gedächte; was ihn darauf zurückzukommen veranlaßt, ist lediglich der Wunsch, sie für die Folge zu thunlichster Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Oberbürgermeister Caspari bittet, in dieser Angelegenheit auf den Magistrat vorläufig keinen Druck auszuüben, da die Neustadtmühle aller Wahrscheinlichkeit nach nicht dauernd im Besitze der Stadt bleiben wird, vorläufig also die Beibehaltung der bisherigen Einrichtungen das Richtige und jedenfalls mit geringerm Risiko verbunden sein dürfte als jeder Versuch, die Rentabilität des Werkes durch bedeutende Aufwendungen zu erhöhen.

Herr Schöttler läßt diese Erwägung zwar gelten, möchte gleichwohl aber noch zu bedenken geben, daß eine Steigerung der Mahllöhne gerade im Hinblick auf die Eventualität des Verkaufes dringend indicirt erscheinen muß. Denn bei den jetzigen Löhnen würde kein Privatunternehmer bestehen können, ein annehmbarer Preis aber natürlich eher zu erzielen sein, wenn der Käufer die Bedingungen einer angemessenen Rente bereits vorfände, als wenn er solche selber erst schaffen müßte.

Nachdem die Herren Flagg e und v. Seckendorff darauf hingewiesen haben, daß es sich unter allen Umständen empfehlen dürfte, vor weiteren Maßnahmen in der angedeuteten Richtung erst abzuwarten, welche Ergebnisse der Betrieb nach Aufhebung der Mahlsteuer liefern wird,

genehmigt die Versammlung den vorliegenden Etat der Neustadtmühle mit der commissionsseitig vorgeschlagenen Aenderung.

Unverändert und ohne Discussion wird der Specialetat für das Armenwesen angenommen, welcher mit einem aus der Stadtkasse zu deckenden Deficit von 43,878 Mk 50 Pf. abschließt.

Zu dem Etat für die Gemeindeschulen beantragt die Commission, unter den Ausgaben

1) als Gehalt für den Schuldirector nach Maßgabe des Beschlusses vom

14. d. M. statt der angesetzten 3825 Mark nur die für das erste Quartal 1877 nach dem bisherigen Fuße wirklich zu zahlenden 600 Mark zu verwilligen;

- 2) unter Genehmigung eines nachträglich unterm 2. d. M. eingegangenen Magistratsantrages die Position für den Zeichnenunterricht der mittlern Bürgerschule um 75 Mark als Zulage für den Zeichenlehrer Heel zu erhöhen;
- 3) in Betreff der für den Unterricht der Hilfslehrer ausgeworfenen 150 Mk angesichts der bevorstehenden Umgestaltung der Seminarverhältnisse die Erwartung auszusprechen, daß davon nur die erste Quartalsrate zur Auszahlung kommen werde;
- 4) in Voraussicht der spätestens auf Michaelis nächsten Jahres nothwendigen abermaligen Vergrößerung der mittleren Bürgerschulen die Position für unerwartete Ausgaben von 5320 Mk 57 Pf. auf 10,170 Mk 57 Pf. zu erhöhen,

wonach dann die Summe der Ausgaben 214,779 Mark 8 Pf., der erforderliche Zuschuß 161,467 Mark betragen würde.

Die Versammlung, mit diesen Vorschlägen einverstanden, genehmigt den dergestalt modificirten Etat.

Im Etat der höhern Töchter Schule ist der Schulgelddertrag zu 26,000 Mk angenommen. Ueberzeugt, daß sich in Wirklichkeit eine Mehreinnahme ergeben wird, schlägt die Commission vor,

diese Position um 500 Mk. zu erhöhen.

Da nachträglich für die Lehrerinnen Fr. Peters, Sonnenburg und M. Haars eine Gehaltserhöhung von je 150 Mk beantragt ist, würde nach Verwilligung derselben, welche die Commission ebenfalls empfiehlt, und unter Hinzunahme eines Quartalbetrages der gleichen Zulage für die zu Ostern 1877 in den Ruhestand tretende Lehrerin Fr. Hofmeister

die Ausgabe für Besoldungen und Remunerationen zu 36,661 Mk 50 Pf. anzusetzen sein.

Werden endlich zu bequemer Abrundung

dem Ansätze für »verschiedene Ausgaben« 12 Mk. 50 Pf. zugelegt, so bleibt bei 42,934 Mk Ausgabe und 29,500 Mk Einnahme aus der Stadtkasse die Summe von 13,434 Mk zu decken.

Herr Flagg e erinnert daran, daß er seines theils von Anfang an dringend gerathen hat, die höhere Töchter Schule zur Aufnahme von dreihundert Schülerinnen herzurichten. Indem damals beschränktere Räume für ausreichend gehalten, hinterher dann aber wider Erwarten fort und fort neue Vergrößerungen nothwendig wurden, hat man sich von Jahr zu Jahr zu außerordentlichen Ausgaben bequemen müssen,

in Folge deren die Schule, die bis vor einigen Jahren ihre Kosten selber aufbrachte, nunmehr ansehnliche Zuschüsse erfordert. Angesichts der mannichfachen, wegen Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel einstweilen nicht zu beseitigenden Nothstände bei den anderen Gemeindeschulen, glaubt Redner eine derartige Begünstigung gerade dieser vorwiegend den wohlhabenderen Einwohnern zu statten kommenden Schule fernerhin nicht mehr verantworten zu können. Er beantragt daher, den angeforderten Zuschuß diesmal zu verweigern und dem Magistrate eine dem Bedürfnis entsprechende Steigerung der Schulgeldsätze anheimzugeben —

ein Antrag, welchem Herr Kunze sich mit dem Hinweis auf die Thatsache anschließt, daß die gleiche Forderung schon bei Berathung des diesjährigen Etats seinerseits angeregt, von der Versammlung auch beschlossen, gleichwohl aber vom Magistrate, wie der vorliegende Etat zeigt, unberücksichtigt geblieben ist.

Herr Schöttler räumt ein, daß das in Rede stehende Ergebniss kein befriedigendes ist, kann aber mit der von den Vorrednern empfohlenen Abhilfe sich nicht einverstanden erklären, bevor er die Gewißheit hat, daß eine Mehrzahl unter den Schülerinnen der höhern Töcherschule nicht solchen Einwohnerkreisen angehört, denen die jetzigen Schulgeldsätze schon hinlänglich schwer fallen. Wäre dies der Fall, läge die Befürchtung nahe, daß die vorgeschlagene Maßregel unverhältnismäßig Viele, die durch ihre besonderen Bedürfnisse auf die höhere Töcherschule angewiesen sind, von dieser ausschließen müßte, so würde Redner die Nothwendigkeit, den übrigen Steuerzahlern zu Gunsten dieser Kinder ein kleines Opfer aufzuerlegen, für das geringere Uebel halten.

Herr Mühe kann in der That nur bestätigen, daß die höhere Töcherschule vielfach von solchen Kindern besucht wird, die einer höhern Schulbildung bedürfen, um demnächst erwerbsfähig zu werden, deren Eltern aber ein noch theureres Schulgeld nicht wohl würden erschwingen können. Diesen die Wohlthat einer Beihilfe aus öffentlichen Mitteln zu entziehen, wäre nicht nur hart, sondern auch unbillig, da unstreitig doch das städtische Schulwesen als ein untrennbares Ganzes anzusehen ist, dessen einzelne Theile gleiches Anrecht auf das Wohlwollen und die Fürsorge der Gemeinde haben. Und daß die höhere Töcherschule nicht etwa für übertrieben bevorzugt gelten kann, liegt vor Augen, wenn man erwägt, daß von den Zuschüssen für sie auf die einzelne Schülerin etwa 30 Mk., also nur eine bis anderthalb Mark mehr entfallen als der Stadt jedes Kind in den Bürgerschulen kostet, während für die städtische Realschule zur Zeit nicht weniger als 50 Mk. auf den Kopf erforderlich sind. Hiernach kann Redner es nicht für gerechtfertigt halten, auf den Magistrat beantragter Maßen einen Druck auszuüben. Ganz von selbst aber wird der gewünschte Wandel eintreten, sobald erst die Mittelschule, deren Organisation bereits im Werke ist, einen Theil des jetzigen Zubranges zur höhern Töcherschule auf sich ablenkt. Natürlich wird letztere dadurch auch finanziell be-

trächtlich erleichtert werden, und falls sie dann etwa ihre Kosten immer noch nicht allein sollte decken können, würde man allerdings mit geringeren Bedenken als heute zu dem vorgeschlagenen Mittel greifen dürfen, da die ihr nach jener Scheidung noch bleibenden Schülerinnen voraussichtlich nicht mehr grade der Mehrzahl nach solche sein werden, die eine Schulgeldderhöhung allzu hart träfe.

Herr Steinau bekennt sich von der somit eröffneten Perspektive einigermaßen überrascht, würde aber nichts mehr beklagen als eine derartige Entwicklung der Sache. Denn was vor allem der Gemeinde und dem Staate noththut, ist eine einheitliche Volksschule, auf deren unterster Stufe obligatorisch die Kinder aller Stände ihren Bildungsgang anzutreten hätten, deren obere Stufen, zu jeder Art höherer Bildung führend, keinem begabten und fleißigen Schüler verschlossen sein dürften. Dieser Forderung aber würde die Einschlebung einer Mittelschule, wie Herr Mühe sie in Aussicht stellt, gradesweges entgegen wirken. Indem sie in sich die Kinder des mittlern Bürger- und Beamtenstandes sammelte, welche gegenwärtig theils in der höhern Töcherschule theils in den Bürgerschulen vertheilt sind, würden ersterer sich unfehlbar die Aristokratie, die höheren Beamten und die Reichen bemächtigen, letzteren die Kinder der Unterbeamten und des Proletariats anheimfallen, erstere also vollends über die gesunde Mittellinie hinausgeschneelt, letztere nur noch tiefer darunter hinabgedrückt und somit die bestehenden Klassenunterschiede abermals verschärft, den schon vorhandenen socialen Zerklüftungen eine neue hinzugefügt werden. Was Herr Mühe ferner über den besonderen Beruf und Nutzen der höhern Töcherschule anführt, erleidet mindestens eine starke Einschränkung. Für eine eigentlich höhere Bildungsanstalt kann sie in Wahrheit nur in ihren oberen Klassen gelten; daß ihre Leistung in den unteren sich in keiner Weise über das Niveau der Bürgerschulen erhebt, ergeben die, wie Herr Mühe als Lehrer selbst wird zugeben müssen, gar nicht seltenen Fälle, daß Schülerinnen, die eine Bürgerschule bereits durchgemacht haben und hierauf in eine Oberklasse der höhern Töcherschule eintreten, hinter ihren dortigen Mitschülerinnen nicht nur nicht zurückbleiben, sondern diesen sich überlegen zeigen, weil eben ihre Elementarbildung auf gebiegenerem Grunde ruht. Demnach wird man es lediglich als eine Einbildung bezeichnen dürfen, wenn diese oder jene Eltern ihren Kindern eine bessere Bildung zu sichern meinen, indem sie selbige von früh auf in die höhere Töcherschule schicken; für die allermeisten aber ist dabei sicherlich nicht einmal diese Erwägung, sondern lediglich ein Antrieb der Eitelkeit maßgebend, die, mehr auf den Schein als auf das Wesen höherer Bildung gewandt, in erster Linie den sogenannten bessern Umgang, d. h. den Umgang mit gepuhten und anspruchsvollen Kindern im Auge hat, wie solche in der höhern Töcherschule den Ton angeben. Und daß letztere grade hierdurch mit einem wenig wünschenswerthen Schülermaterial überlastet wird, mit einer unverhältnißmäßig großen Anzahl solcher Mädchen nämlich, die niemals in die erste Klasse gelangen, sondern schon aus der

zweiten oder gar aus der dritten abgehen, kann Herrn Mühe nicht verborgen sein. Stellt sich demnach aber die höhere Töcherschule überwiegend als eine Kurusanstalt für die höheren und besser situirten Volksklassen dar, so werden diese wenigstens der Forderung, allein auch dafür aufzukommen, sich nicht wohl entziehen können.

Herr Mühe legt Protest ein gegen die Darstellung, als diene die höhere Töcherschule der Pflege von Hochmuth und Aufgeblasenheit, als fördere ihr Unterricht nur die Verbildung gewisser Volksklassen. Einzelne schlechte Elemente, wie sie in allen Schulen vorkommen, finden sich natürlich auch unter ihren Schülerinnen; unbedenklich aber wird man sagen dürfen, daß ihre Resultate im allgemeinen jede billige Kritik mit Ehren bestehen können. Wenn hier gelegentlich allerdings ein aus den Bürgerschulen übergetretenes Kind rascher vorwärts kommt als alte Schülerinnen der Anstalt, so darf man nicht vergessen, daß es meist eben besser begabte Kinder sind, die diesen Gang nehmen. Daß sie gleichen Erfolg nicht haben würden, wenn sie der höhern Töcherschule von Anfang her angehört hätten, wird sich nicht beweisen lassen; Thatsache vielmehr ist, daß bei durchschnittlicher Befähigung und solidem Fleiße auch diejenigen die den ganzen Cursus dieser Anstalt durchmachen, das ihr gesetzte ~~Zeit~~ ^{1 Ziel} sehr wohl erreichen. Was Herr Steinau von jenem weniger wünschenswerthen Materiale sagt, das nicht soweit gelangt, ist richtig; eben von diesem Materiale aber soll die geplante Mittelschule die höhere Töcherschule ebenso befreien, wie die städtische Realschule denselben Dienst den Gymnasien leistet. Die sociale Berückichtigung damit zu befördern, wird natürlich bei diesem Plane ebensowenig beabsichtigt, wie seine Ausführung solche Folge haben dürfte.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist auf die praktischen Schwierigkeiten hin, welche einer sofortigen Durchführung des flaggesehen Antrags entgegenstehen. Er giebt daher anheim, den vorliegenden Etat zunächst unverändert zu genehmigen, die vorliegende Frage aber einer weiteren Prüfung vorzubehalten, zu der er die bereitwillige Mitwirkung des Magistrates in Aussicht stellt.

Nachdem damit die Debatte geschlossen ist,

Herr Steinau auch, zu einer persönlichen Bemerkung das Wort nehmend, erklärt hat, daß seinerseits Anklagen wie die, gegen welche Herr Mühe die höhere Töcherschule in Schutz nehmen zu müssen geglaubt, gar nicht ausgesprochen sind,

wird der Etat der höhern Töcherschule in Gemäßheit der Commissionsanträge festgestellt.

Ohne Discussion gelangen hierauf die Etats des Lehrerinnenfeminars und der städtischen Realschule zur Genehmigung,

und wird

VI. auf einen nachträglichen Antrag des Magistrates beschlossen, die bei letzterer

in dem Quartale vom 1. Oct. bis 31. December d. J. eingekommenen Schulgelder dem Rechnungsführer als Betriebsfond zur Verfügung zu stellen.

Die Einnahmen der Wegebaukasse sind zu 34,015 Mk. 17 Pf., die Ausgaben zu 45,155 Mk. veranschlagt.

In Anbetracht, daß die Wege vor den Thoren noch in völlig unzulänglicher Beschaffenheit daliegen, für die somit zu erledigenden Arbeiten aber die Zahl der bisher fungirenden Wegebaubeamten offenbar nicht ausreicht, möchte Herr Munte auf diesen Etat mindestens 60,000 Mk. zur Verfügung gestellt sehen.

Diesen Antrag unterstützt Herr Nieß, indem er zum Beweise der Unzulänglichkeit der vorhandenen Arbeitskräfte die Thatsache anführt, daß an der Goslarschen Straße die bei der Wegebesserung aufgehäuften Kothmassen seit neun Monaten der Beseitigung harren, ohne daß seines Wissens der Magistrat den verantwortlichen Beamten deswegen eine Rüge ertheilt hätte.

Herr Oberbürgermeister Caspari wendet ein, daß solche Erhöhung der fraglichen Position ins Ungewisse hinein das feste Princip, nach welchem die Kosten für Unterhaltung der Communalwege früher berechnet sind, über den Haufen werfen und somit leicht zu Ausgaben führen würde, die mehr oder weniger unnütz. Andererseits sind nöthigenfalls für bestimmte Zwecke auch unter Ueberschreitung des Voranschlags ausreichende Zuschüsse immer gewährt worden. Uebelständen wie den von Herrn Nieß angeführten abzuhelpen, würde demnach unter allen Umständen eine Reclamation beim Magistrate genügen.

Auf die Bemerkung des Herrn Solmitz: jene Drechshäusen an der Goslarschen Straße dürften schwerlich eine Erhöhung des Etats um 15,000 Mk. rechtfertigen,

erwidert Herr Nieß, daß Herr Solmitz sich schwerlich den Dank der Außenwohner erwerben dürfte, wenn er ihre gerechten Beschwerden mit einem Wige abfertigt. Dem Herrn Oberbürgermeister gegenüber präcisirt er seine Meinung dahin, daß es nicht sowohl an den erforderlichen Geldmitteln als an den nöthigen Arbeitskräften fehle, um die Wege ordnungsmäßig im Stande zu halten.

Herr Solmitz macht dem Vorredner bemerklich, daß ihm die Absicht eines »Wiges« an diesem Orte fernliege, daß er hier vielmehr unter allen Umständen nur das auszusprechen gemeint sei, was ihm nach Maßgabe des Sachverhalts angemessen scheine.

Herr Flaggge giebt zu bedenken, daß einerseits manche Wege vor den Thoren — und auch die Goslarsche Straße gehört zu dieser Kategorie — vom Lastverkehr in einer Weise mitgenommen werden, die eine streng ordnungsmäßige Instandhaltung von vornherein zur baaren Unmöglichkeit macht, daß andererseits aber auch ein Fall, wie Herr Nieß ihn hervorhebt, einigermassen entschuldbar erscheinen dürfte, wenn man bedenkt, daß die Wegewärter sich durch Verkauf des angehäuften Straßen-

schmuzes als Dungstoff einen kleinen Vortheil verschaffen, hierbei naturgemäß aber den Zeitpunkt der Abfuhr nicht immer in ihrer Hand haben. Sollte dies hie und da einmal in dem angegebenen Maße zu Ordnungswidrigkeiten führen, so würde eine Beschwerde der Interessenten ohne Zweifel rasch und sicher Remedur schaffen.

Unter Ablehnung des Antrags der Herrn Munte und Rieß genehmigt die Versammlung hierauf den Etat in seiner vorliegenden Form.

Desgleichen ferner den Etat der Hundesteuer-Kasse.

Zum Stadtkassen-Etat übergehend,

richtet namens der Commission der Herr Referent an den Magistrat das Ersuchen, veranlassen zu wollen, daß zur Erleichterung der Uebersicht die Zählung der Positionen in dem gedruckten Auszuge und in dem handschriftlich zur Vorlage kommenden ausführlichen Entwürfe künftig übereinstimme.

Unter den Einnahmen dieses Etats sind die Gebühren für die vom Stadtbaumeister vorgenommenen Revisionen neuer Feuerstätten und Baupläne mit 3000 Mk. in Ansatz gebracht.

Wegen dieser Position kommt Herr Munte auf gewisse Bedenken zurück, die er bereits in der Commissionsitzung zur Sprache gebracht hat. Da nämlich nach § 13 der Bauordnung alle Verhandlungen und Ausfertigungen des Stadtbauamts und der übrigen Baupolizeibehörden kostenfrei sein sollen, so sind seiner Meinung nach die hier verrechneten Abgaben an sich schon nicht zu rechtfertigen. Es kommt aber hinzu, daß sie meist zu Beträgen erhoben werden, denen die wirkliche Mühewaltung der Beamten nicht entspricht, wie denn auch, wenn etwa Vermessungen nöthig waren, der Geometer von den liquidirten 15—18 Mk. notorisch nur 6—8 Mk. erhält. Wenn der Herr Oberbürgermeister das Publicum, wo es sich dergestalt übertheuert findet, auf den Beschwerdeweg verweist, so kann Redner damit die Reclität, die von einer Behörde noch mehr als von jedem Privatmanne gefordert werden muß, nicht für ausreichend gewahrt halten. Seinerseits giebt er anheim, diese Besteuerung gänzlich abzuschaffen und demnach die fragliche Position zu streichen.

Herr Oberbürgermeister Caspari wiederholt, was er Herrn Munte ebenfalls schon bei den Commissionsverhandlungen entgegen hat, daß nämlich zu richtiger Würdigung der Sachlage auch der übrige Inhalt jenes § 13 in Betracht zu ziehen ist, wo es heißt: »Sind von dem Stadtbaumeister besondere Untersuchungen, Messungen u. s. w. vorzunehmen, so ist dafür eine besondere Vergütung an die Stadtkasse zu zahlen, die von dem Stadtbauamt nach Verhältniß der aufgewandten Zeit, und zwar mit zwei Thatern für die Arbeit von je acht Stunden, festgesetzt wird.« Hiernach wird überall nicht mehr der Rechtsbestand dieser Gebühren, sondern nur etwa noch deren Höhe in Frage kommen können. Auf den Fall, daß dieserhalb Differenzen entstehen, schreibt ferner der gedachte Paragraph einen Recurs an den Stadtmagistrat vor.

Herr Munte beharrt bei seinem Antrage, da aus der angezogenen Bestimmung ganz unzweifelhaft hervorgeht, daß eben nur wirkliche Arbeiten, welche die Revision eines Bauplans etwa mit sich bringt — Vermessungen, Correcturen ungenügender Zeichnungen u. dgl. — vergütet werden sollen, während der herrschenden Praxis nach auch bloße Schreibereien, Leistungen also, zu denen der Stadtbaumeister unstreitig doch schon von Amts wegen verpflichtet ist, mit einer Taxe belegt sind, kostenfrei, wie Herr Nieß hinzufügt, nur die nicht genehmigten Pläne zurück-
erfolgen.

Einem Mißverständniß zu begegnen, in dem die Ausführungen Herrn Mantes sich zu bewegen scheinen, erinnert Herr Oberbürgermeister Caspari daran, daß von den so einkommenden Geldern dem Stadtbaumeister selbst oder dessen Hilfsbeamten auch nicht ein Pfennig zufällt, alles vielmehr, ohne auch nur durch die Hände dieser Personen zu gehen, direct bei der Stadtkasse einzuzahlen ist. Und ebenso wenig hat die Stadt auch bei dieser Auflage ein eigentlich finanzielles Interesse: was dieselbe räthlich erscheinen ließ, war lediglich die Befürchtung, daß die städtischen Baubeamten, wenn ihre guten Dienste bei Revision von Bauplänen Jedermann ganz unentgeltlich zur Verfügung ständen, zum Nachtheil ihrer sonstigen Amtsthätigkeit ungebührlich stark vom Publicum in Anspruch genommen werden möchten. Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Anordnung wird man vielleicht streiten können. Indessen sie besteht einmal und wird seit zwölf Jahren unbeanstandet ausgeübt, sie kurzer Hand, ohne sorgsame Prüfung des Für und Wider preiszugeben, würde immerhin nicht unbedenklich sein, und keinesfalls wäre jetzt, inmitten der Etatsberathung, der geeignete Augenblick für solche Erwägung. Demnach kann der Herr Oberbürgermeister nur empfehlen, die Position diesmal noch wie bisher zu genehmigen und die streitige Frage demnächst bei Feststellung des neuen Baustatuts zum Austrag zu bringen.

Dafür spricht auch Herr Solmitz sich aus, zumal er angesichts der Rechtslage, wie sie einstweilen durch die angeführte statutarische Bestimmung gegeben ist, die Versammlung nicht für befugt erachten kann, den beantragten Abstrich zu beschließen.

In der Voraussetzung, daß die in Aussicht stehende neue Bauordnung hierin gewünschter Maßen Wandel schaffen werde, zieht Herr Munte seinen Antrag zurück,

worauf die Einnahmepositionen des Stadtkassenetats einschließlich der soeben discutirten genehmigt werden.

Unter den Ausgaben sind in der Position »Besoldungen und Löhne für die Mitglieder des Stadtmagistrats und das Hilfspersonal« 1200 Mk zu Behuf der Anstellung zweier neuen Schreiber ausgeworfen, wogegen durch die feste Anstellung zweier älteren, des Magistratschreibers Fr. Rautmann und des Stadtkassenschreibers R. Rautmann, welche

VII. vom Magistrate unterm 2. d. M. beantragt ist und auf Empfehlung der

Finanzcommission bei dieser Gelegenheit auch seitens der Versammlung genehmigt wird,

neue Lasten nicht erwachsen.

An Gehaltszulagen werden für den Stadtkassencontroleur Schmidt 150, den Schreiber Barth 180, den Schreiber Dehlmann 120 Mark in Vorschlag gebracht und von der Versammlung ebenso wie jene Mehrausgabe für zwei neue Schreiber verwilligt.

Ebenso waren Gehalts erhöhungen von je 150 Mk für den Architekten Schmidt, den Bauverwalter Böcker und den Baugehilfen Weissensee in Aussicht genommen. Inzwischen aber hat die Commission sich mit dem Magistrat dahin verständigt, daß der Versammlung empfohlen werde, besagte 450 Mk an dieser Stelle abzusehen, sie aber auf den Fall, daß sich gewisse Beschwerden, zu deren Untersuchung der Magistrat sich anheischig gemacht, als unbegründet herausstellen sollten, aus den für unvorhergesehene Bedürfnisse ausgeworfenen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Herr Flagge, der zu erwägen bittet, daß ein solcher Beschluß den Schein eines Mißtrauens gegen den Stadtbaurath tragen würde, da dieser die Zulagen dringend befürwortet hat,

hält Herr v. Seckendorff entgegen, daß der fragliche Punct nach übereinstimmender Ansicht des Magistrates und der Commission allerdings einer Aufklärung bedarf, bei der unter allen Umständen beiden Theilen ihr Recht bestens gewahrt sein wird.

Damit kein falscher Verdacht Platz greife, will Herr Oberbürgermeister Caspari der Versammlung einige nähere Auskunft über die Sachlage nicht vorenthalten. Die Commission hat ebenso wie der Magistrat anerkannt, daß die fraglichen Gehalte bisher zu niedrig bemessen waren und billiger Weise wohl nicht nur um 150 sondern um 300 Mk und mehr aufgebessert werden müßten. Andererseits jedoch ist zur Sprache gekommen, daß die genannten Hilfsarbeiter ihre Einnahmen durch Anfertigung von Baurissen für Private von jeher erheblich zu vermehren gewußt haben und hierauf neuerdings bei dem notorischen Umfange dieser Thätigkeit augenscheinlich zuviel Zeit verwenden, als daß ihre Amtsgeschäfte darunter nicht leiden müßten. Nach ihrer Instruction haben sie zwar für jede derartige Arbeit die besondere Erlaubniß ihres Chefs einzuholen, und der Stadtbaurath zweifelt einstweilen nicht, daß sie diese Vorschrift gewissenhaft beobachtet haben. Zu aller Sicherheit indessen hat der Magistrat denselben angewiesen, sich nochmals zu vergewissern, ob hierin nicht doch vielleicht zum Schaden des Dienstes eine laxer Observanz eingerissen ist. Wenn die Versammlung nun ihre Beschlussfassung bis dahin auszuschieben vorzieht, so dürfte hiergegen in der That kaum ein triftiger Einwand zu erheben sein.

Herr Flagge hingegen glaubt, daß die Frage nur sein kann, ob jene Beamte Privatarbeiten während der Büreaustunden angefertigt haben: wäre dies der Fall,

so müßte ohne Zweifel noch ganz anders verfahren werden als hier beantragt ist. Eine solche Pflichtverletzung aber wird der Natur der Sache nach immer nur schwer zu erweisen sein, und da der Stadtbaurath, der für die Amtsführung seiner Untergebenen verantwortlich und allein in der Lage ist der Sache auf den Grund zu kommen, beruhigende Versicherungen abgegeben hat, so würde es in der That auch auf ein Mißtrauensvotum gegen ihn hinauslaufen, wenn man noch auf eine weitere Untersuchung bestände. Wollte man ganz sicher gehen, den aufgetauchten Verdacht völlig ausschließen, so müßte man jenen Beamten die Befassung mit Privatarbeiten schlechthin untersagen. Damit aber würden sie eine Einbuße erleiden, für die ihnen unter den obwaltenden Verhältnissen eine ausreichende Entschädigung seitens der Stadt schwerlich gewährt werden könnte. Und auch dem bauenden Publicum würde damit ein schlechter Dienst geleistet sein. Denn wenn jenen Beamten in Wahrheit, wie behauptet wird, Privataufträge in so übergroßer Anzahl zufließen, so wird man daraus eben abnehmen dürfen, daß die anderen Architekten hiesiger Stadt dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügen können.

Herr Nieß vermag nicht zuzugeben, daß ein Beschluß im Sinne des vorliegenden Antrags irgendwie kränkend für den Stadtbaurath sein könnte. Die beregte Thatsache steht für ihn außer Zweifel, den unwiderleglichen Beweis dafür liefern die zahlreichen von der Hand jener Beamten herrührenden Baupläne, die sich bei den Acten des Stadtbauamts selbst vorfinden: daß diese Masse Arbeit nicht die Frucht von Mußestunden sein kann, muß jedem Kundigen auf den ersten Blick einleuchten. Was Herr Flagge zur Erklärung dieses Zubranges von Privataufträgen hervorhebt, kann Redner nicht gelten lassen: nicht daß dergleichen Arbeiten etwa von anderen Architekten nicht zu erlangen wären, ist der Grund weswegen das bauende Publicum sie den Gehilfen des Stadtbauraths zuwendet, sondern daß es sicher sein kann, die von diesen gezeichneten Pläne ohne Weitläufigkeiten vom Stadtbauamt genehmigt zu sehen. Denn bekanntlich liegt eben diesen Beamten in erster Linie die Controle der Privatbauten ob, und so entsteht denn hieraus noch der zweite Mißbrauch, daß Fälle geschaffen werden, in denen sie Richter in eigener Sache sind. Gewiß Grund genug, diese Gepflogenheit nicht länger zu dulden. Daß die drei Beamten für den Ausfall ihrer Einnahmen thunlichst entschädigt werden müssen, hat Redner ebenfalls bereits bei den Commissionsverhandlungen nachdrücklich betont; seinestheils wäre er bereit, für sie das Drei- und Vierfache der beantragten Zulage zu verwilligen.

Die Versammlung beschließt in Gemäßheit des Commissionsantrages den Abstrich der betreffenden 450 Mark und eventuell deren Auszahlung aus den Mitteln für Unvorhergesehenes.

Für den Stadtbaumeister Winter, welcher bereits den für seine Stelle ausgesetzten Maximalgehalt bezieht, ist in Anbetracht der erheblichen Geschäftslast, die ihm während

des verfloffenen Jahres in Folge der langwierigen Kränklichkeit des Stadtbauraths Lappe erwachsen ist, ein Extraordinarium von 500 Mk in Ansatz gebracht.

Auf den Antrag Herr Piniß

wird solches im Betrage von 600 Mk verwilligt.

Weiterhin lenkt Herr Steinau die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Positionen »Vierzeittelgelber der Opferleute« und »Zuschuß für das Schützenwesen«. Daß erstere, welche vormalß bekanntlich durch Sammlungen in den lutherischen Gemeinden hiesiger Stadt aufkamen, seit Jahren auf die Stadtkasse übernommen sind, während die Israeliten und Katholiken nach wie vor und neuerdings auch die Dissidenten ihre Gemeindebeamten aus eigenen Mitteln bezahlen müssen, widerstreitet offenbar doch der Forderung gleichen Rechts für alle Angehörigen der Stadt. Das Schützenwesen aber hat seine Bedeutung für das öffentliche Leben längst so völlig eingebüßt, daß eine Beihülfe dafür aus öffentlichen Mitteln keinen vernünftigen Grund mehr hat. Redner übersieht nicht, inwieweit diese Leistungen auf Gesetzen oder Statuten beruhen, und will demnach für diesmal den Absatz der betreffenden Positionen nicht beantragen, möchte indessen dem Magistrate und der Statutencommission zur Erwägung anheimgeben, ob und auf welchem Wege man etwa künftig sich derselben entledigen könnte.

Indem schließlich die Commission den letzten Ansatz für unvorhergesehene Ausgaben von 12,937 Mk 76 Pf. auf 11,387 Mk 76 Pf. abzumindern vorschlägt und die Versammlung hiermit sich einverstanden erklärt, ergibt sich unter Berücksichtigung der sonst beschlossenen Aufschläge und Abstriche wiederum die von vornherein veranschlagte Gesamtausgabe von 826,706 Mk 89 Pf., und sonach ein Deficit von 475,000 Mk, welches durch eine nach den bisherigen Grundsätzen zu erhebende Gemeindesteuer gedeckt werden muß.

An seinen neulichen Antrag auf Einführung des Selbsteinschätzungsverfahrens erinnernd, giebt Herr Krampe anheim, die hervorgehobene Modalität der Steuererhebung von der Beschlußnahme auszuschließen, verfolgt dieses Anliegen aber nicht weiter,

da Herr Oberbürgermeister Caspari die bestimmte Erklärung abgiebt, daß jene neue Art der Besteuerung, abgesehen von allem Uebrigen, was sich sachlich dagegen einwenden läßt, ganz unmöglich sobald zur Ausführung kommen kann.

Den Stadtkassenetat, wie er durch die vorausgegangenen Beschlüsse umgestaltet ist, schließlich genehmigend, erklärt die Versammlung sich beantragter Maßen auch mit der Deckung des Deficits einverstanden.

Weiter

trägt Herr Lucius zur Begründung seines Antrags auf Heranziehung der hiesigen Gewerbetreibenden zum Bürgerrechte Folgendes vor.

Nach § 13 der Reichs-Gewerbeordnung ist Jeder, welcher drei Jahr lang an einem Orte sein Gewerbe betrieben hat, verpflichtet, dort das Bürgerrecht zu erwerben. Es darf jedoch von ihm in diesem Falle kein Bürgergeld gefordert und nicht verlangt werden, daß er sein anderweit erworbenes Bürgerrecht aufgebe. Nur dem Bürger steht nach unserer Städteordnung das active und passive Wahlrecht zu; wer aber an diesen Rechten keinen Theil hat, ist nur ein todtcs Glied in dem Gemeindegeweb. Wenn es nun überhaupt wünschenswerth ist, daß alle Angehörigen einer Gemeinde ein lebhaftes Interesse an deren Angelegenheiten nehmen, so wird hierauf namentlich jetzt, in einer Zeit der bedenklichsten socialen Zerküftung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln hinzuwirken sein. Die sogenannte socialdemokratische Partei ist unablässig bemüht, die unteren Schichten der Gesellschaft gegen die oberen aufzuheben. Ihre Theorien, welche vorzugsweise gegen das Privateigenthum und das Erbrecht gerichtet sind, erscheinen um so gefahrdrohender als ihre Agitatoren in der Regel nicht den Muth haben, ihre Tendenzen und Endziele klar darzulegen, sondern solche meistens mit schönen Redensarten verhüllen und die ungebildete Menge durch lockende Bilder, die sie ihr vorgaukeln, an sich zu ziehen suchen.

Da Herr Bracke den Redner hier mit dem Rufe: »Niederträchtige Verläumdung!« unterbricht,

ruft der Herr Vorsichende ihn zur Ordnung und hält diese Rüge gegen den Widerspruch Herrn Brackes nachdrücklichst aufrecht,

worauf Herr Lucius unter Wiederholung des letzten Satzes fortfährt: Der beste Ball solchen verderblichen Bestrebungen gegenüber wird in einem intelligenten, seine öffentlichen Interessen im Auge behaltenden Bürgerthume gefunden werden, und von diesem Gesichtspunkte geht offenbar auch die angezogene gesetzliche Bestimmung aus. Da in den letzten Jahren die nöthigen Maßregeln nicht streng genug gehandhabt zu sein scheinen, so daß gegenwärtig viele Gewerbetreibende in unserer Stadt leben, ohne Bürger zu sein, so habe ich mich zu diesem Antrage veranlaßt gefunden und bitte solchen zu unterstützen.

Dieser Bitte wird allerseits entsprochen und demnach der Antrag des Herrn Lucius der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Zum Schlusse giebt der Herr Vorsichende eine Uebersicht über die Thätigkeit der Versammlung während des verflossenen Jahres. Das Registrandenbuch weist 109 Vorlagen aus, darunter 98 Anträge des Magistrats und 7 selbständige Anträge, von denen erstere bis auf wenige, letztere bis auf einen ihre Erledigung gefunden haben; aus den Kreisen der Einwohnerschaft wurden an die Versammlung drei Eingaben gerichtet. Das Plenum der Versammlung hat 16 öffentliche und 3 vertrauliche Sitzungen abgehalten, denen zahlreiche Commissionsitzungen zur Seite

gingen; wie immer waren verhältnißmäßig am meisten die *Steuereinschätzungscommissionen* in Anspruch genommen, deren drei Vorsitzenden die *Versammlung* zu gerechtem Danke für die prompte Erledigung ihrer Geschäfte verpflichtet ist. Die *Versammlung* insgesammt aber wird sich nach dem allen das Zeugniß geben dürfen, auch in diesem Jahre nach Kräften gethan zu haben was ihres Amtes ist. Möge ihre Thätigkeit sich denn in gleichem Maße auch als ersprießlich für das *Gemeinwesen* herausstellen.

Seineestheils spricht der Herr *Vorsitzende* seinen Dank für die Nachsicht aus, die die *Versammlung* ihm hat angedeihen lassen, eine Nachsicht, ohne welche es ihm nicht würde gelungen sein, seinen *Platz* zur Zufriedenheit der *Versammlung* auszufüllen. Indem er beim *Scheiden* alle *Collegen* bittet, ihn in geneigtem Andenken zu behalten, wünscht er seinerseits ihnen von Herzen das beste Glück.

Herr *Pucius* glaubt im Sinne der *Versammlung* zu sprechen, wenn er einem lebhaften *Bebauern* Ausdruck giebt, daß *Verhältnisse* den Herrn *Vorsitzenden* zwingen, sein *Mandat* für die nächste Zukunft niederzulegen; und ebenso ist er überzeugt, daß alle *Mitglieder* der *Versammlung* den Wunsch theilen, denselben sobald als möglich wieder in ihrer Mitte und an seinem jetzigen *Platze* zu sehen, wo er sich durch umsichtige, eifrige und ausdauernde Leitung der Geschäfte ihre dankbare Anerkennung erworben hat.

Der Herr *Vorsitzende* dankt für diesen ehrenvollen und erfreulichen *Zuspruch*, welcher ihn zu dem Glauben ermuthigt, daß ihm das *Streben*, seinen *Bürgerpflichten* zu genügen, wenigstens nicht ganz mißlungen ist. Er versichert, daß die *Theilnahme* an den *Arbeiten* der *Versammlung*, der ihn zur Zeit leider unabweisliche *Berufspflicht* zu entsagen nöthigen, ihm zu hoher *Befriedigung* gereicht hat, und daß die Erinnerung an diese gemeinsamen *Arbeiten* in seinem Herzen immer die erste Stelle einnehmen wird.

Nachdem damit die öffentliche Sitzung geschlossen ist,

wird vertraulich

in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrates und der Stadtverordneten
über eine Reihe von *Steuerreclamationen* Entscheidung getroffen.

